

Stenographisches Protokoll

12. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XV. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 7. November 1979

Tagesordnung

Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1980 samt Anlagen

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 939)

Ordnungsruf (S. 999)

Geschäftsbehandlung

Feststellungen des Dritten Präsidenten Thalhaimer betreffend Zusatzfragen (S. 943, S. 950 und S. 951)

Tatsächliche Berichtigung

Dr. Frischenschlager (S. 1029)

Fragestunde (8.)

Justiz (S. 939)

Blecha (66/M); Dr. Paulitsch, Dr. Broesigke, Dr. Kapaun

Dr. Lenzi (67/M); Dkfm. DDr. König, Dr. Steger

Dr. Steger (68/M); Dr. Jolanda Offenbeck, Dr. Kohlmaier, Dr. Ofner

Landesverteidigung (S. 944)

Dipl.-Vw. Josseck (69/M); Egg, Dr. Neisser

Dr. Ofner (70/M); Ing. Nedwed, Dr. Marga Hubinek, Grabher-Meyer

Dr. Neisser (77/M); Dipl.-Vw. Josseck, Kraft

Dr. Feurstein (78/M); Dr. Jörg Haider, Treichl, Dr. Blenk

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 952 und S. 1058)

Verhandlungen

Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1980 samt Anlagen (80 und Zu 80 d. B.)

Redner:

Dr. Lanner (S. 953),

Dr. Tull (S. 958),

Dr. Broesigke (S. 964),

Graf (S. 970),

Vizekanzler Dr. Androsch (S. 977),

Peter (S. 982),

Czettel (S. 987),

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (S. 990),

Bundesminister Lausecker (S. 999 und S. 1045),

Dr. Veselsky (S. 999),

Dr. Ofner (S. 1004),

Dr. Schwimmer (S. 1007),

Kittl (S. 1011),

Dipl.-Vw. Josseck (S. 1015),

Dr. Ludwig Steiner (S. 1020),

Dr. Schranz (S. 1024),

Dr. Frischenschlager (S. 1029),

Ing. Murer (S. 1030),

Staudinger (S. 1034),

Edith Dobesberger (S. 1039),

Ing. Gassner (S. 1041),

Vetter (S. 1046),

Dr. Schmidt (S. 1052) und

Heinzinger (S. 1054)

Zuweisung (S. 1058)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen

68: Empfehlung des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens in Brüssel vom 13. Juni 1978 zur Änderung der Konvention über das Zolltarifschema für die Einreihung der Waren in die Zollltarife (S. 952)

138: Abkommen mit Bulgarien über Gleichwertigkeiten im Universitätsbereich samt Anlage

139: Zusatzprotokoll zum Abkommen mit Bulgarien über Gleichwertigkeiten im Universitätsbereich, unterzeichnet in Wien am 13. Mai 1976, samt Anlage (S. 953)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Jörg Haider, Dr. Frischenschlager und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Vorgangsweise des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung gegenüber einem Klagenfurter Universitätsprofessor (185/J)

Dr. Jörg Haider, Dr. Ofner und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Aktivitäten der „Kooperative Longo Mai“ anlässlich einer Gedenkfeier für Gefallene (186/J)

Mag. Höchtl und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Unterbringung jener Beamten, welche bei der Sicherheitskontrolle am Flughafen Schwechat Dienst versehen (187/J)

Dr. Ettmayer und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend Beziehungen Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften (188/J)

Dr. Ettmayer und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend KSZE-Folge treffen (189/J)

Dr. Ettmayer, Steinbauer und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend Schwerpunktprogramm Auslandskulturpolitik (190/J)

Dr. Broesigke, Dr. Steger, Dr. Ofner und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend Entlassung eines U-Häftlings (191/J)

Dr. Jörg Haider, Dr. Frischenschlager und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend das Buch „Rechtsextremismus in Österreich nach 1945“ (192/J)

Dkfm. DDr. König und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend konkrete Exportabschlüsse aus Anlaß einer Lateinamerikareise 1979 (193/J)

Dr. Neisser, Dr. Blenk, Dr. Ermacora, Dr. Paulitsch und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Verhalten des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung gegenüber einem Universitätsprofessor (194/J)

Schauer und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend die Diskriminierung von Besuchern der Meisterprüfungs- und Konzessionsprüfungsvorbereitungskurse (195/J)

Dr. Frischenschlager, Dr. Stix und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Kritik des EDV-Subkomitees des Bundeskanzleramtes im Zusammenhang mit einem 100-Millionen-Auftrag (196/J)

Dr. Neisser, Dr. Blenk, Dr. Ermacora und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend legislative Vorhaben in der laufenden Legislaturperiode (197/J)

Kammerhofer, Hietl und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Novellierung der Kraftfahrzeuggesetz-Durchführungsverordnung 1967 (198/J)

Bergmann, Dr. Neisser, Dr. Schüssel, Ingrid Tichy-Schreder und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Vorfälle bei der Besetzung der Phorushalle im 4. Wiener Gemeindebezirk (199/J)

Steinbauer und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Dr. Dieter Schrage, Museum Moderne Kunst (200/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Mag. **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Thalhammer**.

Präsident **Thalhammer**: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Glaser, Dr. Lichal, Maria Stangl, Ottilie Rochus, Dipl.-Ing. DDr. Götz, Rechberger, Maier und Steinhuber.

Fragestunde

Präsident **Thalhammer**: Wir gelangen zur Fragestunde. Ich beginne jetzt, um 9 Uhr, mit dem Aufruf der Anfragen.

Bundesministerium für Justiz

Präsident **Thalhammer**: Wir kommen zur Anfrage Nummer 1: Abgeordneter Blecha (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Justiz.

66/M

Welche gerichtsorganisatorischen Maßnahmen werden den besseren Zugang zum Recht im Sinne der Regierungserklärung der Bundesregierung absichern?

Präsident **Thalhammer**: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister für Justiz Dr. **Broda**: Herr Abgeordneter! Wir werden uns schwerpunktmäßig vor allem mit folgenden Maßnahmen beschäftigen: Wir wollen die Gerichtszusammenlegung dort, wo es zweckmäßig und sogar notwendig ist, fortführen. Erfahrungen in Kärnten, in der Steiermark und in Tirol waren gut und ermutigend. Übrigens darf ich darauf aufmerksam machen, daß der Rechnungshof neuerlich darauf drängt, daß wir diese von ihm empfohlene Maßnahme durchführen.

Wir wollen ein Schwerpunktprogramm für die Rationalisierung des Gerichtsbetriebes und die Modernisierung der Justizverwaltung aufstellen und durchführen. Wir denken, daß in absehbarer Zeit die Entscheidungsdokumentation der höchstgerichtlichen Rechtsprechung mit Mitteln der Datenverarbeitung zur Verfügung stehen und einsatzbereit sein wird. Über die weit fortgeschrittenen Arbeiten an der Automatisierung des Grundbuches habe ich hier im Hohen Haus in der letzten Fragestunde berichtet.

Ich erinnere an unsere Maßnahmen für eine auskunftsfreundliche Justiz. Wir haben die Gerichtstage und die Amtstage der Gerichte aktiviert. Auch die Staatsanwaltschaften stehen der rechtsuchenden Bevölkerung für Auskünfte zur Verfügung. Dankenswerterweise haben sich in den Dienst dieser unentgeltlichen Auskunftstätigkeit die Anwaltskammern und die 345 Notariatskanzleien in ganz Österreich gestellt. Einen Führer durch die unentgeltliche Rechtsauskunft bei allen Stellen, die solche Rechtsauskünfte erteilen, hat das Bundesministerium für Justiz aufgelegt.

Wir wollen die Gerichtsgebühren vereinfachen und von dem altherwürdigen System des Markenklebens wegkommen. Ich darf auf die Verwaltungsvereinfachung durch die Neugestaltung des richterlichen Standesrechtes verweisen, wodurch insbesondere die erste Instanz attraktiver geworden ist.

Schließlich werden wir uns im Einvernehmen mit der richterlichen Standesvertretung der Neuordnung der richterlichen Ausbildung einschließlich einer Neugestaltung des Gerichtsjahres widmen. Das scheint uns eine sehr wichtige Maßnahme gerade im Dienste des besseren Zugangs zum Recht zu sein.

Präsident **Thalhammer**: Eine Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Blecha**: Herr Bundesminister! Herzlichen Dank für diese erschöpfende Antwort. Die Zahl der von Ihnen nun angekündigten organisatorischen Maßnahmen übertrifft meine Erwartungen. Es stellt sich allerdings jetzt die Frage: Werden Sie diese vielen daraus resultierenden neuen Aufgaben, die der rechtsuchenden Bevölkerung einen besseren Zugang zum Recht ermöglichen sollen, mit dem vorhandenen bediensteten richterlichen und nichtrichterlichen Personal bewältigen, oder benötigen Sie hier eine Personalaufstockung?

Präsident **Thalhammer**: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Broda**: Ich wiederhole immer wieder, daß die Personalaufstockung kein Allheilmittel ist. Auch das Justizressort muß sich der Gesamtpolitik der Bundesregierung unterordnen, weil wir keine Aufblähung des Behördenapparates haben wollen. Dort, wo es echte Engstellen gibt, wird es ohne Personalaufstockung nicht gehen. In diesem Sinne werde ich mich weiter in der Bundesregierung bemühen. Das wird insbesondere dort gelten, wo wir neue Aufgaben erschließen werden. Ich denke

Bundesminister Dr. Broda

etwa an eine Neugestaltung der Entmündigungsordnung und an ein modernes Sachwaltergesetz. Hier wird es ohne zusätzliche richterliche Planstellen nicht möglich sein, diese Maßnahmen, die allgemein bejaht werden, zu verwirklichen.

Präsident Thalhammer: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Blecha: Herr Minister! Der gleiche und bessere Zugang zum Recht wird heute noch sehr stark durch finanzielle Barrieren erschwert. Welche Maßnahmen in dieser Legislaturperiode haben Sie vorgesehen, um auch der sozial schwächeren rechtsuchenden Bevölkerung den Zugang zum Recht zu erleichtern?

Präsident Thalhammer: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Broda: Wir haben uns in der Regierungserklärung dazu bekannt, daß wir die Verfahrenshilfe ausbauen wollen. Aufbaue auf unserem Verfahrenshilfegesetz soll ein größerer Kreis von Rechtsuchenden in den Genuß der Verfahrenshilfe kommen. Zweitens sehen wir vor, daß es einen Ersatz der Verteidigerkosten bei Freispruch im Strafverfahren geben soll.

Präsident Thalhammer: Eine weitere Zusatzfrage: Herr Dr. Paulitsch, bitte.

Abgeordneter Dr. Paulitsch (ÖVP): Herr Bundesminister! Im Zusammenhang mit den gerichtsorganisatorischen Maßnahmen erfolgte auch die Auflösung einer größeren Zahl von Bezirksgerichten. Es stellt sich nunmehr heraus, daß zumindest in einigen Gebieten große Schwierigkeiten für die Bevölkerung entstehen, weil weite Anfahrtswege zum nächsten Bezirksgericht notwendig sind.

Ich möchte Sie, Herr Bundesminister, fragen: Wären Sie allenfalls bereit, über die Frage zu sprechen, bei bestimmten Gemeinden eines Bundeslandes, die in besonderer Nähe eines Bezirksgerichtes eines anderen Bundeslandes stehen, eine Einsprengelung dorthin vorzunehmen?

Präsident Thalhammer: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Dr. Broda: Da ergeben sich verfassungsrechtliche Schwierigkeiten. Ich nehme an, Sie denken an Lienz. (*Abg. Dr. Paulitsch: Ja!*) Bisher wollten wir einem solchen Gedanken nicht nähertreten. Was den Sprengel des ehemaligen Bezirksgerichtes Winklern anlangt, hatte ich den Eindruck, daß

wir dort durch Amtstage und sonstige Maßnahmen berechtigten Anliegen Rechnung getragen haben. Aber ich werde mich gerne noch einmal des Problems annehmen und mir darüber berichten lassen.

Präsident Thalhammer: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Dr. Broesigke.

Abgeordneter Dr. Broesigke (FPÖ): Herr Bundesminister! Die Frage, die ursprünglich gestellt war, ging um den besseren Zugang zum Recht. Die Zusatzfrage des Fragestellers bezog sich auf den gleichen Zugang zum Recht, den es ja schon seit mehr als 100 Jahren in Österreich gibt.

Daran knüpfe ich die Frage: Sind Sie der Auffassung, daß es Teile des österreichischen Rechts gibt, wo diese Gleichheit doch nicht besteht, und um welche Teile des österreichischen Rechts handelt es sich?

Präsident Thalhammer: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Dr. Broda: Es handelt sich insbesondere um jene Bereiche, wo etwa durch verstärkte Unterstützung der finanziell nicht so leistungsfähigen Rechtsuchenden die natürlich bestehende Gleichheit vor dem Gesetz durch faktische Sicherung dieser Gleichheit besser als bisher realisiert werden soll.

Präsident Thalhammer: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Dr. Kapaun.

Abgeordneter Dr. Kapaun (SPÖ): Herr Bundesminister! Die von Ihnen vertretene Auffassung ist bekannt, daß es zweckmäßig wäre, eine Identität zwischen den Sprengeln der Bezirksverwaltungsbehörden und der Bezirksgerichte herzustellen. Die bisherige Praxis im Burgenland gibt dieser Auffassung recht.

Meine Frage geht nun dahin, Herr Bundesminister: Wieweit sind die Verhandlungen mit den Bundesländern gediehen, und welche Schwierigkeiten gibt es bei einer Lösung in diesem Sinne?

Präsident Thalhammer: Herr Bundesminister. Bitte.

Bundesminister Dr. Broda: Unsere Bemühungen zur Herstellung leistungsfähiger Gerichte stützen sich unter anderem auf die ausgezeichneten Erfahrungen im Burgenland. Wir sagen ja immer wieder, daß das, was im Burgenland oder jetzt in Kärnten recht ist, in anderen Bundesländern wohl auch billig sein muß. Die Verhandlungen sind mühsam. Ich denke an die

Bundesminister Dr. Broda

Verhandlungen in Niederösterreich und in Oberösterreich. Ich habe allerdings Hoffnung, daß wir sie jetzt nach den Landtagswahlen mit größerer Zügigkeit weiterführen können. Die Verhandlungen in Salzburg sind besonders schwierig. Aber auch dort rechne ich, daß wir ins Gespräch kommen und im Laufe der nächsten Monate gewisse Ergebnisse erzielen werden.

Präsident Thalhammer: Wir gelangen zur 2. Anfrage: Herr Abgeordneter Dr. Lenzi (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Justiz.

67/M

Ist im Zusammenhang mit Reformbestrebungen des Bundesministers für Justiz auch an eine Modernisierung und Rationalisierung des Zivilprozeßrechtes gedacht?

Präsident Thalhammer: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Broda: Bei der Reform der Zivilprozeßordnung, von der in der letzten Fragestunde hier die Rede war – das Begutachtungsverfahren ist jetzt abgeschlossen worden, wir werten es nun aus –, prüfen wir auch, ob eine Umstellung der Massensachen, Zahlungsbefehle, Wechselzahlungsaufträge, Versäumnisurteile und Exekutionsbewilligungen auf elektronische Datenverarbeitung in absehbarer Zeit verwirklicht werden kann. In der Bundesrepublik Deutschland hat man damit gute Erfahrungen gemacht. Ich werde bemüht sein, daß wir auch in Österreich auf diesem Gebiet konkrete Maßnahmen treffen können.

Präsident Thalhammer: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Lenzi: Herr Bundesminister! Ist mit den vorgesehenen Maßnahmen auch eine Beschleunigung und Verbilligung des zivilgerichtlichen Verfahrens verbunden?

Präsident Thalhammer: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Broda: Das Vorhaben soll einer Konzentration des Verfahrens und einer Beseitigung überflüssiger Bestimmungen, die Verfahrensverzögerungen bedeuten, dienen. Natürlich ist unser erstes Anliegen eine Beschleunigung des Verfahrens. Eine Beschleunigung des Verfahrens heißt auch eine Verbilligung des Verfahrens.

Präsident Thalhammer: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Lenzi: Bis wann, Herr Bundesminister, werden Sie einen Entwurf zur Novellierung der Zivilprozeßordnung der parlamentarischen Behandlung zuleiten können?

Präsident Thalhammer: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Broda: Ich möchte keinen festen Termin nennen, aber ich nehme an, daß das noch im Laufe des nächsten Jahres der Fall sein wird.

Präsident Thalhammer: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Dr. König.

Abgeordneter Dkfm. DDr. König (ÖVP): Herr Bundesminister! Die Richtervereinigung hat eine Reihe von Vorschlägen zur Verbesserung und Beschleunigung der Abwicklung im zivilgerichtlichen Verfahren gemacht, darunter auch den Vorschlag, die Mahnklagen zu automatisieren, also auf Computer umzustellen. Das hätte den großen Vorteil, daß auf diese Weise vor allem der Engpaß bei den Schreibkräften beseitigt werden könnte. Werden Sie dieser Anregung der Richtervereinigung nähertreten?

Präsident Thalhammer: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Broda: Das habe ich schon beantwortet, ich wiederhole es aber gern noch einmal. Ich habe das unlängst auch bei einer Fachtagung der Richtervereinigung mit den Herren besprochen. Ich nehme diese Anregung auf, und soweit es technisch möglich ist, wird die Novelle zur Zivilprozeßordnung dazu benützt werden, um hier Neuland zu betreten.

Präsident Thalhammer: Eine weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Steger.

Abgeordneter Dr. Steger (FPÖ): Herr Bundesminister! Im wesentlichsten sind die derzeitigen Verfahrensverzögerungen ja nicht dadurch gegeben, daß das Gesetz nicht ausreichend ist, sondern daß die konkreten Durchführungen im Prozeß oft jahrelang dauern. Ein wesentlicher Ansatzpunkt dabei ist die Tatsache, daß der Vergleich und das Urteil für den Richter gleichrangig als Verfahrenserledigung für seine Arbeitsstatistik zählen.

Ich habe eine Frage: Welche Maßnahmen gedenken Sie zu unternehmen oder zu entwerfen, um zu erreichen, daß die konkreten Verfahren bei den Richtern schneller abgewickelt werden können?

Präsident Thalhammer: Herr Bundesminister. Bitte.

Bundesminister Dr. Broda: Das Problem ist mehrschichtig. Im allgemeinen haben wir – das zeigen Vergleiche mit den Nachbarländern – im

Bundesminister Dr. Broda

Straf- und im Zivilprozeß eine Verfahrenserledigung, in der Österreich durchaus günstig abschneidet. Es ist aber gar keine Frage, daß es bei Prozessen, in denen Sachverständigengutachten einzuholen sind, aus manch anderen Gründen eine Verfahrensdauer gibt, die wir nicht haben wollen.

Dazu gibt es ein Bündel von Maßnahmen. Ich muß die Richter bitten, hier sehr besorgt zu sein und, wie Sie richtig sagen, auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu achten, die ja auch vorsehen, daß die Ausfertigung eines Urteils in einer bestimmten Frist erfolgen soll, und sie sollen sich überhaupt bemühen, dem gemeinsamen Anliegen einer konzentrierten Verfahrensdauer Rechnung zu tragen.

Zweitens werden wir ein Schwerpunktprogramm – das sagte ich schon – entwickeln, um unsere Schreibabteilungen dort, wo das besonders notwendig ist, speziell und besser auszustatten als bisher.

Und drittens – ich möchte auf Ihre Anregung zur Leistungsbewertung Rücksicht nehmen – soll rasch, aber selbstverständlich sachgerecht gearbeitet werden, und es soll moderner gestaltet werden als bisher.

Präsident Thalhammer: Wir gelangen zur 3. Anfrage: Abgeordneter Dr. Steger (FPÖ) an den Herrn Bundesminister für Justiz.

68/M

Halten Sie die Regelung noch für zweckmäßig, daß bei den Schiedsgerichten der Sozialversicherung die Richter diese Tätigkeit nur nebenberuflich ausüben?

Präsident Thalhammer: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Broda: Meine Beantwortung der Anfrage ist sehr kurz. Ich halte das gegenwärtige System der nebenberuflichen Tätigkeit von Richtern im Sozialversicherungsstreitverfahren, im Schiedsgerichtsverfahren nicht mehr für zeitgemäß, und wir wollen nach Abschluß der Arbeiten zur Novellierung der Zivilprozeßordnung unsere lang zurückreichenden Reformarbeiten unter Anpassung an die heutigen Erfordernisse für eine Neugestaltung der Sozial- und Schiedsgerichtsbarkeit wieder aufnehmen. Ich mache gleich darauf aufmerksam, daß es dabei zwei schwierige Probleme gibt, die zu lösen sein werden.

Erstens: Wenn hauptberufliche Richter im Schiedsgerichtsverfahren tätig sein werden, so müssen wir dafür sorgen, daß sie auch wirklich ausgelastet sind, sonst könnten wir das personell nicht verkraften. Zweitens müssen wir, wenn es

zu einer Zusammenlegung von Arbeitsgerichtsbarkeit, Schiedsgerichtsbarkeit und Sozialgerichtsbarkeit innerhalb der ordentlichen Gerichtsbarkeit kommt, Sprengel haben, die nicht zu groß sind, denn das wäre dem Rechtsuchenden nicht zumutbar. Das sind die organisatorischen Probleme, die bisher einer Verwirklichung der Reformgedanken entgegenstanden sind.

Präsident Thalhammer: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Steger: Ich halte es für eine sehr wertvolle Idee, daß Sie, Herr Bundesminister, jetzt eine derartige Reform unternehmen wollen. Bis zum Vorliegen derartiger Reformbestrebungen besteht allerdings immer noch das Problem, daß sich der einzelne beim Schiedsgericht der Sozialversicherung weitgehend überhaupt nicht auskennt.

Könnten Sie sich vorstellen, daß bis zum Vorliegen dieser Reformvorschläge bei den Schiedsgerichten für den einzelnen, der den Zugang zum Schiedsgericht sucht, eine Rechtsbelehrung gegeben wird, damit er sich besser auskennt?

Präsident Thalhammer: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Dr. Broda: Wir wollen die auskunftsfreundliche Justiz dort etablieren, wo das besonders dringend notwendig ist, wie Sie zutreffend ausgeführt haben. Das gehört zu den unmittelbar nächsten Maßnahmen, die ich plane.

Präsident Thalhammer: Eine zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Steger: Herr Bundesminister! Die zweite Zusatzfrage, die sich ergibt, steht in Zusammenhang mit der Ungleichheit bei den verschiedenen Rechtsmittelfristen. Jetzt wird zuerst, wie Sie heute bereits gesagt haben, der Zivilprozeß reformiert, dann dieser Bereich der Schiedsgerichte.

Es erhebt sich also die Frage: Wieweit haben Sie vor, daß eine Angleichung bei den verschiedenen Rechtsmittelfristen, bei den verschiedenen Rechtsmittelmöglichkeiten zwischen den verschiedenartigen Gerichten stattfindet?

Präsident Thalhammer: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Broda: Dort, wo das nach der Natur des Verfahrens möglich ist, soll das unbedingt geschehen. Wir wollen unter einem jetzt die Zivilprozeßreform abschließen,

Bundesminister Dr. Broda

anschließend dann die Reform der Sozialgerichtsbarkeit beziehungsweise der Schiedsgerichtsbarkeit und des Außerstreitverfahrens; davon war ja auch in der letzten Fragestunde die Rede. Aber das wird zu synchronisieren sein.

Präsident Thalhammer: Eine weitere Zusatzfrage: Frau Dr. Jolanda Offenbeck.

Abgeordnete Dr. Jolanda Offenbeck (SPÖ): Herr Bundesminister! Ich bin sehr froh, von Ihnen zu hören, daß Sie das derzeitige Schiedsgerichtsverfahren für nicht mehr zeitgemäß halten. Auch ich halte es für ein Schnellsiedeverfahren, das mit gewissen Mängeln behaftet ist. Wenn aber nun die Richter dieses Verfahren nicht mehr nebenberuflich durchführen, Herr Bundesminister, wie sieht das dann aus? Wird das nicht eine Personalaufstockung erfordern und damit erhebliche Kosten verursachen?

Präsident Thalhammer: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Broda: Das ist unzweifelhaft. Die Neugestaltung der Sozialgerichtsbarkeit und die Umstellung der Schiedsgerichtsbarkeit mit bisher nebenberuflich tätigen Richtern auf hauptberuflich tätige Richter würden ohne eine bedeutende Personalaufstockung überhaupt nicht möglich sein. Ich mußte das auch bisher schon den Vertretern der Arbeitnehmer, der Arbeiterkammer und der Gewerkschaften sagen. Aber ich halte die Reform in dieser Gesetzgebungsperiode für unaufschiebbar, und sie wird mit einer Personalaufstockung verbunden sein.

Präsident Thalhammer: Eine weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier.

Abgeordneter Dr. Kohlmaier (ÖVP): Herr Bundesminister! Ich war beim Schiedsgericht der Sozialversicherung jahrelang Klagevertreter, Beklagtenvertreter und auch Beisitzer. Sie können mir glauben, daß ich über eine sehr reiche Erfahrung verfüge, und ich habe immer den Eindruck gehabt, daß die einfachen Menschen, die zum Schiedsgericht kommen, von dem ganzen Ritual eines Gerichtsverfahrens völlig überfordert sind, was nicht zuletzt dazu führt, daß es immer wieder zu Klagerücknahmen kommt, die geradezu erpreßt werden.

Sind Sie bereit, in Ihre Reformüberlegungen miteinzubeziehen, ob es überhaupt zweckmäßig ist, dieses Verfahren als Gerichtsverfahren durchzuführen? Könnten wir nicht eher ein Verwaltungsverfahren ähnlich dem Einigungsamtverfahren mit richterlicher Beteiligung durchführen?

Präsident Thalhammer: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Dr. Broda: Ich kenne Ihre diesbezügliche Auffassung. Ich möchte einer solchen Reform nicht das Wort reden. Bei aller Reformbedürftigkeit scheinen mir die Interessen der rechtsuchenden Parteien – und das sind hier besonders hilfsbedürftige Rechtsuchende – in einem gerichtlichen Verfahren, allerdings einem modern gestalteten gerichtlichen Verfahren, besser aufgehoben zu sein als in einer anderen Art des Verfahrens. Ich stehe damit eigentlich in Übereinstimmung sowohl mit der Richterschaft als auch mit den Vertretern der großen Interessenvertretungen der Dienstnehmer. Ich habe auch keinen konkreten Vorschlag in Ihrem Sinn von den Interessenvertretungen der Dienstgeber erhalten.

Präsident Thalhammer: Eine weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Dr. Ofner.

Abgeordneter Dr. Ofner (FPÖ): Herr Bundesminister! In den Verfahren vor den Schiedsgerichten der Sozialversicherung geht es meist um mehr als in den Zivilprozessen; es geht um Menschenschicksale schlechthin. Trotzdem wissen wir alle, die wir von Berufs wegen mit diesen Dingen zu tun haben, daß ein sehr ausgeprägtes Unbehagen sowohl bei den Parteienvertretern als auch bei den Betroffenen, also bei den Parteien selbst, über die Art und Weise, in der diese Verfahren abgewickelt werden, herrscht.

Es ist dabei oft weniger die Vorgangsweise im Verhandlungssaal, also bei der Verhandlung vor dem Senat, als vielmehr die Form, die Kürze und die Bündigkeit, in der die Untersuchungen durch die Sachverständigen durchgeführt werden. In der Regel werden die Betroffenen wie Delinquenten behandelt, sie haben nicht einmal Gelegenheit, sich zu den Untersuchungen auszuziehen, sie werden, wenn sie befragt werden, nicht einmal zum Niedersetzen aufgefordert, und alles dauert niemals länger als zwei oder drei Minuten. Und es kommt in den Betroffenen immer wieder der Verdacht hoch, immer wieder wird auch geäußert, daß ein besonderes Naheverhältnis zwischen den Sachverständigen und den Sozialversicherungsanstalten, also den Beklagten, bestünde, schon durch das ...

Präsident Thalhammer: Herr Abgeordneter, bitte zur Frage zu kommen!

Abgeordneter Dr. Ofner (fortsetzend): Ich bin schon bei der Frage, Herr Präsident.

Ein Naheverhältnis also schon durch das ausgeprägte Maß an Beschäftigung der Sachver-

Dr. Ofner

ständigen immer für dieselben Anstalten. Welche Möglichkeit sehen Sie, Herr Bundesminister, diesbezüglich für eine grundsätzliche Änderung des Untersuchungssystems beziehungsweise der Zuziehung der Sachverständigen in den Schiedsgerichtsverfahren zu sorgen?

Präsident Thalhammer: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Dr. Broda: Ich glaube, man soll das Problem so sehen: Das Gerichtsverfahren und auch das Leistungsstreitverfahren können auf weiten Strecken ohne Sachverständigenhilfe überhaupt nicht auskommen. Sachverständige leisten wertvollste Hilfe, und man muß die Leistung der Sachverständigen anerkennen. Der Gesetzgeber hat dazu auch materiell eine Menge getan. Ich benütze die Gelegenheit, um auch von hier aus an die Sachverständigen zu appellieren, immer wieder an ihr Berufsethos zu denken, das sie verpflichtet, alle Möglichkeiten, einem Sachverständigenauftrag nachzukommen, voll auszuschöpfen.

Alles andere ist eine Frage des Reformanliegens, das wir jetzt verwirklichen wollen. Wenn aber im einzelnen Beschwerden – und es gibt solche Beschwerden – begründet sind, dann bitte ich Sie, diese auch zu vertreten, und zwar bei den Richtern, in der Justizverwaltung und, wenn es notwendig ist, auch bei mir.

Präsident Thalhammer: Danke, Herr Bundesminister.

Bundesministerium für Landesverteidigung

Präsident Thalhammer: Wir gelangen zur Anfrage 4: Abgeordneter Dipl.-Vw. Josseck (FPÖ) an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung.

69/M

Hat die Prüfung der Frage, in welcher Form vom derzeitigen System der Auszahlung der Verdienstentschädigung bei der Ableistung von Übungen auf ein System der Entgeltfortzahlung der Arbeitgeber bei gleichzeitiger Refundierung dieser Beträge übergegangen werden kann, bereits zu einem Ergebnis geführt?

Präsident Thalhammer: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister für Landesverteidigung Rösch: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Frage der Entgeltfortzahlung bei Übungen gehört mit Schwerpunkt in das Arbeitsrecht. Entsprechend der seinerzeitigen Entschließung des Nationalrates aus dem Jahre 1977 hat das Bundesministerium für soziale Verwaltung, das

dafür zuständig ist, eine diesbezügliche Gesetzesnovelle zur Begutachtung ausgesandt. Die Begutachtung läuft zurzeit noch.

Die Schwierigkeit, um die es geht – dies entnehme ich einer Kontaktaufnahme mit dem Sozialministerium –, liegt darin, wie diese steuerrechtlichen Fragen behandelt werden, ist also im Kompetenzbereich des Bundesministeriums für Finanzen zu suchen. Dabei ist klar, daß die gesamte Regelung überhaupt nur für Arbeitgeber gelten kann, also für Selbständige. Die Frage, wie das bei jenen, die aus zwei verschiedenen Berufen kommen, also selbständig und unselbständig sind, geregelt wird, bereitet momentan große Schwierigkeiten. Das ist der derzeitige Stand in dieser Frage.

Präsident Thalhammer: Eine Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dipl.-Vw. Josseck: Herr Bundesminister! Gerade jetzt anlässlich der großen Übung, wo eine große Anzahl junger Leute zu Truppenübungen eingezogen wurde, zeigte sich das Problem ja wieder besonders. Es ist hier im Haus lang und breit darüber diskutiert worden, welche Schwierigkeiten sich ergeben, wo doch heute die meiste Lohnverrechnung schon im Computer programmiert ist. Man muß abmelden und anmelden. Die Leute bekommen ihr Geld sehr spät.

Meine Frage an Sie: Es liegt sicher auch am Finanzministerium wegen der Gegenverrechnung, wie wir uns die vorstellen; sind Sie daher auch bereit, den Finanzminister immer wieder entsprechend zu treten, damit von seiner Seite etwas weitergeht?

Präsident Thalhammer: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Rösch: Ich bin nicht bereit, den Finanzminister zu treten, aber wohl, ihn zu ersuchen, daß etwas weitergeht. Das haben wir bereits einige Male getan.

Präsident Thalhammer: Eine zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dipl.-Vw. Josseck: Herr Bundesminister! Sie haben gerade gesagt, Sie hätten ihn ersucht. Wenn da aber nichts weitergeht – so darf ich Sie noch einmal fragen –, sind Sie schließlich bereit, ihn auch zu treten? (*Abg. Fachleutner: Wenn er sich läßt!*)

Präsident Thalhammer: Herr Bundesminister.

Bundesminister Rösch: Das Treten würde mir zu grob erscheinen.

Bundesminister Rösch

Ich bin aber, wie gesagt, bereit, immer wieder darauf hinzuweisen, daß wir eine Regelung dringend brauchen.

Präsident Thalhammer: Eine weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Egg.

Abgeordneter **Egg** (SPÖ): Herr Bundesminister! Nachdem ja schon jetzt bestimmte Vergütungen gegeben werden, möchte ich doch gerne wissen, wie viele Personen pro Jahr im Bereich des Bundesheeres jetzt schon solche Entschädigungen erhalten.

Präsident Thalhammer: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Rösch: Die Personenzahl richtet sich nach den Waffenübenden. Es handelt sich – natürlich jetzt nicht auf den einzelnen abgestimmt – um grob 70 000 Waffenübende pro Jahr.

Präsident Thalhammer: Eine Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Dr. Neisser.

Abgeordneter **Dr. Neisser** (ÖVP): Herr Bundesminister! Haben Sie Erhebungen angestellt, wie groß der Prozentsatz jener Personen ist, wo auf Grund der derzeitigen Verdienstentgangsregelung im Heeresgebührengesetz voll abgegolten wird?

Präsident Thalhammer: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Rösch: Solche Untersuchungen sind nicht angestellt worden. Nur im Einzelfall, wenn jemand kommt, versuchen wir, hier zu helfen.

Präsident Thalhammer: Wir gelangen zur 5. Anfrage: Herr Abgeordneter Dr. Ofner (FPÖ) an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung.

70/M

Zu welchen Maßnahmen sieht sich das Bundesministerium für Landesverteidigung angesichts der Tatsache veranlaßt, daß sich die Zahl der Suchtgifttäter im Bundesheer von 1977 auf 1978 verdoppelt hat?

Präsident Thalhammer: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Rösch: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie beziehen sich auf die Aussendung, die Aufstellung des Innenministeriums über die Suchtgiftfälle. Ich glaube, man muß zuerst einmal ein bißchen die Größenordnungen relativieren. Es ging bei rund 40 000

Präsenzdienern und, wenn Sie wollen, 70 000 Waffenübenden pro Jahr in einem Jahr um 32, im anderen Jahr, glaube ich, um 67 Fälle, wobei allerdings noch festzustellen ist, daß innerhalb der Kasernen, also innerhalb der militärischen Unterkünfte, nur eine Steigerung von 32 auf 34 Fälle erfolgte. Die anderen erfolgten außerhalb in der Freizeit.

Bei diesen Größenordnungen ist natürlich die Bezeichnung „Verdoppelung“ schockierend. Ich darf nur darauf hinweisen, daß in dem Bericht steht, daß sich das auch bei den Apothekern verdoppelt hat: Im Jahr 1977 war es einer, und im Jahr 1978 waren es zwei. Das ist auch eine Verdoppelung.

Trotzdem: Seit dem Jahr 1972 ist in einem Erlaß beziehungsweise Befehl des Armeekommandos angeordnet, daß bei jedem Einrückungstermin Aufklärungsfilme gezeigt und Dias gemacht werden. Die Untersuchungen in den Diagnosestraßen haben auch dazu geführt, daß man schon vorher etwaige Anfälle für solche Sachen leichter feststellen können.

Schließlich darf ich noch darauf hinweisen, daß es sich um Anzeigen handelt, nicht um Verurteilte. Bei den Anzeigen stellt sich dann auch oft heraus, daß einige Sachen überhaupt nicht begründet gewesen sind. Ich möchte das Problem nicht verkleinern, es ist für das Heer eine Sache, die wohl der Aufmerksamkeit bedarf, aber ich glaube, man soll es auch nicht überbewerten.

Präsident Thalhammer: Noch eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Dr. Ofner:** Herr Bundesminister! Welche Sicherungsmaßnahmen werden dann, wenn jemand bereits den Dienst im Heer angetreten hat, im Hinblick auf die Verhinderung von möglichen Rauschgiftfällen innerhalb des Heeres getroffen?

Präsident Thalhammer: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Rösch: Die Sicherungsmaßnahmen, die es bei jedem Heer gibt. Wir haben die ständigen Spindkontrollen, wir haben die laufenden Untersuchungen durch den Arzt und die Überwachung durch das Dienstpersonal, durch das Aufsichtspersonal. Denn es ist ja eines auffällig: Alle diese Suchtgiftfälle sind nicht beim Kaderpersonal aufgetreten, sondern bei den Präsenzdienern in den sechs Monaten, die sie bei uns sind. Ich wiederhole: Ein Gutteil, nahezu die Hälfte aller jetzt zugewachsenen Fälle sind in der Freizeit aufgetreten, wo wir überhaupt keine Möglichkeit haben, da derje-

Bundesminister Rösch

nige zu Hause, auf Urlaub oder übers Wochenende betroffen wird.

Präsident **Thalhammer**: Eine zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Ofner**: Herr Bundesminister! Welche Schwerpunktbildung gibt es örtlich und hinsichtlich der betroffenen Einheiten in bezug auf diese Suchtgiftfälle?

Präsident **Thalhammer**: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Rösch**: Soweit mir bekannt ist, gibt es keine Schwerpunktbildung, also daß man sagen kann, bei einer Einheit ist es besonders stark, bei der anderen nicht. Diese Fälle ziehen sich quer durch alle Einheiten. Wir haben 85 Garnisonen und jetzt insgesamt 67 Fälle. Da sieht man schon, daß es nicht quer durch alle geht. Also es gibt keine Schwerpunktbildung, sondern eine generelle Anordnung und generelle Maßnahmen, die ich zuerst schon erwähnt habe, also mit Aufklärung und so weiter.

Präsident **Thalhammer**: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Ing. Nedwed.

Abgeordneter Ing. **Nedwed** (SPÖ): Herr Bundesminister! Da die Suchtgiftgefährdung im Bundesheer eher gering ist, kommt der Prophylaxe, der Verhinderung von Suchtgiftfällen im Bundesheer große Bedeutung zu. Nun hat das Innenministerium bereits im Vorjahr eine Aufklärungsbroschüre herausgebracht unter dem Titel: „Denn sie wissen nicht immer, was sie tun“.

Wird diese Broschüre im Bundesheer für die Offiziere, für die Betroffenen, für die Präsenzdienster auch verwendet, kann sie verstärkt eingesetzt werden? Und vor allem: Kann auch die Suchtgiftenquete, die nächste Woche vom Bundesministerium für Inneres veranstaltet wird, hier einige Verbesserungen bringen?

Präsident **Thalhammer**: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister **Rösch**: Frage 1: Diese Broschüre wird zusammen mit einer Reihe von anderem Aufklärungsmaterial im Bundesheer verwendet.

Frage 2: Wir werden an der Suchtgiftenquete teilnehmen. Ob das Ergebnis dieser Enquete noch zu einer effizienteren Maßnahme führen kann, kann ich jetzt noch nicht sagen, das wird das Ergebnis der Enquete bringen.

Präsident **Thalhammer**: Eine weitere Frage: Frau Abgeordnete Dr. Marga Hubinek.

Abgeordnete Dr. Marga **Hubinek** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Minister! Man hat ein bißchen den Eindruck, daß Sie das Problem bagatellisieren. Immerhin kommen alljährlich so viele junge Menschen zum Bundesheer, und wir wissen ja, daß meistens der Beginn mit leichten Drogen und danach der Überstieg zu harten Drogen erfolgt. Broschüren allein werden wahrscheinlich nicht zielführend sein.

Daher meine Frage: Haben Sie sich ein bißchen informiert, wie man aus internationaler Sicht versucht, das Problem in den Griff zu bekommen, und zwar wirksamer in den Griff zu bekommen?

Präsident **Thalhammer**: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister **Rösch**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Wir haben uns das international angesehen bei anderen Heeren. Ich glaube nur, gewinnen können wir daraus gar nichts. Denn die Suchtgiftanfälligkeit bei allen anderen Heeren ist um ein Vielfaches höher als bei uns, und all die Maßnahmen, die dort getroffen wurden, sind überhaupt nicht zielführend gewesen.

Aber noch einmal: Sie sagen, Sie haben den Eindruck, ich wolle das herunterspielen. Ich glaube – entschuldigen Sie, wenn ich das sage –, Sie haben nicht ganz zugehört. Ich habe gesagt: Ich will es nicht verkleinern, man soll es auch nicht überbewerten. Warum? – Ich darf noch einmal auf die Zahlen hinweisen.

Wir haben bei den Eingerückten einen Prozentsatz der Angezeigten – da ist noch immer nicht gesagt, wer darunterfällt, aber bleiben wir bei den Angezeigten – im Jahre 1977 von 0,074 Prozent der Eingerückten. 0,074 Prozent!

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, hier zu sagen, wir machen nicht genügend, oder wir betrachten das nicht genügend, oder wir versuchen, es herunterzuspielen, kann man, glaube ich, nicht tun. Die Zahlen sind momentan sehr gering, und es ist keine Tendenz da, daß sie wirklich größer werden.

Dazu kommt noch – ich muß das wiederholen –, daß nur 34, also überhaupt nur die Hälfte, beim Bundesheer direkt, in den Kasernen also, angezeigt wurden. Der Rest entfällt auf den privaten Bereich, auf den Urlaub. Ja da hat das Bundesheer keine Möglichkeit.

Ich glaube also, die entscheidenderen Maßnahmen sind vom Elternhaus, von der Schule und in den außerschulischen Bereichen und so

Bundesminister Rösch

weiter zu treffen. Wir versuchen dagegen anzukämpfen, soweit es uns irgendwie möglich ist.

Präsident Thalhammer: Eine weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Grabher-Meyer.

Abgeordneter Grabher-Meyer (FPÖ): Herr Bundesminister! Ist nicht wie auch in Suchtgiftfällen in der Zivilbevölkerung auch beim Bundesheer eine Dunkelziffer anzunehmen? Sie haben hier von 32 oder 34 Fällen gesprochen. Gibt es Untersuchungen darüber, wie groß die Dunkelziffer beim Bundesheer ist? Und eine weitere Frage, Herr Bundesminister: Gibt es Untersuchungen darüber, wie das Suchtgift in die Garnisonen hineingetragen wird, und welche Maßnahmen haben Sie vor, um dem Händlerunwesen beim Bundesheer einen Riegel vorzuschieben?

Präsident Thalhammer: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Rösch: Herr Abgeordneter! Erstens: Eine Untersuchung, wie groß die Dunkelziffer ist, scheint mir nicht gut möglich, denn die Eigenschaft von Dunkelziffern besteht eben darin, daß man sie nicht kennt. Ich glaube aber, daß die Dunkelziffer beim Bundesheer verhältnismäßig gering ist; sie ist besonders seit Einführung der Diagnosestraße geringer geworden. Sie muß geringer geworden sein, weil wir jetzt alle Leute viel stärker und besser untersuchen und überprüfen.

Aber ich wiederhole: Dunkelziffern lassen sich nicht zählen, denn sonst sind sie keine dunklen, sondern fixe Zahlen.

Zur zweiten Frage, nämlich wie es hineinkommt: Ja durch die Jungmänner, die bringen es mit von draußen. Das ist die einzige Problematik dabei. Man versucht immer wieder zu kontrollieren. Daß wir aber jetzt jeden Jungmann perlustrieren, wenn er die Kaserne betritt, ist, wie ich glaube, ausgeschlossen. Das würde auch zu sehr in die persönliche Sphäre eingreifen. Bei Spindkontrollen und so weiter wird, wie ich schon erwähnte, versucht, dem einen Riegel vorzuschieben.

Präsident Thalhammer: Die Anfrage 6 wurde zurückgezogen.

Wir gelangen zur 7. Anfrage, zu einer Anfrage des Abgeordneten Dr. Neisser (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung.

77/M

Was werden Sie unternehmen, um die in der Heeresgliederung 1972 vorgesehene Sollstärke der Bereitschaftstruppe zu erreichen?

Präsident Thalhammer: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Rösch: Herr Abgeordneter! Die Bereitschaftstruppe ist unser Dauerproblem. Wir stehen nach wie vor bei 60 bis 70 Prozent der Sollstärke.

Sie wissen noch aus Ihrer Zeit, in der Sie selbst Wehrsprecher Ihrer Partei waren: Es hat sich eine eigene Arbeitsgruppe mit diesem Fragenkomplex beschäftigt. Da sind jetzt einige konkrete Maßnahmen herausgekommen. Die Maßnahme, die als erste vermutlich am wirkungsvollsten ist – wir hoffen es zumindest, und es sieht ja auch schon so aus –, besteht darin, daß in der Armee eine Alarmbeorderung anderer Teile, die nicht direkt zur Bereitschaftstruppe gehören, vorgenommen wurde. Dadurch erhöht sich diese Einsatzbereitschaft einmal um etwa 5 bis 10 Prozent, und zwar, wie ich glaube, auf etwa 80 Prozent.

Zweitens müssen wir versuchen, einen Anreiz dafür zu finden, daß sich Längerdienende verpflichten. Die beiden zuständigen Sektionen haben einen Auftrag, hierfür bis Anfang nächsten Jahres die gesetzlichen Vorbereitungen zu treffen, die notwendig sind, wenn wir einen solchen Anreiz bieten wollen.

Schließlich versuchen wir halt immer wieder, mehr Planstellen zu bekommen. Sie sehen, daß im nächsten Budget beziehungsweise im Dienstpostenplan wieder 500 Planstellen mehr für Zug-ZvS ausgewiesen sind. Ich kann das wiederholen, was ich immer wieder sagte – ich versichere Ihnen das –, nämlich daß wir alles daransetzen werden, um schrittweise doch die Sollstärke zu erreichen.

Präsident Thalhammer: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Neisser: Herr Bundesminister! Bei den Beratungen über den militärischen Teil des Landesverteidigungsplanes ist von meiner Seite aus immer erklärt worden, daß die Auffüllung der Bereitschaftstruppe eine Bedingung für den Konsens über diesen militärischen Teil ist.

In der Sitzung der Arbeitsgruppe am 13. Dezember 1978 – es ist dies nachzulesen im Protokoll über diese Sitzung – haben Sie zugesagt, daß in einer Arbeitsgruppe geprüft werden soll, inwieweit 8-Monate-Durchdiener durch eine Konzentration der Ausbildung in Form einer Übergangslösung für die Bereitschaftstruppe herangezogen werden können. Konkret war davon die Rede, daß zwei Drittel bereits nach zwei Monaten feldverwendungsfähig und ein weiteres Drittel nach vier Monaten feldverwendungsfähig sind. Sie haben damals

Dr. Neisser

eine Stellungnahme dieser Arbeitsgruppe bis Ende März zugesagt; ich habe sie bis heute nicht erhalten.

Ich frage Sie daher: Sind Sie von dem Gedanken, 8-Monate-Durchdiener durch eine Konzentration der Ausbildung für eine Übergangslösung bei der Bereitschaftstruppe heranzuziehen, abgekommen?

Präsident **Thalhammer**: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister **Rösch**: Nein, wir sind nicht abgekommen. Ich glaube, man muß es so sehen: ein Drittel zwei Monate und zwei Drittel vier Monate, nicht umgekehrt. Das spielt keine Rolle. Da dürfte wahrscheinlich ein Schreibfehler vorliegen. Wir sind nicht davon abgekommen. Im Gegenteil: Wir versuchen das ja auch in der Praxis durchzuführen.

Präsident **Thalhammer**: Eine zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Dr. Neisser**: Herr Bundesminister! Das von Ihnen angesprochene Problem der freiwillig verlängerten Grundwehrdiener hat verschiedene Seiten. Eine Seite besteht sicher darin, daß die derzeitige Regelung des Heeresgebührengesetzes problematisch ist, weil seit Jahren die Prämie, die gewährt wird, gleichgeblieben ist, und zwar trotz Anhebung etwa des Taggeldes für die Präsenzdiener.

Das Problem liegt vor allem darin, daß verheiratete freiwillig verlängerte Grundwehrdiener besondere finanzielle Probleme haben. Ich frage Sie daher konkret: Werden Sie eine Novelle zum Heeresgebührengesetz dem Parlament zuleiten, in der eine Verbesserung der finanziellen Entschädigung für die freiwillig verlängerten Grundwehrdiener vorgesehen ist?

Präsident **Thalhammer**: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister **Rösch**: Ich habe zuerst gesagt, Herr Abgeordneter, daß die zuständigen Sektionen den Auftrag haben, gesetzliche Maßnahmen vorzubereiten. Eine davon betrifft die Frage, die Sie angeschnitten haben. Es ist damit zu rechnen, ich glaube es fast mit Sicherheit sagen zu können – hoffentlich stimmt es dann –, daß ich vor dem Sommer des nächsten Jahres eine diesbezügliche Novelle dem Hohen Haus zur Beschlußfassung zuleiten kann.

Präsident **Thalhammer**: Eine weitere Zusatzfrage: Herr Dipl.-Vw. Josseck.

Abgeordneter Dipl.-Vw. **Josseck** (FPÖ): Herr

Bundesminister! Um diesen Problemkreis, nämlich die Einsatzbereitschaft der Bereitschaftstruppe, einmal wirklich überprüfen zu können, glaube ich, sollte man den Versuch durchführen, daß man die Beorderung, die die volle Einsatzfähigkeit der Bereitschaftstruppe oder verschiedener Einheiten erst gewährleisten würde, einmal in Form einer Alarm- oder einer Mobübung durchexerziert. Glauben Sie nicht auch, daß das notwendig wäre?

Präsident **Thalhammer**: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister **Rösch**: Ein solches Experiment, ein solcher Versuch ist ja gemacht worden; allerdings nicht in der Form, daß die Leute direkt einrücken müssen, weil wir glauben, daß es nicht sehr sinnvoll ist, sie aus dem Wirtschaftsleben plötzlich herauszuziehen. Ich höre immer, daß die Wirtschaft sowieso mit einer Fülle von Problemen kämpft. Wir wollen ihr nicht noch zusätzliche Probleme aufbürden.

Wir haben also diese Verständigungen hinausgegeben, haben kontrolliert, ob sie erhalten wurden, haben festgestellt, wie lange es dauert, bis der Betreffende herkommt, und haben hieraus, glaube ich, doch eine Reihe von sehr guten Erfahrungswerten feststellen können.

Präsident **Thalhammer**: Eine weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Kraft.

Abgeordneter **Kraft** (ÖVP): Herr Bundesminister! Sie haben angeführt, daß Sie 60 bis 70 Prozent erreicht haben, und gemeint, daß man nun alles unternehmen müßte, um doch einen höheren Prozentsatz zu erreichen. Die Bereitschaftstruppe ist nach der Heeresgliederung 1972 sicherlich der wichtigere Teil.

Ich darf Sie, Herr Bundesminister, fragen, nachdem Sie beziehungsweise Ihr Vorgänger nun sieben Jahre oder noch länger Zeit gehabt haben, die Bereitschaftstruppe als den wichtigeren Teil stärker zu betonen beziehungsweise schneller und besser aufzubauen: Was sind die Gründe für diese offensichtliche Vernachlässigung im Ausbau der Bereitschaftstruppe in den letzten Jahren?

Präsident **Thalhammer**: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister **Rösch**: Herr Abgeordneter! Ich muß zuerst einer Ihrer Aussagen entgegenreten. Die Bereitschaftstruppe ist nicht der wichtigere Teil. Der wichtigere Teil ist die Miliz, selbstverständlich auch in der Größenordnung. Die Bereitschaftstruppe ist eine Unterstützung des milizartigen Systems mit den im Gesetz

Bundesminister Rösch

vorgesehenen Aufgaben. Ich glaube aber, es gab im Haus schon seit längerer Zeit völlige Übereinstimmung, daß wir den Schwerpunkt auf das milizartige System legen. Und jetzt fragen Sie, was die Gründe waren. Sie sind schon oft angeführt worden. Ich bin aber gerne bereit, sie Ihnen zu wiederholen.

Wir haben zu wenig Dienstposten, wir haben zu wenig Leute, die sich bereit erklären, freiwillig einzutreten. Und jeder Dienstposten, Herr Abgeordneter, der in diesem Hohen Haus dazukommt – Sie werden die 500 für das nächste Jahr vermutlich auch wieder ablehnen –, wird ja bekämpft, und es wird gesagt, das seien Schreibtische. Das sind keine Schreibtische, das sind Soldaten! Das ist ja die Schwierigkeit, daß man sich auch in der Öffentlichkeit sehr schwertut, wenn man wieder 500 Dienstposten dazuverlangt und auch, wie gesagt, nächstes Jahr 500 dazubekommt. Das sind die Schwierigkeiten, die es bisher gegeben hat. Deshalb gibt es ja diese jetzigen Maßnahmen, um hier vielleicht doch zu einem befriedigenden Ergebnis zu kommen.

Präsident Thalhammer: Wir gelangen zur 8. Anfrage: Abgeordneter Dr. Feurstein (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung.

78/M

Wann werden Sie die Entscheidung über den Kasernenneubau in Vorarlberg treffen?

Präsident Thalhammer: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Rösch: Herr Abgeordneter! Sie kennen das Problem als Vorarlberger besser als ich. Wir haben den Vorschlag der Vorarlberger Landesregierung, auch in der Gemeinde Bludesch im Gebiet Gais eine Kaserne zu bauen. Die Gemeinde hat sich dagegen gewehrt, sie hat den Gegenvorschlag gemacht, das in der Zipfeläule, wenn ich es richtig ausspreche, zu machen. Hier gab es wasserrechtliche Bedenken. Die Landesregierung hat über Auftrag des Landwirtschaftsministeriums Bohrungen durchgeführt und festgestellt, daß es in der Zipfeläule auf Grund wasserrechtlicher Bedenken nicht geht. Und in dem Gutachten steht, daß es womöglich auch in Gais aus denselben wasserrechtlichen Bedenken nicht geht.

Ich entnehme den Zeitungen allerdings – ich habe versucht, mich auch zu erkundigen; die Zeitungsmeldungen stimmen –, daß jetzt die Landesregierung ein neuerliches Gutachten mit Bohrungen für Gais angefordert hat, um festzustellen, ob das zutrifft. Das soll Mitte Jänner, Februar eintreffen, so entnehme ich den Unterlagen.

Dann wird man darangehen müssen, eine Entscheidung zu treffen. Wenn nämlich Gais auch nicht geht, dann fällt Bludesch aus, und dann bleibt nichts anderes übrig, als die bestehende Kaserne in Bregenz in irgendeiner Form zu sanieren. Denn die Spezialität – Sie kennen sie ja sehr genau in Vorarlberg – ist, daß alle Vorarlberger, glaube ich, sagen: Wir brauchen eine neue Kaserne! Und fast alle sagen: Aber nicht bei uns, sondern beim Nachbarn! – Das geht halt nicht.

Präsident Thalhammer: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Feurstein: Herr Bundesminister! Ich glaube, Ihre Stellungnahme ist nicht ganz richtig. Landesrat Gasser hat erst im September anlässlich der Herbstmanöver sehr eindeutig und dezidiert festgestellt, daß die Vorarlberger Landesregierung nach wie vor zum Angebot, in Gais diese Kaserne zu errichten, steht.

Meine Frage steht im Zusammenhang mit der Äußerung des neuen Militärkommandanten, der erklärt hat, daß die Lösung der Kasernenfrage das entscheidende Problem in Vorarlberg sei. Er will Mitte nächsten Jahres mit den Bauarbeiten beginnen.

Ich frage Sie jetzt: Werden Sie den Militärkommandanten in dieser Frage voll unterstützen, oder wird es ihm so gehen, wie es dem früheren Militärkommandanten Oberst Simma ergangen ist, nämlich daß Sie ihn immer wieder in seinen Bemühungen hängenlassen? Werden Sie also den neuen Militärkommandanten mehr unterstützen und damit mehr zu einer Lösung beitragen, als Sie es bisher getan haben?

Präsident Thalhammer: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Rösch: Ich glaube, Herr Abgeordneter, ich habe den bisherigen Militärkommandanten weder „hängengelassen“ noch sonst etwas. Denn – das muß ich auch sagen – ich baue die Kaserne nicht. Die Kaserne baut das Bautenministerium. Ich kann also nur, so wie der Kollege Josseck gemeint hat, treten oder sonst irgend etwas tun, damit es weitergeht.

Aber ich muß noch einmal festhalten: Wenn die Landesregierung – so wie Sie jetzt sagen –, wenn Herr Landesrat Gasser erklärt, Gais bleibe nach wie vor aufrecht, dann frage ich mich: Wozu die neuen Untersuchungen, wozu die neuen Bohrungen? Das Gutachten hat ja diese Bohrungen ausgelöst, weil es Zweifel gehegt hat, daß dies dort notwendig ist.

Ich stelle noch einmal sehr eindeutig fest: Ich werde nicht gegen den Willen der Gemeinde

Bundesminister Rösch

darauf bestehen, daß dort eine Kaserne gebaut wird! Das kann ich nicht.

Präsident **Thalhammer**: Eine zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Feurstein**: Herr Bundesminister! Es ist Ihnen bekannt, daß der Bürgermeister von Bludesch grundsätzlich eine Zustimmung erteilen würde, er hat aber gewisse Gegenforderungen an Sie gerichtet. Sie kennen diese Gegenforderungen des Bürgermeisters von Bludesch. Wie stehen Sie zu diesen Gegenforderungen, falls es durch Sie zu einer positiven Entscheidung für Gais kommt?

Präsident **Thalhammer**: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister **Rösch**: Für die Gegenforderungen bin ich der falsche Adressat. Diese hat er nicht an mich gestellt, sondern an die Landesregierung. Ich bitte also den Herrn Landesrat Gasser zu fragen, wie die Landesregierung dazu steht.

Schauen Sie, reden wir doch offen: Es geht doch um die Frage, ob der Gemeinde eventuell Mittel zur Verfügung gestellt werden, und zwar, wie ich glaube, für Abwässer, für Straßen und so weiter. Daß diese Mittel vom Heeresministerium, also von mir, nicht zur Verfügung gestellt werden können, ist logisch. Das ist eine Sache, die intern ausgetragen werden muß.

Ich höre aber – ich weiß nicht, ob es richtig ist –, daß diese Wünsche – ich glaube, Forderungen kann man das ja nicht nennen – noch gar nicht so dezidiert an das Land herangetragen wurden, sondern daß dies die Möglichkeit eines Kompromisses in der Zukunft wäre. Ich würde diesen Kompromiß sehr begrüßen.

Präsident **Thalhammer**: Eine weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Dr. Jörg Haider.

Abgeordneter Dr. Jörg **Haider** (FPÖ): Herr Minister! Im Zusammenhang mit dem Kasernenausbauprogramm darf ich Sie für ein Bundesland befragen, das die Vorentscheidungen dieser Art, wie sie vorhin diskutiert worden sind, schon getroffen hat. Ich frage Sie also: Welche Schritte werden und sind bereits unternommen worden, um im Bundesland Kärnten die noch ausstehenden Objekterrichtungen und Ausbauten der Kasernen vorzunehmen, damit die erforderliche Regimentsgliederung tatsächlich vorgenommen werden kann, im besonderen ...

Präsident **Thalhammer**: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister **Rösch**: Nicht direkt hat das ...

Abgeordneter Dr. Jörg **Haider**: Ich bin noch nicht fertig gewesen ...

Präsident **Thalhammer**: Bitte, die Frage kurz zu stellen.

Abgeordneter Dr. Jörg **Haider**: Na ja, ich glaube, die Frage muß gründlich sein, damit der Herr Minister auch gründlich antworten kann.

Präsident **Thalhammer**: Bitte, die Frage hat nach der Geschäftsordnung kurz zu sein. Bitte, Herr Dr. Haider.

Abgeordneter Dr. Jörg **Haider**: Ich wollte das insbesondere auch im Hinblick auf das Problem Völkermarkt sagen.

Präsident **Thalhammer**: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister **Rösch**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Mit Vorarlberg hat diese Frage gar nichts zu tun – darf ich das einmal feststellen –, weil ja ein Zusammenhang gegeben sein soll. Aber ich bin gerne bereit. Ein gebranntes Kind fürchtet das Feuer, daher habe ich gleich das ganze Programm mitgenommen. Ich habe gedacht, vielleicht wird von einem anderen Bundesland auch etwas gefragt.

In Kärnten ist vorläufig folgendes vorgesehen:

Für das Jahr 1980 in der Windischkaserne ein Garagenobjekt und ein Magazingebäude, in der Laudonkaserne in Klagenfurt ein Mannschaftsgebäude und ein Fernheizanschluß, in der Rohrkaserne in Villach ein Wirtschafts- und Mannschaftsgebäude und in der Türkkaserne in Spittal an der Drau ein Mannschaftsgebäude. Zusammen sind es 23,6 Millionen Schilling für das nächste Jahr.

Die zweite Frage, die Sie anschneiden, betreffend Völkermarkt ist überhaupt nicht aktuell. Überhaupt nicht! Es ist der Wunsch der Gemeinden. Ich darf erwähnen, es sind also nun viele in Österreich, die – ich freue mich ja darüber – jetzt auf einmal eine Kaserne haben wollen. In Bludesch will man sie nicht haben, dort ist also das Gegenteil der Fall. Bloß kann das nur gehen entsprechend der militärischen Planung.

Ich habe daher auch allen Intervenienten – das sind schon ein halbes Dutzend, glaube ich – wegen Völkermarkt geschrieben. Ich will nicht behaupten, daß das nie der Fall sein wird, aber in dem jetzigen Zehnjahresprogramm ist Völkermarkt nicht drinnen.

Präsident **Thalhammer**: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Treichl.

Abgeordneter **Treichl** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Für den Fall, daß das zweite wasserrechtliche Gutachten für den landeseigenen Gutshof Gais – Sie haben bereits darauf hingewiesen – ebenfalls so wie in der Zipfeläule oder Im Sand negativ ausfällt, bleibt die Landeshauptstadt Bregenz, zumindest vorläufig, weiterhin Garnisonsstadt. Ich persönlich und auch hohe Offiziere des Militärkommandos Vorarlberg würden das begrüßen.

Ich gestatte mir aber in diesem Zusammenhang, Herr Bundesminister, die Frage: Ist gesichert, daß der derzeitige Garnisonsübungsplatz nach Ablauf der Vereinbarung mit der Stadt Bregenz weiterhin dem Landwehrstammregiment 91 zur Verfügung steht, beziehungsweise sind auch Verhandlungen im Gange, die sichern, daß endlich in Vorarlberg ein entsprechender Schießplatz zur Verfügung gestellt werden kann?

Präsident **Thalhammer**: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister **Rösch**: Das sind zwei Fragen. Das eine ist der Garnisonsübungsplatz in Bregenz, das andere ist ein Schießplatz.

Mit dem Schießplatz geht es uns ungefähr so wie mit der Kaserne. Alle sagen: Man braucht einen, aber nicht bei uns, sondern in der Nachbargemeinde!

Wir haben also mit einer Alpgenossenschaft verhandelt, wie Sie ja wissen. Der Vorstand hat zugestimmt, die Generalversammlung hat abgelehnt, hat festgestellt, daß die Generalversammlung nicht richtig beschlußfähig war, weil falsche Leute eingeladen worden waren; als sie dann beschlußfähig war, hat sie es wirklich abgelehnt. Also mit Schießplätzen sind wir in Vorarlberg etwas schlecht beisammen.

Die andere Frage betreffend den Garnisonsübungsplatz: Wir haben einen Vertrag mit der Stadtgemeinde Bregenz, und dieser Vertrag läuft jetzt in absehbarer Zeit aus.

Ich habe also klargestellt: Wir können nur dann überhaupt an eine Kasernenrenovierung oder an einen Ausbau in Bregenz denken, wenn uns vertraglich auf lange Zeit dieser Garnisonsübungsplatz zugesichert wird, denn eine Kaserne ohne jeglichen Übungsplatz, noch dazu bei den Verhältnissen, wie wir sie dort leider jetzt haben, daß alle Leute dagegen sind, können wir nicht machen.

Präsident **Thalhammer**: Ich möchte darauf

aufmerksam machen, daß bei den letzten Fragen in der Zusatzfrage immer zwei Fragen verpackt gewesen sind. Das ist in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen. Ich bitte, sich an die Geschäftsordnung zu halten und nur eine Frage zu stellen.

Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Dr. Blenk. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Blenk** (ÖVP): Herr Bundesminister! Ich glaube, daß die Antworten, die Sie gegeben haben, und vor allem die Frage des Kollegen Treichl den ganzen verworrenen Weg dieser Kasernenfrage in Vorarlberg hinreichend aufgezeigt haben.

In einem, Herr Bundesminister, liegen Sie falsch, nämlich wenn Sie sagen, daß in ... (*Rufe bei der SPÖ: Frage!*)

Pardon, meine Herren, wenn ich an die sogenannten vorherigen Fragen denke, ist das mehr als eine Frage, die ich jetzt einleite! (*Neuerliche Rufe bei der SPÖ: Frage! – Gegenrufe bei der ÖVP.*)

Ich möchte eines fragen, Herr Bundesminister: Sie sagen, es sei in Vorarlberg in jeder Gemeinde so, daß sie das ablehnen wolle. In Bludesch ist es zum Beispiel seit Jahren so, daß außer dem Bürgermeister und einigen Funktionären die Bevölkerung durchaus der Meinung ist, sie wäre für die Kaserne. Das haben Untersuchungen der Landesregierung ergeben, das hat Ihnen Herr General Wohlgemuth mitgeteilt. (*Weitere Zwischenrufe.*) Meine Herren, ich bitte Sie, ein bisserl mehr zuhören zu können! – Sie haben es nötig, Herr Kollege Treichl!

Meine Frage geht dahin, Herr Bundesminister: Sind Sie im Lichte der ganz dezidierten Äußerungen des neuen Militärkommandanten von Vorarlberg, daß im nächsten Sommer mit dem Beginn aller dieser Arbeiten für die Kaserne Bludesch zu rechnen sei, damit einverstanden, und welche Mittel sind dafür im nächsten Budget oder im langfristigen Investitionsprogramm des Bundes für Ihr Ressort vorgesehen?

Präsident **Thalhammer**: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister **Rösch**: Herr Abgeordneter! Sie zitieren Meinungsumfragen, die es nie gegeben hat oder, wenn Sie wollen, die von allen Seiten vorgelegt werden. (*Abg. Dr. Blenk: Herr General Wohlgemuth hat Ihnen geschrieben!*) Na ja, wenn Sie, Herr Abgeordneter, dazwischenfragen, geht es ja nicht. Ich kann ja nicht ... (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Präsident **Thalhammer**: Herr Abgeordneter! Der Herr Bundesminister hat das Wort! Ich bitte, ihm zuzuhören!

Bundesminister **Rösch**: ... das kann ich nicht.

Ich darf festhalten: Es gibt keine offiziellen Meinungsumfragen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*) Es gibt eine Unterschriftensammlung dagegen, und es gibt eine angeblich von einer Zeitung oder sonst jemandem veranstaltete dafür (*Abg. Dr. Blenk: Von der Landesregierung! – Ruf bei der SPÖ: Von der ÖVP!*), wobei beide offensichtlich dieselben Unterschriftenträger haben. (*Abg. Dr. Blenk: General Wohlgemuth hat Ihnen aber auch bekanntgegeben, ...!*)

Präsident **Thalhammer** (*das Glockenzeichen gebend*): Der Herr Bundesminister hat das Wort!

Bundesminister **Rösch**: Der Herr General Wohlgemuth hat lediglich die Situation mitgeteilt, so wie ich sie Ihnen jetzt sage: beides hergeschickt, daß es so aussieht.

Ich erkläre noch einmal: Ich bin auch nicht, wenn der Bürgermeister dagegen ist, bereit, das zu machen. Meine Herren, das ist eine Grundsatzauffassung. Sie sind der Meinung ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*) Nein, auch wenn das kein Sozialist wäre, würde ich dagegen sein, denn Sie sagen immer wiederum mit Recht, die Autonomie der Gemeinden und der Bürgermeister solle gewahrt werden, solle beachtet werden (*neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk*), und ich bin dafür, daß man sie beachtet, auch in dem Fall, daß es sich um einen Sozialisten handelt! (*Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Präsident **Thalhammer**: Die 60 Minuten der Fragestunde sind abgelaufen. Somit ist die Fragestunde beendet.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident **Thalhammer**: Den eingebrachten Antrag 25/A der Abgeordneten Dr. Broesigke und Genossen betreffend Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 geändert wird, weise ich dem Verfassungsausschuß zu.

Ferner weise ich die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen zu wie folgt:

Dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen der „Intercontainer“ – Internatio-

nale Gesellschaft für den Transcontainer-Verkehr geändert wird (102 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Gehaltsgesetz 1956 (35. Gehaltsgesetz-Novelle) und das Richterdienstgesetz geändert werden (115 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Vertragsbedienstetengesetz 1948 geändert wird (28. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle) (116 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem die Bundesforst-Dienstordnung geändert wird (12. Novelle zur Bundesforst-Dienstordnung) (117 der Beilagen)

Bundesgesetz, mit dem die Kunsthochschul-Dienstordnung geändert wird (5. Novelle zur Kunsthochschul-Dienstordnung) (118 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz vom 30. Juni 1965 betreffend die Übertragung der Anteilsrechte des Bundes an der „Martha“ Erdöl Gesellschaft m. b. H. und an der „ÖROP“ Handel-Aktiengesellschaft für österreichische Rohölprodukte geändert wird (127 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem die Bundesabgabenordnung, das Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz 1955, das Zollgesetz 1955 und das Gerichts- und Justizverwaltungsgebührengesetz 1962 geändert werden (128 der Beilagen),

Bundesgesetz über die Erhöhung der Quote Österreichs beim Internationalen Währungsfonds (129 der Beilagen),

Bundesgesetz über die Veräußerung von unbeweglichem Bundesvermögen (137 der Beilagen).

Dem Außenpolitischen Ausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Konsulargebührengesetz 1967 abgeändert wird (119 der Beilagen).

Dem Verfassungsausschuß:

Bundesgesetz über die Neuordnung der Zuständigkeit in Angelegenheiten der Familienpolitik (133 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Verwaltungsakademiegesetz geändert wird (140 der Beilagen).

Des weiteren weise ich die eingelangten Staatsverträge zu wie folgt:

Dem Zollausschuß:

Empfehlung des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens in Brüssel vom 13. Juni 1978 zur Änderung der Konvention über das Zollarifschema für die Einreihung der Waren in die Zollarife (68 der Beilagen).

Präsident Thalhammer

Dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung:

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Bulgarien über Gleichwertigkeiten im Universitätsbereich samt Anlage (138 der Beilagen),

Zusatzprotokoll zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Bulgarien über Gleichwertigkeiten im Universitätsbereich, unterzeichnet in Wien am 13. Mai 1976, samt Anlage (139 der Beilagen).

Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1980 samt Anlagen (80 und Zu 80 der Beilagen)

Präsident **Thalhammer**: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu deren einzigem Punkt: Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1980 samt Anlagen (80 und Zu 80 der Beilagen).

Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Lanner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Lanner** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe, so wie das Klubobmann Fischer immer wieder macht, die letzten Budgetreden des Finanzministers sorgfältig durchgesehen, und da stammt aus der Budgetrede 1975 ein bemerkenswerter Satz: „Die Staatsfinanzen“ – so meinte damals der Finanzminister – „sind in Ordnung“. „Sind in Ordnung“! Heute hingegen meint der Finanzminister in der Budgetrede für das Jahr 1980, daß eine Budgetsanierung notwendig sei und diese Sanierung hauptsächlich durch Einsparungen erfolgen soll.

Herr Finanzminister! Für mich ist das nichts anderes als das Einbekennen, daß Ihr bisheriger Budgetkurs geändert werden muß, und ich möchte Ihnen sagen: In diesem Punkt sind wir einer Meinung. Sie haben damals, vor Jahren, die Situation offenbar falsch eingeschätzt. Sie erkennen jetzt – die heutigen Meldungen im Morgenjournal von Professor Seidel über die künftige Wirtschaftsentwicklung in Europa und auch in Österreich waren ja sehr ernüchternd –, daß hier Maßnahmen gesetzt werden müssen.

Ich möchte einleitend sagen, daß ich es begrüße, daß Sie wenigstens jetzt zu der Erkenntnis kommen, daß eine Budgetsanierung notwendig ist. Wir haben das in unseren Vorschlägen immer gesagt. Sie schwenken auf diese Linie ein. Sehr wesentlich unterscheiden wir uns hingegen in den einzelnen Punkten, wie

und wo Maßnahmen gesetzt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie meinen, Herr Finanzminister, der Schwerpunkt der Budgetsanierung müßte bei den Einsparungen liegen. Wir sind Ihrer Meinung. Aber wo eingespart werden soll, dort scheiden sich die Geister. Dort scheiden sich die Geister! Wir sind der Meinung, daß man beim aufgeblähten bürokratischen Apparat einsparen müßte. Wir sind der Meinung, daß man bei der Regierungspropaganda einsparen müßte. Wir sind der Meinung, daß man bei den Repräsentationsspesen einsparen müßte. Wir sind der Meinung, daß man bei den Defiziten der Bundesbahnen einsparen und rationalisieren müßte. Das sind die Vorschläge, die wir von unserer Seite aus haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und Sie? – Sie kürzen die Sparförderung. Sie verteuern den Milchpreis. Und Sie belasten die Bevölkerung bei der Sozialversicherung. Mit der Sparförderung – das sollte man einmal offen aussprechen – treffen Sie vor allem die jüngeren Leute. Mit der Erhöhung des Milchpreises treffen Sie die sozial schwachen Gruppen in unserer Bevölkerung, und zwar vor allem die kinderreichen Familien. Die Beitragserhöhung in der Pensionsversicherung ist letztlich nichts anderes als eine Steuererhöhung, denn dem Staatsbürger ist es gleichgültig, ob er unter dem Titel Steuer oder unter dem Titel Sozialversicherung zur Kasse gebeten wird.

Herr Finanzminister, ich stelle noch einmal ausdrücklich fest: Hier unterscheiden wir uns im Weg, wie man dieses Ziel einer Budgetsanierung erreicht. In diesem Weg unterscheiden wir uns sehr wesentlich. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Sie haben es sich leicht gemacht! Sie haben im Bereich des Sozialwesens die Chance einer Reform ungenutzt verstreichen lassen. Ohne zu überlegen, was man bei der Verwaltung oder bei den Leistungen ändern könnte, haben Sie einfach die Beiträge angehoben. Keine Rede von neuen Impulsen für eine qualitative Sozialpolitik! Wo sind, Herr Finanzminister, die Ansätze für eine Durchforstung unseres Sozialsystems? Ihr einziger Weg, Ihr einziges Rezept war die Erhöhung der Beiträge. Und das haben Sie – ich sage: versucht – mit dem Schlagwort „Eigenvorsorge“ zu kaschieren versucht. Das klingt gut, modern und zukunftsorientiert.

Wir sind für die Eigenvorsorge, aber für eine echte, für eine realistische, für eine basisbezogene Eigenvorsorge und nicht für eine kaschierte, die letztlich Ihr eigener Ministerkollege Weißenberg selbst demaskiert hat.

Was hat Ihnen Weißenberg nach dem Ministerrat am 2. Oktober 1979 gesagt? Ich beziehe mich hier auf die „Wiener Zeitung“. „Sollte es“,

Dr. Lanner

so meinte Weißenberg, „zu einer Korrektur der Sozialversicherungsbeiträge kommen, so nicht aus Gründen der Sozial- sondern ausschließlich aus Gründen der Budgetpolitik“. Also – so sagte der Sozialminister – nicht ein zukunftsorientierter Gedanke, nicht ein Reformgedanke, nicht ein Erneuerungsgedanke steht hinter dieser Maßnahme, sondern einzig und allein die Suche des Finanzministers: Wo kann ich den österreichischen Staatsbürger belasten? Wo kann ich ihm Geld aus der Tasche ziehen? Wo kann ich mein Budget mit irgendwelchen Mitteln, ohne Rücksicht auf die Bevölkerung, sanieren? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie, Herr Finanzminister, sprechen überall, wo Sie zu Ihrem Budget Stellung nehmen, von einem sogenannten Sparbudget. Tatsächlich ist das, was Sie vorgelegt haben, ein Belastungsbudget für den Staatsbürger. Von Spargesinnung ist nichts zu merken.

Ich möchte das an einigen Beispielen aufzeigen. Ich werde Beispiele bringen, die Sie vielleicht zum Teil schon gehört haben. Es mag durchaus sein, daß der Abgeordnete Fischer dann meint, die ÖVP hätte keine neuen Argumente. Herr Abgeordneter Fischer! Wir werden die Argumente solange bringen, bis Sie einsehen, daß hier eine Kursumkehr, ein Kurswechsel notwendig ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir haben ja auch Finanzminister Androsch vor Jahren gesagt: Eine Budgetsanierung wäre im Interesse des österreichischen Staates und der Sicherung der Arbeitsplätze notwendig. Er meinte vor fünf Jahren noch: Alles in Ordnung! Heute sieht er ein, daß Maßnahmen gesetzt werden müssen.

Wir werden solange Beispiele aufzeigen, wo Sie sparsamer mit den Steuergeldern umgehen müssen, bis Sie endlich einsehen, daß Sie im eigenen Bereich und nicht bei der österreichischen Bevölkerung zu sparen beginnen müssen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Beispiel eins – dieses Beispiel hat unser Parteiobmann gestern ausführlich gebracht; ich unterstreiche es noch einmal, weil es einfach notwendig ist, diese Wunde aufzuzeigen –, ist die Verwaltungsaufblähung. Die Zahl der Beamten wird im Jahre 1980 wieder einmal steigen, und zwar um rund 1 700. Das, bitte, ist eine Tendenz, die Sie in den letzten Jahren systematisch eingeleitet und fortgesetzt haben.

Nun kommt die durchaus verständliche Frage der Öffentlichkeit: Würde es die Volkspartei anders machen? Würde die Österreichische Volkspartei einen anderen, einen besseren Weg in dieser Richtung haben? – Wir, so meint doch der Bundeskanzler, haben ja nur Personalauf-

stockungen bei den Lehrern, bei den Gendarmen-riebeamten und bei den Postboten betrieben, und sonst nirgends. So sagt er immer. – Würde die Volkspartei einen besseren Weg wissen? – Jawohl! Wir wissen einen besseren Weg und haben diesen besseren Weg auch unter Beweis gestellt.

In der Zeit der ÖVP-Alleinregierung haben wir die Lehrerzahl aufgestockt, haben wir bei der Post eine Personalvermehrung durchgeführt und haben wir beim Sicherheitsapparat eine Vermehrung durchgeführt. Trotzdem – und das ist der unterschiedliche Kurs – ist es uns gelungen, 5 000 Schreibtische einzusparen. Sehen Sie: So machen wir Personalpolitik! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ihr Personalstand ist in Ihrer Regierungszeit um über 20 000 angewachsen. Damit wir uns richtig verstehen: Das ist keine Beamtenhatz. Wir sind dafür, daß die Beamten gut – ich würde sogar sagen: sehr gut – für eine ausgezeichnete Leistung bezahlt werden. Aber eine überflüssige Beamtenaufblähung kann in niemandes Interesse sein, zumal – und das ist, wenn Sie wollen, strafverschärfend – diese Beamtenvermehrung nicht dort, wo handfeste, bürgernahe Arbeit geleistet wird – nicht dort! –, durchgeführt wurde, sondern wo der Schwerpunkt bei den Zentralstellen, bei den zentralistischen Stellen des Bundes lag.

Nehmen Sie nur ein einziges Beispiel: Im Bereich der Sicherheit – dort, wo man wirklich für die Anliegen der Sicherheit in Österreich Sorge trägt – wurde eine Personalvermehrung von drei Prozent vorgenommen. Bei den Zentralstellen haben sich die Schreibtische im gleichen Zeitraum um 14 Prozent vermehrt.

Drei Prozent für die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung, 14 Prozent für den sozialistischen Zentralismus! Sehen Sie: Das ist der unterschiedliche Weg, wie wir uns Politik vorstellen. Hier könnte man rationalisieren, hier könnte man einsparen, hier könnte man Maßnahmen setzen, die im österreichischen Interesse, im Interesse der gesamten Bevölkerung liegen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Nun könnte man, Herr Finanzminister, natürlich annehmen: All das ist ein Zufall, das hat sich eben so ergeben. – Dem ist nicht so! Dem ist nicht so, denn Ihr sozialistischer Kollege Norbert Leser hat Ihnen ja ins Stammbuch geschrieben, was er im Zusammenhang mit der Bürokratie von den Sozialisten und ihren Überlegungen hält.

„Dieser bürokratische Sozialismus“ – So meinte Norbert Leser – „ist eine stets latente Gefahr, hat doch der Sozialismus in allen seinen historischen Erscheinungsformen das Problem

Dr. Lanner

der Bürokratie bisher noch nirgends gut und überzeugend gelöst“.

Es ist ein systemimmanentes Problem, daß Sie einfach zum Zentralismus und Bürokratismus in diesem Lande auf dem Rücken und auf Kosten der Steuerzahler neigen. Und dagegen stellen wir uns! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

In der Zwischenzeit gibt es dann die Beruhigungspillen des Bundeskanzlers: Das Ganze wäre ja nicht so arg.

Nur ist, glaube ich, in der Zwischenzeit jeder hellhörig geworden, was die leicht hingeworfenen Versprechungen des Bundeskanzlers anlangt. Ich möchte Ihnen nur ein Beispiel zitieren; ein Beispiel im Zusammenhang mit der Bürokratie und dem aufgeblähten Beamtenapparat.

„Verbürgen Sie sich“ – so lautet die Frage an den Bundeskanzler – „persönlich, daß 2 900 Posten eingespart, daß Beamtenüberstunden gekürzt werden und daß der Verwaltungsaufwand um nicht mehr als fünf Prozent wächst?“

Kreisky: „Ja mir kann niemand einreden, daß man das nicht einsparen kann. Und wenn ein Minister sagt, er kann das net, dann soll er gehen.“

So Kreisky: Und wenn ein Minister sagt, er kann das net, dann soll er gehen.

„Er muß einen Teil seiner Lebensaufgabe“ – seiner Lebensaufgabe! – „darin sehen. Kann er diese Aufgabe nicht erfüllen, dann muß ich Konsequenzen ziehen. Ich sage noch einmal ganz deutlich“ – so Kreisky –: „Ein Minister, der net sparen kann, muß gehn.“ – Laut „profil“ vom 13. Juli 1976. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wenn Sie auf der sozialistischen Seite sich wirklich an dieses Rezept Ihres Bundeskanzlers halten würden, dann wäre es nicht notwendig, diese Regierungsbank zu erweitern oder daß einer den anderen auf den Schoß nimmt, weil der Platz fehlt. Dann hätten wir richtige Turbulenzen hier auf dieser Regierungsbank, denn dieses Gefühl für Einsparungen, diese Spargesinnung fehlt Ihnen ja an allen Ecken und Enden.

Ein zweites Beispiel. Herr Klubobmann Fischer! Sie mögen das wahrscheinlich nicht hören. Aber weil Sie immer auf der Suche nach unserer Linie sind: Wissen Sie, wo diese neue Linie auch zu sehen ist? *(Abg. Dr. Fischer: Viele Punkte, aber keine Linie!)* – Daß wir nicht nachlassen werden, Herr Klubobmann Fischer, die Dinge, die wir für richtig und notwendig halten, immer wieder zu sagen. Das werden wir nicht aufgeben! Das ist auch ein Ausdruck einer neuen Linie.

Sie können das verfolgen. Ich werde Ihnen daher auch heute wieder Beispiele von gestern bringen, weil es notwendig ist, weil es wichtig ist, weil wir Ihnen ins Gewissen reden müssen, weil es einfach an der Zeit ist, daß Sie langsam einsehen, daß man nicht die ganze Politik auf dem Rücken der österreichischen Bevölkerung machen kann, sondern bei sich selbst mit dem Sparen beginnen muß. Dann kann man auch von der Bevölkerung etwas erwarten. Aber nicht umgekehrt! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Das zweite Beispiel: die Spargesinnung. Ein besonderer Ausdruck der Spargesinnung ist die Inflation der Staatssekretäre. Acht Staatssekretäre in einer Regierung. Die teuerste Regierung, die Österreich jemals hatte! Was heute auf der Regierungsbank sitzt, kostet dem Steuerzahler grob gerechnet 200 000 S pro Tag. Was da heroben sitzt, kostet 200 000 S pro Tag!

Aber wenn es um die Pendler geht, wenn es um die Behinderten geht, wenn es um die Mindestrentner geht, wenn es um die kinderreichen Familien geht, dann heißt es: Kein Geld dafür. – Das ist eine inkonsequente Politik! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ein drittes Beispiel – Sie werden sagen: schon wieder diese alten Argumente!; aber sie sind halt gut und richtig – ist die Regierungspropaganda. *(Abg. Dr. Fischer: Das hat man am 6. Mai gemerkt!)* Herr Kollege Fischer! Das Gefährlichste scheint mir diese Überheblichkeit zu sein, die Sie mit diesem Zwischenruf zum Ausdruck bringen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Demokratie verlangt Bescheidenheit von den Mächtigen. Das sollten Sie sich ins Stammbuch schreiben. Das ist etwas sehr Wichtiges! *(Abg. Dr. Fischer: Deswegen werden die Argumente trotzdem nicht richtiger, Kollege Lanner!)*

Wenn Sie glauben, daß Sie Verständnis für die Verschwendungspolitik, die Sie – hier an diesem Beispiel aufgezeigt – betreiben, bei der österreichischen Bevölkerung finden, dann täuschen Sie sich! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

„Propaganda für die Regierung“ – so meinte der Bundeskanzler – „dürfe nicht auf Kosten der Steuerzahler von der Regierung gemacht werden. Diese Propaganda ist vielmehr Sache der Regierungspartei“. – So Kreisky am 30. Oktober 1968 im Parlament.

Und was machen Sie? – Für Regierungspropaganda haben Sie über eine halbe Milliarde Schilling ausgegeben, aber die Sparförderung kürzen Sie. Die jungen Leute schädigen Sie, die sich mit einer Spargesinnung für die Zukunft etwas schaffen wollen. Das ist eine inkonsequente Politik! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Kommen Sie mir nicht mit dem Argument,

Dr. Lanner

unsere Sparvorschläge würden nichts bringen. Herr Finanzminister, die Änderung in der Sparförderung bringt nach Ihren eigenen Berechnungen rund 400 Millionen Schilling. Wir haben einen konkreten Vorschlag gemacht, wie man das Wegwerfschulbuchsystem auf ein sparsameres System des freien Schulbuches umstellen könnte, wie man dabei rund die Hälfte, etwa 500 Millionen Schilling, einsparen könnte. Sie sind darauf nicht eingegangen. Wir glauben, es wäre nicht nur von der erzieherischen Seite her wichtig, die Kinder zu lehren, daß man auf Sachen aufpassen und sie nicht leichtfertig wegwerfen soll, sondern es ist auch ein finanz- und budgetpolitisches Anliegen, daß man auf diesem Sektor spart, ein vernünftigeres System einführt und nicht auf der anderen Seite einfach leichtfertig die jungen Leute mit einer Sparförderung schädigt.

Ein letzter Punkt, der mir sehr am Herzen liegt, wobei man mehrfach nachrechnen muß, ob er wirklich so stimmt, wie es die Zahlen ergeben, und der eigentlich bezeichnend ist für Ihre Einstellung, für Ihre Spargesinnung: die Repräsentationsspesen. Damit wir uns richtig verstehen: Eine Regierung, auf welcher Ebene immer, muß repräsentieren und eine bestimmte Budgetpost für diese Repräsentationsspesen vorsehen. Das ist überhaupt keine Frage! Aber es wird niemand verstehen, daß im Budget 1980 gegenüber 1979 die Repräsentationsspesen um 23 Prozent – Sie hören richtig: die Repräsentationsspesen, die Ausgaben für Empfänge, Festlichkeiten und Hausmusik um 23 Prozent! – steigen und die Renten nur um 5,6 Prozent. Das erklären Sie einmal einem Rentner, er bekommt 5,6 Prozent und Sie für Ihre eigene Sache 23 Prozent! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Hier, Herr Finanzminister, glaube ich, kommt es sehr wesentlich darauf an, daß Sie zum richtigen Maß zurückfinden. Ich sage noch einmal: Ich bin für Repräsentationsspesen, nur Maßhalten werden Sie wieder lernen müssen, wenn es um die Steuergelder geht. Wenn Sie das mit Ihren eigenen Geldern machen, spielt das keine Rolle.

Der erste und wesentliche Punkt, in dem wir uns grundsätzlich unterscheiden: Budgetsanierung ja, Einsparung vor allem in wichtigen Bereichen, aber bitte nicht auf Kosten der Bevölkerung. Zuerst sollte man bei sich selbst beginnen. Hier habe ich eine Reihe von Beispielen aufgezeigt, wie wir uns eine Budgetsanierung über den Weg der Einsparung vorstellen könnten.

Zweitens: die Budgetsanierung von der Einnahmenseite her. Auch hier, Herr Finanzminister, haben wir eine unterschiedliche Auffassung. Das Budgetkonzept der Österreichischen

Volkspartei geht davon aus, daß durch Anreize und Entlastungen die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft angekurbelt und damit die Steuerertragsfähigkeit erhöht wird. Die Leistungsfähigkeit anzukurbeln, damit die Steuerertragsfähigkeit erhöht wird, haben Raab – Kamitz gemacht. Hiefür gibt es auch ein gutes Beispiel.

Was machen Sie, Herr Finanzminister? – Von Leistungsanreizen, von Entlastungen ist nichts zu sehen, auch nicht bei einer sehr kritischen Durchsicht. Im Gegenteil! Im kommenden Jahr werden Sie allein durch die Steuerprogression um 11,5 Prozent mehr Lohnsteuer kassieren – über acht Milliarden Schilling zusätzlich! –, während das Bruttoinlandsprodukt nominell nur um sieben Prozent steigen wird. Insgesamt erreicht die Staatsquote, der Anteil der Steuern an den Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt, durch Ihre Finanzpolitik 40,5 Prozent. International – Sie lieben ja internationale Vergleiche – liegen wir mit dieser Belastung im Spitzenfeld. Die Bundesrepublik Deutschland kommt mit einem Anteil von 39 Prozent aus, die Schweiz sogar – Sie zitieren immer wieder die Schweiz, also laßt uns auch hier die Schweiz zitieren – mit einem von 30,3 Prozent. Wir haben 40,5 Prozent. Auch das sollte man einmal mit aller Deutlichkeit aussprechen.

Darüber hinaus, Herr Finanzminister, weil ich von Entlastungsbereitschaft, von Ankurbelung der Wirtschaft sprach: hier ist nichts zu spüren. Sie haben angekündigt, daß in den nächsten Jahren keine Steueranpassung durchgeführt wird, womit Sie offenbar meinen, daß Sie nicht daran denken, die Steuer den Inflationsraten anzupassen. Auch hier – bitte, damit kein Mißverständnis entsteht – reden wir nicht von absoluter Steuersenkung, sondern davon, daß wir die Inflationsraten zumindest im Wege der Steuer abgelten müßten, sodaß diese notwendige Anpassung durchgeführt wird. Aber was Sie bei der Lohn- und Einkommensteuer machen, ist eine Steuererhöhung auf kaltem Wege. Diese lehnen wir ab! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wissen Sie, Herr Finanzminister, mich wundert eigentlich, daß die sozialistischen Gewerkschafter diesen Kurs nach wie vor decken und der Regierung auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung die Mauer machen. Das ist nämlich die Wahrheit. Ich weiß nicht, wie Sie einem VÖEST-Arbeiter erklären werden, daß er immer weniger bekommen soll, weil Sie mit Ihrer Finanzpolitik nicht zurechtkommen, weil Sie Ihr Budgetloch irgendwie stopfen müssen. Ich verstehe nicht, welche Politik hier der Gewerkschaftsbund bzw. die sozialistischen Gewerkschafter verfolgen. An sich müßte es doch ihr Interesse und ihre Aufgabe sein, für die

Dr. Lanner

arbeitenden Menschen einzutreten. Und was machen sie? – Sie machen der Regierung vordergründig die Mauer auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung in Österreich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Finanzminister, Sie bestrafen den Leistungswillen. Unser Ziel ist es: Leistung soll sich wieder lohnen! Das ist das Ziel der Österreichischen Volkspartei. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)*

Genießen Sie später das „profil“, hören Sie zuerst der Rede zu, da lernen Sie noch, was Sie anders machen könnten, denn so wie der Finanzminister im Jahre 1975 nicht eingesehen hat, daß eine Sanierung des Budgets notwendig ist, aber nun im Zuge der Argumente doch soweit ist, gelingt es vielleicht, auch Ihnen das eine oder andere Argument plausibel zu machen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir wollen eine andere Politik in der Frage, wo gespart werden soll, eine andere Politik in der Frage, wie gespart werden soll, und auch eine andere Politik, was die Investitionsförderung anlangt. Bei der direkten Investitionsförderung wird den Wirtschaftskörpern zuerst das Geld weggenommen und dann über Kommissionen und bürokratische Apparate wieder zugeteilt, und zwar unter Berücksichtigung der bürokratischen Umverteilungsverluste.

Die direkte Investitionsförderung begünstigt die Selbstfinanzierung und damit auch die Selbständigkeit der Wirtschaftskörper. Sie, Herr Finanzminister, haben die direkte Investitionsförderung immer weiter ausgebaut und durch Ihre Steuerpolitik die Möglichkeit der Selbstfinanzierung drastisch eingeschränkt.

Wir glauben, daß das auf die Dauer kein guter Weg ist. Wir glauben, daß es nicht gut und richtig sein kann, diese Tendenz immer weiter fortzusetzen. Denn wohin führt das Ganze? – Der Staat und einige Mächtige an der Spitze des Staates bekommen alle Hebel in die Hand. Sie dirigieren unter Einsetzung eines unerhört teuren und aufwendigen Apparates über Kommissionen die Investitionssteuerung, die Investitionslenkung und haben überhaupt kein Risiko, egal, ob sie danebengreifen oder nicht. Und jene, um deren Arbeitsplätze es geht, die als Unternehmer das Risiko tragen, sind von der Entscheidungsfindung und der Entscheidung ausgeschaltet. Wir glauben, daß das auf die Dauer nicht der richtige Weg ist.

Wo dieser Bürokratismus, der hier herausleuchtet, hinführt, zeigt ja am besten die Kreditsteuer. Sie haben die Kreditsteuer, die Ihnen rund 500 Millionen Schilling bringt, im Jahre 1977 eingeführt. Dann haben Sie plötzlich gesehen, daß die Kreditkosten zu hoch sind. Also machen wir eine eigene Zinssstützungsaktion,

die etwa 400 Millionen Schilling kostet! Dazwischen liegt ein großer bürokratischer Apparat. Umsonst, sage ich. Wozu das Ganze? – Machen Sie die Zinsen billiger, dann brauchen Sie diese ganzen Aktionen nicht, und wir ersparen uns den bürokratischen Apparat dazwischen und letztlich damit auch Steuergelder. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir glauben einfach, daß sowohl der Unternehmer, der das Risiko trägt, als auch der Arbeitnehmer, um dessen Arbeitsplatz es geht, besser wissen, wie man die Mittel sinnvoll und zukunftsorientiert einsetzt, und daß eine weltfremde bürokratische Kommission nicht der bessere Entscheidungsträger ist. Auch hier unterscheiden wir uns. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir sind für eine verstärkte Eigenkapitalbildung der Betriebe. Daß Sie dafür offenbar wenig Verständnis haben, zeigt ja auch all das, was mit der Erhöhung der Pensionsversicherungsbeiträge verbunden ist. Diese Erhöhung trifft den arbeitenden Menschen unmittelbar; sie erhöht aber auch die Lohnnebenkosten der Betriebe ganz wesentlich. Letztlich besteht nun einmal ein enger Zusammenhang zwischen der Wettbewerbsfähigkeit auf der einen Seite sowie den Kosten, die mit der Produktion einer Ware verbunden sind, und der Möglichkeit des Absatzes des Produktes im In- und Ausland auf der anderen Seite.

Daß Sie bei den Lohnnebenkosten mit Ihrer Politik einen höchst bedenklichen Kurs eingeleitet haben, zeigt ein internationaler Vergleich sehr deutlich. Die Lohnnebenkosten betragen in der Bundesrepublik Deutschland 28 Prozent der Bruttolöhne, in Schweden 55 Prozent, in der Bundesrepublik Deutschland 67 Prozent, in den Niederlanden 75 Prozent und in Österreich 90 Prozent. 90 Prozent betragen heute bereits die Lohnnebenkosten! Sie verschärfen diese Tendenz durch jede Ihrer budgetpolitischen Maßnahmen. Andere Länder kommen mit wesentlich geringeren Beträgen aus und sind naturgemäß dann auch konkurrenzfähiger.

Das, was Sie hier machen, beeinflußt ganz entscheidend die Eigenkapitalbildung der Betriebe. Wir sind für eine Verstärkung dieser Eigenkapitalbildung, und Sie wollen offenbar einen zentralistischen Förderungsapparat mit bürokratischen Kommissionen von oben. Herr Minister, auch hier unterscheiden wir uns in der Finanz- und Budgetpolitik ganz wesentlich! *(Beifall bei der ÖVP.)*

In der Strukturpolitik setzen Sie, Herr Finanzminister, im Budget 1980 keine neuen Akzente. Sie verweisen auf die bestehenden sektoralen Förderungsaktionen für einige Branchen und erwähnen extra die sündteure öffentliche Förderung des General-Motors-Projekts.

Dr. Lanner

Für den wichtigen Bereich der kleinen und mittleren Betriebe, für den Mittelstand in Österreich haben Sie nur unverbindliche Versprechungen übrig. Dabei sind es gerade diese Betriebe, die den Großteil der Arbeitsplätze sichern und die uns über die schwierigen Zeiten hinweggeholfen haben! Dabei sind es gerade diese Betriebe, die die Mehrzahl der Lehrlinge ausbilden! Dabei sind es gerade diese Betriebe, die ganz entscheidend mitgeholfen haben, daß wir in Österreich keine Jugendarbeitslosigkeit haben! Aber diese Betriebe vergessen Sie. Das ist ein falscher Weg! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Finanzminister! Die Förderung des General-Motors-Projekts – man kann das nicht oft genug sagen – ist in dieser Form höchst bedenklich. Eine Million Schilling geben Sie für jeden Arbeitsplatz aus. Eine Million Schilling! Mit einem Bruchteil dessen könnten Sie in den schwierigen Grenzregionen Österreichs regionalpolitische Impulse setzen, könnten Sie die Investitionen in den Berggebieten ankurbeln, könnten Sie mithelfen, im steirischen Industriegebiet Arbeitsplätze zu schaffen und Arbeitsplätze zu sichern. Mit einem Bruchteil dessen, was Sie den General-Motors-Vertretern in den Rachen werfen! Ich glaube einfach, daß das nicht der richtige Weg ist. Es muß doch sehr ernüchternd gewesen sein, was kürzlich in einer Diskussion im „Club 2“ ein Teilnehmer – es stand ein ganz anderes Thema zur Diskussion – meinte. Er sagte folgendes: Ich verstehe diese Politik nicht! In den Ballungsräumen, in denen ohnehin eine Knappheit an Arbeitskräften besteht, wird schwerpunktmäßig investiert, und dann werden die Arbeiter mit Pendelzügen aus der Steiermark herbeigeführt. Das kann doch nicht die richtige Politik sein! Wir müssen doch daran interessiert sein, das ganze Land und nicht nur die Ballungsräume, wo Arbeitskräfte ohnehin schwer zu kriegen sind, wirtschaftspolitisch und wirtschaftlich zu durchfluten.

Wir glauben einfach, Herr Finanzminister, daß es einen viel besseren Weg gegeben hätte, diese Förderung auf breiter Basis für den österreichischen Mittelstand anzuwenden und zu investieren. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich komme zu dem letzten Punkt, der aufzeigen sollte, daß wir auch hier einen anderen wirtschafts- und finanzpolitischen Weg verfolgen, nämlich zu Ihrer Haltung zum Föderalismus und zu den finanzpolitischen Konsequenzen, die sich daraus ergeben.

Nun könnten Sie sagen: Was ist denn Schlechtes daran, daß ein Bundesland, wenn es eine Straße, eine Kaserne, eine Schule baut, auch etwas dazu beiträgt, etwas dazuzahlt? An sich, wenn es sich um Ausnahmefälle handelt, nichts! An sich nichts! Nur wenn dieser Weg

zum System wird – Herr Finanzminister, Sie haben aus Ihrer Budgetnot ein System entwickelt –, wenn es zum System wird, daß Sie zwar auf der einen Seite die Steuern für die Bundesaufgaben einheben, die Sie verpflichtend zu erfüllen haben, dann aber die Bundesländer zur Kasse bitten: Willst du einen Tunnel, so kannst du ihn haben, aber du mußt mitzahlen, willst du eine Straße, so kannst du sie haben, aber du mußt mitzahlen, willst du einen neuen Bahnhof, so kannst du ihn haben, aber du mußt mitzahlen, willst du eine Kaserne, so kannst du sie haben, aber du mußt mitzahlen!, so führt das zu einer Aushöhlung, zu einer finanzpolitischen Aushöhlung des Föderalismus.

Bezeichnend war ja, was Ihr Zentralsekretär im Zuge der letzten Diskussion, als wir von Föderalismus, von einem Neuüberdenken des Verhältnisses des bundesstaatlichen Prinzips gesprochen haben, meinte, nämlich das wäre eine Separatismusdiskussion.

Sehen Sie, dieses gestörte Verhältnis zum Föderalismus, zur Eigenständigkeit der Bundesländer, leuchtet auch aus Ihrer Budgetpolitik heraus! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Lassen Sie mich zusammenfassen: Der wesentliche Grund für unsere Ablehnung dieses Bundesvoranschlags liegt in zwei Bereichen.

Erstens: Dieses Budget belastet ausschließlich den Staatsbürger unter dem Vorwand einer Sanierung der Staatsfinanzen. Die Regierung selbst läßt jede Spargesinnung vermissen.

Zweitens: Wir sind für eine Stärkung der Eigenkapitalbasis der Betriebe, weil wir davon überzeugt sind, daß wir damit die Arbeitsplätze langfristig am besten sichern. Sie dagegen drehen nur an der Steuerschraube. Deshalb lehnen wir dieses Budget ab! *(Anhaltender Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Thalhammer: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Tull. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Tull (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Rede des Herrn Generalsekretärs Dr. Lanner, der offenbar nunmehr als Wirtschaftssprechersubstitut hier auftritt, stand zweifelsohne unter dem Motto: viele Punkte ergeben noch lange keine Linie. *(Beifall bei der SPÖ.)* Man kann nur eines sagen, meine Damen und Herren: Wo ist die Zeit eines Dr. Koren, wo ist jene Zeit, als er hier hart argumentiert hat – mit den Argumenten konnte man sich nicht einverstanden erklären –, denn eines hatte er zum Unterschied von dem, was Sie heute geboten haben, Herr Dr. Lanner: ein entsprechendes geistiges Profil. Wenn das Koren

Dr. Tull

wüßte, ich glaube, er hätte wahrlich keine Freude, denn Sie haben, Herr Dr. Lanner, heute hier eines überzeugend bewiesen: in welcher schwindelerregender geistiger Talfahrt sich Ihre Partei befindet.

Es ist für uns ein kleiner Trost, ein Hoffnungs-schimmer, daß nach Ihnen, Herr Dr. Lanner, der Sie sich heute hier als Wald- und Wiesenredner qualifiziert haben, doch noch der Wirtschaftssprecher, der offizielle Wirtschaftssprecher der Österreichischen Volkspartei, Herr Abgeordneter Graf, kommt und daß wir doch immerhin noch hoffen dürfen, daß zumindest er, der in der Sache sicherlich mehr zu sagen haben dürfte als Sie, einiges hier zur Diskussion stellt, über das man dann ernstlich debattieren kann.

Sehr geehrter Herr Dr. Mock, Ihr Generalsekretär Dr. Lanner hat anlässlich Ihres Aufenthaltes, Ihrer Klausur in Villach doch gesagt, daß es notwendig sei, daß von dem Glanz der Landesfürsten etwas auf Sie herabkommen müßte. Ich glaube, Sie haben sich heute überzeugen können: Ihre einzige und letzte Hoffnung, wenn überhaupt noch etwas Glanz auf Sie herabkommen soll, den dürfen Sie nicht vom Generalsekretariat der Österreichischen Volkspartei erwarten! (*Zustimmung bei der SPÖ.*) – Den dürfen Sie nicht von einem Dr. Lanner erwarten! Da sind Sie bei Ihren Landesfürsten doch noch wesentlich besser aufgehoben.

Dabei wäre eines ja, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, immerhin gerade von Ihnen als der großen Oppositionspartei heute möglich gewesen. Die erste Lesung des Budgets ist doch, im Grunde genommen, der große Tag, der große Tag der Opposition, das ist doch die Stunde der Abrechnung mit der Finanz-, mit der Wirtschaftspolitik. Das ist doch die Stunde der Wahrheit, in der man über das eine oder das andere reden könnte, wo man die Klängen kreuzen könnte, wo es wirklich zu ernst zu nehmenden Disputen kommen könnte. (*Abg. Dr. Keimel: Wie soll man mit Ihnen ernst diskutieren?*)

Und gerade heuer haben wir, Herr Kollege Dr. Keimel, von Ihnen einiges erwartet. Sind Sie doch aus Villach mit sehr großen, vielversprechenden Erklärungen zurückgekehrt. Herr Dr. Mock ist es gewesen – ich glaube, Sie richtig zu zitieren, Herr Bundesparteiobermann –, Sie haben doch in Villach versprochen, daß es zu einem neuen Aufbruch bei Ihrer Politik käme, daß Ihr künftiger Oppositionstil darin bestehen würde, konstruktiv aufzutreten, allerdings auch eine schärfere Gangart einzuschlagen.

Von einer konstruktiven Wirkung, Herr Dr.

Lanner, haben wir heute wahrlich nichts gehört. (*Beifall bei der SPÖ.*) Denn das, was Sie zu bieten hatten, war nichts anderes als ein sehr billiges Allerlei, einfach ein Tutti-Frutti, wie man es sich ärger nicht vorstellen kann. (*Abg. Dr. Lanner: Heute haben Sie einen schlechten Tag!*)

Meine Damen und Herren! Sie hätten sich wahrlich heute zusammenreißen müssen, gerade Sie, Herr Dr. Lanner, als der erste Redner der Opposition, eine erste Probe aufs Exempel zu liefern, um zu zeigen, daß es nicht nur bei schönen Worten, bei schönen Versprechungen bleiben soll, daß Sie es in Hinkunft anders, besser machen wollen. Denn ich glaube, Sie haben doch die Absicht, nicht noch mehr Mandate zu verlieren, sondern daß Sie zumindest versuchen, den jetzigen Stand, der ja ohnehin schon entsprechend zusammengesmolzen ist, noch mit Ach und Krach zu halten.

Aber, meine Damen und Herren, es besteht für Sie wahrlich eine sehr, sehr große Gefahr, neuerlich in den alten Trott zu verfallen. (*Abg. Bergmann: Wie geht es Ihnen in Vöcklabruck?*) Verbal haben Sie gute Vorsätze, aber ich glaube, es ist Ihnen auch bekannt, daß der Weg in die Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert ist. Daher kann man zu all dem, was Sie, meine Damen und Herren, in Villach an guten Vorsätzen, an schönen Worten und Verheißungen von sich gegeben haben, nur eines sagen: Die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Herr Bergmann, lesen Sie als Bundesgeschäftsführer doch nach. Sie müssen uns nicht glauben, wenn wir eine solche Kritik an Ihrer Tätigkeit als Partei üben, wenn wir Sie so qualifizieren. Aber lesen Sie einmal nach, was die „Frankfurter Allgemeine“ vor einigen Tagen geschrieben hat. Da werden Sie feststellen, es gebe einfach keine Opposition. Ja, wenn es so bleiben soll, wie Lanner es heute vorexerziert hat, dann müssen wir sagen: Es gibt keine Opposition, es gibt keine effiziente Opposition. Und das ist für uns wahrlich nicht sehr angenehm, es droht nämlich für uns die Gefahr, daß wir in die Rolle eines Schattenboxens kommen. Wir haben ja keinen Gegner, denn das, was Sie uns hier präsentieren, ist im Grunde genommen nichts. (*Beifall bei der SPÖ. – Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Herr Dr. Lanner! Sie sind hierher gekommen und haben so schön erklärt, Sie hätten in den Protokollen nachgelesen, was Androsch im Jahre 1975 gesagt hat. Gerade Sie hätten alle Ursache, nicht so weit zurückzugreifen. Es wäre für Sie empfehlenswert gewesen, eines zu machen, das hätte genügt, Herr Dr. Lanner.

Dr. Tull

Beispielsweise einmal nachzulesen, was Sie als Hauptredner am 7. November des Vorjahres, also auf den Tag genau – Sie waren damals auch der große Redner der Österreichischen Volkspartei –, zum Budget 1979 gesagt haben. Mit viel Pathos haben Sie damals erklärt:

„Hohes Haus! Zum Schluß noch ein gutes Wort über dieses Budget. Auch das sollte man anbringen. Denn eines ist an diesem Budget wirklich gut: Es ist das letzte, das die Regierung Kreisky in dieser Legislaturperiode vorlegt.“

Wir werden dafür sorgen“ – wir, die Österreichische Volkspartei –, „daß es auf lange Zeit auch das letzte bleibt!“

Sehen Sie, Herr Dr. Lanner, so kann man sich irren. Ich glaube, Sie sollten heute Einkehr halten und sagen, daß das, was Sie damals gesagt haben, doch nichts anderes als leeres Stroh gewesen ist, das Sie damals genau so gedroschen haben, wie Sie es heute zum Besten gegeben haben.

Sie haben damals Ihre große Rede mit einem Cromwell-Zitat beendet. Sie haben damals gesagt, Herr Dr. Lanner: „Ihr seid hier zu lange gesessen – und Sie haben auf die Regierungsbank gedeutet – für das bißchen, was Ihr geleistet habt.“

Nun, so wenig muß es nicht gewesen sein, das muß schon etwas mehr als ein bißerl gewesen sein, ein bißerl mehr nämlich, ansonsten hätte es keinen 6. Mai 1979 gegeben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Herr Dr. Lanner hat heute wiederholt gesagt, er sehe sich veranlaßt, alte Argumente uns neuerlich in Erinnerung zu rufen. Aber eines, Herr Dr. Lanner: Schlechte Argumente werden dadurch nicht besser, daß man sie unzählige Male wiederholt. Das sollten Sie sich schon merken. Denn die Wähler haben Ihre und unsere Argumente wohlweislich überlegt, überprüft und abgewogen, und sie haben Ihre Argumente doch als zu leicht befunden.

Sie haben, Herr Dr. Lanner, weiter heute hier gesagt, vor allem das Problem des Personalstandes anziehend, welche großartigen Einsparungen auf dem Personalsektor in der ÖVP-Zeit zu verzeichnen gewesen seien.

Herr Kollege Dr. Lanner, Sie verkaufen doch hier wieder einmal einen alten Hut. Sie sitzen offenbar in Ihrem Generalsekretariat nur umgeben von alten Ladenhütern und versuchen, sie anzubringen. Aber die nimmt Ihnen einfach niemand ab. Herr Kollege Dr. Lanner, Sie kommen mir vor wie der Trödler Abraham. *(Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.)* Denn es müßte Ihnen doch bekannt sein, Herr Kollege

Dr. Lanner: Ja, in der ÖVP-Zeit von 1966 bis 1970 wurden Dienstposten gestrichen. Aber nicht deswegen, weil man einsparen wollte, sondern weil man einfach diese Posten streichen mußte, weil es damals keine Bewerber gegeben hat. Das ist der Unterschied, das verschweigen Sie und versuchen, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, wie großartig Sie damals gewirtschaftet haben.

Herr Dr. Lanner, Ihr – ich nehme an – Parteifreund, aber immerhin ein Ihnen sehr wohlgesinnter Journalist, der Herr Martin Stiglmayr, hat Ihnen im Zentralorgan der Österreichischen Volkspartei vor einigen Tagen einen guten Ratschlag erteilt. Er hat gesagt, für die Behandlung des 10. Androsch-Budgets sollte sich die Opposition eines wohlweislich überlegen – jetzt zitiere ich wörtlich –: „Die Oppositionsparteien haben nun rund 14 Tage Zeit, um sich gründlich auf dieses Budget einzuschießen.“

Dabei sollten Sie, Herr Dr. Lanner, als der Generalredner noch etwas beherzigen. *(Abg. Graf: Generalsekretär!)*

Er war doch heute der erste Redner, er war doch der Mann, der letzten Endes heute hier die Punkte vorgegeben hat. Keine Linie, nur Punkte hat er angegeben. Er ist ja bescheiden, er begnügt sich mit Punkten.

Herr Dr. Lanner! Ihr ehemaliger Finanzminister Dr. Wolfgang Schmitz hat am 4. Juli dieses Jahres im offiziellen Organ des ÖAAB folgendes wörtlich geschrieben: „Es dominieren immer noch überholte Denkschablonen. Die Probleme und ihre Lösungsvorschläge werden nicht gründlich durchdacht.“

Wie recht doch Schmitz hat! Er ist offenbar mit einer seherischen Gabe ausgestattet, daß er schon damals erkannt hat, daß für Sie wirklich kein Gras gewachsen ist, daß man Ihnen einfach nicht helfen kann. Denn das, was Sie heute hier wiedergegeben haben, war doch im Grunde genommen nichts anderes als diese alten Denkschablonen, als der alte Trott, aus dem Sie einfach nicht heraus wollen.

Es wäre doch notwendig, daß man sich alles sehr, sehr gründlich überlegt. Denn Sie hätten doch schon längst erkennen müssen, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, daß Sie mit den alten Methoden, daß Sie mit den abgedroschenen Behauptungen des Krankjammerns, der Miesmacherei, mit Ihrem Desastergeschwätz nirgends ernst genommen werden, daß Sie sich mit Ihren Fehlprophezeiungen laufend immer und immer wieder blamieren.

Aber es gereiche Ihnen zum Trost, Herr Dr.

Dr. Tull

Lanner – ich will jetzt für einen Augenblick nicht mehr mit Ihnen hier ins Gericht ziehen –, *(Abg. Graf: Das trifft ihn aber hart!)* es gereiche Ihnen zum Trost, daß Sie sich nicht allein vor einem Jahr so in die Nesseln gesetzt haben. Was blieb beispielsweise von den schrecklichen Voraussagen, die vor einem Jahr bezüglich des Budgets 1979 getroffen wurden, übrig?

Da hat beispielsweise Ihr damaliger Bundesparteiobermann Dr. Taus gesagt, und zwar am 14. Dezember:

„Sie haben mit Ihrer Budgetpolitik – an den Finanzminister gerichtet – dieses Land immer tiefer in eine Misere der öffentlichen Finanzen hineinmanövriert.“

Und weil der Herr Abgeordnete Graf sich freundlicherweise hier als Zwischenrufer betätigt ... *(Abg. Graf: Dann war es ein Irrtum, wenn ich freundlich war!)* – Nein, nein, aber Sie haben damals, Sie haben am gleichen Tag, Herr Kollege Graf – das ist kein Irrtum, das ist aus dem Protokoll, was ich jetzt zitiere; das, was ich jetzt zitiere, ist kein Irrtum, sondern ist eine Tatsache –, Sie haben damals als letzter Redner, als der „Ausputzer“ Ihrer Fraktion, folgendes erklärt – mit viel Pathos natürlich, was Ihnen ja an und für sich gut steht –:

„Es war Ihnen leicht möglich, meine Damen und Herren, Herr Bundeskanzler, in der Prosperität die Bevölkerung glauben zu machen, Sie hätten ein Füllhorn, das unausschöpfbar ist. Das Füllhorn ist leer, die Prosperität ist zu Ende und, wie ich hoffen möchte zum Schluß, auch die Glaubwürdigkeit und Ihre Zeit als Regierung.“ *(Abg. Graf: Haben Sie den Seidel gehört heute früh? Das Füllhorn ist leer!)* Misere im Jahre 1979 – Herr Kollege Dr. Taus, Prosperität im Jahre 1979 zu Ende, Herr Kollege Graf? Das haben Sie behauptet.

Ernst zu nehmende Nationalökonominnen und Finanzexperten sind allerdings zu anderen Erkenntnissen gekommen. Sie sprechen von einer Bilderbuchkonjunktur. Und eines können weder Sie noch sonst einer aus Ihrer Partei wegdiskutieren: daß Sie das heurige Jahr als Ende der Prosperität bezeichnet haben, das war nicht richtig. Ich will hier nur aufzeigen, wie wenig man sich auf Ihre Voraussagen verlassen kann. *(Beifall bei der SPÖ. – Rufe bei der ÖVP: Seidel!)*

Wirtschaftswachstum 5 Prozent, Industrie expandiert auf zunehmend breiterer Basis. Das muß doch gerade Sie als Kammerpräsidenten sehr befriedigen. Oder sind Sie dagegen? Sind Sie dagegen, daß die Industrie prosperiert? Sind Sie dagegen? Daß Sie damit nicht einverstanden sind, kann ich Ihnen nachfühlen, aber Sie müssen doch zur Kenntnis nehmen, daß es

Fakten gibt, die weder Sie noch sonst jemand – das sage ich Ihnen noch einmal – vom Tisch wischen kann.

Der Fremdenverkehr-Nächtigungszuwachs 3 Prozent, Vollbeschäftigung im Jahre 1979, über die heute noch zu sprechen sein wird, Exportexpansion, die Tatsache – und darauf sollten auch gerade Sie als Vertreter der gewerblichen Wirtschaft ein wenig stolz sein –, daß die Teuerungsrate entgegen Ihren Weissagungen heuer mit 3,6 Prozent die niedrigste von allen Industriestaaten ist. *(Abg. Dr. Blenk: Die zweitniedrigste!)*

Und eines, meine Damen und Herren, muß ich in diesem Zusammenhang doch sagen: Ich hoffe, Herr Kollege Graf, daß Sie vielleicht nachher als der zweite ÖVP-Redner eines eingestehen werden: daß Sie sich vor einem Jahr geirrt haben. Denn irren ist ja nicht unter allen Umständen etwas Verwerfliches. Irren ist menschlich, Herr Kollege. *(Abg. Graf: Dann hören Sie schon endlich auf, wenn Sie so neugierig sind!)*

Aber Dr. Busek war da anderer Meinung, Herr Kollege Graf. Denn meines Erachtens, ich glaube, mich gut zu erinnern, war es Dr. Busek, der der „Kleinen Zeitung“ am 2. 6. dieses Jahres im Zuge der Reformdiskussion gesagt hat: Wir, die ÖVP, wir haben zu wenig nachgedacht. – Ja, Sie haben wahrlich zu wenig nachgedacht. Und eines ist eine Tatsache: Gerade in der Politik sollte man, Herr Kollege Lanner, auf das Denken nicht verzichten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und eines sollten Sie auch wissen, Herr Kollege Dr. Lanner: daß Dr. Busek dies nicht uns, sondern Ihrer Partei, Ihrer Partei, Herr Dr. Mock und Herr Dr. Lanner, ins Stammbuch geschrieben hat. Und er als ein Eingeweihter wird schon wissen, warum er Ihnen diesen Ratschlag gegeben hat beziehungsweise warum er diese Feststellung getroffen hat, daß zu wenig nachgedacht worden ist.

Wenn man die Ausführungen Lanners heute gehört hat, muß man sagen, bedauerlicherweise gibt es hier keine Besserung, es bleibt beim alten: Es wird zu wenig nachgedacht.

Die ÖVP hat vor einiger Zeit gesagt, sie könne nicht agieren, weil sie im Stadium der großen innerparteilichen Debatte sei. Ich habe auf Grund des bisherigen Verlaufes der Diskussion den Eindruck, daß die ÖVP auch jetzt noch nicht zu agieren vermag. Die Periode der Nabelschau scheint noch immer nicht abgeschlossen zu sein. Das ist keine gehässige Bemerkung von mir – oh, ich würde so etwas nicht sagen. *(Heiterkeit.)* Ich berufe mich da auf einen anderen, ich berufe mich auf einen, der auch als ein Eingeweihter die Zusammenhänge inner-

Dr. Tull

halb der Österreichischen Volkspartei sehr gut kennt, ich berufe mich auf den steirischen Landtagsabgeordneten und Präsidenten der Ärztekammer Dr. Piaty, der bei der Landeskonzferenz der Wiener Jungen ÖVP folgendes gesagt hat: So wie die ÖVP heute ist, hat sie keine Zukunft. (*Abg. Dr. Zittmayr: Wollen Sie zum Budget überhaupt nichts sagen?*) Herr Dr. Zittmayr, daß Sie das natürlich nicht gutheißen können, kann ich verstehen, aber Piaty wird schon wissen, warum er es gesagt hat, daß Ihre Partei keine Zukunft hat, unabhängig davon, wer oben sitzt. Also ob Mock oben sitzt oder nicht, ist egal, Zukunft hat die ÖVP nicht, das hat Dr. Piaty gesagt. (*Beifall bei der SPÖ.*) Nun, es ist schon traurig, Herr Dr. Mock, daß Sie auf diese Weise nicht zu neuen Ufern kommen werden.

Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zur Zukunft. Unabhängig von diesem trostlosen Zustand, in dem sich Ihre Partei seit Jahren befindet, geht das Leben in Österreich weiter. Meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, Sie können noch soviel Reformdiskussionen führen, die Karawane zieht weiter. (*Lebhafte Heiterkeit. – Abg. Dr. Mock: Woraus besteht die Karawane?*)

Jetzt zeigt es sich, meine Damen und Herren, jetzt zeigt es sich wieder an der Schwelle der achtziger Jahre, wie gut es für Österreich ist, daß es eine starke SPÖ gibt, daß es eine handlungsfähige sozialistische Bundesregierung gibt. Denn wir gehen die Probleme der achtziger Jahre zielbewußt an. (*Abg. Bergmann: Kommen Sie endlich zum Budget!*)

Und jetzt komme ich zum Budget. Endlich, Herr Bergmann! Aber dieser Teil meiner Ausführungen wird für Sie nicht angenehmer werden, der wird für Sie genauso peinlich werden wie der erste Teil. Denn die Wahrheit, Herr Bergmann, tut weh, das sollten Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Sie verstehen es zwar wunderbar, Nebelschwaden auszustreuen, Sie verstehen es wunderbar, im Trüben zu fischen, das ist eine Stärke von Ihnen. Aber die Wahrheit werden Sie nicht zu unterdrücken vermögen, Herr Bergmann, trotz all Ihres so engagierten Einsatzes. (*Abg. Dr. Zittmayr: Das Budget 1980 war so schlecht!*)

Meine Damen und Herren! Wir stellen mit diesem Budget die Weichen für die achtziger Jahre. Nach den bisherigen zwei wichtigen budgetpolitischen Phasen wird nunmehr eine dritte Phase in die Wege geleitet. (*Abg. Vetter: Waren bisher schon vier!*)

Die Zeit von 1970 bis 1974 war von einem restriktiven Kurs bestimmt. (*Abg. Dr. Blenk:*

Das steht doch in der Rede ganz anders!) Damals gelang es dem Bundesminister für Finanzen durch vorzeitige Tilgungen, den Anteil der Finanzschuld am Bruttonationalprodukt von 13 Prozent im Jahre 1969 auf 10 Prozent im Jahre 1974 zu senken. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*) Das war der niedrigste Wert seit 1957, Herr Kollege Dr. Blenk!

1974 begann die zweite Phase; eine expansive, auf arbeitsplatzsichernde Politik abgestimmte Phase. Ab 1974, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, konnten durch Kreditfinanzierung des Bundeshaushaltes und Verwendung öffentlicher Mittel für Investitionen der entstandene Nachfrageausfall ausgeglichen und die Gelder nutzbringend zur Schaffung von Vermögenswerten angelegt werden.

Es ging damals darum, das Geldkapital in ein Realkapital umzuwandeln. Herr Dr. Lanner, wenn Sie heute in Ihren Ausführungen davon gesprochen haben, daß der Finanzminister nunmehr eine Kursänderung vornehmen müsse, weil seine Politik damals falsch gewesen wäre, so muß ich Ihnen schon sagen: Damit haben Sie eigentlich bewiesen, daß Sie die Zusammenhänge offenbar noch nicht verstanden haben. (*Abg. Bergmann: Haben Sie nicht zugehört? Das hat er selber gesagt!*)

Es ging doch damals darum, Vorgriffe zu unternehmen und bewußtzumachen, um Arbeitsplätze zu sichern. Wir haben damals gewußt, daß der Preis der Arbeitsplatzsicherung entsprechend hoch sein wird. So ist beispielsweise die Finanzschuld im Verhältnis zum Bruttonationalprodukt von 10 Prozent im Jahre 1974 auf 25 Prozent im Jahre 1979 angestiegen, und der Finanzschuldenaufwand, der 1974 12 Prozent des Nettoertrages an öffentlichen Einnahmen beanspruchte, wird im heurigen Jahr 26 Prozent erforderlich machen. Aber dieser Preis, den wir bewußt in Kauf genommen haben, meine Damen und Herren, war wirtschaftlich und politisch vertretbar. Das war die einzige Möglichkeit, um eben zu verhindern, daß Österreich in den Sog internationaler Schwierigkeiten, Rezessionen oder gar einer krisenhaften Entwicklung gerät.

Das war keine falsche Politik, Herr Dr. Lanner! Ja wäre es Ihrer Meinung nach richtiger gewesen, 100 000 oder 150 000 Arbeitslose in unserem Land zu haben? Das ist doch im Grunde genommen die Frage, die sich stellt, und die hätten Sie beantworten müssen. Denn wenn Sie gegen Arbeitslosigkeit und für Arbeitsplatzsicherung gewesen wären, hätten Sie heute hier eingestehen müssen, daß dies die Konsequenz gewesen ist und daß wir nunmehr in der nächsten Phase unserer Budgetpolitik entspre-

Dr. Tull

chend vorzusorgen haben werden, um eine eventuelle neue rückläufige Entwicklung hintanzuhalten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Herr Dr. Lanner! Die neue Budgetphase, die nunmehr einsetzt, ist eben der Ausfluß *(Abg. Bergmann: „Ausfluß“ ist kein schönes Wort!)*, ist die Konsequenz der günstigen wirtschaftlichen Situation, in der wir uns befinden. Herr Dr. Blenk, das sollte gerade Vorarlberg zur Kenntnis nehmen, denn besonders Vorarlberg hat durch diese günstige Wirtschafts- und Finanzpolitik in den letzten Jahren reichlich Vorteile für sich in Anspruch nehmen können. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Blenk: Da liegen Sie jetzt ein bißchen daneben!)*

Das soll auch einmal klar ausgesprochen werden, man soll in Vorarlberg nicht immer groß auf Wien losziehen *(Abg. Dr. Blenk: Ich weiß, daß Sie beispielhaft nach Vorarlberg schauen!)*, sondern anerkennen, was in dieser Bundesregierung, was in diesem Parlament für die Bundesländer – auch für Vorarlberg! – geleistet worden ist. *(Abg. Dr. Blenk: Ein schwaches Argument! – Abg. Dr. Lanner: Schwache Rede!)* Ein schwaches Argument? Na, ich glaube nicht, daß dieses Argument so schwach ist, denn sonst hätte das Ergebnis der Wahl im Zusammenhang mit Ihrer Losbewegung beziehungsweise mit Ihrer „Pro Vorarlberg“-Aktion wesentlich anders aussehen müssen. *(Abg. Dr. Blenk: Da haben Sie fast 30 Prozent Sozialisten!)*

Tatsache ist, meine Damen und Herren, daß die Nachfrage nunmehr nicht durch das Budget gestützt werden muß. Das Ziel der neuen Phase, die nunmehr eingeleitet worden ist, ist die Erweiterung des Handlungsspielraums im Budget, um konjunkturpolitische Einsatzfähigkeiten des Budgets in Zukunft zu gewährleisten. Und der Abbau des Budgetdefizits, Herr Dr. Lanner, ist der erste Schritt dazu, das Budget in einem neuen Krisenfall entsprechend effizient einsetzen zu können.

Wenn Sie hier immer wieder vom Budgetdefizit reden, so, glaube ich, sollten wir uns doch einig sein: Wir wollen nicht bagatellisieren, aber es besteht wahrlich noch lange kein Grund, dies so zu dramatisieren, wie Sie es bisher immer getan haben und offenbar auch heute wieder tun werden, denn international gesehen liegt unser vergleichbares Nettodefizit in Prozenten zum Bruttonationalprodukt mit 2,9 Prozent weit unter dem von Belgien, den Niederlanden, Schweden und anderen Staaten.

Der Abbau des Budgetdefizits ist daher ein Gebot der Stunde. Das Budget 1980, Herr Dr. Lanner, falls Sie es sich noch nicht angesehen haben sollten – es ist ja durchaus möglich, daß

Sie das Budget im Grunde genommen nur ganz oberflächlich durchgeblättert und vielleicht heute hier nur gesagt haben, was Ihnen Herr Bergmann vorgeschrieben hat; ich weiß es nicht –, so tun Sie das, denn dann werden Sie feststellen, daß global gesehen dieses Budget ein Sparbudget und daher dementsprechend restriktiv ist.

Ich wiederhole: Unsere Aufgabe ist es, nunmehr dafür vorzusorgen, daß bei einem neuerlichen weltweiten Konjunkturerinbruch für die Arbeitsplatzsicherung in Zukunft genauso vorgesorgt ist, wie dies in der Vergangenheit der Fall gewesen ist, denn die Sicherung der Arbeitsplätze war, ist und bleibt für uns die absolute Priorität unserer Politik und unseres Handelns! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Spargesinnung, meine Damen und Herren, darf nicht nur verbal anerkannt werden, sondern es muß auch der Ernst vorhanden sein, und zwar quer durch die Fraktionen, Sparsamkeit zu üben. *(Abg. Steinbauer: Ja, dem Finanzminister sagen!)* Und eines ist sicher, Herr Kollege Steinbauer: Allen Lizitationsversuchen der Österreichischen Volkspartei in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten werden wir energisch entgegentreten. *(Abg. Steinbauer: Auch beim Opernball sollte man energisch sein!)*

Wir sehen immer wieder, daß man Ihren Sparbeteuerungen im Grunde genommen eigentlich nicht glauben kann, sie nicht ernst nehmen kann, wenn Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei – Herr Dr. Lanner, Sie haben das heute anklingen lassen! –, einerseits gegen die Kürzung von Agrarsubventionen, gegen die Reduktion von Zuschüssen für die Sozialversicherung sind, sich aber gleichzeitig für eine Senkung der Steuern für die Wirtschaft und der Lohn- und Einkommensteuer in der jetzigen Situation stark machen. Dann kann man Sie ganz einfach nicht ernst nehmen! Solche Propagandakapriolen, die vielleicht bei Herrn Bergmann entstehen können, werden die Glaubwürdigkeit der Österreichischen Volkspartei in der Öffentlichkeit nicht erhöhen. *(Beifall bei der SPÖ. – Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Diese ÖVP-Budget- und Steuerpolitik ist im Grunde genommen eine Gleichung, die einfach nicht aufgehen kann. Das Gebot der Stunde ist, der unverantwortlichen Anspruchsinflation durch einen ständigen Lizitationswettbewerb der Österreichischen Volkspartei energisch Einhalt zu gebieten. Sie haben kein geeignetes Rezept, kein ernst zu nehmendes Rezept, wenn Sie einerseits die Gesamtausgaben des Budgets, wie das heute auch geschehen ist, als überhöht kritisieren, aber gleichzeitig – das wird uns

Dr. Tull

wahrscheinlich in den nächsten Tagen bei der Behandlung des Budgets im Ausschuß blühen – in jedem einzelnen Bereich Mehrausgaben verlangen. Wenn Sie das dennoch tun sollten, dann, glaube ich, steht eines außer Streit: dann darf man das Budgetdefizit, wenn man es ehrlich und redlich meint, nicht als überdimensional bezeichnen und eine jede Einnahmeverbesserung als eine Belastungswelle ablehnen.

Wir bekennen uns, meine Damen und Herren, uneingeschränkt und vorbehaltlos zu der neuen Budgetphase der Sparsamkeit, des Defizitabbaus und der Vorsorge für die achtziger Jahre.

Man muß natürlich auch die entsprechenden Konsequenzen daraus in Kauf nehmen. Wenn man zum Konzept ja sagt, muß man auch zu den Schlußfolgerungen ja sagen. Nur eines ist für uns, die sozialistische Fraktion, auch klar: Die sich aus dieser Situation allenfalls ergebenden Einschränkungen müssen, sozial symmetrisch dem Leistungsvermögen des einzelnen angemessen, allen Bevölkerungskreisen zugeordnet werden.

Das Budget 1980 ist zukunftsorientiert und daher richtig konzipiert. Es wird in den nächsten Tagen auf dem parlamentarischen Prüfstand sein. Die sozialistische Parlamentsfraktion, die sich zu diesem Sparbudget vorbehaltlos bekennt (*Zwischenruf des Abg. Bergmann*), erwartet eine sachbezogene Diskussion, Herr Bergmann, falls Sie eine solche überhaupt führen können, denn bei Ihnen hat man manchmal den Eindruck, daß Sie zu einer sachlichen Auseinandersetzung überhaupt nicht fähig sind. (*Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Gurtner.*)

Wir sehen allfälligen Alternativvorschlägen, Herr Kollege Gurtner, mit Interesse entgegen, und wir wünschen nur eines, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei: daß Ihnen in naher Zukunft das erspart bleiben möge, was ein ÖVP-Politiker gesagt hat, der es auch wissen mußte. Herr Dr. Taus war es, der der „Presse“ gegenüber sagte:

„Die ÖVP hat in meinen Augen geschlafen. Sie hat also auf Intellektualität in vielen Jahren zu wenig Wert gelegt.“

Ich hoffe nur eines: Daß Sie endlich aus dem Schläfe erwachen und daß Sie in der Lage sind, wirklich konstruktiv mitzureden, Alternativvorschläge vorzulegen, die man als ernste Beiträge in dieser ernsten Zeit werten kann. So sehen wir der Budgetdebatte im Finanz- und Budgetausschuß mit großem Interesse entgegen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr.

Broesigke. Ich erteile es ihm. (*Abg. Steinbauer: Müder Applaus von der eigenen Fraktion! – Abg. Bergmann: Lustlos! Er hat ja auch nicht über Vöcklabruck geredet!*)

Abgeordneter Dr. **Broesigke** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Dr. Tull, hat nach einer ... (*Zwischenrufe der Abg. Bergmann und Dr. Tull.*)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Am Wort wäre der Redner jetzt.

Abgeordneter Dr. **Broesigke** (*fortsetzend*): Der Abgeordnete Dr. Tull hat nach einer sachbezogenen Diskussion gerufen. Sie sollen sie bekommen.

Ich werde damit beginnen, daß ich die Budgetrede des Herrn Bundesministers für Finanzen analysiere. Ich würde sagen, daß sie aus drei Teilen besteht: Der erste Teil ist eine sorgenvolle Betrachtung des internationalen Wirtschaftsgeschehens. Den zweiten Teil möchte ich als einen Freude- und Jubelteil bezeichnen; er schildert die Verhältnisse bezüglich der österreichischen Lage, so wie sie der Herr Bundesminister für Finanzen sieht. Und während man nun erwartet, daß im dritten Teil gezeigt wird, welche immensen Vorteile sich für die österreichische Bevölkerung aus dieser so guten Lage ergeben, enthält er nur die bitteren Maßnahmen, zu denen der Budgetgesetzgeber gezwungen ist.

Ich entnehme dem ersten Teil die Feststellung, die folgendermaßen formuliert ist:

„Daher sind Vorsicht in der kritischen Analyse, Behutsamkeit bei der Entscheidungsfindung und Augenmaß bei der Lösung der Probleme besonders geboten.“

Ich möchte dies durchaus unterstreichen und würde sagen, daß wir von diesem Gesichtspunkt ausgehend dieses uns vorgelegte Budget einer Würdigung unterziehen werden. Hierbei werden wir keineswegs alles für schlecht befinden, wir werden aber auch nicht, wie mein Vorredner, alles für gut befinden, sondern dort, wo Kritik erforderlich ist, werden wir sie üben, und sie ist leider in einer ganzen Reihe von Punkten erforderlich.

Ich muß aber der Vollständigkeit halber noch einen weiteren Satz aus diesem Einleitungskapitel zitieren, weil ich glaube, daß ihm nicht entschieden genug widersprochen werden kann, wenngleich er nicht zum eigentlichen Budget gehört. Er lautet folgendermaßen:

„Die materielle Befriedigung der Bedürfnisse

Dr. Broesigke

des Menschen ist die Voraussetzung zu seiner geistigen Selbstverwirklichung."

Herr Vizekanzler! Die ganze Kulturgeschichte der Menschheit widerlegt diesen Satz. Wir behaupten keineswegs, daß die materielle Befriedigung der Bedürfnisse des Menschen etwas Unwichtiges oder Unwesentliches ist. Weit gefehlt! Aber die Voraussetzung zur geistigen Selbstverwirklichung ist sie zu keinem Zeitpunkt der Menschheitsgeschichte gewesen. *(Beifall bei der FPÖ.)* Es mag dies vielleicht eine sehr akademische Betrachtung sein; dessenungeachtet zeigt sie den Unterschied in den Auffassungen, und zwar einen sehr wesentlichen Unterschied, denn sie spiegelt wider, daß hier doch eine Überschätzung des Materiellen vorliegt, die etwa ein Schriftsteller, der von der Regierungspartei gern zitiert wird – der Amerikaner Galbraith –, dadurch kennzeichnet, daß er sagt: „Regierungen pflegen sich dessen zu rühmen, was sie gebaut, was sie gemacht, was sie ausgegeben haben, welche Änderungen sie bewirkt haben. Aber ist das eigentlich das Wesentliche? Sollte nicht eigentlich die Frage gestellt werden nach der Lebensqualität, die Frage, ob das Leben nun schöner geworden ist, oder ob dies nicht der Fall ist?"

Ich glaube, auch diesen Gesichtspunkt muß man berücksichtigen, wenn man in Form der Debatte zu einem Budget die ganze Lage, wie das nun einmal bei uns üblich ist, beleuchtet.

Um nicht mißverstanden zu werden: Wir Freiheitlichen sind sicher nicht Anhänger eines Nullwachstums, andererseits natürlich auch nicht eines Wachstumsfetischismus. Aber dessenungeachtet glaube ich, daß der eingangs erwähnten Feststellung widersprochen werden muß.

Nun noch ein dritter Satz aus diesem ersten Kapitel:

„Unter den Bedingungen eines dichten sozialen Netzes" – sagt der Herr Vizekanzler – „und eines stark gestiegenen materiellen Wohlstands ist die Forderung nach verstärkter Eigenvorsorge ein Anstoß für ein Umdenken in unserem Sozialsystem."

Einverstanden. Aber daran anknüpfend die Frage: Wo in diesem Budget finden sich denn die Ansätze für ein solches Umdenken? Ist es der Abbau der Sparförderung, der die Eigenvorsorge so in den Vordergrund stellen soll? Welche andere Ansätze gibt es dafür? Es hat den Anschein, als ob ein an sich richtiger Gedankengang in den Ziffern des Budgets und in den Maßnahmen, die getroffen werden, keinen Niederschlag gefunden hätte.

Damit komme ich nun zur Schilderung der

wirtschaftlichen Situation, von der ausgehend man dieses Budget erarbeitet hat.

Es wird uns gesagt, daß auch im nächsten Jahr die Vollbeschäftigung bestehen wird, allerdings schlechter als im heurigen. Denn die Prognosen lauten: beim Wirtschaftsforschungsinstitut 2,2 Prozent und beim Ford-Institut 2,6 Prozent Arbeitslosenrate. 1979 waren es 2,1 Prozent.

Ähnlich ist es mit der Stabilität. Beim Wirtschaftsforschungsinstitut wird mit 4,5 Prozent Preissteigerung gerechnet, beim Ford-Institut mit 4 Prozent.

Wir haben uns an sich daran gewöhnt, derartige Prozentsätze als niedrig anzusehen, aber es gab einmal eine Zeit, in der die damalige sozialistische Opposition solche Prozentsätze als grauenhaft bezeichnete. *(Abg. Dr. Mock: Genau!)*

Ich will keine langen Rückblicke veranstalten, sondern möchte an das erinnern, was Professor Seidel gestern in einem Vortrag zum Ausdruck gebracht hat, in dem er besonders darauf aufmerksam machte, daß unsere Wachsamkeit in puncto Stabilität sehr groß sein muß. Ich frage mich nun, ob dieses vorgelegte Budget mit seinem großen, auch inlandswirksamen Defizit so sehr der Stabilität dienen wird.

Bezüglich des Wachstums auch eine positive Prognose, aber ebenfalls eine Prognose, schlechter als 1979. Für 1980 sagt das Wirtschaftsforschungsinstitut – und das ist dem Budget zugrunde gelegt –: 3 Prozent, das Ford-Institut sagt 2 Prozent. Im heurigen Jahre waren es 5 Prozent.

Das sind drei Punkte, wo man noch sagen kann, daß die Prognosen so halbwegs zufriedenstellend sind.

Aber eine sehr unangenehme Angelegenheit – und davon ist in Jubelberichten wenig die Rede – ist das Problem der österreichischen Zahlungsbilanz. Während sich im Jahre 1978 bekanntlich eine Besserung ergeben hatte, weist das Jahr 1979 wieder ein beträchtliches Ungleichgewicht auf, und wie es im Jahr 1980 ausschauen soll, bleibt offen.

Daß die Zahlungsbilanz mit Budget, Budgetdefizit und den übrigen Komponenten der Wirtschaftslage sehr stark im Zusammenhang steht, ist allgemein bekannt. Ungelöst ist die Frage des Defizits.

Ungelöst ist die Frage der Staatsverschuldung, die auch nach diesem Budget weiter wachsen soll.

Wenn wir uns nun den vorgelegten Haushalt für 1980 ansehen, möchte ich zunächst einer Berechnungsmethode, die im vorigen Jahr

Dr. Broesigke

eingeführt wurde, widersprechen, weil sie mit den Gegebenheiten nicht in Einklang steht. Das ist das System, von dem Defizit die Schuldentilgung abzuziehen und aus optischen Gründen ein Nettodefizit zu erzeugen.

Das ist ein rührender Versuch, die Kameralistik mit dem Bilanzsystem zu verbinden. Da wir im Staatshaushalt nun einmal die Kameralistik haben, also eine Einnahmen-Ausgaben-Rechnung, sind natürlich auch die Ausgaben für die Schuldentilgung echte Ausgaben und auf der Ausgabenseite zu berücksichtigen. Ansonsten könnte demnächst das Finanzministerium auf die Idee kommen, zu sagen, daß eine Ausgabe verwendet wurde, um das oder jenes zu bauen, und der Wert des betreffenden Bauwerks wird dann auch noch abgezogen. Das könnte man nach diesem System machen und könnte dann zu optischen Zwecken niedrigere Defizite aufweisen.

Es ergibt sich also die Tatsache, daß bei 302 Milliarden Schilling Ausgaben und 253 Milliarden Schilling Einnahmen von 6 S, die der Herr Bundesminister für Finanzen ausgibt, einer keine Deckung hat. Das wird wahrscheinlich im Budgetvollzug auch nicht anders werden. Ich kann daher nicht ganz verstehen, wieso Herr Dr. Tull da plötzlich behaupten kann, daß dieses Budgetdefizit nicht überdimensional ist.

Ich komme damit zur Phasentheorie. Wenn man sich die Budgetrede angehört hat, mußte man den Eindruck gewinnen, als ob hier sorgfältige Planung nach Phasen am Werk gewesen wäre. In Wirklichkeit war es nicht geplant, sondern es hat sich ereignet. Der Gang der Dinge hat Phasen mit sich gebracht.

Von diesen Phasen möchte ich nur zu den ersten beiden etwas sagen; denn eine dritte, glaube ich, gibt es noch nicht. Die erste Phase ist die, in der angeblich eine konjunkturgerechte Budgetpolitik gemacht worden ist. Wie hätte denn die ausgeschaut? Von 1971 bis 1974 war bekanntlich Hochkonjunktur in Österreich.

Nach der Lehre von Keynes, der der Herr Bundesminister für Finanzen anhängt, wäre also in dieser Zeit ein Vorrat zu bilden gewesen. Das heißt: Der Staatshaushalt hätte Überschüsse aufweisen müssen, nicht nur daß sich der Prozentsatz der Schulden, nämlich ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt, gesenkt hat, wie immer wieder angeführt wird, sondern es hätten Überschüsse erzielt werden müssen, die man dann heranziehen hätte können, um in den Jahren 1975, 1976 entsprechend eingreifen zu können.

Wie schauen denn diese „Überschüsse“ aus? Im Jahr 1971 ein Budgetabgang von 7,7 Milliarden Schilling. Im Jahre 1972 ebenso. Im

Jahr 1973 schon 12,8 Milliarden Schilling und im Jahr 1974 18,5 Milliarden. Das sind also die „Überschüsse“, und das ist die konjunkturgerechte Budgetpolitik der Phase 1 gewesen.

Als die zweite Phase nicht etwa geplant kam, sondern sich ereignete, hat man konjunkturgerecht gehandelt. Aber um konjunkturgerecht handeln zu können, hatte man nicht das erforderliche Geld, und daher die Notwendigkeit des enormen Defizits im Staatshaushalt, das in der Folge dann strukturell geworden ist.

Denn als die Rezession vorbei war, hätte man ja eigentlich wieder zu einem konjunkturgerechten Budget zurückkehren müssen. Anstatt dessen hat sich aber im Jahr 1978 noch einmal eine Steigerung des Budgetabgangs auf 51 Milliarden ergeben, also größer als in den Jahren der Rezession.

Das heißt mit anderen Worten: Es ist zwar gelungen, in das Deficit-spending hineinzukommen, aber es ist nicht mehr gelungen, aus dem Deficit-spending herauszukommen.

Wir befinden uns auch heuer noch gar nicht in der Phase 3, obwohl ich zugeben muß, daß der Herr Bundesminister für Finanzen eine Reihe von Bemühungen unternommen hat, in die Phase 3 zu gelangen. Es ist also ziffernmäßig besser, als es im Jahre 1979 gewesen ist. Aber bei den ausgewiesenen Zahlen, wie sie uns vorgelegt werden, kann man noch lange nicht sagen, daß das jetzt das Sparbudget ist, von dem da so groß geredet worden ist.

Zu diesem Thema schrieb in der „Presse“ Erich Horn:

„Da jedoch in Österreich die Budgetlage sehr angespannt ist und der Finanzminister kaum Mittel für eine autonome Wirtschaftsankurbelung zur Verfügung hat, würde ein Konjunkturrückschlag im Westen im Inland nicht mehr so großzügig durch staatliches ‚Deficit-spending‘ gekontert werden können wie im Jahre 1975. Am Abbau dieses Schuldenberges werden die österreichischen Steuerzahler noch lange tragen.“

Was also, wenn tatsächlich wieder eine Rezession käme? Ich hoffe es nicht, wir hoffen es alle nicht, aber wir wissen etwa, daß eine kleine Rezession in den Vereinigten Staaten derzeit im Gange ist. Wo würden dann die Möglichkeiten sein, ein neuerliches Deficit-spending einzuleiten? Hier sehe ich eine ernste Problematik unserer Budgetpolitik, auf die der Herr Bundesminister für Finanzen in seiner Budgetrede nicht die erforderliche Antwort geben konnte.

Statt dessen hat er sich mit der Staatsschuld beschäftigt und hat den Kathedersozialisten Lorenz von Stein zitiert, der von dem Staat, der

Dr. Broesigke

zuwenig für die Zukunft tut, oder zuviel von der Gegenwart fordert, schrieb.

Nun, da gibt es auch andere Kombinationen zwischen zuwenig Taten für die Zukunft und zuviel Forderungen an die Gegenwart. Aber jedenfalls ist ja nicht bestritten, daß die Kreditaufnahme etwas ist, was wie beim Privaten so auch beim Staat ohne weiteres eine Möglichkeit der Ausgabendeckung darstellt. Das ist ja nicht die Streitfrage. Die Streitfrage besteht darin, ob und in welchem Umfang das, was hier stattfindet, bereits ein Leben von der Substanz darstellt.

Ich darf da wieder eine Zeitungsstimme – diesmal Ronald Barazon in den „Salzburger Nachrichten“ – zitieren, der dort am 5. September 1979 schreibt:

„Die vielgerühmte Staatsverschuldung bringt nur den gewünschten Konjunkturimpuls, wenn die Mittel für zukunftsweisende Investitionen eingesetzt werden. Derartige Maßnahmen verbessern die Qualität der staatlichen Einrichtungen und sorgen für die Belebung der Wirtschaft. Setzt man aber das Instrument der Staatsverschuldung zur Bezahlung der Beamtengehälter, der Pensionen und der Tilgungen für alte Schulden ein, so löst man unweigerlich eine Lawine aus. Die heute ausgegebenen Gelder bringen langfristig keinen wirtschaftlichen Nutzen und somit auch kein zusätzliches Steueraufkommen. Sie müssen nur morgen mit Zinsen zurückgezahlt werden.“

Das, glaube ich, ist die Problematik, die sich vor uns auftut, die mit jedem Jahre schwieriger wird, weil nämlich der Anteil der Staatsausgaben, der für die Rückzahlung der Schulden, für die Zahlung der Zinsen erforderlich ist, von Jahr zu Jahr größer wird und den Spielraum des Staatshaushaltes verkleinert.

Wir müssen daher befürchten, daß in den schönen Tabellen, die wir immer mitbekommen und in denen gezeigt werden soll, wie gut Österreich im Vergleich mit anderen Ländern dasteht, wir uns hier auch auf die Überholspur begeben und die Schuldenlast pro Kopf der Bevölkerung immer größer wird.

Dazu kommt noch, daß die Steuerbelastung der Bevölkerung gestiegen ist und auch im Jahr 1980 wieder steigen soll. Ich rede von der Gesamtabgabenbelastung und nicht von dem, was der Bund im einzelnen aus diesen Abgaben bekommt.

Ich weiß schon, daß die Aufteilung nicht sehr günstig für den Bund ausfällt, aber für den einzelnen Staatsbürger ist die Abgabenquote das entscheidende. Nachdem man nun wieder einmal eine Umstellung vorgenommen hat,

nämlich eine Änderung des Berechnungsmodus, ist man immerhin im Jahre 1980 bei einer Ziffer von 40,5 Prozent; das heißt, von 100 S Brutto-Inlandsprodukt werden 40,50 S von der öffentlichen Hand in Anspruch genommen.

Das ist eine zu hohe Belastung. Selbst wenn man ins Ausland blickt und dort natürlich Länder mit einem höheren Anteil findet, so ändert dies nichts an der Tatsache, daß das, für Österreich gesehen, zu hoch ist und geeignet ist, einen entsprechenden Steuerwiderstand zu wecken, der sich ja immer wieder bei den verschiedensten Anlässen zeigt.

Dazu kommt noch, daß das österreichische Steuersystem dringend einer Reform bedarf.

Es gibt bekanntlich die Steuerreformkommission, aus der jetzt die Österreichische Volkspartei mit großem Getöse ausgezogen ist, eine Kommission, die meiner Meinung nach darunter leidet, daß viel zuviel vom Gesichtspunkt der Interessenvertretungen aus gesehen wird. Denn unser Steuersystem ist bekanntlich eine gigantische Privilegiensammlung für die verschiedensten Berufssparten.

Man könnte einmal sich den Spaß machen und alle Privilegien aus dem Einkommensteuergesetz herausuchen – es wären Hunderte, die dort darinnen enthalten sind –, die sich jeder Berufsstand über seine Interessenvertretung mühsam erkämpft hat und die er jetzt verteidigt, wobei das natürlich einer Gesamtreform des Steuersystems im Wege steht.

Es kommt noch dazu, daß das ganze System, vor allem bei den direkten Steuern, aus der Zeit zwischen den Kriegen stammt, also trotz aller Änderungen, die seither eingetreten sind, im wesentlichen veraltet ist, daß die Verteilung ungerecht ist, denn die Frage, wie 1 000 Schilling versteuert werden, ist, je nachdem, auf welche Art sie verdient werden, ob von einem Bauern oder einem Gewerbetreibenden, einem Unselbständigen oder einem Freiberufler, völlig verschieden. Schließlich ist das Ganze leistungshemmend und führt wieder dazu, daß die Steuereingänge nicht zufriedenstellend sind.

So ergibt sich ein Circulus vitiosus. Es war daher vom Standpunkt des Bundesministers für Finanzen sicherlich verständlich, wenn er der Steuerreformkommission vorgegeben hat, es müsse das ganze neutral sein, das heißt, es dürfe keine Schmälerung der Einkünfte mit sich bringen. Aber das kann man ja erst aus der Gesamtschau des Ganzen sehen. Man kann es nicht bei jeder einzelnen Änderung für sich allein berücksichtigen, denn sonst kommt man zu überhaupt keiner Änderung.

Dann war noch das Problem der Befristung

Dr. Broesigke

zum 31. Dezember 1979, die ja inzwischen aufgegeben worden ist.

Die Steuerreform im alten Österreich hat bekanntlich Jahrzehnte gedauert und ist erst am 1. Jänner 1898 zu einem Abschluß gekommen. Wir dürfen doch an diese historische Reminiszenz die Hoffnung anknüpfen, daß das nicht so lange dauern wird wie damals, denn mit dem vorliegenden Steuersystem wird man die schweren finanziellen Probleme der Zukunft nicht bewältigen können.

In diesem Zusammenhang muß, weil von den Interessenvertretungen und ihren manchmal sehr propagandistischen Stellungnahmen die Rede war, wieder einmal eine propagandistische Stellungnahme in der Budgetrede zurückgewiesen werden. Dort war davon die Rede, daß fünfmal die Steuer gesenkt worden ist, und wenn das nicht der Fall gewesen wäre, dann wäre genügend Deckung vorhanden, und es gäbe überhaupt kein Defizit.

Herr Bundesminister! Die Sache ist doch die: Es gibt ja einen progressiven Steuertarif, und es gibt eine Inflation in Österreich, die sehr kräftig war, besonders in der ersten Hälfte der siebziger Jahre, und es mußte ja die Steuer gesenkt werden, um den Tarif der Inflation anzupassen. Das ist doch kein Verdienst der Regierung, sondern sie hat ja nur gemacht, was gemacht werden mußte. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Mein Vorredner, Herr Dr. Lanner, hat bereits davon gesprochen, daß es mit dem Sparen hapert, und man sieht ja auch keine Sparvorschläge innerhalb dieses Budgets. Er hat einige Beispiele angeführt. Wir würden meinen, daß bei der Vermehrung der Zahl der Bundesbediensteten, auch wenn sie in einzelnen Sparten erforderlich war, was durchaus anzuerkennen ist, eben in anderen Sparten eine Einsparung möglich gewesen wäre.

Einem Bericht der „Wochenpresse“ vom 17. Oktober 1979 entnehme ich hinsichtlich des Herrn Vizekanzlers:

„Anlässlich der Eröffnung der Betriebswirtschaftlichen Woche am Montag vergangener Woche beklagte sich Finanzminister Hannes Androsch, daß nicht mehr ein sparbewußtes Parlament eine ausgabenfreudige Regierung bremse, ...“

Das ist ja das Problem: Die Bundesregierung steht auf dem propagandistisch sehr angenehmen Standpunkt, daß sie sagt: Wir machen ein wunderschönes Budget, und ihr, die Opposition, ihr streicht dann alle Ausgaben heraus, ihr übernehmt also dann die unpopuläre Rolle dessen, der die Ausgaben streicht.

Ich glaube, eine solche Aufgabenteilung – es

sei denn, es würde die sozialistische Fraktion diese Aufgabe übernehmen – ist nicht leicht denkbar, und sie fällt auch gar nicht in den engeren Aufgabenbereich des Parlaments, denn die Ministerien – und also auch das Finanzministerium – haben ja den Apparat zu beurteilen – was gesetzlicher Verpflichtung entspricht, dies ist ohnehin klar –, was dringend notwendig ist, was weniger wichtig ist und wo man streichen kann, wo man sparen kann. Und wenn das Budgetüberschreitungsgesetz kommt, dann sehen wir ja immer wieder, wo eigentlich die Möglichkeit eingebaut war, denn bei den Bedeckungsvorschlägen heißt es dann zum Teil: Das oder jenes haben wir nicht gebraucht!

Ich habe schon vorhin die Formulierung in der Budgetrede bezüglich der Eigenvorsorge zitiert und festgehalten, daß wir hier durchaus einverstanden wären. Wir sehen auch, daß vielleicht die Sparförderung in der bisherigen Form nicht entsprechend funktioniert hat. Aber irgend etwas muß doch geschehen, wenn man die Eigenvorsorge wirklich will, für diese Eigenvorsorge einen Anreiz zu schaffen! Und wenn die bisherige Sparförderung dieser Anreiz nicht war, dann muß uns der Herr Bundesminister für Finanzen sagen, was er sich an deren Stelle vorstellen kann. Die Eigenvorsorge in der Budgetrede als wünschenswert erwähnt, das bleibt nämlich eine Leerformel, umsomehr, als man ja aus dem Gesamtbudget sieht, daß der Staat selbst zu sparen nicht bereit ist.

Bezüglich des Themas Wirtschaftsförderung war heute schon von einem Vorredner die Rede. Es ist das alte Problem und wurde schon in verschiedenen Budgetdebatten behandelt.

Die beste Wirtschaftsförderung ist, daß man den Unternehmungen mehr Kapital beläßt und daß sie damit arbeiten können und daß die schwindende Kapitaldecke der österreichischen Unternehmungen auf diese Weise verstärkt wird.

Nun sagt der Herr Bundesminister – ich weiß dies aus verschiedenen Diskussionen über dieses Problem –: Ja dann kann man gezielt fördern! Das heißt also: Ich sammle das Geld ein und dann fördere ich gezielt die Projekte, die besondere Förderung verdienen.

In der Theorie sehr schön, aber in der Praxis erhebt sich schon die Frage, ob der Staat schon bisher in der Vergangenheit so gewaltige wirtschaftliche Fähigkeiten gezeigt hat, daß ihm zuzutrauen ist, daß er hier die geeignetsten Projekte aussucht. Wenn man sich die verschiedenen Haftungen ansieht, die eingegangen werden, muß man immer wieder sagen, daß hier nicht immer sehr vorausschauend zu Werke gegangen worden ist. Gewiß, es kann einmal

Dr. Broesigke

irgend etwas schiefgehen, das ist völlig unbestritten, aber die Fälle sind sehr häufig, und solange uns daher nicht die Tatsache eines zielbewußten und zweckmäßig fördernden Staates nachgewiesen wird, werden wir doch die Meinung vertreten, es ist besser, weniger Besteuerung und weniger Förderung als hohe Besteuerung und eine Förderung, die nicht immer zweckmäßig verwendet wird.

Nun wird immer der Vergleich mit ausländischen Staaten herangezogen, wenn die Budgetausgaben betrachtet werden. In diesem Vergleich wird aber immer eines vergessen, und das ist die Tatsache, daß für die klassischen Aufgaben jedes Staates, für die Sicherheit zum Beispiel, in Österreich prozentuell unverhältnismäßig weniger ausgegeben wird als in anderen Staaten. Wie würde denn das Ganze aussehen, wenn wir in Österreich für innere und äußere Sicherheit soviel ausgeben würden wie etwa unsere Nachbarländer, die Bundesrepublik Deutschland und die Schweiz? Das muß man vergleichen und dann sieht man, wie problematisch die Ausgabenpolitik des österreichischen Staates im Vergleich zu anderen Ländern ist, und daran kann auch der neue Apostel österreichischer Wirtschaftspolitik, Herr Professor Kausel, nichts ändern.

Ausgaben für Sicherheit: Es wird da – und nur deswegen erwähne ich es hier – in der Budgetrede der verbesserte Zugang zum Recht angeführt. Das ist in der letzten Zeit ein sehr beliebtes Schlagwort, wobei man dazu sagen muß, daß es den gleichen Zugang zum Recht sicherlich schon seit mehr als 100 Jahren in Österreich gibt – da gab es die derzeitigen Parteien alle noch nicht, war der gleiche Zugang zum Recht schon vorhanden –, aber daß der verbesserte Zugang zum Recht eine ständige Aufgabe der Gesetzgebung und Vollziehung ist und damit auch im Zusammenhang mit einer Budgetdebatte erörtert werden muß.

Allein, ich sehe nicht, was die Ziffern, die uns vorgelegt wurden, an diesem Zugang zum Recht nun viel verbessern, und es scheint mir eher, daß das als eine schöne Formulierung eingebaut wurde, weil es gut klingt.

Dazu kommt noch – und das muß man ja auch erwähnen –, daß der Herr Bundesminister für Justiz den Entwurf eines Mietenrechtes ins Begutachtungsverfahren gegeben hat, das zu dem gesamten Wirtschaftssystem Österreichs paßt wie die Faust auf das Auge. Es ist nämlich das Mietenrecht einer Krisen- und Notzeit, das eingeführt werden soll, das mit unserem wirtschaftlichen System in keiner Weise vereinbar ist. Ich glaube – und ich behandle das hier nur vom volkswirtschaftlichen Standpunkt; ich bin selber ein Mieter –, daß es falsch ist, diese

Probleme vom Standpunkt des Mieters oder des Vermieters zu sehen, sondern man muß es volkswirtschaftlich sehen. Und volkswirtschaftlich wäre das so, wie wenn ein Teil unseres Wirtschaftslebens stillgelegt würde mit allen daraus sich ergebenden Konsequenzen: Rückgang der gewerblichen Tätigkeit in diesem Bereiche, Entfall von Steuereinnahmen und dergleichen mehr.

Angemerkt muß im Zusammenhang mit der Vorlage eines Budgets auch werden, daß noch immer das von uns Freiheitlichen geforderte Budgetrecht ausständig ist. Es hat zwar die Enquete gegeben, es gibt Unterlagen dazu, es soll das Budgetrecht jetzt auf verfassungsmäßiger Grundlage geändert werden, aber fertig geworden ist bisher nichts, genau betrachtet, es ist noch nicht einmal richtig angefangen worden.

Ich verstehe schon, daß der Herr Bundesminister für Finanzen nicht übermäßig daran interessiert ist. Aber das Parlament, und zwar das Parlament als Ganzes, müßte daran interessiert sein, daß in einem Teil österreichischen Rechtes, der nur sehr unvollständige Regelungen aufweist, endlich Ordnung geschaffen wird.

Der Herr Bundesminister für Finanzen hat in seiner Budgetrede am Schluß den Finanzminister von 1879 zitiert. Nun muß ich dazu folgendes sagen: Der Schönheitsfehler, Herr Vizekanzler, dabei ist, daß es damals im Jahr 1879 keinen Finanzminister gegeben hat. Denn der, der die von Ihnen zitierten Worte sprach, das war nicht der damalige Finanzminister, sondern das war ein Sektionschef, der das Finanzministerium provisorisch leitete, weil es durch längere Monate hindurch niemanden gegeben hat, der zum Finanzminister ordnungsgemäß bestellt worden wäre.

Und wenn man nur den Schluß zitiert, so ist es ja sehr interessant, was damals dieser Leiter des Finanzressorts dem Hohen Hause vorgetragen hat. Er konnte zunächst darauf verweisen, daß eine Reihe von Ministerien, die aufgezählt werden, Ausgabenkürzungen vorgenommen haben, also weniger ausgaben als im Vorjahr. Das Ministerium des Innern, das Landesverteidigungsministerium, das Ministerium für Cultus und Unterricht, das Ackerbauministerium, alle weniger Ausgaben.

Er konnte darauf verweisen, daß sich die Einnahmenlage des Handelsministeriums durch Einnahmen der Staatsbahnen, hieß das damals, verbessert habe, denn die haben damals merkwürdigerweise einen Gewinn abgeworfen.

Er konnte darauf verweisen, daß die Schulden tilgung im kommenden Jahr um 8 Millionen Gulden weniger in Anspruch nimmt als in dem Jahre zuvor, und er hatte, obwohl das im Jahr

Dr. Broesigke

nach der Okkupation von Bosnien und Herzegowina war, bei 400 Millionen Gulden Staatseinnahmen und 412 Millionen Ausgaben ein Defizit in Höhe von ungefähr 3 Prozent der Ausgaben.

Und jetzt muß man zitieren, was dieser Leiter des Finanzressorts von 1879 dazu sagt:

„Dieser Abgang soll ohne Inanspruchnahme des Credites gedeckt werden.

Ich muß gestehen, daß ich diesen Satz nicht ohne eine gewisse Beklemmung ausspreche . . . ; nicht deswegen, weil ich an der Durchführbarkeit des Programmpunktes der Regierung zweifeln würde, sondern weil ich befürchte, daß die relative Leichtigkeit der Geldbeschaffung im Wege des Credites noch immer in vielen Kreisen die Überzeugung kräftigt, daß die gegenwärtige Generation selbst auf Kosten der künftigen vor jeder Anspannung der Steuerkraft möglichst geschützt werden müsse. Eine Finanzpolitik nun, die bis zur Erschöpfung des Credites führt und alle Nachteile und alles Unheil einer solchen Katastrophe den Nachkommen auf die Schultern wälzt, könnte die Regierung nicht zu der ihrigen machen, da sie sich der Verantwortung für eine derartige verderbliche Finanzwirtschaft nicht der Gegenwart, sondern auch der Zukunft gegenüber bewußt ist. Sie (nämlich die Regierung) hat den Muth gehabt, diesen Satz auszusprechen und sie hat den Muth, ihn noch einmal dahin zu formulieren, daß, soll unsere Lage gründlich geändert werden, das Normalerforderniß des Staates künftighin nicht mehr im Wege des Schuldenmachens bedeckt werden solle.“

Es wird dann in der Folge auch gesagt, wie das zu geschehen hätte, wie der verhältnismäßig geringfügige Betrag aufzubringen wäre. Dann wird gesagt:

„In erster Linie wird daher die Regierung ihre Bemühungen fortsetzen, durch Reducirung des Verwaltungsaufwandes dem Ziele nahezukommen. Sie wird aber auch ihre Aufmerksamkeit auf bleibende und durchgreifende Reformen im Abgabewesen richten, . . .“

Sehen Sie, Herr Bundesminister, der Leiter des Finanzressorts des Jahres 1879 hat für das Budget des Jahres 1880 eine Reihe von sehr beachtenswerten Feststellungen gemacht, die sehr modern klingen, nur vielleicht der sozialistischen Bundesregierung nicht angenehm klingen, weshalb Sie ja nur den Schlußatz ganz allgemeiner Natur in die Budgetrede aufgenommen haben, aber nicht das, was vorher gesagt wurde bezüglich der Lage des Staatshaushaltes Österreichs und der notwendigen Konsequenzen, die sich daraus ergeben.

Wir Freiheitlichen glauben, daß es falsch ist,

von jenem Pessimismus auszugehen, der immer wieder zu registrieren ist. Ebenso falsch ist aber auch jene fröhliche Unbekümmertheit, mit der von einem Jahr zum anderen ein Problem verschoben wird, für das man keine wirkliche Lösung weiß. Es ist die Budgetproblematik ungelöst, es ist ungelöst das Budgetrecht, es ist ungelöst das Problem der Staatsquote und es ist ungelöst die Frage der Schuldentilgung und eines strukturellen Budgetdefizits.

Es gibt noch immer einige Umverteiler, die nicht sehen, daß die Grenzen der Umverteilung erreicht sind. Es gibt noch immer einige, die glauben, man kann jedes Jahr ein zusätzliches Defizit machen, und es wird schon immer weitergehen.

Wir glauben demgegenüber, daß man verantwortungsbewußt und als verantwortungsbewußte Opposition den Dingen ins Auge sehen und an diesem System Kritik üben muß.

Aus diesem Grunde werden wir das Budget 1980 ablehnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Graf. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Graf (ÖVP)**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich bin der letzte, der sich Zensuren anmaßt. Aber beide Herren Vorredner veranlassen mich, einiges dazu zu sagen.

Ich stehe nicht an zu sagen, daß ich sehr beeindruckt bin von der sachlichen Darstellung des Herrn Abgeordneten Broesigke. Das, was er zum Kern des Budgets gesagt hat, könnte ich ohne weiteres übernehmen – nicht um ihm eine Freude zu machen. Ich sehe auf weite Strecken das, was er hier sagt, völlig ident und ich werde mich bemühen, mich ähnlich sachlich fortzuentwickeln.

Ich muß mich aber einen Moment dem Herrn Dr. Tull zuwenden, um doch einige Feststellungen zu machen. Herr Bundesminister für Finanzen! Oppositionelle lassen an und für sich an Budgets, die die Regierung vorlegt, kaum ein gutes Haar. Ich an sich auch nicht, obwohl ich gleich Herrn Broesigke nicht alles verurteile, sondern in Phasen. Aber so schlecht ist selbst Ihr Budget nicht wie die Ausführungen Ihres sogenannten Generalredners zu diesem Budget. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich habe viel Verständnis für Humor, daher wird auch der Herr Dr. Tull, der jetzt nicht da ist – aber ich kann nicht warten, meine Zeit drängt –, dafür Verständnis haben, wenn ich meiner Fraktion einige Erheiterungen biete. Er hat, ohne daß ich zur Sache mehr von ihm sage,

Graf

meinen Kollegen Lanner bezeichnet als einen Vater Abraham. Der Schluß ist nicht fern, daß ich in Tull jetzt einen Budget-Schlumpf sehen muß; das tut mir nicht einmal leid, ich halte das durchaus aufrecht. *(Beifall bei der ÖVP.)* Damit sollte es das Bewenden zumindest für mich haben.

Erste Lesungen haben an sich den Sinn, daß man sich mehr theoretisch mit der Basis des Budgets auseinandersetzt. Ich werde mich von einer anderen Seite dieser Budgetthematik hier in der ersten Lesung nähern.

Aber um dem Herrn Tull Gerechtigkeit werden zu lassen – er sprach von den Budgetphasen des Herrn Vizekanzlers Finanzminister Dr. Androsch –: Ich möchte eine ÖVP-Meinung dazu sagen.

Tull zitierte die Phasen, wie sie Herr Dr. Androsch von seiner Warte sieht. Er sprach von der Phase 1 1970 bis 1974 und redete dabei von vorzeitiger Tilgung von Finanzschulden, Stillelegung von Mehreinnahmen, Bildung von Rücklagen. Die zweite Phase des Herrn Finanzministers – oder so genannt von ihm –, 1974 bis 1979: Einsetzung des Bundeshaushaltes zur Konjunkturunterstützung. Und die Phase 3 ab 1979: Rückführung der Staatsverschuldung.

Ich möchte, bevor ich zur Sache selbst komme, einen sicherlich nicht unpolemischen, das gebe ich zu, einen bewußt polemischen Standort der ÖVP zu jenen drei Phasen beziehen, die ich nicht als solche sehe; es wird im Laufe der Budgetverhandlungen und vor den Schlußabstimmungen sicherlich Gelegenheit geben, dazu noch Stellung zu nehmen. Aber noch einmal: Sehr polemisch sieht meine Partei, Herr Finanzminister, statt Ihrer Phasen folgende vier Phasen, und hier gibt es gewisse Unterscheidungen.

In der Phase 1, in den ersten Konjunkturjahren von 1970 bis 1974, haben Sie, Herr Bundesminister für Finanzen, die Politik der leichten Hand betrieben und den Schilling des Steuerzahlers eher für verschwendungsintensive Ausgaben verwendet. So sehen wir die erste Phase. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

In der Phase 2 fehlten ab 1975 die notwendigen Mittel, dem damaligen Konjunkturschwung entsprechend entgegenwirken zu können. Zur Stopfung von Budgetlöchern mußte eine Phase enormer Staatsverschuldung eingeleitet werden. Das ist unsere Betrachtung zu Ihrer Phase 2.

Und zu Ihrer Phase 3 möchte ich sagen: Als entgegen Ihren Annahmen, sehr geehrter Herr Minister, ein selbsttragender Konjunkturaufschwung nicht einsetzte und die Staatsverschuldung immer bedenklichere Ausmaße annahm,

begannen Sie, Herr Minister, auf die Reserven der staatlichen Stellen und Betriebe zurückzugreifen. Es setzte also als dritte Phase die Phase der substantiellen Auszehrung ein. So sehen wir die dritte Phase, Herr Minister.

Die vierte Phase füge ich dazu, sehr polemisch, aber man könnte sie auch beweisen, und wir werden uns bemühen, das zu tun.

Die Phase 4: Als sich trotz dieser Auszehrungspolitik Defizite und Staatsschulden nicht einbremsen, sondern ausweiteten, haben Sie, Herr Minister, die Flucht in eine gewaltige Belastungswelle angetreten. Genau in dieser Phase befinden wir uns und nicht in einer Stabilisierungsphase. Wir befinden uns in einer Phase der ärgsten Belastung der Bevölkerung.

Das, meine Damen und Herren, ist die Phase 4, die vom jetzigen Budget getragen ist. Das wollte ich dazu sagen. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und nun, Hohes Haus, wenn Sie mir erlauben, möchte ich zu Entwicklungen von Fiskalgesetzen oder von Gesetzen mit steuerpolitischer Wirksamkeit vielleicht eine andere Facette der Dinge bei dieser ersten Lesung betrachten.

Ich erlaube mir, Herr Bundesminister für Finanzen, einige Bemerkungen zur Verfassungswirklichkeit bei der Zustandebringung von Gesetzen als Parlamentarier zu machen, der den Parlamentarismus als jene Regierungsform versteht, in der die Regierung dem Parlament verantwortlich ist, sicherlich mit allen jenen Einschränkungen, die Dr. Fischer gestern hier machte.

Ich behaupte auch nicht, daß diese Verfassung durch Sie, Herr Minister, oder durch ein anderes Regierungsmitglied gebrochen wird. Ich bin entfernt davon. Aber ich behaupte etwas anderes, das mich stört, und damit möchte ich mich beschäftigen.

Die Verfassung wird nicht so gehandhabt, wie es ihrem Geiste entspricht. Ich werde mich bemühen, Ihnen das an Hand von zwei Fiskalgesetzen zu explizieren, obwohl Sie es sowieso wissen.

Diese zwei Gebiete aus Ihrem Finanzbereich und aus dem Themenbereich der Wirtschaftspolitik sind die Kürzung verschiedener Formen der Sparförderung und die schon weiter zurückliegende Einführung eines dritten Mehrwertsteuersatzes. Bei diesen beiden Beispielen darf ich einen Moment stehenbleiben.

Zur Sparförderung darf ich im übrigen eine Bemerkung machen: Wir, meine Partei, hatten uns vorgestellt, daß Sie bei der Sparförderung

Graf

hätten versuchen sollen, Herr Bundesminister, jene Bausparer, die nicht bauen und trotzdem bausparen – das ist ihr gutes Recht –, in die Lage zu versetzen, durch die Verbesserung einer Anleihe ihre freiwerdenden Kapitalien in eine langfristig besser ausgestattete Anleihe überzuleiten. Sie hätten damit vielleicht Kraftwerksbauten finanzieren können und Sie hätten gleichzeitig verhindert, daß jene Gelder, wenn sie nicht spargünstig wiederangelegt werden können – und das kann jetzt nicht geschehen –, in den Konsum fließen und Ihre Leistungsbilanz aufblähen. Das sei nur am Rande vermerkt, ein Vorschlag, der mit meiner Kritik zum Geist der Verfassung an sich nicht viel zu tun hat.

Nun aber zurück zu den beiden Beispielen, Herr Bundesminister für Finanzen. Darf ich Ihnen die Chronologie der Gesetzwerdung in diesen Fällen in Erinnerung rufen.

Es begann nicht, wie im Artikel 41 normiert, damit, daß Gesetzesvorschläge als Vorlagen der Bundesregierung an den Nationalrat gelangten, es begann schon viel früher, Hohes Haus, mit Erklärungen einzelner Regierungsmitglieder, sehr oft aber auch mit Erklärungen des Präsidenten des Gewerkschaftsbundes und anderer hoher Funktionäre der Regierungspartei in der Öffentlichkeit. Es wird beispielhaft darüber noch zu reden sein.

In diesen Erklärungen wurden nicht die Gesetzestexte zur Diskussion gestellt, aber es wurde das Bewußtsein für die scheinbare Notwendigkeit gesetzgeberischer Maßnahmen in einer ganz bestimmten Richtung präformativ gebildet. Etwa nach dem Motto: Es gibt Leute, die sich Luxus leisten können. Luxus sollte eigentlich stärker besteuert werden. Und da wäre doch eine Luxussteuer das richtige. Wobei natürlich noch zu überlegen wäre, was alles als Luxus anzusehen ist.

Dann begann, Herr Minister, das große Rätselraten, nicht zuletzt genährt von den Erklärungen Ihres Regierungschefs. Und schon lange vor dem Gesetzesbeschluß, Herr Minister, begannen auf Grund dieser Tätigkeiten die Vorziehkäufe.

Zuletzt wieder Sparförderung etwa nach dem Motto: Die Förderung der Leute, die sich etwas längerfristig ersparen können, ist eigentlich budgetärer Luxus. Dieser Luxus sollte eingeschränkt werden, wobei natürlich noch zu überlegen wäre, welche Form der Sparförderung bis zu welchem Grad zu verschlechtern sein sollte.

Und wieder, meine Damen und Herren, begann das große Rätselraten, und schon lange vor dem Gesetzesbeschluß begann die Werbung

zur Ausnützung der noch bestehenden Konditionen.

Der Bürger dieses Staates wird auf diese Weise – völlig aparlamentarisch im übrigen – dazu erzogen, sich so zu verhalten, als ob ein noch gar nicht beschlossenes Gesetz bereits Tatsache wäre. Das, Herr Minister, kann einer parlamentarischen Demokratie nicht guttun auf die Dauer! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Denn lassen Sie mich doch – mit dem gebotenen Ernst sicherlich, aber doch – sagen: In der Verfassungswirklichkeit erfolgt zuerst die Bewußtseinsbildung über die Medien, dann die Beschlußfassung in Ihren Parteigremien, und erst dann wird der von der Verfassung vorgesehene Weg von der Gesetzgebung her beschritten.

Auf dem Papier natürlich werden dadurch die Rechte des Parlaments nicht beschnitten, aber de facto geht hier das Recht weder vom Volk noch von seiner Vertretung aus, sondern von der Regierung, und was an der Sache noch wesentlich schlimmer ist: Eine echte Diskussion, Herr Finanzminister, in der noch die besseren Argumente siegen können – und vielleicht lassen Sie gelten, daß auch oppositionelle Argumente doch besser sein könnten –, kommt parlamentarisch nicht zum Tragen, weil eine vollendete Tatsache in der Meinungsbildung geschaffen wurde.

Hier redet der Herr Bundeskanzler ständig von der Demokratisierung aller Lebensbereiche und ist stolz darauf, daß in der zum Beispiel komplizierten Frage Kernkraftwerk Zwentendorf das Volk bestimmen durfte. Aber, Hohes Haus, meine Damen und Herren von der Mehrheit, das Naheliegendste wäre, von der Demokratisierung der parlamentarischen Demokratie zu reden! Das ist keine demokratische Haltung! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich habe bewußt diese Passage für die erste Lesung gewählt, weil ich glaube, wir sollten gemeinsam überlegen: Welche Voraussetzungen können denn geschaffen werden, damit über neue Pläne der Regierung zuerst im Parlament diskutiert werden kann?

Wir sind ja Botschaftsempfänger neuer Pläne der Regierung über Massenmedien, was ja interessant, aber sichtlich sachverzerrt ist. Denn wenn die Ideen der Regierung nicht ausgegoren sind, dann sollte sie schweigen und darüber nachdenken, bis sie weiß, was sie will.

An Hand der Steuerpolitik komme ich jetzt zur letzten Phase, die uns hier serviert wurde, wobei ich Ihnen eines gern zugestehe: Wenn die Frage des gespaltenen Steuersatzes mit möglicherweise nicht entnommenem Reingewinn von

Graf

Ihrem Haus gekommen wäre, von zuständigen Beamten, dann, sage ich Ihnen, hätten wir das sehr, sehr ernst genommen, weil es durchaus nicht bedeutungslos ist, und diese Betrachtung verdient ernst genommen zu werden. Aber die Genesis macht mich, meine Damen und Herren, und meine Partei mißtrauisch, daß es sich wieder um solche Sprechblasen handelt und nicht um Ihren Willen, den ich begrüßen würde, fiskalische Erleichterungen zu schaffen. Hier hätten Sie unsere Unterstützung. Aber es fehlt uns der schlüssige Beweis, denn ich darf jetzt aufzählen zu dieser Frage:

Nach Luxussteuer und Abbau der Sparförderung setzte eine dritte Bewußtseinsbildung ein, eine außerparlamentarische, ferngesteuerte Bewußtseinsbildung der Bevölkerung in Richtung Mehrbelastung der Wirtschaft. In dieser Phase befinden wir uns.

Am 26. Juli 1979 beglückte uns der Juso-Hausherr Konecny mit dem Rezept: Unternehmerlohn – Vermögensertragssteuer. Er war nicht geleitet von der Meinung, man müßte Steuererleichterungen und -verbesserungen schaffen. Dieser gute Mann sah es gesellschaftspolitisch.

Daraufhin bewegte sich der Herr Vizepräsident des Gewerkschaftsbundes Dallinger – vielleicht in tiefer Zuneigung zu Ihrer Person; das weiß ich nicht, Herr Bundesminister – am 14. September in folgende Richtung, indem er sagte: Höhere Unternehmerbesteuerung und Änderung des Steuerbemessungsgrundsatzes! – Das war eine Fanfare vor der großen Gewerkschaftstagung. Er war auch nicht belastet vom steuerlichen Willen der Entlastung der Betroffenen. Mitnichten! Gesellschaftspolitische Urlaute waren es, die ihn zu dieser modifiziert verkleideten Äußerung veranlaßten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Schließlich hat der Herr Präsident des Gewerkschaftsbundes am 25. Oktober vom gespaltenen Tarif gesprochen, und zwar vermutlich in Vorbereitung des nächstfolgenden Nationalfeiertages. Auch hier konnte ich keine steuerlichen Wünsche entdecken. Es waren eher gesellschaftspolitische Seelenblähungen, die ihn zu dieser Äußerung veranlaßten. Also Bewußtseinsbildung.

Und dann erst, Herr Bundesminister für Finanzen, setzten Sie am 28. Oktober ein und sagten – isoliert gesehen durchaus ernst zu nehmen, das möchte ich Ihnen attestieren; isoliert gesehen –: Betriebssteuer – Trennung; Einkommen im engeren Sinn – im Betrieb verbleibende Investitionsmittel.

Ich hätte mit mehr Begeisterung dieser Sache Aufmerksamkeit gezollt, wenn sie ab ovo aus Ihrem Haus gekommen wäre. Denn solange Sie,

Herr Bundesminister, uns nicht den schlüssigen Beweis liefern, daß es sich um ernste fiskalische Maßnahmen handelt, die der Vereinfachung, der Verbesserung dienen, werden wir noch immer hier glauben, daß es sich um gesellschaftspolitische Verbalismen handelt. Binnen dreier Monate, Hohes Haus, wurde aus einer Juso-Idee und aus einer sozialistischen Gewerkschafterforderung erst ein Gedankengang, mit dem Sie, der verantwortliche Minister, sich ganz offensichtlich anzufreunden beginnen.

Es wäre ungeheuer interessant, warum Sie sich anfreunden. Ich unterstelle Ihnen im Moment noch nicht, daß Sie sich nur deshalb damit anfreunden, weil hohe Gewerkschafter oder andere es sagen. Aber wir möchten es gern von Ihnen hören.

Sollte es zu Verhandlungen kommen, die Hand und Fuß haben, dann werden Sie unsere Mitunterstützung haben. Wenn wir das nicht entdecken können, werden wir es als das sehen, was es bisher war – das 2. Abgabenänderungsgesetz und die Sparförderung zeigen uns das –: eine disproportionale Belastung der Bevölkerung, ganz im Gegenteil zu dem, was Tull in einem der erwähnenswerten Teile seiner Rede gesagt hat. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Um mich vielleicht verständlich zu machen, warum dieses Mißtrauen gegen die Politik der Regierung aufrecht ist in unserer Fraktion, muß ich ein paar Zitate bringen, die sich isoliert an sich recht elegant anhören. Ich zitiere deshalb, damit das nicht elegant isoliert stehenbleibt.

In der Erklärung der Bundesregierung vom 19. Juni 1979 zum Beispiel hat es geheißen:

„Klein- und Mittelbetriebe haben großen Anteil an Österreichs Wirtschaft; sie waren für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung von besonderer Bedeutung und ... haben in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit ihre Flexibilität unter Beweis gestellt. Die gezielte Förderung von Klein- und Mittelbetrieben wird im verstärkten Ausmaß fortgesetzt werden.“ – Ende des Zitates.

Meine Damen und Herren! Sie hätten unseren uneingeschränkten Applaus, wenn zum Zitat die dazugehörigen Leistungen erfolgt wären. So gesehen können Sie das – Sie, die Regierung, nicht Sie als Person; ich weiß nicht, wer es tun wird, es war die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers – einem Kommerzialrat zum 60. Geburtstag erzählen. Es hat keinerlei Auswirkungen. Nur: Ihn freut es. Aber es bringt ihm nichts. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Es sagte in derselben Regierungserklärung derselbe Herr Bundeskanzler:

„Diese Finanzpolitik nahm ganz bewußt ein

Graf

Steigen der Defizite und damit der Finanzschulden des Bundes in Kauf."

Da gibt es schon ein bißerl eine Diskrepanz zwischen Ihrer Feststellung zu Ihren Budgetplänen und diesem Satz des Herrn Bundeskanzlers. Ich bin leider geneigt, dem Herrn Bundeskanzler mehr zu glauben. So wird es kommen: Ein Steigen der Defizite und ein Steigen der Schulden. Hier glaube ich Dr. Kreisky mehr. Ich bedaure es sagen zu müssen. Mir wäre der andere Weg lieber.

Oder der von Ihnen als Regierungspartei vielbewunderte und immer zitierte OECD-Bericht. Von dem leben Sie ja fort und fort. Wie Sie nach der Äußerung von Seidel jetzt leben werden, das weiß ich noch nicht ganz. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Veselsky.*) Aber Sie, Herr Veselsky, werden es uns sagen. Ich weiß es und ich habe Geduld genug, das zu erwarten. Kritische Geduld.

Aber ich zitiere Ihnen hier eine Passage aus dem OECD-Bericht. Man schreibt:

„Man wird darauf achten müssen, daß die direkten Interventionen nicht zu sehr überhandnehmen, da dies die Gefahr von Ineffizienzen bei der Allokation der Produktionsfaktoren mit sich bringt.“

Bitte, das heißt auf deutsch, zum Verbrauchen schlicht und einfach übersetzt: sie weisen hin auf die Gefahren von Fehlinvestitionen.

Oder aber Sie sagen:

„Wir stellen uns eine ... Wirtschaftspolitik vor, die so beschaffen ist, daß wir für die Eigeninitiative der Unternehmer ein Maximum an Freiheitsspielraum schaffen. Wir wollen soviel freie Initiative als möglich, und wir wollen hierfür die besten Rahmenbedingungen schaffen.“ – Kreisky in der „Arbeiter-Zeitung“ vom Mai 1979.

Ich habe nie etwas geglaubt, was in der „Arbeiter-Zeitung“ steht, daher ist auch diese Erklärung dort einzureihen. Sie ist unglaublich, weil Ihre Maßnahmen im Budget genau das Gegenteil von dem bringen, was er hier verspricht, meine Damen und Herren. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich möchte ein paar Bemerkungen machen in mehreren Richtungen. Auf Grund der allgemeinen und internationalen Entwicklung sollten einige Dinge geschehen. Sie werden das negieren, natürlich, aber ich möchte sie trotzdem sagen, und die Entwicklung wird mir vermutlich recht geben.

Erstens: In der Währungspolitik sollte man langsam dazu übergehen, daß die währungs-

politische Orientierung an einem Mischindex anstelle der D-Mark kommt.

Hier muß ich zu Ihrer Entlastung etwas sagen. Sie haben es nicht versprochen. Sie haben mich das ja auch wissen lassen in dem Interview des „Economist“ der „Presse“ von vorvoriger Woche. Ich habe dort dazu Stellung genommen und habe die flankierenden Maßnahmen beim Export und beim Fremdenverkehr urgirt.

Sie haben sehr folgerichtig von Ihrer Person, Herr Finanzminister, natürlich dem Interviewer gesagt: Das habe ich nicht versprochen! Da haben Sie recht. Das hat Ihr Herr Staribacher versprochen. Ich habe ohnehin nicht sehr viel Hoffnung daran gehängt, aber Ihre Bemerkung, Sie haben es nicht versprochen, läßt mich glauben beziehungsweise läßt meine Angst zur Gewißheit werden, die Regierung hat überhaupt keine Absicht gehabt, die dann nur erträgliche doppelte Aufwertung des Schillings, das Angleichen an die D-Mark erträglich zu machen mit jenen flankierenden Maßnahmen, von denen Herr Staribacher gesprochen hat. Aber Sie haben sofort gesagt, daß Sie es nicht versprochen haben.

Das sollte geschehen: besondere Förderung der zurückbleibenden Fertigwarenxporte, ad 2.

Ohne flankierende Maßnahmen werden wir nicht verstärkt exportieren können, wir werden das nicht überstehen.

Und ad 3 sollte geschehen: eine besondere Förderung der sich unterdurchschnittlich belebenden Bauwirtschaft in diesem Lande.

Man muß die Bauwirtschaft nicht mögen und man kann auch sagen: Eine expandierende Bauwirtschaft hat inflationistische Tendenzen in sich und neigt zur Aufblähung! Es mag schon sein. Aber eine nicht expandierende und sich nicht belebende Bauwirtschaft hat in Österreich dieselben Folgen wie die Autowerke in Deutschland, wenn sie nicht exportieren können. Es beginnt wirtschaftlich schwierig zu werden.

Diese Dinge sollten geschehen. Aber wir stellen ja eher fest, daß auf Grund der von der Regierung geplanten Gesetze und Maßnahmen andere Dinge geschehen, was nicht geschehen sollte. Diese Dinge geschehen aber leider. Lassen Sie mich, bitte schön, auch hier einige aufzählen, nur ein paar.

Das Budget 1980 zum Beispiel. Trotz Mehrbelastung und trotz seiner neuen Verschuldung gibt es in Wirklichkeit kein mittelfristiges Konzept und es gibt keinen Belastungsstopp. Das muß kritisch vermerkt werden.

Zur Einkommensteuergesetznovelle 1979: Bitte, es mag Sie erheitern, wenn ich urgiere,

Graf

daß Sie den Forderungskatalog der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft nicht erfüllt haben. Sie müssen es nicht, aber er ist immerhin getragen vom Wunsch einer Interessenvertretung, die weiß, was sie der Regierung zu sagen hätte und was sie von ihr verlangen soll. Dieser Forderungskatalog ging weit über jene Mini-Zugeständnisse hinaus, die uns zuteil wurden, obwohl ich die Zugeständnisse nicht negiere. Sie sind aber zuwenig.

Ein offenes Wort zur Steuerreformkommission: Sie ist sicherlich arbeitsunfähig durch die Größe. Die Präjudizierung durch Einschränkung der Sparförderung und Ihre Erklärung über Nichtmilderung der Steuerprogression sind Dinge, die ein Verweilen nicht gerade angenehm machen.

Aber zum Herrn Dr. Broesigke: Wir haben diese nicht mit „Getöse“ verlassen. Wir hatten einen simplen Grund. Die Interessenvertretungen haben wir nicht zurückgezogen, ich kann Ihnen aber begründen, warum wir die Abgeordneten zurückgezogen haben. Das ist eine Form des Stils. Dieser, Herr Bundesminister für Finanzen, hat uns dazu veranlaßt.

Es ist Ihr gutes Recht zu sagen, die Abgeordneten der ÖVP sind in der Steuerkommission gesessen und haben zum Punkt a) oder b) ja oder nein oder nichts gesagt. Was wir aber nicht wünschen, weil es den Tatsachen zuwiderläuft: wenn Sie hier und da in der Verbalistik feststellen: Ihre Abgeordneten sind ohnehin drinnen gesessen, warum gehen sie jetzt nicht mit beziehungsweise warum gehen sie mit? Das war der Grund, warum wir ohne „Getöse“ diese Mitmenschen, die Parlamentarier sind, herausgenommen haben, weil wir nicht wünschen, daß die Angehörigen der Volkspartei in der gesetzgebenden Körperschaft bei Wunsch nach Mitarbeit so dargestellt werden, als ob sie kontra ihre Fraktion etwas tun. Mitnichten, wir haben nur keine Lust, jene Leute zu Sündenböcken stempeln zu lassen, die wir gerne dorthin entsandt haben. Wir stellen aber fest, daß ihre Mitarbeit beziehungsweise ihr Mittun nicht *ordentlich möglich ist, weil man ihre Anwesenheit, ihr Schweigen oder ihr Reden falsch deutet*. Bitte, das ist der Grund. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Noch einige Punkte seien mir gestattet zu zitieren, wo ich glaube, daß sie nicht geschehen sollten, aber sehr wohl geschehen.

Der Ministerialentwurf über ein neues Wohn- und Mietrecht ist als ordnungspolitischer Rückfall grundsätzlich von uns abzulehnen. Wir sehen darin eher eine Verschärfung der Situation.

Zum Energieförderungsgesetz – nur am Rande

sei es erwähnt –: zu viele Eingriffe dirigistischer Natur und eine noch immer zu schwache Förderung industrieller Eigenanlagen und kleiner Gemeinschaftsanlagen.

Entgeltsicherungsgesetz – nur um ein paar Facetten hier beizutragen –: Auch der neue Entwurf Ihres Entgeltsicherungsgesetzes enthält in entscheidenden Punkten keine oder zu wenige Verbesserungen.

Das Arbeitsruhegesetz: Der Ausnahmekatalog ist zu gering gefaßt, und es gibt zuwenig Bedachtnahme auf die für den Fremdenverkehr wichtige Infrastruktur zum Beispiel.

Die Sozialversicherung: Die allgemeine Gefahr eines Ungleichgewichtes bei Anhalten des Geburtenrückganges, ein besonderes Problem der Selbständigenversicherung und die Gefahr einer Ausdehnung der Unfallversicherung bis hin zu Freizeitunfällen.

Hier erblicken wir durchaus Dinge, die uns eher mit Sorge erfüllen. Unsere Bedenken hinsichtlich einer Budgetpolitik, die sich jenseits der Erklärungen und Zitate bewegt, werden durch diese Dinge noch verstärkt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich möchte nur einige alte Forderungen neuerlich anmelden. Es ist mir bewußt, daß sie vermutlich aus vielen Gründen nicht erfüllt werden. Wir werden aber nicht erlahmen, sie in den Raum zu stellen, und es erschien mir auch hier die erste Lesung dazu angetan:

Die Rückgängigmachung von uns, aber auch von Ihrer Partei erkannter, aber nicht zugegebener falscher Maßnahmen, wie da sind Kreditsteuer, Lkw-Steuer und 2. Abgabenänderungsgesetz. Hier könnten Sie, Herr Bundesminister für Finanzen, Ihren guten Willen zeigen, eine Reassumierung dieser Gesetzesmaßnahmen würde der Wirtschaft dienen und Ihnen wahrscheinlich mehr bringen, als der jetzige Zustand Sie kostet. Das sage ich gar nicht polemisch.

Mittelfristig nicht nur Steuervereinfachung – ich kann ja im übrigen die Steuervereinfachung nicht entdecken –, sondern auch eine Milderung der automatisch sich verschärfenden Lohn- und Einkommensteuerprogression unter besonderer Bedachtnahme auf Eigenkapitalbildung, einfach zum Zweck der vom Unternehmer zu treffenden Investitionsentscheidung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die investitionelle Entscheidungsfreiheit des Unternehmers ist ja nicht, weil er unlustig ist. Es gibt diesen Ausdruck, Unternehmer seien „investitionsunlustig“. Das ist eine der dümmsten Bezeichnungen. Ein Unternehmer, der nicht investieren will oder kann, der geht ja zugrunde. Er kann ja nicht expandieren, und es gibt keinen Stillstand, der nicht in Rückschritt mündet. Hier

Graf

hat man Unternehmer gestempelt, obwohl man ihnen die Möglichkeit nimmt, das tun zu können in jenem gewünschten Ausmaß.

Ich ürgiere nach wie vor – wir werden unseren Wunsch, der ein Prüfstein sein wird, lautstark verkünden – die Schaffung eines Mittelstandsgesetzes. Wir werden daran prüfen, ob die Regierungspartei mittelständische Probleme erkennt. Sie können das unter Beweis stellen.

Wir ürgieren ein Gesetz über die Förderung von Existenzgründungen.

Und wir vermissen noch immer die Leistung des Handelsministers durch ein Gesetz zum Verbot des Verkaufes unter dem Einstandspreis zur Sicherung der Nahversorgung. Ein uralter Wunsch. Es wird aus nicht triftigen Gründen oder aus durchsichtigen Gründen nicht gebracht.

Ich gebe zu, Herr Bundesminister für Finanzen, daß viele dieser von mir aufgezählten Dinge nicht von Ihnen direkt zu prästieren sind. Aber im Zusammenhang mit der ersten Lesung zum Budget handelt es sich durchwegs um budgetäre Maßnahmen, und ich glaube, daß man Ihnen das hier sagen kann und soll und muß.

Ich möchte, langsam abschließend, noch einige Dinge hier feststellen. Wenn Sie heute das Problem der Umverteilung ansehen, dann wird hier, Hohes Haus, ein babylonischer Turm der Umverteilung nur weiter aufgestockt. Wir werden absolut nicht den Himmel auf Erden erreichen – es will ihn gar kein Mensch haben –, aber eine immer größere Verwirrung.

Wir halten laut Rechnungshofbericht bei einer Belastungsquote von 41,8 Prozent des Bruttonationalprodukts. Hier möchte ich eine Bemerkung machen.

Unsere Kritik an Ihrer Budgetrede und an der zweifellos erfolgenden Beschlußfassung dieses Budgets mit Ihrer Mehrheit wird ja erst dann voll einsetzen können, wenn die Opposition mit ihren Möglichkeiten dazu in der Lage ist. Und leider setzen die beweisbaren Möglichkeiten einer oppositionellen Kritik, die in der ersten Lesung oder in der sogenannten Generaldebatte oder bei den einzelnen Budgetkapiteln geäußert wird, ja erst dann ein, wenn der Rechnungshof oder Ihre Durchführungserlässe uns jene Unterlagen liefern, wo wir den Beweis erbringen können, Ihr Budget entfernt sich von der Vorlage oder wir haben mit unserer Kritik recht.

Daher kündige ich Ihnen heute schon an: Wir werden uns bemühen – keine Budgetalternative, das ist nicht unsere Aufgabe –, ein wirtschaftspolitisches Bulletin zu erstellen, wo wir für die Bevölkerung verständlich Abweichungen von Ihrer Budgetrede, von der Budgetwirklichkeit

und von der tatsächlichen Wirklichkeit aufstellen werden, und wir werden das im Parlament zur Diskussion stellen, weil ich glaube, daß das notwendig und wünschenswert ist. Es erscheint mir zweckmäßiger und leichter verkäuflich – das sage ich ohne Hintergedanken – als eine globale Kritik Ihres Budgets, obwohl wir natürlich dem nicht zustimmen werden, weil es der Ausfluß der Zahlen Ihrer Regierungserklärung ist.

Wenn die Sozialversicherungsbeiträge beispielsweise, Herr Bundesminister, 1980 erhöht werden und wenn die Steuerprogression auf Grund Ihres Wunsches, Herr Minister, bis 1983 der Geldentwertung nicht angepaßt wird, dann wird diese Belastungsquote astronomische Höhen erreichen. Es gibt keinen anderen Ausdruck dafür. Damit aber wird das System der begonnenen Umverteilung, meine Damen und Herren, sich selbst ad absurdum führen, und zwar zwangsläufig. Ich bedauere, daß es soweit kommt, bis wir recht haben. Aber Sie selbst wissen, daß dieses System der Umverteilung, wenn es so weitergeht, sich selbst in die Irre führen muß. Denn wenn einmal alle glauben, auf Kosten anderer leben zu können – und das wird ja praktiziert, man erzählt einer immer größeren Gruppe von Leuten, daß es ihnen immer besser gehen muß, und man berücksichtigt nicht eine immer kleiner werdende Gruppe, die immer mehr arbeiten muß –, dann wird niemand mehr wissen, wohin sein Geld eigentlich geht und woher es kommt, und nur das dumpfe, aber im Grunde richtige Gefühl wird zunehmen, daß auf dem Weg über eine sich immer mehrende Zahl von Schreibtischen immer mehr saures Geld verlorengeht. Dorthin entwickeln wir uns ja.

Herr Bundesminister! Daß das Deficit-spending so notwendig ist in einer Zeit der Rezession, wo es ein wirtschaftsbelebendes Medikament darstellt, darin bin ich völlig einer Meinung mit Broesigke. Aber wenn man das schon in der Zeit der Hochkonjunktur praktiziert hat und auch nach Überwindung der Rezession weiter praktiziert, kann das zu einer gefährlichen Droge werden durch die Gewöhnung, und es kann zum Mangel jener Gelder führen, die man braucht, wenn wir wieder in eine Rezession hineinwandern. Ich zitiere wieder Seidel und ich empfehle, seinen heutigen Bemerkungen die gleiche Aufmerksamkeit zu zollen wie jenen, wo er Aussagen machte, die mehr angenehm als tatsächlich waren. Es gab solche. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Man muß eines feststellen, und ich bemühe mich jetzt, es unpolemisch zu tun. Wenn Sie heute, Herr Finanzminister, ein Budget vorlegen mit einer zusätzlichen Verschuldung von zirka 31 Milliarden, obwohl Sie gleichzeitig die

Graf

Sparer, die Sozialversicherten, die Milchtrinker und viele andere zur Kasse bitten, so ist das leider kein Bilderbuchbudget, wie Tull es nannte. Sie tauschen lediglich – und das ist keine Bosheit, sondern eine bittere Wahrheit –, Sie tauschen als Finanzminister lediglich alte Schulden in neue, aber noch größere um. Das ist die Tatsache.

Herr Bundesminister, gestatten Sie mir auch ein francisco-josephinisches Zitat. Es ist weniger schön, es ist dafür aber auch kürzer. Der Steuerzahler könnte sich in einem Rückfall in francisco-josephinische Verben eigentlich sagen: Mir bleibt nichts erspart! Denn jeden Schilling, den Sie, Herr Minister, zuviel ausgeben, wird der Steuerzahler früher oder später zusätzlich an Sie abliefern müssen. Das ist meine francisco-josephinische Darstellung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun erlauben Sie mir einen Schlußsatz. Was die Struktur Ihrer Budgetausgaben betrifft, so lassen Sie mich, bitte, eines feststellen: Diese Struktur ist vorhanden. Sie ist aber nur dann zu verbessern und wird nur dann tatsachenwirksam, wenn Sie als Repräsentant des Staates nicht beim Bürger sparen, sondern in erster Linie bei sich, bei der Regierung. Dann ändert sich die Struktur, und dann helfen wir Ihnen dabei. Solange Sie das nicht tun, lehnen wir sie ab. *(Anhaltender Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Finanzen. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Finanzen Vizekanzler Dr. **Androsch**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf mich zunächst recht herzlich für die Adressierung als Kollege – nicht als Fraktionskollege – bedanken, das auch ebenso herzlich erwidern, nur glaube ich, mit dem Trödler Abraham hat mein Fraktionskollege Ihren Fraktionskollegen Dr. Lanner gemeint. *(Abg. Graf: Habe ich das nicht gesagt? Dann war es ein Lapsus linguae! Entschuldigen Sie!)* Nein, ich habe mich darüber gefreut und erwidere es gern herzlich.

Wie man zehn Jahre in Phasen einteilt, dafür gibt es sicherlich verschiedene Gesichtspunkte, und es steht jedem frei, für seine Einteilung welche zu wählen. Ich glaube aber, daß jene objektiv am richtigsten ist, die, wie der Abgeordnete Dr. Broesigke gemeint hat, im Einklang mit dem Gang der Ereignisse war.

Hier ergeben sich für die siebziger Jahre eben deutlich zwei Phasen, nämlich die Phase guter Konjunktur zwischen 1970 und 1974 und fraglos einer Umkehrung der Konjunkturentwicklung ab Herbst 1974, jedenfalls bis im wesentlichen 1978/79, und es kann doch gar keine Frage sein,

daß zum einen Mal unterschiedliche Konjunktur-entwicklungen – zunächst einmal passiv gesehen – sich im Budget niederschlagen, einmal durch keine Notwendigkeit, konjunkturstützende Ausgaben zu ergreifen und gleichzeitig bessere Einnahmen zu haben, im anderen Fall, Einnahmen nicht zu bekommen, dafür automatisch mehr Ausgaben bestreiten zu müssen und dazu zu Stimulationszwecken zusätzliche Ausgaben vorzusehen. Genau das ist geschehen und genau das war möglich, weil man für 1975 sagen konnte, die Staatsfinanzen sind in Ordnung und haben es möglich gemacht, das Budget einzusetzen, das zu überwinden, und mit dem Ergebnis brauchen wir ja nicht gerade unzufrieden zu sein.

Ich werde auf den gestrigen Vortrag des Herrn Professor Seidel noch zurückkommen. Ich glaube, der Herr Abgeordnete Dr. Broesigke und ich sind die einzigen hier im Raum, die sich gestern den ganzen Vortrag angehört haben. Aber was das Ergebnis 1979 anlangt, so hat der vielzitierte Professor Seidel dies als eine Bilderbuchkonjunktur bezeichnet, mit hohem Wachstum von 5 Prozent, mit niedrigster Preissteigerungsrate von 3,6 Prozent, mit niedriger Arbeitslosenrate von etwa 2 bis 2,1 Prozent, mit gestiegener Beschäftigung und mit einer viel besseren Leistungsbilanzsituation, als wir sie auf Grund aller statistischen und sonstigen Überlegungen erwarten haben dürfen. Also eine Budgetpolitik, die nach zehn Jahren als Ergebnis eine Bilderbuchkonjunktur aufweisen kann, mit der muß man nicht just unzufrieden sein. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich greife, Herr Abgeordneter Graf, gern Ihre vier Phasen auf. Für Sie ist die erste Phase 1970 bis 1974 eine Phase der leichten Hand, der verschwendungsorientierten Ausgaben.

Also die BÜRGES, die wir 1970 völlig leer und inaktiv angetroffen haben, flügge gemacht zu haben zur Wirtschaftsförderung der Klein- und Mittelbetriebe – das sind Verschwendungsausgaben.

Die Tatsache, daß seit 1971 erst mit riesigen Mehrausgaben für das Budget eine vollwertige Bauempension finanziert wird, ist eine Verschwendungsausgabe.

Die Tatsache, daß ein riesiger Nachholbedarf bei den Bildungsausgaben zum einem und zum anderen die Notwendigkeit bestanden hat, statt für etwa 100 000 Mittelschüler für inzwischen nahezu 200 000 ausgabemäßig vorzusorgen, durch den Bau von Schulen, durch die Einstellung von Lehrern, ist in Ihren Augen Verschwendung.

Die Tatsache, daß lächerliche 15 Millionen Schilling im Budget 1970 vorgesehen waren für

Vizekanzler Dr. Androsch

die beiden Forschungsförderungsfonds und das inzwischen in etwa eine Größenordnung von je 250 Millionen Schilling erreicht hat, ist für Sie eine Verschwendungsausgabe.

Völlig in Ordnung, daß Sie das so bewerten. Wir sehen das anders. Wir glauben, daß wir hier eine andere budgetpolitische Vorstellung haben, Ihre Vorstellung – wenn ich sie so qualifizieren darf – als Alternative dazu betrachtet das alles als Verschwendung. Wenn die Mehrheit der Bevölkerung in dieser Sache recht gegeben hat, das haben inzwischen doch immerhin einige Wahlen deutlich gemacht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie haben dann gemeint, die zweite Phase hätte darin bestanden, eine kräftige Staatsverschuldung zu betreiben. Nun, das bestreiten wir gar nicht. Wir haben uns ab dem Frühjahr 1974 zu diesem konjunkturstimulierenden Medikament des Deficit spending bekannt, weil für uns wirtschaftspolitisch gesehen die Sicherung der Arbeitsplätze, die Erhaltung der Vollbeschäftigung das erste wirtschaftspolitische Ziel darstellt, zum Unterschied von jener Haltung, die sich doch mehrfach darin geäußert hat, daß wir in dieser schwierigen Phase – nicht nur in Österreich schwierigen Phase – immer wieder hören haben dürfen – ich will damit gar nicht unterstellen, daß das Ihre persönliche Meinung ist; ich will auch gar nicht einmal unterstellen, daß das schlechthin die Meinung Ihrer Fraktion oder Ihrer Partei ist, aber von maßgeblichen Mitgliedern Ihrer Partei und Ihrer Fraktion –: Ja, ein entsprechendes Maß an Arbeitslosigkeit, das sei einfach notwendig.

Und noch vor kurzem, im vergangenen Jahr, haben prominente Vertreter der Wirtschaft, nachzulesen in der Presse, gemeint, erstens einmal könne ihnen die ganze Vollbeschäftigung gestohlen werden und die Stabilitätsfolge dazu. Es gehe nur um die Gewinne. Wobei ich gar nicht bestreiten will, daß für die ... *(Abg. Dr. Zittmayr: Wer war das?)* Der Präsident Igler, Interview in der „Presse“ Ende August des vergangenen Jahres. Bitte nachzulesen.

Also auch hier unterscheiden wir uns. Für uns ist die Beschäftigungspolitik ein vorrangiges wirtschaftspolitisches Ziel. Bei Ihnen gibt es – wenn ich das also jetzt wohlwollend betrachte, zumindest diesbezüglich – äußerst geteilte Auffassungen.

Sie haben dann eine dritte Phase genannt – ich weiß nicht genau, wie die zeitlich einzuordnen ist, ist auch gar nicht so wichtig – und meinten: substantielle Auszehrung. Ich weiß nicht, wo sie Platz gegriffen hat. Vielleicht auch in Ihrem Handelskammerbereich, Herr Präsident. *(Abg. Graf: Auf das habe ich gewartet!)*

Na ja, natürlich! Wenn Sie zu uns kommen und sagen: Wir haben ein Problem in der Finanzierung unserer Handelskammer und wir brauchen Beitragserhöhungen, ja dann, Herr Präsident, müssen Sie doch rechnen, daß Sie hier nicht nur Ihre Argumente uns entgegenhalten können, sondern darauf verweisen müssen, daß bei Ihnen auch etwas passiert sein muß, sonst hätten Sie nicht diese Situation. Und vielleicht hängt auch Ihre Situation mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung, wo weder die Handelskammer noch die Bundesregierung noch irgendjemand in Österreich einen Einfluß hat, mit der Weltwirtschaft zusammen. Aber dann wäre es doch nur fair, wenn Sie das, was Sie mit gutem Grund für sich als Recht ansehen, der Bundesregierung bei ihren Bemühungen als billig zuerkennen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und wie sehr uns – nebenbei bemerkt – die Klein- und Mittelbetriebe ein Anliegen sind, das können Sie an der Zunahme der Wirtschaftsförderung sehen. Das können Sie aber auch daran ersehen, daß ohne Frage mit ein Grund für die Tatsache, daß zumindest einzelne Handelskammern in den roten Zahlen sind, ist, daß wir bei der Finanzierung des Familienlastenausgleichsfonds über den Dienstgeberbeitrag und bei der Gestaltung vor allem der Gewerbeertragsteuer solche Erleichterungen gegeben haben, daß eine große Anzahl zumindest der kleinsten gewerblichen, fremdenverkehrs- und dienstleistungsmäßigen Betriebe von diesen Abgaben völlig befreit sind. Sicherlich mit ein Grund – ich wiederhole es – für die finanzielle Situation auch der Handelskammer.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich spreche nun die vierte Phase des Herrn Abgeordneten Graf an, wo er von der Belastungswelle spricht. Wenn man die Situation in den siebziger Jahren ansieht, so hat sie gesamthaft folgende Entwicklung genommen – was die Abgabenquote im engeren Sinn, die Gesamtsteuerquote, also einschließlich der Finanzierung der Einrichtungen der sozialen Sicherheit, anlangt –, bereinigt um die statistischen Korrekturen, die einen Vergleich notwendig machen; wir haben nämlich 1973 und haben 1978 Veränderungen von netto auf brutto vorgenommen, ohne daß das eine Belastungsveränderung ergeben hätte, hier ist also doch zu bereinigen:

Wir hatten 1970 bis 1974 im Schnitt eine Gesamtquote von 37,1, 1975 bis 1978 von 37,7, 1979 von 38,7, und wir werden 1980 39,1 haben. Damit sind wir jedenfalls im unteren und nicht im oberen Drittel der Industriestaaten.

Was aber entscheidender ist: wie die Abgabenquote im engeren Sinn sich entwickelt hat. Die ist nämlich in den genannten Zeiträumen

Vizekanzler Dr. Androsch

mit 23,2 gleichgeblieben – Zahlen für 1979 liegen noch nicht vor – und für den Bund sogar ganz leicht gesunken; dankenswerterweise hat der Herr Abgeordnete Broesigke darauf verwiesen. Was gestiegen ist, war die Sozialquote, nämlich um einen ganzen Prozentpunkt, logischerweise, weil 1971 eine ganz große Berufsgruppe, nämlich die Landwirte, in eine volle Pensionsversicherung einbezogen wurde.

Meine Damen und Herren! Die Frage der Steuer ist ja nur die eine Seite der Medaille, sicherlich die undankbarere. Es ist nämlich weniger angenehm, das Geld zu kassieren, und sicherlich bequemer, Vorschläge zu machen, wie man das Geld ausgibt. Denn wenn ich nur addiere, was hier an Entschließungsanträgen von der ÖVP allein aus Anlaß der Debatte des Familienberichtes vorgelegt wurde, so war das nicht just orientiert, das Defizit zu verringern, sondern um Milliardenbeträge zu erhöhen. Das ist sicherlich immer das Populärere.

Soviel also zu der Steuerquote. Also obwohl Steuererhöhungen, Tarifierhöhungen, ja sogar neue Steuern eingetreten sind, ist die Steuerquote nicht gestiegen, weil es diese Steuersenkungen gegeben hat und weil andere Steuern, wie die Weinsteuer, weggefallen sind oder, wie die Zolleinnahmen, stark zurückgegangen sind. Man kann nicht in seinem Bereich eine Erhöhung der Belastung für seine Mitglieder verlangen, weil man mit Recht sagt: Die Finanzen müssen in Ordnung sein!, und dem anderen, wenn er dasselbe tut ... *(Abg. Graf: Erlauben Sie mir einen Zwischenruf, daß ich mich dann nicht melden muß. Sie wissen, daß die Beweggründe dafür andere sind! Aber Sie müssen mich nicht immer fair behandeln, ich werde mich heute zu dieser Frage nicht melden!)* Fair: Also der Beweggrund ist eine flankierende Maßnahme für die Arbeiterabfertigung, und die nehmen Sie zum Anlaß, Ihre Finanzen zu sanieren. Okay. *(Abg. Graf: Nein! Sie wissen, daß wir die Finanzen nicht sanieren, sondern das Geld brauchen. Aber ich melde mich heute nicht!)* Also gut! Der Unterschied ist ein semantischer. *(Abg. Graf: Nein, ein finanzieller, nicht ein semantischer! Sie wissen es!)* Na ja, aber das Geld wollen Sie. Das ist das Entscheidende. *(Abg. Graf: Ja, das haben wir Ihnen gesagt!)* Ja eben. Gut. Also das Geld wollen wir.

Wenn der Finanzminister für seinen Haushalt das Geld will, dann ist das in Ihren Augen eine Belastungswelle. Wenn Sie es aus guten Gründen für Ihre Zwecke wollen, dann ist das völlig in Ordnung. Was da fair und nicht fair ist, möge doch dahingestellt bleiben. Jedenfalls hätte ich keine Schwierigkeiten, das öffentlich zu erklären. *(Abg. Graf: Ich auch nicht, aber ich will es nur heute nicht!)*

Professor Seidel hat in seinem gestrigen Vortrag – ich darf jetzt zum erstenmal darauf zurückkommen – im Zusammenhang mit der Budgetsituation gemeint, daß natürlich die Möglichkeit bestanden hätte, sachlich wie politisch, den Budgetspielraum des kommenden Jahres, also der dritten Phase, viel stärker zu verbessern. Tatsächlich wird das Nettodefizit von 4 auf etwa 3 Prozent zurückgehen. Die Frage Defizit und Verschuldung darf ich noch extra behandeln. Wir haben gesagt, Maßnahmen, die die Stabilitätserfolge gefährden, wollen wir nicht treffen, auch wenn sie budgetpolitisch wünschenswert wären.

Sie haben im Zusammenhang mit der Sparförderung gemeint, es wäre sinnvoller gewesen, eine gut ausgestattete Anleihe zu begeben. Ich habe nichts gegen diesen Vorschlag, darf aber nur die Konsequenzen aufzeigen. Das heißt, eine Spartätigkeit, die durch Subventionsanreize das Budget belastet, und zwar beträchtlich – das Bausparen belastet allein mit 2,5 Milliarden Schilling; das sind 1 Prozent der Gesamtausgaben –, soll noch einmal gefördert werden, indem man die Gelder mit einer neuen Subvention, nämlich mit einem höheren Zinssatz, umleitet, etwa zum Beispiel für Kraftwerke. Das wäre keine schlechte Idee, nur irgendwann kommt die Rechnung unter dem Strich; bei Kraftwerken im Strompreis. Das, was also vordergründig wie ein großartiges Geschenk an Anreiz und Unterstützung aussieht, kommt irgendwann unter dem Strich heraus.

Was ist dann eigentlich der Vorteil für den Steuer- oder, wie bei den Stromtarifen, für den Tarifzahlenden? Sie haben in diesem Zusammenhang vor allem kritisiert, daß man die Dinge vorher in der Öffentlichkeit anreißt, zur Diskussion stellt und selbst diskutiert. Ja es geht doch nur so, daß, bevor der Gesetzgeber die verpflichtende Norm setzt, die Diskussion stattfindet, die Meinungsbildung, die Vorbereitung des Entscheidungsprozesses, der dann zu einer Norm führt oder nicht, und nicht, daß vielleicht in aller Stille entschieden wird und die Diskussion hintennach stattfinden soll. Wir haben diesbezüglich eine andere Vorstellung, wie die breitestmögliche Öffentlichkeit – ob in dieser oder einer anderen Medienlandschaft – in den Meinungs- und Entscheidungsbildungsprozeß einbezogen werden soll.

Sie haben davon gesprochen, daß Sie fiskalische Erleichterungen wünschen würden. Fiskalische Erleichterungen führen ja nicht gerade dazu, das Defizit zu verringern und die Verschuldungsnotwendigkeit zu verkleinern. Genau das Gegenteil ist der Fall! Wenn Sie mir da die Unterstützung der ÖVP anbieten, kann ich daraus nur den Schluß ziehen: In dieser

Vizekanzler Dr. Androsch

Frage ist Ihnen dann die Höhe und die Entwicklung des Defizits offensichtlich gleichgültig. Es geht nicht anders, Mehrausgaben und Mindereinnahmen führen nun einmal rein mathematisch nach Adam Riese nicht dazu, daß sich der Saldo verbessert und günstiger wird.

Aber das erleben wir ja seit zehn Jahren: Sie stellen – oder Sie versuchen es jedenfalls – den Finanzminister mit dem Defizit geradezu an den Pranger, um gleichzeitig Ihre Alternative anzubieten, die darin besteht, Mehrausgaben zu verlangen und Mindereinnahmen vorzuschlagen, wodurch das Defizit natürlich naturgemäß nur größer werden könnte.

Die Idee mit der Betriebssteuer, Herr Abgeordneter Graf, ist nicht am 28. oder 27. Oktober geboren worden. Das ist etwas, was mich schon sehr lange beschäftigt, das ist ein so tiefgreifender Eingriff in die Gestaltung, der sehr reiflich überlegt und sehr lange vorbereitet werden müßte, auch wenn man nicht solche Fristen, wie sie der Herr Abgeordnete Dr. Broesigke aus dem vergangenen Jahrhundert genannt hat, zu akzeptieren bereit ist.

Aber was ist dabei Ihr Beitrag? Denn was die Steuerreformkommission anlangt, Herr Abgeordneter Graf, so ist nicht die ÖVP eingeladen gewesen. Es sind Experten ad personam eingeladen worden, und die haben sich noch bedankt, ob sie zufällig auch Abgeordnete waren, war dabei ganz unerheblich. Und die haben Sie mit Getöse einen Tag vor der Budgetrede – vielleicht hat das auch eine Rolle gespielt – zurückgezogen. Sie begründen das jetzt so: damit diese nicht obligiert sind. Ja aber dieses Argument müßte Ihnen doch von allem Anfang an klar gewesen sein! (*Abg. Graf: Nicht klar war uns Ihre Verhaltensweise, Herr Dr. Androsch!*) Herr Abgeordneter Graf, daß es in der Politik für die Zeit der Tätigkeit der Steuerreformkommission sozusagen zu einem Moratorium, zu einem Stillstand kommen könnte, hat doch niemand geglaubt und auch niemand behauptet.

Die Sparförderung ist keine steuerliche Angelegenheit, auch wenn sie in einem Steuergesetz geregelt ist. Die Frage der Steuersenkung ist von allem Anfang an ein Thema gewesen, das nicht die Steuerreformkommission zu behandeln hat, denn die einzige Maxime, die ihr gewissermaßen auf den Weg mitgegeben worden ist, war die Überlegung, daß bei der Steuerreformkommission sicherlich nicht Mehreinnahmen oder Vorschläge dafür herauskommen werden – das war von selbst klar –, aber die Folge auch nicht weniger Einnahmen sein dürfen.

Einige wenige Feststellungen zur Währungspolitik. Ich sage Ihnen nochmals: natürlich keine

zusätzlichen Subventionen, denn was hier so verschämt als „flankierende Maßnahmen“ bezeichnet wird, heißt im Klartext zusätzliche Belastungen für das Budget in irgendeiner Subventionsform. Ich bin nämlich der Überzeugung – und nicht nur ich allein – und kann das, glaube ich, nach nun etwa acht Jahren Hartwährungspolitik durch die Tatsachen belegen (*Abg. Graf: Ich bin für die Hartwährung!*), daß schließlich und endlich gerade für die Exportwirtschaft und für den Fremdenverkehr die Stabilität in diesem Lande die beste Wirtschaftsförderung darstellt. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Graf: Sie wissen, daß ich ein Anhänger der Hartwährungspolitik bin!*) Einverstanden. (*Abg. Graf: Ich bekenne mich dazu, ich möchte nur gerne einen Mischsatz haben! Das hat mit meiner Einstellung zur Hartwährungspolitik bitte nichts zu tun!*) Ja wissen Sie, das mit dem Mischsatz ist so, wie ein bisserl schwanger sein. Hartwährungspolitik mit Mischsatz heißt, sich zum Teil an Weichwährungsländern zu orientieren und diese Überlegung, fürchte ich, ad absurdum zu führen. (*Abg. Graf: Auch ein klassischer Vergleich, um auszuweichen!*) Ich weiche gar nicht aus. (*Abg. Graf: Natürlich! Klar!*)

Wir haben in Europa einen Hartwährungsblock, der sich am Stärksten, nämlich an der D-Mark, orientiert. In einer Zeit, in der in der Bundesrepublik Deutschland eine deutlich höhere Inflationsrate besteht, unseren Kurs gegenüber der D-Mark abschwächen, heißt, einen Inflationsweg zu gehen. Das ist die Konsequenz! Ich spreche es nur klar aus, das ist in Ihrem Vorschlag impliziert.

Zur Bauwirtschaft. Sie haben das Deficit spending kritisiert, Sie haben die Staatsverschuldung kritisiert. Was hätte es für die Bauwirtschaft ab 1974 geheißen – Herr Abgeordneter Letmaier, ich bitte, mich zu korrigieren –, wenn wir nicht gemeinsam immer wieder jene Maßnahmen gesetzt hätten, die es ermöglicht haben, in einer schwierigen Zeit zu verhindern, daß für die Bauwirtschaft in Österreich dasselbe eintritt, was bei einer anderen Politik in der Bundesrepublik Deutschland und in der Schweiz eingetreten ist. In der Bundesrepublik hat man es Strukturkrise der Bauwirtschaft genannt, in der Schweiz etwas camoufliegender Redimensionierung.

Das haben wir – Sie werden es mir bestätigen, Herr Baumeister – unserer Bauwirtschaft erspart, womit ich gar nicht bestreiten will, daß es trotzdem auch Schwierigkeiten gegeben hat oder noch gibt. Aber wie wären sie erst gewesen, wenn wir jene Politik, diese Budgetpolitik nicht gemacht hätten! – Die Herren aus der Bauwirtschaft können das selbst am besten beurteilen.

Vizekanzler Dr. Androsch

(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Wenn Sie Ihre Forderungen wiederholt haben, so ist das sicherlich Ihr gutes Recht, aber ich sehe in der Verantwortung für das Budget, das laut Ihrer Kritik zu schlecht ist, keine Möglichkeit, aus den mehrfach angeführten Gründen und Argumenten eine Reassumierung hier vorzunehmen.

Ich weiß nicht, wem nichts erspart bleibt, wenn man das schon aus der Zeit vor 1914 zitiert. Dann kann der Finanzminister, wenn er zusätzlich für andere Interessengruppen kassieren soll, erst recht sagen, daß einem dabei ganz sicherlich nichts erspart bleibt.

Ich darf mich ganz kurz den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Lanner in zwei Punkten zuwenden. Er hat die alte Walze von der Schreibtischvermehrung hier vorgeführt. Für ihn sind 800 Lehrer mehr im nächsten Jahr eine Schreibtischvermehrung. Für ihn sind 500 Dienstposten mehr bei der Landesverteidigung eine Schreibtischvermehrung und 96 Beamte, Wachebeamte eine Schreibtischvermehrung. Derselbe Herr Dr. Lanner, der immer wieder in Sicherheitsfragen Unsicherheit erzeugen will, kritisiert es und qualifiziert es als eine Schreibtischvermehrung ab, wenn Sicherheitsorgane eingestellt werden.

Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, wo denn überhaupt die öffentlich Bediensteten tätig sind: 24 Prozent bei der Bahn, 21 Prozent im Bereich Recht und Sicherheit, bei der Post- und Telegraphenverwaltung 19 Prozent, im Bildungsbereich fast 17 Prozent, und von den verbleibenden Verwaltungsbeamten sind 8 Prozent in der allgemeinen Verwaltung und 2,4 Prozent in den Zentralstellen tätig. Ich bitte, doch einmal zur Kenntnis nehmen zu wollen, daß das wichtige Dienstleistungsbereiche sind, die Personal brauchen und wo das Personal im Dienste der Allgemeinheit und der Menschen dieses Landes außerordentliche Leistungen täglich erbringt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn Sie von den Vermehrungen sprechen, dann sage ich Ihnen einmal, wie das in den Ländern war. In den Jahren 1960 bis 1979 ist der Stand der aktiven Bediensteten der Bundesländer von 70 000 auf 117 000 – das ist eine Zunahme um 68 Prozent – gestiegen. Im selben Zeitraum ist der Gesamtstand der Bundesbediensteten um 9,7 Prozent gestiegen. Meines Wissens sind die Länder mehrheitlich in ÖVP-Verwaltung.

Wenn Sie gemeint haben, man könnte die Gelder für die Behinderten oder die Mindestrenten verwenden, dann darf ich Ihnen dazu zweierlei sagen: Es waren diese Regierung und

diese Regierungspartei, die die Kinderbeihilfe für die behinderten Kinder beträchtlich erhöht hat. Und wissen Sie, wozu das zum Beispiel geführt hat? Das hat dazu geführt, daß der Richtsatz der Sozialhilfe für solche Kinder – das ist eine Landesaufgabe – zum Beispiel in Tirol herabgesetzt wurde, in jenem Bundesland, für das der Herr Abgeordnete Lanner Mitglied dieses Hohen Hauses ist. So ist die soziale Einstellung dort, wo Sie Verantwortung tragen.

Dasselbe gilt für die Mindestrenten und das Hinaufsetzen der Richtsätze, die ja mit Recht über den Durchschnitt angehoben wurden, auch wenn das Budget dadurch beträchtlich belastet wurde.

Nun darf ich mich noch, Hohes Haus – und ich bitte um Ihr Verständnis und Ihre Geduld –, einigen Überlegungen des Herrn Abgeordneten Broesigke zuwenden. Sicherlich hat er recht, wenn er auf die Notwendigkeit verweist, daß wir weiterhin der Außenwirtschaft, der Leistungsbilanz, der Zahlungsbilanz unser Augenmerk zuwenden müssen. Ich werde mit ein paar perspektivischen Überlegungen noch darauf zurückkommen.

Ich glaube nicht, daß das Budget an sich, und zwar in dem Sinn, wie ich ihn verstanden habe, ein ungelöstes Problem ist, nämlich daß es wünschenswert wäre, überhaupt kein Defizit zu haben. Das hieße nämlich, daß auf der einen Seite das Sparen eine Tugend ist, aber die Verwendung der gesparten Gelder falsch wäre. Und der Sinn des Sparens besteht doch darin, daß das, was in Geld gespart wird, in geeigneter Weise in Realkapital durch Investitionen umgewandelt wird und dadurch Werte für Jahrzehnte geschaffen werden.

Ich vermag nicht einzusehen, warum für einen privaten Betrieb oder Haushalt dieses Prinzip Gültigkeit haben soll und damit das Sparen erst einen Sinn bekommt und für die öffentliche Hand und die öffentlichen Betriebe derselbe Grundsatz falsch gewesen wäre.

Das gilt sicherlich auch für die Periode 1970 bis 1974, denn ein absoluter Abbau – das, was der Herr Abgeordnete Dr. Broesigke als Schuldenberg bezeichnet hat – würde ja als logische Konsequenz verlangen, daß man auch das Sparen reduziert oder einstellt, daß man auch den Sparberg, der ja das Gegenstück dazu darstellt, abbaut. Ich glaube, niemand wünscht dies.

Wir sollten, was das neuerliche Defizit spending anlangt, uns doch an folgendem orientieren: zu trachten, die realen Möglichkeiten unserer Wirtschaft auszunutzen, wofür das Geld auch in Form von Defiziten sozusagen das organisierende Mittel darstellt, wo es sicherlich

Vizekanzler Dr. Androsch

eine sehr wachsam zu beachtende Grenze in der außenwirtschaftlichen Flanke gibt. Das möchte ich keineswegs bestreiten.

Was Netto- und Bruttodefizit anlangt, möchte ich nur sagen: Es gibt kein Land, das mir bekannt ist, wo die Schuldenrückzahlung, also eine Verminderung des Schuldenstandes, als ein Defizit gewertet wäre. Das ist wirklich eine österreichische Spezialität.

Was die Inflation anlangt, möchte ich sagen, daß die Frage einer Anpassung in einer Zeit mit dieser Stabilität und diesen Stabilitätserfolgen sicherlich keine große Rolle spielen kann und im übrigen das auch in der Gesamtheit zu sehen ist. Bei den Einnahmen – hier meint man aber nur die Lohn- und Einkommensteuer – sollen die Einnahmen gesenkt werden, bei den Ausgaben soll aber die Anpassung an die Inflation erfolgen. Wenn man das zur Grundthese macht, ist das das automatische Defizit, und zwar auf Dauer. Hier müssen doch die Gesamtausgaben und die Gesamteinnahmen, das gesamte Steuersystem gesehen werden, wo viele Ausgaben bestenfalls proportional und eine ganze Menge unterproportional sind.

Was das Bewilligungsrecht anlangt, so habe ich mir bei der betriebswirtschaftlichen Woche erlaubt, darauf hinzuweisen, daß, wenn – so wie ich einige Beispiele angeführt habe – das nur in Forderungen nach Ausgaben und Einnahmen sich niederschlägt, das doch eine grundsätzliche Veränderung des ursprünglichen Bewilligungsrechtes sein würde.

Nun noch ganz kurz einige Ausblicke. Herr Professor Seidel hat auf Gefahren hingewiesen, die heute schon bestehen und mit denen wir in den achtziger Jahren konfrontiert sein werden. Es wird daher nicht so leicht sein, wie es Professor Knapp für die Periode von 1974 bis 1979 gesagt hat, ein Bravourstück der Wirtschaftspolitik zu wiederholen. Und zwar deshalb nicht, weil eine entscheidende Schwachstelle für alle Industriestaaten – man braucht nur die täglichen Nachrichten zu hören oder zu lesen – in der unglaublich hohen Energieabhängigkeit besteht.

Hier besteht eine doppelte Gefahr. Zunächst einmal die, daß der Preis überdurchschnittlich weiter steigt. Das bringt zumindest Verteilungsprobleme mit sich, das kann deflatorische Effekte haben, ganz zu schweigen von Auswirkungen aus politischen Ursachen, die zu Versorgungsengpässen führen, wo das Wachstum überhaupt aufhört und die gesellschaftspolitische Koordinierungsfunktion des Wachstums restlos verlorengeht.

Ich möchte das nicht weiter ausführen, weil ich glaube, daß das Problem offensichtlich ist,

aber umso mehr die Notwendigkeit unterstreichen, die der Energiepolitik und der Verwirklichung des Energieprogramms der Regierung zukommt, nämlich mit der Richtung, einen geordneten Rückzug aus dem hohen Ölverbrauch herbeizuführen, wofür die Entscheidung Zwentendorf sicherlich nicht hilfreich war, und zwar in der Form, daß man aus der Krise – und das ist eine Krise! – einen Markt macht, einen Markt energiesparender Investitionen, und ein Angebot dafür, das sich sehr rasch aus den Ersparnissen selbst finanziert und außerdem der heimischen Beschäftigung Beschäftigungs- und Nachfrageimpulse gibt.

Dazu gehört auch die Verbesserung in unserer Wirtschaft, die Strukturverbesserung, und das gilt für General Motors oder Steyr-BMW oder Steyr-Mercedes, so wie das für jeden einzelnen Klein- und Mittelbetrieb, für jeden gewerblichen oder im Fremdenverkehr tätigen Betrieb gilt.

Schwarzmalerei, Lizitation, Verunsicherung sind sicherlich keine Hilfe dafür. Aber die bisherige Entwicklung kann uns doch allen miteinander jenes Selbstvertrauen geben, das mithilft, auch in schwierigeren Zeiten, denen wir ohne Frage entgegengehen, eine Lösung zu finden.

Bei allem, was man aus unterschiedlichen Standpunkten am Budget 1980 kritisieren kann – ein Budget, das perfekt ist, hat es noch nicht gegeben und wird es nie geben –, wird man doch eine zusammenfassende Würdigung dahin geben können, daß zur Bewältigung der achtziger Jahre auf das erste Jahr dieses Jahrzehnts bezogen das Budget 1980 einen entsprechenden Beitrag liefert. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Peter.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Budget 1979 unterscheidet sich von dem des Jahres 1980 in einem Punkt grundlegend: Das Budget 1979 war das letzte vor der Nationalratswahl, und das für 1980 ist das erste nach einer Nationalratswahl, aus der die Regierungspartei und damit die absolute Mehrheit der Sozialisten neuerdings gestärkt hervorgegangen ist.

Herr Vizekanzler! Diese Ausgangsposition möchte ich zur Grundlage unseres heutigen Gedankenaustausches machen. Ich glaube nicht, daß Sie in Abrede stellen, daß man, wenn man als Bundesregierung neuerdings gestärkt an die Arbeit und in eine Gesetzgebungsperiode geht, besondere Erwartungen bei der Öffentlichkeit im allgemeinen und bei den Oppositionsparteien im besonderen weckt.

Peter

Ich war von der Frage erfüllt: Wie geht die Bundesregierung, wie geht der Bundesfinanzminister an das erste Budget in der neuen Gesetzgebungsperiode heran?

Man wird auch dem politisch Andersdenken nicht in Abrede stellen können, daß er bei einem Budget vor einer Nationalratswahl es sich genausowenig wie eine Oppositionspartei mit dem Wähler zu verderben beabsichtigt. Hier hat Waffengleichheit zwischen einer Regierungspartei und einer Oppositionspartei zu bestehen.

Wenn aber jemand den Erfolg in der Tasche hat, so wie es bei der mit 95 Mandaten ausgestatteten sozialistischen Mehrheit der Fall ist, dann darf man von dieser Mehrheit erwarten, daß dieses erste Budget am Beginn dieser Gesetzgebungsperiode besondere Akzente aufweist.

Für mich wären zwei dieser Akzente von besonderer Aktualität gewesen: ein intensiveres Auseinandersetzen mit der Problematik des Schuldenabbaues auf der einen Seite und ein weitaus ernsthafterer Versuch, die zerrütteten Budgetgrundlagen auf der anderen Seite in Ordnung zu bringen.

In diesem Zusammenhang war man von einem allgemeinen Hoffen auf das Bundesfinanzgesetz 1980 erfüllt.

Eine sachlich, in jeder Weise berechtigte Hoffnung ist aber durch die Vorlage des Budgetentwurfes für 1980 zerronnen, in sich zusammengebrochen. Der Herr Bundesfinanzminister weiß, wie kein anderer, worum es geht. Der Herr Bundesfinanzminister weiß, was für ihn, für die Sozialistische Partei, aber für Österreich schlechthin auf dem Spiele steht.

Ein Bemühen, Herr Bundesminister, werden wir Ihnen sicher nicht absprechen: Einem Ziel ordnen Sie den Bundesfinanzgesetzentwurf 1980 sicher zu, nämlich mit dem Defizit einzupendeln, das Defizit stabil zu halten und es nicht zu vergrößern. Allerdings bewegt sich jede der beiden Seiten auf der Grundlage der hypothetischen Annahme, denn weder Sie noch wir können mit Stand von heute beweisen, wie dieses Defizit am Ende des Haushaltsjahres 1980 tatsächlich aussehen wird. Die Androsch-Formel: Stabilisierung des Defizits, wird man sicher nicht negativ kommentieren können; sie hat zweifelsohne ihren positiven Aspekt.

Herr Vizekanzler! Ich gebe zu, daß mit der derzeitigen Schuldenpolitik das Budget 1980 noch machbar sein wird. Aber zweifelsohne steht mit gleicher Bedeutung die Frage im Raum: Wie wird es in den nachfolgenden Haushaltsjahren weitergehen? Ich glaube, daß mit dem derzeitigen Budget-Instrumentarium

nicht das Auslangen zu finden sein wird und daß mit jenen Maßnahmen, die die Bundesregierung im Bundesfinanzgesetzentwurf für 1980 vorschlägt, die Weichenstellung nicht überzeugend genug vorgenommen werden wird.

Ich kann mir nicht vorstellen, Herr Bundesminister, daß Sie innerparteilich und daß Sie innerhalb der Bundesregierung nicht mit größeren Zielsetzungen und mit größeren Erwartungen an das Budget 1980 herangegangen wären, als das jetzt im Bundesvoranschlag erkennbar ist. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie nicht mehr versucht hätten in bezug auf Sanierung, als im Budgetentwurf für 1980 enthalten ist. Ob Sie es versucht haben, halte ich für wahrscheinlich. Daß Sie nicht durchgekommen sind, kann in der Politik auch möglich sein.

Geht man von Ihrem Pörschacher Papier ans Problem heran, dann liegt der Bundesfinanzgesetzentwurf 1980 wesentlich unter den Erwartungen, die Sie in diesem Papier selber zum Ausdruck gebracht haben.

Das ist eine der Fragen, die man zweifelsohne an die Bundesregierung zu stellen hat: Warum ist nicht mehr an konkreten Sanierungsmaßnahmen im Bundesfinanzgesetzentwurf 1980 enthalten?

Ich stelle nicht in Abrede, daß sich ein Hauch von zielführenden Maßnahmen in diesem Budgetentwurf niederschlägt. Dazu gehört die Senkung des Staatszuschusses zur Sparförderung in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Dazu gehört die Senkung des Staatszuschusses zur Sozialversicherung durch Verstärkung der Eigenvorsorge. Dazu gehört auch die Kürzung der Agrarsubventionen.

Über all diese äußerst unpopulären, aber dennoch notwendigen Maßnahmen könnte man auch in Richtung einer Oppositionspartei reden, wenn die Bundesregierung über diese unpopulären Maßnahmen hinaus Konzepte zur Bewältigung dieser Bereiche vorgelegt hätte, klare Zielvorstellungen dargelegt hätte, wie es im Bereich der Sozialversicherung weitergehen soll, wie dort das Mißverhältnis zwischen dem bürokratischen Aufwand einerseits und den Mehrbelastungen durch Versicherungsbeiträge andererseits allmählich in den Griff genommen wird.

Über all diese sehr wesentlichen Fragen gibt die Budgetrede des Finanzministers genausowenig Aufschluß wie der Bundesfinanzgesetzentwurf 1980.

Aber man kann nicht allein den Weg der unpopulären, wenn auch notwendigen Maßnahmen beschreiten, ohne daraus die konsequenten Schlußfolgerungen im anderen Bereich zu ziehen.

Peter

Wir werfen Ihnen nicht vor, Herr Bundesminister, daß mehr Lehrerdienstposten, mehr Dienstposten für Sicherheitsorgane notwendig sind. Das werden wir der Bundesregierung aus freiheitlicher Sicht nicht vorwerfen. Aber eines muß man der Bundesregierung vorwerfen: wenn sie selbst lizitiert.

Sie richten oft den Vorwurf an die Österreichische Volkspartei, daß sie lizitieren würde. Herr Vizekanzler! Bedenken Sie doch einmal, wie im Bereich der sozialistischen Mehrheit im Bereich der Schulpolitik lizitiert wird! Auf der einen Seite sind Sie doch kaum noch in der Lage, die heutige Schul- und Bildungspolitik zu finanzieren. Auf der anderen Seite gehen sozialistische Schulpolitiker, vom Unterrichtsminister angefangen bis zum Präsidenten Dr. Schnell, her und lizitieren. Lizitieren mit der Ganztagschule, lizitieren mit der Gesamtschule. Die ÖVP kann Ihnen nichts schuldig bleiben und lizitiert mit der Tagesheimschule. *(Widerspruch bei der ÖVP.)*

Bitte, wer soll das noch alles finanzieren, Herr Finanzminister? Das sind aber keine Meinungsäußerungen, die aus dem Bereich der freiheitlichen Opposition kommen, diese Forderungen kommen aus dem Lager der sozialistischen Mehrheit.

Da stellt dann der freiheitliche Schulpolitiker ein heißes Eisen in den Raum, indem er sagt: Die Familie kann ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen. Die Berufstätigkeit der Frau und Mutter ist so groß geworden, daß der Staat zu unserem Bedauern Funktionen übernehmen muß, die in den Bereich und in die Kompetenz der Familie gehören würden.

Auch in der unterrichtsfreien Zeit muß sich die Gesellschaft des Schülers annehmen. Wir schaffen damit Zustände, daß der Schüler um 7.45 Uhr in der Früh das Elternhaus verläßt und es um 17 Uhr abends wieder betritt. Von 8 Uhr früh bis 17 Uhr überantworten wir den jungen Menschen der Gesellschaft. Das kostet etwas.

Geht der freiheitliche Schulsprecher nun her und schlägt die Prüfung der Frage eines Kostenzuschusses durch die Eltern vor, dann wird ihm von den sozialistischen Frauen, wie es mir passiert ist, lautstark auf die Finger geklopft. Frau Staatssekretär! Wer soll denn das alles noch finanzieren? *(Beifall bei der FPÖ.)*

Herr Vizekanzler! Ich bitte, den Vorwurf des Lizitierens nicht immer an die Adresse irgendeiner Oppositionspartei zu richten. Der Vorwurf des Lizitierens wird von uns Freiheitlichen unerbittlich an die Adresse der Bundesregierung gerichtet. Das ist nun einmal so. Es geht hier nicht nur um den Bereich der Schule und der Familie. Es geht auch um viele andere staatliche

Bereiche. Aber diesen Fragen, Herr Vizekanzler, weichen Sie mit der Bundesregierung aus.

Jede Woche einmal steht ein maßgeblicher Sozialist im Fernsehen und fordert im Bereich der Schul- und Bildungspolitik noch mehr und immer noch mehr. Dabei ist es heute kaum möglich, die Grundlagen der Bildungspolitik, die sehr umfassend sind, zu finanzieren. Hier, glaube ich, bleibt die Bundesregierung am Anfang einer Gesetzgebungsperiode außerordentlich viel schuldig.

Wir sollten, wenn eine seriöse Budgetpolitik betrieben werden soll, am Anfang einer Gesetzgebungsperiode auch darüber reden: Wie schaut denn das Budget von 1981, 1982 und 1983 in den großen Grundzügen aus?

Ich kenne noch die Zeit einer gemeinsamen Opposition, Herr Vizekanzler! Sie standen damals als junger dynamischer Abgeordneter mit uns Freiheitlichen in einer Oppositionsfront gegen die ÖVP-Alleinregierung. Wobei wir der ÖVP gemeinsam vorgeworfen haben, daß sie es mit der mittelfristigen Budgetvorschau nicht mehr ernst nehme.

Diese ÖVP-Untugend, die der frühere Abgeordnete Androsch genauso kritisiert hat, wie es die freiheitlichen Abgeordneten getan haben, diese ÖVP-Untugend hat sich der Finanzminister Dr. Androsch dann zu eigen gemacht. Ein Umdenken, Herr Vizekanzler, wäre in dieser Frage bestimmt nicht nur keine Schande, sondern eine budgetäre Notwendigkeit! Vielleicht könnte man die Gedanken doch eines Tages auch in diese Richtung weiterentwickeln. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Was schlecht war, ist schlecht, Herr Kollege, von wem immer es kommt. Das muß man halt einmal aufzeigen.

Nun aber machen Sie etwas, Herr Finanzminister, was meines Erachtens nicht in Ordnung ist. Sie holen sich auf indirektem Weg über die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge und über die Kürzung der Sparförderung praktisch Milliardenbeträge, ohne – das muß noch einmal unterstrichen werden – auf der anderen Seite die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Ich weiß, daß nicht all diese Kompetenzen zu Ihnen ressortieren. Ich weiß, daß vieles über Ihr Ressort hinausgeht. Aber darin ist eben der Vorwurf begründet, den wir Freiheitlichen an die gesamte sozialistische Bundesregierung zu richten haben.

Dadurch, Herr Vizekanzler, daß Sie sich Milliardenbeträge auf Umwegen holen, wie etwa durch Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, erzielen Sie noch eine sehr erfreuliche Nebenwirkung, Sie erhöhen nämlich auf diesem Weg die Inflationsrate nicht.

Peter

Ich befürchte aber, daß trotzdem noch im kommenden Budgetjahr 1980 die Tarif- und Gebührenerhöhungswelle einen entscheidenden Impuls erhalten wird, obwohl von der Bundesregierung behauptet wird, das wäre nicht der Fall.

Es ist keine Floskel, wenn wir dies beklagen. Die echte Spargesinnung fehlt im Budget 1980 genauso wie in den vorangegangenen Bundesfinanzgesetzen. Der Vorwurf, die Bundesregierung spart nicht bei sich selber, bleibt auch für 1980 unverändert im Raum stehen.

Ich möchte nicht nur mit den vier zusätzlichen Staatssekretären argumentieren, sondern hier geht die Argumentationsbreite weit darüber hinaus.

Ich glaube, Herr Bundesminister für Finanzen, mit dem Budget 1980 ist durch die sozialistische Alleinregierung eine große Sanierungschance vertan worden, und Sie, Herr Vizekanzler, haben als Finanzminister mit dem Budgetentwurf 1980 eine Schlacht innerhalb der Bundesregierung verloren.

Ich glaube aber, daß es eine verlorene Schlacht für Österreich ist, denn wenn die Bundesregierung sich aufgerafft hätte, Ihnen weiterreichende Sanierungskompetenzen für das Bundesbudget zu gewähren, dann wäre das ein in jeder Weise von der gesamtösterreichischen Sicht her erfreulicher Weg gewesen.

Der Vorwurf ist dadurch zu erweitern, daß die Bundesregierung im Budgetentwurf nicht an morgen, sondern nur an das Jahr 1980 denkt. Die Bundesregierung plant genauso wie früher die ÖVP-Alleinregierung nur für ein Jahr ohne Rücksicht auf die Zukunft. Die Bundesregierung, vielleicht weniger der Finanzminister, hat mit dem Bundesfinanzgesetzentwurf für 1980 nicht jene zielführende Weichenstellung für die achtziger Jahre vorgenommen, die budgetär notwendig gewesen wäre. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Fachleute behaupten, daß derzeit optimale Chancen für das Werk der unendlich schwierigen Budgetsanierung gegeben wären.

Die Konjunktorentwicklung ist gut.

Die Konjunkturprognosen sind eher positiv denn negativ.

Die Vollbeschäftigung ist gegeben.

Die unmittelbaren Zukunftsaussichten beurteilen die Prognostiker als erfreulich.

Der Zeitpunkt für eine grundlegende Budgetsanierung scheint ideal wie seit langem nicht zu sein.

Gerade diese umfassende und grundlegende Budgetsanierung findet 1980 nicht statt. Aus

welchen Gründen immer, vermag die freiheitliche Opposition nicht einzuschätzen, das dürfte in internen Problemen der sozialistischen Bundesregierung begründet sein.

Was sind aber die Gründe dafür, daß die dringende Budgetsanierung trotz günstiger Prognosevoraussetzungen versandet? Vielleicht, Herr Finanzminister, sind Sie in der Lage, darauf doch eine Antwort zu geben. Aber ich kann mir auch vorstellen, daß Sie aus Gründen der Parteiraison diese Antwort heute nicht erteilen.

Weil die sozialistische Bundesregierung entweder nicht über ihren Schatten springen kann oder springen will, bleibt es bei dem, was Dieter Lenhardt in der „Presse“ vorausgesagt hat: „bei einer restaurationsbedürftigen Budgetruine“.

Das Gemäuer dieser „restaurationsbedürftigen Budgetruine“ wird von Jahr zu Jahr brüchiger. Es ist nicht auszuschließen, daß eines Tages, wenn nicht entscheidendere Sanierungsmaßnahmen ergriffen werden, sogar Einsturzgefahr besteht.

Der ausgeprägte Budgetschwerpunkt heißt somit auch in der kommenden Situation „Schuldendienst“. Das Gießkannensystem, bisher ein sehr beliebtes Instrument der sozialistischen Umverteilungspolitik, hat praktisch ausgedient, weil in der Gießkanne nichts Flüssiges mehr enthalten ist.

Das wenige Geld, das zur Verfügung steht, will der Finanzminister nach seiner Budgetrede sehr gezielt einsetzen. Dem ist nichts entgegenzusetzen. Das ist erfreulich, auch wenn wir Freiheitlichen mit den vom Finanzminister gewählten Zielrichtungen nicht immer eines Sinnes sind.

Die große Tendenzwende tritt im Budget 1980, wie bereits unterstrichen, wiederum nicht ein. Im Gegenteil, die Defizite einzelner Bundesbetriebe wachsen weiterhin überdurchschnittlich. Der Bogen reicht von den Bundestheatern bis zu den Österreichischen Bundesbahnen. Das ÖBB-Defizit ist im Jahre 1980 mit 17,4 Milliarden Schilling veranschlagt. *(Zwischenruf des Abg. Kern.)* Es ist also viermal so groß, wie es 1970 war. Jeder erwerbstätige Österreicher wird 1980 mit einer weiteren Hypothek von je 10 000 S belastet.

Das Bruttodefizit wird sich in einer Größenordnung von 50 Milliarden Schilling bewegen oder diese Summe unter Umständen auch überschreiten. Ausdrücke wie Sparbudget, Herr Bundesminister für Finanzen, sind daher meines Erachtens fehl am Platze. Gutklingende Formulierungen sind in dieser Budgetrede zweifelsohne enthalten. Wer würde an der „policy mix“ rühren – Sie haben den Zwischenruf des Herrn

Peter

Abgeordnetetn Graf vernommen -, er genauso wenig wie die freiheitliche Opposition. Diese Mischung aus Hartwährungsbudget, Einkommens- und Strukturpolitik ist zu bejahen; ganz gleich, von welchem politischen Lager diese Beantwortung vorzunehmen ist.

Wie der „ökonomische Vormarsch“ in Österreich tatsächlich aussieht, darüber könnte man geteilter Meinung sein. Sie bezeichneten Österreich als „Stabilitätshot Nummer 1“. Gott sei Dank, daß wir das tun können, aber es ist auch notwendig, jene Maßnahmen sicherzustellen, die zur Erhaltung der Stabilität erforderlich sind.

Aber alle diese gutgewählten Formulierungen und Schlagworte ändern nichts an der betrüblichen Tatsache, daß das Bundesbudget zerrüttet ist und nach wie vor dringend einer Sanierung bedarf.

Mit einem „Budgetgeschnipsel“ für die achtziger Jahre - das stammt nicht von mir, sondern von Dieter Friedel im „Kurier“ - wird die Budgetkonsolidierung nicht erreicht werden.

In zwei Bereichen hat die Bundesregierung völlig versagt.

Im Bereich der Verwaltungsreform ist in den letzten Jahren wahrlich nichts geschehen und auch im Budget 1980 ist nichts enthalten.

In einem weiteren Bereich hat die Bundesregierung ebenso versagt, nämlich bei der Wahrnehmung von echten Einsparungsmöglichkeiten im Bereich der Beamten. Ich möchte nicht polemisieren. Ich weiß, daß im Sozialbereich, ich weiß, daß im Schulbereich, ich weiß, daß in anderen Bereichen aus allen anderen als aus Schreibtischgründen personelle Anreicherungen notwendig sind. Aber es ist meiner Meinung nach im anderen Bereich nicht energisch genug versucht worden, Einsparungen vorzunehmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Noch einmal betone ich, daß die mittelfristige Budgetvorschau sanft entschlafen ist. Noch einmal unterstreiche ich aus freiheitlicher Sicht, daß sich die kleinste Fraktion des Hauses seit 15 Jahren um ein neues Haushaltsrecht bemüht. Es hängt an einer Zweidrittelmehrheit. Früher war die eine Seite daran nicht interessiert, jetzt zeigt die andere Seite kein allzu großes Interesse.

Der jeweilige Finanzminister findet im derzeitigen Instrumentarium des Haushaltsrechtes einen sehr weiten Ermächtigungsrahmen. Wer könnte das dem jeweiligen Finanzminister verübeln!

Aufgabe des Parlaments wird es aber immer bleiben, das Haushaltsrecht als ein ureigenstes parlamentarisches Recht zu betrachten und alle Anstrengungen zu unternehmen, um dem jewei-

ligen Finanzminister mit Hilfe des Haushaltsrechtes jene demokratischen Grenzen zu ziehen und jene Kontrollen zu gewährleisten, die in einer Demokratie unerlässlich notwendig sind. *(Beifall bei der FPÖ und Abgeordneten der ÖVP.)*

Ich wiederhole eine weitere Bitte: Das Vollzugsbudget für ein Jahr ist das laufende Instrumentarium schlechthin. Das Planungsbudget für mehrere Jahre gehört aber ebenfalls zu einem soliden Budgetinstrumentarium. Man sollte es möglichst für eine Legislaturperiode erstellen, so schwer diese Forderung auch zu realisieren sein wird.

Ein holländisches Sprichwort, Herr Vizekanzler, sagt: Es ist böse sparen, wenn der Kuchen am Ende ist. - Noch ist der Kuchen Gott sei Dank nicht am Ende. Ich übertreibe nicht und ich überzeichne nicht. Noch könnten Einsicht und Umkehr Platz greifen. Einsicht und Umkehr drohen aber an der Tatsache einer absoluten Mehrheit zu scheitern.

Gestatten Sie die Darlegung eines Erfahrungswertes mit der absoluten sozialistischen Mehrheit. Mich lehrt die absolute sozialistische Mehrheit eines: Je länger sie dauert, je länger sie währt, umso schwieriger ist es, Einsicht bei einer absoluten Mehrheit zu wecken. Diese Einsicht wird immer geringer, andere Eigenschaften der mit absoluter Mehrheit ausgestatteten Bundesregierung prägen sich immer stärker aus; manchmal Unduldsamkeit - *(zu Vizekanzler Dr. Androsch gewendet)* nicht an Ihre persönliche Adresse gesprochen -, manchmal Überheblichkeit. Meistens geht die Mehrheit auf die sachlich berechtigten Argumente der Opposition dann gar nicht mehr ein, weil sie es ja kraft der absoluten Mehrheit nicht notwendig hat.

Herr Bundesfinanzminister! Ihre Budgetrede hat zum Teil sehr interessante Erkenntnisse enthalten, doch die budgettechnischen und haushaltsgesetzlichen Schlußfolgerungen haben mit jenen Erkenntnissen, die in Ihrer Budgetrede enthalten sind, auf weiten Strecken leider nicht Schritt gehalten.

In diesem Sinne stellt der Bundesfinanzgesetzentwurf 1980 kein zielführendes Instrument für eine notwendige Sanierung des Haushaltes dar.

Weil wir Freiheitlichen meinen, daß sich die Bundesregierung die Aufgabe im Bundesfinanzgesetzentwurf zu leicht gemacht hat, und weil wir meinen, daß keine Gewähr gegeben ist, die Budgets der nächsten Jahre solide zu finanzieren, darum lehnen wir Freiheitlichen das Budget 1980 ab! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Czettel.

Abgeordneter **Czettel** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich hoffe, Sie haben Verständnis dafür, daß ich mich eingangs mit einigen Äußerungen des Herrn Generalsekretärs Lanner beschäftige, vor allem mit Äußerungen, die er an die Gewerkschafter gerichtet hat.

Der Herr Abgeordnete Lanner hat den alten Hut vom Mauermachen wieder hervorgeholt und hat diese Beschuldigung neuerlich erhoben. Ich muß sagen, meine Damen und Herren, wir als Gewerkschafter haben es nicht notwendig, der Bundesregierung die Mauer zu machen, aber wir bekennen uns rückhaltlos zu der von der Bundesregierung praktizierten Wirtschaftspolitik (*Beifall bei der SPÖ*): zu einer Wirtschaftspolitik, die sicherstellt, daß es sichere Arbeitsplätze gibt, daß es soziale Sicherheit in hohem Maße gibt, daß es Stabilität gibt, zu einer Wirtschaftspolitik, die gerade in den vergangenen Jahren dem österreichischen Arbeitnehmer Sicherheit in allen Bereichen gegeben hat. Es ist nicht anzunehmen, daß diese Wirtschaftspolitik nicht auch die Probleme der Zukunft lösen kann.

Wenn der Herr Generalsekretär Lanner meint, er verstehe das nicht, dann muß man sagen: Daß er das nicht versteht, das liegt sicher bei ihm und nicht bei den Gewerkschaftern. (*Beifall bei der SPÖ*.) Wenn man die erschreckende Naivität erlebt, mit denen er an wirtschaftspolitische Fakten und an die wirtschaftspolitische Situation herangeht, dann muß man bestätigen, daß er das nicht versteht, dann muß man aber auch bestätigen, daß er manches andere auch nicht versteht. (*Abg. Dr. Schwimmer: Sie sehen die Fakten durch die Mauer, die Sie gebaut haben, gar nicht mehr!*)

In der Diskussion zeigte sich, daß der einfachste Gewerkschaftsfunktionär einer kleinen Gewerkschaft mehr wirtschaftspolitische Verantwortung und mehr Verantwortungsbewußtsein hat als der Generalsekretär der großen Oppositionspartei. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Und wenn er fragt: Wie wird man denn die Haltung der sozialistischen Gewerkschafter dem VÖEST-Arbeiter klarmachen?, dann kann man nur sagen: Darüber braucht er sich nicht den Kopf zu zerbrechen, da gibt es hier eine Menge Abgeordnete, die ununterbrochen mit diesen Arbeitern im Gespräch sind, die aber auch deren Vertrauen, deren uneingeschränktes Vertrauen, besitzen, in der Vergangenheit, in der Gegenwart und sicher auch in der Zukunft. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Meine Damen und Herren! Betrachtet man die

Äußerungen des Herrn Generalsekretärs, dann kann ich schon sagen: Wir als Gewerkschafter sind froh darüber, daß wir mit ihm nichts zu tun haben in unserem Bereich (*Abg. Dr. Schwimmer: Es gibt auch Gewerkschafter, die mit Lanner sehr wohl etwas zu tun haben!*), denn das ist kein Niveau, auf dem wir uns auseinandersetzen, das ist absolut nicht das Niveau, auf dem wir gewöhnt sind, Wirtschaftspolitik zu betreiben und wirtschaftspolitische Diskussionen zu führen. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Schwimmer: Wo nehmen Sie die Überheblichkeit her, für alle Gewerkschafter zu reden?*)

Vor wenigen Tagen hat in Wien eine große internationale Konferenz stattgefunden. Es waren die Vertreter des Internationalen Metallarbeitergewerkschaftsbundes da, Vertreter, die 15 Millionen organisierte Arbeiter in der ganzen Welt repräsentieren, und wir haben Gelegenheit gehabt, mit ihnen über die Probleme der Arbeitnehmer der ganzen Welt zu reden und zu diskutieren.

Meine Damen und Herren! Wir haben zur Kenntnis genommen, wie groß die Schwierigkeiten in der Welt sind, in den Ländern, in denen es Arbeitslosigkeit gibt, hohe Inflationsraten, kaum sozialen Fortschritt und Einkommensentwicklungen positiver Art überhaupt nicht.

Und wenn man heute die Diskussion hier hört, glaubt man, wir leben wirklich auf einer Insel der absolut Seligen. Man nimmt ganz einfach die weltweite kritische Situation nicht zur Kenntnis, man stellt die Forderung an den Finanzminister, Budgets zu erstellen, die zukunftsweisend sind, die in die achtziger Jahre führen – in einer Zeit, in der es absolut notwendig ist, vor allem auch unsere Forderungen als Gewerkschafter zu erfüllen, nach wie vor die Arbeitsplätze zu sichern und jedem Österreicher, der arbeitswillig und arbeitsfähig ist, auch einen Arbeitsplatz zu bieten.

Ich möchte noch einmal sagen: Den Kopf der Gewerkschafter braucht sich der Herr Generalsekretär nicht zu zerbrechen. Es gibt Funktionäre, es gibt Menschen, die ununterbrochen darüber nachdenken, wie es weitergehen soll, die auch für die Wirtschaftspolitik, die von der Bundesregierung betrieben wird, eintreten.

Und wenn man einmal die siebziger Jahre historisch betrachten wird, dann wird sicher die Zeit von 1970 bis 1974 die Zeit des großen Aufholens in sozialpolitischer Hinsicht sein – ein großes Verdienst der Bundesregierung. Aber die Tatsache, daß es seit 1974 bis in die achtziger Jahre hinein möglich war, Arbeitslosigkeit zu verhindern, den Wohlstand, den wir uns bis 1975 erarbeitet haben, abzusichern und zu vermehren, wird das große historische Verdienst dieser

Czettel

sozialistischen Bundesregierung sein. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Ich nehme an, daß bei vielen der im Haus Anwesenden Übereinstimmung darüber besteht, daß im Jahr 1980 die Erhaltung der Vollbeschäftigung, die möglichste Stabilität des Preisniveaus und die soziale Sicherheit sowie die Sicherstellung eines der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechenden Einkommenszuwachses die Zielsetzungen der Wirtschaftspolitik sein müssen. Das nun vorliegende Budget 1980 stellt die Grundlage einer solchen Wirtschaftspolitik dar.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, daß der Finanzminister durchaus realistische Voranschläge vorgelegt hat, und betrachtet man das abgelaufene Jahr 1979, dann wird der Erfolg der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, basierend auf einem realistischen Budget 1979, offenbar. Denn – und auch das muß man hier neuerlich in Erinnerung rufen – die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs wird 1979, wie auch das Wirtschaftsforschungsinstitut in seiner jüngsten Prognose bestätigt, besser sein, als noch vor Jahresfrist erwartet wurde.

So konnte – und das ist offensichtlich – die Schwächeperiode 1978 überwunden werden, und trotz der Belastung durch gestiegene Importpreise, insbesondere bei Energie, konnte die Inflationsrate erfreulich niedriggehalten werden. Nach den Niederlanden ist Österreich in dieser Beziehung das zweitbeste Land, das Land mit der zweithöchsten Inflationsrate. Aber immerhin und auf alle Fälle bewegen wir uns unter den Inflationsraten der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz. In dieser, im internationalen Vergleich sehr guten Entwicklung kommt auch der Beitrag der Arbeiter und Angestellten Österreichs und ihrer Interessenvertretungen zur Stabilitätspolitik zum Ausdruck.

Der Erfolg der österreichischen Wirtschaftspolitik wird auch durch den Abbau des Leistungsbilanzdefizits bestätigt. So konnte trotz der Auswirkungen der gestiegenen Erdölimportpreise die Verbesserung der Leistungsbilanz fortgesetzt werden. Nimmt man die Mehrbelastung aus der Ölpreisverteuerung 1979 mit mindestens 4 Milliarden Schilling an, so dürfte das Leistungsbilanzdefizit zirka 11 Milliarden Schilling betragen und damit um zirka 3 Milliarden Schilling weniger als erwartet ausmachen.

Insgesamt also gesehen kann daher für 1979 gesagt werden, daß es Österreich durch die Stabilitätspolitik der Bundesregierung und die für 1979 im Bundesbudget gesetzten Maßnahmen gelungen ist, die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Das vorgelegte Budget 1980 muß im Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Lage gesehen werden. Dabei muß man auch die weltwirtschaftliche Entwicklung, von der Österreich durch seinen hohen Anteil an Ex- und Importen abhängig ist, berücksichtigen. Die Prognosen für das Jahr 1980 gehen davon aus, daß vor allem durch weiter steigende Energiekosten ein höheres Preisniveau als in den letzten Jahren zu erwarten ist. Das bedeutet, daß die Stabilitätspolitik der Bundesregierung dann gefährdet ist, wenn nicht seitens des Budgets flankierende Maßnahmen ergriffen werden.

In den vergangenen Jahren, meine Damen und Herren, sind strukturelle Mängel in der Industrie sowie am Dienstleistungssektor deutlich geworden. Vor allem geht es darum, den technologischen Anschluß an die hochentwickelten Industrieländer nicht zu verlieren.

Der industrielle Strukturwandel bedarf allerdings einer vorherigen Abklärung der als notwendig erachteten Rahmenbedingungen. Ein alleiniges Vertrauen auf die Kräfte des Marktes erscheint mir auf Grund der Situation in anderen hochentwickelten Industriestaaten verfehlt. Ein Rahmenkonzept, das auf notwendige technologische Veränderungen abgestellt ist, wird auf Industriezweige und Branchenteile abzustimmen sein.

Gerade die Entwicklung in den letzten Monaten zeigt aber, wie das offensichtliche Von-Bilanz-zu-Bilanz-Leben verheerende Folgen haben kann. Das vorläufig letzte Beispiel dafür, mit dem wir Gewerkschafter zu tun haben, ist das Schicksal der Firma Austria Email. Seit Jahren wurde die Creditanstalt-Bankverein immer wieder von Arbeitnehmervertretern, von den zuständigen Gewerkschaften auf die technologischen Schwächen, insbesondere in der Eisen- und Metallverarbeitung, hingewiesen. Aber was ist geschehen? Es wurden oder es werden geschlossen oder es werden verkauft die Firmen Hutter & Schrantz, Austria Email, Lapp-Finze, Hübner-VAMAG, und hier könnte man noch eine Reihe gefährdeter Betriebe des Konzernbereiches der Creditanstalt-Bankverein anschließen.

Freilich kann man die Frage stellen, ob es hier eine absolute und eine absolut gültige Lösung gibt; und diese gibt es natürlich nicht, eine Patentlösung gibt es nicht. Aber wir haben Lösungen für bestimmte Probleme gezeigt.

Zum Beispiel haben 1977 die Marktwirtschaftler gesagt: Die Einführung neuer Technologien in der Nachrichtentechnik, also die Mikroelektronik, ist nur mit Arbeitslosigkeit und mehr öffentlichen Aufträgen lösbar. Jede der vier namhaften Telephonfirmen in Österreich, aber

Czettel

insbesondere die Multinationalen, wollten ihre eigenen Lösungen machen, sie wollten einzeln ihre Suppe kochen.

Hier haben wir uns in Gespräche und Diskussionen eingeschaltet, und die Gefährdeten, das heißt die Kolleginnen und Kollegen, und die Gewerkschaften in diesen Betrieben haben sich für mehr Planung im Rahmen der österreichischen Wirtschaft ausgesprochen. Es wurde die ÖFEG gegründet, eine Gesellschaft, an der nunmehr alle vier Unternehmen – also die Firmen ITT, Kapsch, Schrack und Siemens – beteiligt sind. Diese Gesellschaft wird das vollelektronische Telefonsystem für Österreich nach 1985 herstellen. Damit, meine Damen und Herren, ist es gelungen, derzeit etwa 50 hochqualifizierte Ingenieure aus allen vier Firmen an einem Projekt zu beteiligen.

Auf diese Planung aufbauend wird es möglich sein, die Arbeitsplätze in den vier Unternehmen, und zwar für Männer und für Frauen, zu sichern.

Wenn wir verlangen, daß auch die verstaatlichten Großbanken nachdenken und Kooperationen suchen und nicht nur in ihrer Ratlosigkeit Betriebe schließen oder verkaufen, dann spricht man in den Medien sofort von Verstaatlichung, von mehr Staat und ähnlichem. Wenn man aber wissen will, was die Gewerkschaft und die gesetzlichen Interessenvertretungen der Arbeitnehmer verlangen und wie sie wirken, dann ist es zweckmäßig, mit den Managements dieser vier Betriebe einmal Gespräche zu führen.

Meine Damen und Herren! Um die von mir eingangs angeführten Mängel, die beseitigt werden sollen, zu beseitigen, wurde die Wirtschaftsförderung sowie die Investitionsförderung gesteigert. Damit wird einem Problem der österreichischen Volkswirtschaft, nämlich der Strukturpolitik, in hohem Maße Rechnung getragen.

Man kann sagen, daß sich die Erhöhung der Budgetposition Forschungsförderung in dieses Konzept fast nahtlos einfügt, und gerade in diesem Bereich ist es durch die massiven Budgetvorsorgen der letzten Jahre gelungen, zahlreichen kleinen und mittleren Unternehmen die Fertigungsüberleitung ihrer Forschungs- und Entwicklungsergebnisse überhaupt zu ermöglichen und damit auch ihr Überleben zu sichern.

Aber auch anderen für die Erhaltung der Stabilität wichtigen Bereichen, wie Verkehr und Straßenbau, wird durch die Zuteilung großer Budgetmittel – heuer sind das mehr als ein Viertel der Gesamtausgaben – Bedeutung zugemessen.

In allen von mir hier gezeigten Sektoren der

Wirtschaft wird durch die Ausgabenpolitik der Bundesregierung dem Bemühen, internationale Wettbewerbsfähigkeit in Österreich zu erhalten, Rechnung getragen.

Nach dem vorliegenden Voranschlag für 1980 ist es gelungen, einen weiteren Schritt in Richtung der Sanierung des Budgets zu gehen. Sicherlich kann dies der Opposition in diesem Haus zuwenig sein. Nur müssen wir sagen: Für uns steht auch weiterhin die Sicherung der Arbeitsplätze im Vordergrund. Wir wollen daher von den theoretischen Spielereien der Ausgabenkürzung nichts wissen, von Kürzungen, die natürlich die Ausgaben im ersten Augenblick senken, aber dann durch den Verlust von Arbeitsplätzen auf der anderen Seite wieder zu Belastungen des öffentlichen Haushalts führen.

Die weitere Verbesserung des Budgets wird in Zukunft jedoch weniger von den Ausgaben als vielmehr von der Einnahmenseite bestimmt sein. Eine Sanierung des Budgets allerdings, meine Damen und Herren, die sich auf die Lohnsteuer bei starker steuerlicher Entlastung der Gewinneinkommen stützt, kann weder vom möglichen Steueraufkommen noch von den verteilungspolitischen Folgen her erfolgreich sein.

Es erscheint daher dringend geboten, eine Änderung in der Steuerpolitik herbeizuführen. Die Steuerkommission sollte unter Bedachtnahme auf die Aufkommensneutralität trachten, schnellstens zu einem Ergebnis zu gelangen. Von Arbeitnehmerseite ist es jedenfalls unannehmbar, die bestehenden Steuerbegünstigungen für Arbeitgeber aufrechtzuerhalten oder diesen neue hinzuzufügen. Wir sind jedenfalls nicht gewillt, die Sanierung des Budgets nur ausgabenseitig durchzuführen.

Meine Damen und Herren! Wenn das soziale Klima in diesem Lande nicht über Gebühr belastet werden soll, wird es unumgänglich sein, auch auf der Einnahmenseite Korrekturen anzubringen. Dies umsomehr, als der konjunkturpolitische Spielraum im Rahmen der Budgetpolitik erweitert werden muß.

Insgesamt gesehen bietet das vorgelegte Budget die Voraussetzung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, wie es auch 1979 gelungen ist, für mehr als 20 000 Arbeitskräfte zusätzlich Beschäftigung zu finden. (*Abg. Dr. Schwimmer: Aufgabe des Gewerkschafters, ...?*) Es trägt dem budgetpolitischen Erfordernis des Defizitabbaus, soweit es die Rahmenbedingungen eben zuließen, Rechnung, meine Damen und Herren, und fügt sich in den seit 1975 beschrittenen Weg der Stabilitätspolitik ein.

Damit erscheint das Budget 1980 auch für die Arbeitnehmer Österreichs als eine akzeptable

Czettel

Grundlage zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Einkommen. Denn die Sicherung der Arbeitsplätze steht für uns nach wie vor an der Spitze aller unserer Bemühungen in der Finanz- und in der Wirtschaftspolitik.

Wenn es in den vergangenen Jahren gelungen ist, das wahrzumachen, was wir den österreichischen Arbeitnehmern versprochen haben, nämlich daß jeder, der arbeitswillig und arbeitsfähig ist, auch einen Arbeitsplatz haben wird, dann ist mit diesem Budget sichergestellt, daß das auch in Zukunft so sein wird.

Und wir werden auch so wie in der Vergangenheit alles daransetzen, zu verhindern, daß es in Österreich eine Jugendarbeitslosigkeit gibt. (*Abg. Dr. Blenk: Die Arbeiterkammer oder die SPÖ?*) Das ist die SPÖ. Ich bin ein sozialistischer Abgeordneter in diesem Haus, und ich habe als Gewerkschafter repliziert, weil ich Gewerkschafter bin, Herr Abgeordneter. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*)

Das vorliegende Budget 1980 gewährleistet jedenfalls, meine Damen und Herren, die Fortführung der bisher erfolgreichen Wirtschaftspolitik und damit auch die Sicherung der Arbeitsplätze für das Jahr 1980. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Zittmayr.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Zittmayr** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muß mich leider auch gleich zu Eingang mit einer Äußerung meines Vorredners, des Herrn Abgeordneten Czettel, beschäftigen, der unter anderem auf Generalsekretär Lanner eingegangen ist und ihm vorgeworfen hat, Lanner solle sich mit solchen Gewerkschaftsangelegenheiten nicht beschäftigen (*Ruf bei der SPÖ: Wirtschaftsangelegenheiten!*), er verstehe nichts von Wirtschaftsangelegenheiten und so weiter, und in der Frage VÖEST werden es sich die Gewerkschafter mit den VÖESTlern schon selber regeln, er brauche sich hier nicht einzumischen.

Ich möchte feststellen, daß diese Aussage wirklich sehr überheblich ist und daß Kollege Lanner Dinge zitiert hat, die sich anlässlich eines Betriebsbesuches des Herrn Finanzministers Androsch in der VÖEST tatsächlich abgespielt haben.

Den Zeitungsmeldungen ist zu entnehmen, daß bei diesem Betriebsbesuch die Arbeitnehmer des VÖEST-Konzerns vom Herrn Finanzminister auf entsprechende Vorhaltungen wegen der Abzüge auf dem Lohnstreifen eine sehr rüde Antwort bekommen habe.

Unter anderem wird hier zitiert: Androsch zu einem Kokereiarbeiter, der seinen Lohnzettel über netto 4 600 Schilling präsentierte: 'Was willst' denn? Da ist die Miete ja eh schon abgezogen! – und süffisant, als er auf seine ministerielle Wohnbeihilfe angesprochen wurde: 'Ich hab' mein erstes Geld mit 30 gekriegt, wann hast du es gekriegt?' (*Abg. Haas: Das sagt ausgerechnet der Generaldirektor...!*)

Das ist hier zitiert worden.

Ich möchte mich dazu nicht näher äußern. Es geht nur eines daraus hervor: daß der Herr Finanzminister wirklich eine besondere Art hat, sich gegenüber seinen eigenen Leuten, aber auch gegenüber den Abgeordneten der Opposition in einer Weise zu verhalten, die wir uns auf die Dauer nicht bieten lassen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es hat ein Vizekanzler und ein Finanzminister sich auch entsprechend zu benehmen und zu verhalten. Wenn es seine eigenen Leute betrifft, ist es eure Sache, wenn ihr euch diese Behandlung, die hier erfolgt, gefallen laßt. Aber wir als Oppositionspartei nehmen jedenfalls diese Art und Weise und dieses Benehmen unseres Finanzministers nicht zur Kenntnis. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Einen Punkt in diesem Zusammenhang darf ich anführen, und zwar hat der Herr Finanzminister bei seiner Wortmeldung unter anderem die Äußerung unseres Sprechers Graf hinsichtlich der Verschwendungsphase in den ersten sieben Jahren gleich von sich aus interpretiert, was wir unter Verschwendung allenfalls verstehen. Zum Beispiel hat er gemeint, ob die BÜRGES-Aktion, die aufgestockt worden ist, eine Verschwendung sei, zum Beispiel die landwirtschaftliche Sozialversicherung, die Bauernpensionen, ob das eine Verschwendung sei, und so weiter und so fort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was Verschwendung ist, das können wir genauso beurteilen wie Sie. Und der Herr Finanzminister braucht nicht einige Dinge, die gesetzlich beschlossen worden sind und die verpflichtend für die Regierung waren, dann so hinzustellen, als sei das eine Verschwendung gewesen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Ich verweise nur darauf, daß in dieser Zeit sehr maßgebliche Verschwendungsmaßnahmen gesetzt wurden und daß auch der Rechnungshof zum Beispiel jahrelang diese aufwendige, geldintensive Schulbuchaktion kritisiert und eine Änderung der Form und der Organisation verlangt hat, daß wir die ganze Zeit gesagt haben, man kann jedem österreichischen Kind das Schulbuch kostenlos zur Verfügung stellen, und mit dem halben Betrag, den

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

der Bund dafür jetzt ausgibt, wenn man es besser organisiert. Es ist nichts geschehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich verweise darauf, welche Planungsfehler, Mängel und Mehraufwendungen beim Allgemeinen Krankenhaus in Wien entstanden sind, wo der Bund mitzahlen mußte, wo er die Fehler mitzahlen mußte, auch in dieser Zeit. Oder bei der Donauinsel. Oder bei gewissen verschwundensintensiven Aufwendungen, die nicht notwendig gewesen wären, im Zusammenhang mit der UNO-City. Es redet jetzt niemand mehr davon, aber es ist tatsächlich so gewesen, daß das Geld in diesem Zeitraum mit vollen Händen hinausgeworfen wurde. Und das muß auch hier noch einmal ganz konkret festgestellt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich aber auch noch mit einigen Dingen im Zusammenhang mit der Budgetrede des Finanzministers befassen, und zwar nicht so sehr, was im konkreten den Inhalt anbelangt, sondern den Stil und die Methode des Finanzministers und die Art, wie man die Dinge gestaltet, um der Bevölkerung und besonders auch uns hier im Hohen Haus die Dinge so vorzuspielen, als ob es gar keine Probleme gäbe, und alles so günstig wie nur irgendwie möglich darzustellen.

Das heißt, der Finanzminister ist nicht daran interessiert, einen seriösen, korrekten Bericht vorzulegen oder einen korrekten Voranschlag vorzulegen, sondern er bemüht sich, es bei jeder Position so darzustellen, daß er möglichst im Glanze dasteht, und er vergißt dabei auf die Information, auf die ordnungsgemäße Information des Parlaments und der Öffentlichkeit. *(Abg. Dr. Erich Schmidt: Was heißt, er ist nicht seriös?)* Na, das werden wir gleich noch hören, Herr Abgeordneter! *(Abg. Dr. Erich Schmidt: Das muß man begründen!)* Das kommt alles, Herr Abgeordneter Schmidt!

Wir fangen an bei der Budgetrede. Wenn Sie sie mit haben, Herr Abgeordneter Schmidt, können Sie das an Hand der Budgetrede verfolgen. Der Herr Finanzminister wendet zum Beispiel folgende Methoden an: Er ändert im Laufe der Jahre die Begriffe, die er im Budget einsetzt, so, daß sie möglichst nicht so in Erscheinung treten. Zum Beispiel: Auf der Seite 31 der Budgetrede wird hier im Bundeshaushalt nur mehr vom sogenannten Nettodefizit gesprochen. *(Abg. Dr. Veselsky: Das ist ja nur für Sie neu!)*

Man wendet, Herr Abgeordneter, den Begriff Nettodefizit in den letzten zwei Jahren an, obwohl man die ganzen Jahre hindurch in Österreich immer die Differenz zwischen den Einnahmen des Bundes und den Ausgaben des

Bundes als Defizit, als Abgang festgestellt hat. Weil sich der Abgang die ganze Zeit jetzt immer in der Größenordnung von 50 bis 55 Milliarden Schilling bewegt und diese Größenordnung seinerzeit einmal als Horrorziffer dargestellt worden ist, schämt man sich und spricht jetzt vom Nettodefizit, das heißt also, man zieht die Schuldentilgung ab. Der Herr Finanzminister hat das heute auch gesagt, daß das in anderen Ländern auch üblich wäre, und daher ist er sehr schnell auch auf diese Lösung eingestiegen.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Nettodefizit mit 30,7 Milliarden Schilling und die Schuldentilgung mit 18,3 Milliarden Schilling, also zusammen 50 Milliarden Schilling, im heurigen Budget sind Tatsache. Und wenn wir die 18,3 Milliarden Schilling nicht für die Schuldenrückzahlung brauchen würden, dann könnten wir diese 18,3 Milliarden Schilling für etwas anderes ausgeben. Das heißt, der Abgang ist 50 Milliarden Schilling. *(Beifall bei der ÖVP.)* Nur von den 50 Milliarden Schilling müssen wir eben 18,3 Milliarden Schilling für die Rückzahlung verwenden. *(Abg. Haas: Das ist eine Schärdinger-Käse-Rechnung!)*

Oder: Wenn es paßt, werden Prozentsätze verwendet. Der Herr Finanzminister redet dort von Prozentsätzen, wo es ihm sehr günstig erscheint. Er drückt zum Beispiel das Nettodefizit in Prozenten des Bruttoinlandsproduktes aus, also möglichst eines hohen Wertes, daß sich also das Nettodefizit in ganz kleinen Prozentsätzen abspielt, so für die Bevölkerung. Was sind denn schon 3,1 Prozent Nettodefizit in Prozenten des Bruttonationalproduktes, das ist doch überhaupt nichts, was redet man dann davon. Es kann nur eine böswillige Opposition sein, die auf so etwas überhaupt eingeht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Abgang eines Budgets zum Beispiel wäre wesentlich richtiger in Prozenten von den Einnahmen auszudrücken, die in diesem Jahr erzielt werden. Das ist ein realistischer Wert. Wenn ich 250 Milliarden Schilling einnehme und dann eben ein Defizit, einen Abgang von 50 Milliarden Schilling habe, dann ist das für die Bevölkerung ein Begriff, von 250 Milliarden Schilling Einnahmen 50 Milliarden Schilling Abgang, dann kann sie sich etwas vorstellen. Unter den anderen Dingen kann sie sich ja überhaupt nichts vorstellen. Aber das ist auch der Sinn und Zweck, den der Finanzminister verfolgt.

Genau das gleiche ist bei der Steuerquote der Fall, die Steuerquote wird in Prozenten des Bruttoinlandsproduktes ausgedrückt. Es wird gesagt, daß sie sich gar nicht verändert hätte und daß alles wunderbar läuft und daß es eigentlich

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

eine böswillige Unterstellung wäre, was die Opposition da der Regierung antut.

Wir brauchen nur ein paar ganz einfache Zahlen zu nehmen. Im Jahre 1970 waren die Lohnsteuereinnahmen des Bundes 13,7 Milliarden Schilling, 1980 sind im Budget 61 Milliarden Schilling vorgesehen. Das ist eine Steigerung um 450 Prozent gegenüber 1970, um das Viereinhalbfache! Das Einkommen ist um das Eineinhalbfache gestiegen, und jetzt können Sie den Österreichern erklären, wenn das Einkommen um das Eineinhalbfache gestiegen ist und die Lohnsteuer um das Viereinhalbfache, daß sich die Steuerquote verringert hat. Das glaubt Ihnen nur einer, der überhaupt nicht lesen und schreiben kann. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das sind ja primitive Dinge, das sind ja Konstruktionen, um die Leute für dumm zu verkaufen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn es dem Herrn Finanzminister ins Konzept paßt, zum Beispiel auf der Seite 48 der Budgetrede, dann macht er ja auch wieder das Gegenteil. Er drückt sich auch sehr gerne in absoluten Zahlen aus, wenn es ihm paßt. Natürlich! *(Abg. Dr. Mock: Wie im Zigeunerbaron!)* Das ist ja klar! Man muß das gestalten, wie es eben am besten ankommt. Die Leute und die Parlamenarier sind ja eh so dumm und lesen das sowieso nicht und denken nicht nach, denen kann man das ohne weiteres verkaufen. Wir lassen uns eine solche Vorgangsweise nicht gefallen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auf Seite 49 – Herr Kollege Schmidt, Sie sind ohnehin dabei – führt der Herr Finanzminister an, daß es zu einer ganz enormen Steigerung der Ausgaben für die bäuerliche Sozialversicherung gekommen ist und für diese ganze Sozialversicherungseinrichtung. Er greift zu einem „schönen“ Mittel, um es für jeden Österreicher ganz leicht verständlich zu machen: Je 1 S Bauernpension 70 Groschen vom Staat. Je 1 S Selbständigenpension 62 Groschen vom Staat. *(Rufe bei der SPÖ: Stimmt ja!)* Und je 1 S Arbeiterpension 14 Groschen vom Staat. *(Zwischenrufe bei der SPÖ. – Abg. Dr. Mock: Das begreifen die nicht, daß man den Schwächeren mehr helfen muß!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erstens hat der Herr Finanzminister die Eisenbahn zu erwähnen vergessen. *(Abg. Dr. Mock: Ganz zufällig!)* Zweitens hat er die Bergbau-Pensionsversicherung zu erwähnen vergessen. *(Abg. Dr. Mock: Zufällig!)*

Nach meinem Dafürhalten ist aber noch etwas besonders unseriös – jetzt kommt der Begriff „unseriös“ –: Der Herr Finanzminister erwähnte in seiner Budgetrede mit keinem Wort den ganz massiven Strukturwandel in der Landwirtschaft

und auch im Gewerbe, Herr Dr. Schmidt. Er hat nicht erwähnt, daß die Hälfte der Leute aus der Landwirtschaft abgewandert sind und auf Grund ihrer neuen Berufe in andere Versicherungen einzahlen. Es ist eine Gemeinheit, daß man der Landwirtschaft vorwirft, daß sie zuviel vom Staat profitiert, wenn ihre Leute in andere Versicherungen einzahlen. *(Zustimmung bei der ÖVP. – Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Das ist Klassenkampf! *(Abg. Dr. Mock: Sehr richtig!)* Das ist Klassenkampf übelster Sorte, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist Klassenkampf übelster Sorte! *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP. – Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Aber der Herr Finanzminister sagt in seiner bescheidenen Art und Weise natürlich auch noch dazu – zum Beispiel auf Seite 50 –, daß die bäuerliche Altersversorgung erst in den siebziger Jahren eingeführt und ausgebaut wurde. Er läßt es also so unter den Tisch fallen, daß die Grundlagen, die Beschlüsse, die gesetzlichen Beschlüsse unter der ÖVP-Regierung beschlossen beziehungsweise gefaßt worden sind. Das ist nur ein so zufälliges Hineinfließen, um die Leute in irgendeiner Weise zu täuschen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sind eben die Probleme, die ich aufzeigen wollte, und die Art und Weise des Vorgehens. Es hat ja niemand etwas dagegen, wenn man die Dinge so darstellt, wie sie wirklich sind. Es ist auch korrekt, wenn man die Dinge so darstellt. Ein Minister, der einen Eid geschworen hat, daß er die Gesetze einhält und daß er seine Tätigkeit korrekt ausübt, muß zumindest dazuschreiben – wenn die Sachlage so ist –, daß das eben eine Folge des massiven Strukturwandels ist. Das muß er doch gerechterweise dazuschreiben und dazusagen. *(Abg. Dr. Schmidt: Das weiß ein jeder!)* Das kann man doch nicht einfach unter den Tisch fallen lassen.

Aber es geht ja so weiter. Auf Seite 57 – Herr Kollege Schmidt, wenn Sie das weiter verfolgen – geht es um den Grünen Plan. Beim Grünen Plan treten ja wieder andere Grundsätze des Herrn Finanzministers zutage. Da gibt es wieder einen anderen Grundsatz: Es wird auf einmal nicht mehr von Prozentsen gesprochen. Die Prozente wären nämlich so verschwindend klein, daß sie nicht in Erscheinung treten würden. Daher wird auf Seite 57 der absolute Betrag von 1,8 Milliarden Schilling als Grüne Plan-Mittel erwähnt und dabei vergessen, das in Prozenten auszudrücken. Es wären nämlich 0,59 Prozent der Ausgaben. Das Bergbauern-Sonderprogramm wird getrennt angeführt, ohne daß der Herr Finanzminister mit einem Wort – es ist schade, daß er das nicht hört – darauf hinweist, daß im Gesamtbetrag von 1,8 Mil-

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

liarden Schilling die Bergbauernförderung schon drinnen ist. Er verkauft das zweimal. (*Abg. Kern: Das ist unseriös!*) Und dann glaubt er, das ist seriös und das ist in Ordnung. (*Abg. Kern: Das ist das Unseriöse! – Widerspruch und Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Herr Kollege Schmidt! Fragen Sie den Herrn Finanzminister, ob das korrekt ist. Meiner Ansicht nach ist das eine bewußte Täuschung und Irreführung der Öffentlichkeit! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Aber es wird ja noch „schöner“. Es wird immer „noch schöner“. Bei den Preisstützungen und bei den Investitionsausgaben greift der Finanzminister sogar zu der Möglichkeit, neun Jahre zusammenzufassen. Neun Jahre Ausgaben für die Preisausgleiche plus Investitionen – alles dazu –, ohne die Einnahmen der Preisausgleiche abzuziehen. 30 Milliarden Schilling! Ein Wahnsinn, was da vom Bund für diese österreichische Landwirtschaft ausgegeben worden ist!

Der Herr Finanzminister sagt außerdem nicht dazu, daß die Preisausgleiche den Konsumenten zugute gekommen sind. Das alles wirft er der Landwirtschaft als Vorteil auf Grund der großen Leistungen dieser Regierung vor.

Ich sage Ihnen eines: Das ist eine Manipulation, die nach meinem Dafürhalten zum Himmel schreit! Willkürlicher Zeitraum, willkürliche Zusammenfassung, keine Gegenrechnung der Einnahmen bei den Preisausgleichen, keine Angabe in Prozenten der Gesamtausgaben. Das stellt nach meinem Dafürhalten einen Mißbrauch der Statistik dar, der bei keinem anderen Budgetkapitel angewendet wird! Das ist eine Stimmungsmache gegen die Bauern, obwohl diese Bauern am meisten arbeiten, am wenigsten verdienen und die Kulturlandschaft instand halten. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Noch ein Punkt – eine optisch günstige, aber falsche Darstellung durch den Finanzminister –: Auf Seite 59 – Herr Kollege Schmidt, schauen Sie mit – finden sich die Preisausgleiche für Milch. Es heißt auf dieser Seite, daß für Preisausgleiche auf dem Milchsektor 1980 ein Betrag von 1,6 Milliarden Schilling erforderlich sein wird, wobei der Bund 1,14 Milliarden Schilling und die Produzenten 460 Millionen Schilling zu tragen haben. (*Abg. Kern: Stimmt nicht!*) Tatsache ist, daß der Bund nur 762 Millionen Schilling aus dem Budget zahlt, 456 Millionen Schilling stammen aus zweckgebundenen Einnahmen, die die Molkereien und die Konsumenten bezahlen, und diese Einnahmen sind unter dem Kapitel 52240 bei den Steuereinnahmen verbucht und außerdem das, was die Bauern noch zusätzlich an Absatzförderungsbeiträgen bezahlen.

Das heißt: Der Finanzminister sagte bewußt in seiner Budgetrede uns hier im Parlament – und den Konsumenten – die Unwahrheit. Er sagt einfach nicht, wie es tatsächlich ist. Er täuscht Dinge vor, die in Wirklichkeit nicht stimmen. Dann darf er sich aber nicht wundern, wenn wir ihm vorwerfen, daß das unkorrekt und unseriös ist. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Es gibt noch einen Punkt, auf den man zu sprechen kommen sollte: Die Regierungszusage anlässlich der EWG-Abschlüsse 1972. 1972 hat die Regierung zugesagt, daß sie sich um die Beseitigung der Schwierigkeiten bemühen wird, die der Landwirtschaft allenfalls durch die Nichteinbeziehung in den EWG-Vertrag erwachsen. Was ist geschehen? – 26 Groschen Milchpreisstützung wurden 1979 abgebaut. Im kommenden Jahr werden die restlichen 26 Groschen Milchpreisstützung abgebaut. Das heißt: Es werden 600 Millionen Schilling, die bisher aus dem Budget finanziert wurden, auf den Konsumenten umgelegt. Damit kommt es zu einer Regelung, die nach unserem Dafürhalten sehr, sehr negative Auswirkungen einerseits für den Konsumenten, andererseits aber auch für die Bauern haben wird.

Das heißt: Man kann sich auf das Wort, das zum Beispiel bei der Marktordnungsgesetz-Verhandlung 1978 gegeben wurde, daß man nämlich für die gesamte Übermilch auch die staatliche Milchpreisstützung zahlen muß, nicht verlassen. Es wurde diese Zusage vom Mai 1978 innerhalb von eineinhalb Jahren vollkommen gebrochen.

Das heißt: Auf das Wort eines Finanzministers – in diesem Zusammenhang auch auf dasjenige des Landwirtschaftsministers – ist kein Verlaß. Das ist Tatsache! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Dann erwähnt der Herr Finanzminister noch so bescheiden:

„Die Einkommen der Landwirtschaft werden durch diese Maßnahmen nicht geschmälert.“ – Das steht auch auf Seite 59.

Tatsache ist, daß die Bauern ebenfalls Konsumenten von Milchprodukten sind, wie die anderen Konsumenten, und daher mehr zahlen müssen. (*Ironische Heiterkeit und Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Selbstverständlich! Die Bauern kaufen doch die Milchprodukte von der Molkerei zurück! Ist das für euch eine Sondermeldung? (*Abg. Dr. Mock: Das verstehen die nicht! – Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Dann würde ich dringend empfehlen, einmal „Urlaub auf dem Bauernhof“ zu machen. (*Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Dr. Mock: Genau! – Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Das ist ja sagenhaft!

Bitte, ich möchte das nur feststellen: Es ist

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

selbstverständlich, wenn die Konsumenten alle mehr bezahlen müssen, daß die Bauern als Konsumenten auch mehr bezahlen müssen. Ganz klar, aber man muß das erwähnen. *(Zwischenruf des Abg. Stögner.)* Herr Abgeordneter Stögner, das ist ja nur eine Tatsachefeststellung. Ich beschäftige mich mit der Budgetrede, ich hätte gebeten, daß sich der Herr Abgeordnete Tull auch so mit der Budgetrede auseinandergesetzt hätte. Er hat sich nämlich nur mit unseren Problemen beschäftigt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Wenn wir uns so viel mit den Problemen der Sozialistischen Partei beschäftigen würden wie der Abgeordnete Tull mit unseren Problemen, wenn wir die Äußerungen über die Staatssekretärinnen und so weiter Ihrer Kollegen ausgraben würden, da hätten wir so viel zu tun, daß wir über etwas anderes gar nicht reden bräuchten. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Was in dem Zusammenhang die kritischere Seite ist: die österreichischen Milchprodukte verteuern sich, und der Abstand zu den Weltmarktpreisen wird größer. Es ist also so, daß die Exportstützungen damit wahrscheinlich zunehmen. Das trifft einerseits den Finanzminister, also uns als Staat und als Volkswirtschaft, andererseits aber auch die Bauern. Was unsere größte Sorge ist, ist, daß das Käsemindestpreisabkommen gegenüber der EWG wirkungslos werden könnte, wenn man durch Preisanhebungen eben dieses System unwirksam macht, steigende Importe hereinkommen und außerdem dann österreichische Arbeitsplätze gefährdet wären. Das ist ein großes Problem, auf das ich in dem Zusammenhang hinweisen wollte.

Aber auch die ganze Frage der Landwirtschaft im Zusammenhang mit dem EWG-Vertrag. Ich habe das schon gesagt, wir kommen in eine derart schlimme Sache als Drittland, wenn es nicht gelingt, in Brüssel eine neue Runde der Verhandlungen in Gang zu setzen. Der Beitritt Griechenlands zur EWG wäre ein Anlaß, über das Thema „Agrarbriefwechsel“ in Brüssel wieder Gespräche aufzunehmen. Es wäre meines Erachtens besser, wenn sich der Herr Bundeskanzler ein bisserl weniger um die Palästinenser und ein bisserl mehr um die Verbesserung des Vertrages Österreichs mit der EWG kümmern würde. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Interessant ist ja noch etwas: Wenn ich den Finanzminister gehört habe, der uns immer wieder versichert hat, daß bei Post- und Bahntarifen im Jahr 1980 nichts passiert und keine Erhöhungen eintreten, war ich dann sehr überrascht, als ich im Fernsehen am 2. November in der Sendung „Zehn vor zehn“ gehört und dann in der „Industrie“-Zeitung gelesen habe, daß der Herr Postgeneraldirektor Dr. Übleis

gesagt hat, ab 1. Jänner werden die Tarife der Postautobusse im Nahverkehr um 20 Prozent und im Fernverkehr um 10 Prozent teurer. Ich dachte, was ist jetzt: sagt der Finanzminister die Unwahrheit oder weiß er das noch nicht, was der Postgeneraldirektor vorhat? Der Postgeneraldirektor Übleis sagt laut „Industrie“-Interview auf die Frage: Wird es in absehbarer Zeit Preiserhöhungen bei der Post geben?: Nur auf dem Gebiet des Omnibusverkehrs. Die Erhöhung der Busgebühren ab 1. Jänner ist so gut wie perfekt, sie beträgt bei kurzen Strecken 20 Prozent und bei längeren Strecken etwa 10 Prozent.

Wenn die Preissteigerung 3,5 Prozent beträgt und die sozialistische Fraktion ist so stolz darauf, dann wundere ich mich, daß Herr Präsident Czettel so gelassen eine 20prozentige Erhöhung der Postautobustarife im Nahverkehr und von 10 Prozent im Fernverkehr akzeptiert, das sind nämlich drei- oder vierjährige Inflationsraten, und daß er das gleichzeitig seinen Pendlern zumutet.

Ich muß sagen, das ist schon eine verkehrte Maßnahme. Jetzt, wo wir gerne wollen, daß die Pendler erstens einmal entlastet werden und zweitens von Pkws umsteigen sollen auf öffentliche Verkehrsmittel, eine solche massive Verteuerung! Das ist nach meinem Dafürhalten eine Zumutung sondergleichen. *(Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Lehr: Erzähl doch, daß die privaten Autobusunternehmer auch die Tarife erhöhen werden! Davon sagt er nichts!)* Herr Abgeordneter! Ich habe die Äußerung des Herrn Finanzministers und die Äußerung des Herrn Generalpostdirektors gegenübergestellt. *(Ruf bei der SPÖ: Da müssen Sie aber weiter zitieren!)* Da brauche ich gar nicht weiter zu zitieren. Ich darf Ihnen das Interview zur Verfügung stellen, Herr Abgeordneter. Mir geht es darum, daß man sich auf ein Wort eines Ministers nicht verlassen kann, der sagt, keine Erhöhung, der Generalpostdirektor sagt, die Erhöhung ist perfekt und auf einmal ist sie perfekt, und das ist die Zusage eines Vizekanzlers. Das ist das Problem. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es gibt noch ein paar solche Beispiele. Meine Herren, wir können uns noch stundenlang darüber unterhalten, wie man versucht, die Bevölkerung für dumm zu verkaufen. Ich brauche Ihnen nur ein paar Beispiele nennen. Zum Beispiel Atomkraftwerk Zwentendorf. *(Abg. Kittl: Da würde ich lieber zu Maurer gehen!)* 9 Milliarden Schilling Verlust, Herr Abgeordneter Kittl, lassen Sie sich das erzählen.

Der Herr Handelsminister Staribacher hat erklärt, die Verluste aus Zwentendorf in der Höhe von 9 Milliarden Schilling werden nicht in die Strompreiskalkulation einbezogen. Der Herr Minister Androsch hat das noch viel besser

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

gemacht, weil er ja der Geschicktere ist, der versteht es ja weit besser als der Staribacher. Der brüllt hie und da hinein, aber der Androsch ist, wie wir ja aus seiner Antwort gehört haben, ein ganz Gefinkelter, der kennt sich überall aus. *(Heiterkeit bei der SPÖ. – Abg. Fachleutner: Wie man keine Steuern zahlt, da kennt er sich aus!)* Weißt du, was der sagt? Der Herr Finanzminister Androsch sagt: Verluste aus Zwentendorf sind bereits von den Gesellschaften verkraftet. Also das ist eine wunderbare Meldung. Der Staribacher sagt, die kommen auf gar keinen Fall in die Strompreiskalkulationen hinein, der Androsch: Die Gesellschaften haben das bereits verkraftet. Wie das geht, das kann er, ich weiß nicht wem erzählen, vielleicht im Altersheim vor Leuten, die schon mehr drüben als herüben sind. Aber uns kann er das nicht erzählen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Das ist eine so primitive Argumentation, daß es nicht mehr höher geht. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Dann wundert sich diese Regierung, daß die Menschen bei der Volksabstimmung mit Nein stimmen, weil man sie überhaupt nicht über die wirtschaftlichen Zusammenhänge, über die ganzen Fragen der Energie, der Wirtschaftlichkeit informiert. Dann wundert man sich, wenn die Bevölkerung aus Angst vor einem solchen Werk nein sagt. Meine Damen und Herren! Das ist die reine Schuld der Regierung. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wie ist es denn wirklich? Ich möchte das gar nicht dramatisieren, aber eines ist klar: Wenn durch die Nicht-Inbetriebnahme Zwentendorfs 9 Milliarden Schilling Verluste entstanden sind, dann ist es klar, daß diese 9 Milliarden Schilling Verluste generell von der ganzen österreichischen Volkswirtschaft zu tragen sind. Und dann gibt es die Möglichkeit, man könnte noch sagen: Schuld am negativen Ausgang der Volksabstimmung ist der Herr Bundeskanzler, er soll das aus seinem Privatvermögen bezahlen, was er angeordnet hat.

Noch einmal: Der Verlust ist grundsätzlich von der gesamten Volkswirtschaft zu tragen. Die Varianten sind, daß das entweder über einen höheren Strompreis bezahlt wird. Wenn das nicht der Fall ist, dann machen die Gesellschaften, die an Zwentendorf beteiligt sind, jährliche Verluste. Diese jährlichen Verluste werden wie alle anderen Verluste auf neue Rechnung vorgetragen, können bis auf fünf Jahre vorgetragen werden, stellen also jährliche Verluste dieser Gesellschaften dar. Wer Verluste baut, zahlt für Verlustbilanzen keine Körperschaftsteuer und keine vom Ertrag abhängige Gewerbesteuer. Das heißt, diese beteiligten Gesellschaften, die alle mitsammen die 9 Milliarden

Schilling verloren haben, zahlen in den nächsten Jahren um so viel weniger Steuer, weil sie die Verluste vortragen müssen, sodaß wieder die anderen Österreicher, wir alle mitsammen, keine Verbesserung der Lohn- und Einkommensteuerprogression erhalten werden, weil es nicht möglich ist. Wir müssen es alle mitsammen bezahlen, und das soll man dem Volk auch wirklich sagen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was haben wir denn im Parlament im Finanzausschuß gemacht? Wir haben die Kapitalherabsetzungen der Kraftwerksgruppe der Tauernkraftwerke und der Donaukraftwerke beschlossen, zusammen 2,2 Milliarden Schilling, Herabsetzung des Eigenkapitals, Verwendung dieses Eigenkapitals für die Abdeckung der Verbundgesellschaft, die Hälfte der Verluste an Zwentendorf mit 2,2 Milliarden Schilling; das ist im Finanzausschuß vorige Woche beschlossen worden, das kommt nächste Zeit ins Haus.

Das ist die erste Maßnahme. Aber, was geschieht denn? – Wir müssen früher oder später das Kapital bei Donaukraftwerken und Tauernkraftwerken wieder aufstocken, denn die müssen wieder bauen beziehungsweise müssen die Haftung übernehmen vom Staat aus für Kredite, das heißt also mit anderen Worten: Es müssen wieder wir alle gemeinsam auch diese Dinge tragen. Man hat das nur gemacht, damit die Verbundgesellschaft nicht in Konkurs gehen mußte.

Meine Damen und Herren, so schaut es in Wirklichkeit aus, aber das sagt man dem Volk nicht, sondern verschweigt das alles, und dann wundert man sich, wenn solche Ergebnisse bei Volksabstimmungen herauskommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich muß mich aber jetzt sehr langsam doch ein bisserl noch mit dem Budget 1980 beschäftigen. Es wurde ja schon angeführt, daß wir 1980 Ausgaben in der Höhe von 302 Milliarden und Einnahmen in der Höhe von 253 Milliarden haben, also ein Defizit, einen Abgang von rund 49 Milliarden aufweisen. Es ist außerdem das Konjunkturausgleichsbudget und die Stabilisierungsquote mit zusammen 5 Milliarden Schilling zu erwähnen, sodaß bei Ausnützung dieser Möglichkeiten ein Gesamtabgang von 54 Milliarden Schilling herauskommt.

Das ist also eine Entwicklung, die praktisch die Abgänge der vergangenen Jahre und auch des heurigen Jahres auf einem Niveau zwischen 50 und 55 Milliarden Schilling Defizit stabilisiert.

Durch Kreditoperationen kann sich der Finanzminister noch weitere 12,6 Milliarden beschaffen und eine Ermächtigungszusatzfinanzierung für den Straßenbau von einer Milliarde, insgesamt also 67,6 Milliarden Schilling.

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Die Basis für das Budget 1980: nominelles Wirtschaftswachstum 7 Prozent, reales Wirtschaftswachstum rund 3 Prozent, Inflationsrate 4 bis 4,5 Prozent.

Wir anerkennen, daß dieses Budget restriktiv aufgebaut ist, das heißt, daß sich der Finanzminister bemüht hat, hier Vorschläge, die wir bereits bei der Budgeterstellung für das Jahr 1979 gemacht haben, zu berücksichtigen, weil wir der Auffassung sind, daß wir bei dieser Entwicklung der Budgetdefizite und der Staatsverschuldung schauen müssen, daß wir eine Sanierung des Budgets von der Ausgabenseite – wie unsere Vorstellungen im vorigen Jahr in unserer Budgetalternative gelaute haben – zustande bringen.

Sicherlich ist das ein Schritt, der notwendig ist und wichtig ist, der aber natürlich große Schmerzen bereitet, das ist auch klar. Auch dazu bekennen wir uns vom Grundsatz her. Aber über die Art und Weise der ganzen Durchführung, wie man das macht, muß ich doch sagen, daß unsere Vorstellungen anders sind als die der Regierungspartei.

Unsere Vorstellungen waren eben die, den Staatshaushalt in der Form zu sanieren, daß wir von der Ausgabenseite her möglichst überprüfen, welche Ausgaben sich reduzieren lassen und wo man Einsparungen vornehmen kann. Die zweite Seite, daß man keine Belastungen durchführt, sondern eher die Wirtschaft entlastet, um durch eine besser florierende Wirtschaft mehr Einnahmen an Steuern zu bekommen.

Weitere Maßnahmen: Eine Rationalisierung der Staatsverwaltung, eine Kosten-Nutzen-Rechnung für jedes neue Gesetz, wirtschaftlicher Einsatz der Steuergelder, Förderung der Wirtschaft und auch der Landwirtschaft.

Das waren unsere Vorstellungen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wenn man das Budget von dieser Seite her betrachtet, dann muß man feststellen, daß eigentlich wesentliche Punkte vom Herrn Finanzminister ... (*Der Redner weist auf die Regierungsbank.*) Der hat heute offensichtlich einen längeren Ausgang, ich weiß nicht, wo er ist, daß ihn nicht interessiert, was die Opposition zu seinen Ausführungen sagt, aber dieses Benehmen liegt auf der Linie seines Normalverhaltens. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich möchte nur sagen: Wenn man einige unserer Grundsätze eingehalten hätte, zum Beispiel auf dem Verwaltungssektor, so hätte das Einsparungen in der Größenordnung von 3,5 Milliarden Schilling ergeben. Wir hätten zum Beispiel nach unserem Programm auf die vier neuen Staatssekretärinnen verzichten können und auf die damit zusammenhängenden Sekretäre, Dienstwagen, Chauffeure und was es da

noch alles gibt, denn das sind Belastungen, die man anlässlich eines Sparbudgets nicht hätte machen dürfen.

Wir vermissen zum Beispiel, daß der Sparstift nicht angesetzt wurde bei den Österreichischen Bundesbahnen, da ist ja in den „Salzburger Nachrichten“ ein so wunderbarer Artikel drinnen: 18,1 Milliarden Schilling Abgang bei der Bundesbahn. Wir vermissen, daß da überhaupt irgendetwas geschehen wäre.

Es sind ja auch die Aussagen im „Börsenkurier“ sehr interessant, wo es unter anderem heißt, daß die Schätzungen des Finanzministers von einem gehörigen Optimismus getragen sind; unter anderem steht hier im Zusammenhang mit den Bundesbahn-Defiziten auch drinnen: Im Verhältnis zu ausländischen Bahngesellschaften wirtschaften die ÖBB äußerst unrationell.

Bitte, das sind nur Feststellungen, ich wollte das nur erwähnen, damit Sie wissen, daß viele Einsparungsmöglichkeiten nicht ergriffen wurden, dafür aber Belastungen der Bevölkerung in diesem Budget aufgelastet werden, die nach unserem Dafürhalten vermeidbar gewesen wären, wenn man richtig gearbeitet und wirtschaftlich budgetiert hätte.

Es steht auch nichts drinnen von den 100 Millionen Schilling, die die ARGE-Kostenrechnung bekommt. – Das sind alles Dinge, die alle „vergessen“ worden sind. Rationalisierung im Bereich der Sozialversicherungsanstalten: Auch hier gibt es ja interne Rationalisierungsmöglichkeiten. Vielleicht könnte man auch hier einmal nach anderen Grundsätzen vorgehen.

Aber bitte: Man hat eines gemacht, man hat den Chefs dieser größeren Unternehmungen 20prozentige Gehaltserhöhungen zugestanden. Das war natürlich schon eine echte Leistung, da war der Präsident Czettel auch maßgeblich mitbeteiligt.

So, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird gearbeitet. Man glaubt, man kann uns solche Dinge verkaufen und kann also hier die Dinge so darstellen, als ob das Bestmögliche geschehen wäre! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das Budget 1980 bringt doch ganz beachtliche Belastungen. Die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge um einen Prozentpunkt, ein halbes Prozent für den Arbeitnehmer, man sagt schamhaft: 50 Schilling, was ist das schon im Monat? Erstens einmal: Wenn man 9 000 S rechnet, wenn man die Höchstbemessungsgrundlage rechnet, sind es fast 100 Schilling, im Jahr daher 1 400 S.

Für die Arbeitgeber erhöhen sich Kosten und Preise. Der Sparförderungsabbau 400 Millionen

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Schilling, Abbau der Milchpreisstützung 100 000 S, Mittel für den Telefonausbau werden umgeschichtet, 500 000 S, und dann Umschichtungen im Sozialbudget: 2,4 Milliarden, sonstige Förderungsausgaben 0,6 Milliarden, insgesamt 8 Milliarden Schilling – und keine Milderung der Steuerprogression.

Herr Abgeordneter Czettel, Herr Präsident des Arbeiterkammertages, ich möchte Ihnen nur ein kurzes Beispiel vorrechnen: Zehn Prozent Lohnerhöhung für den Arbeitnehmer bedeuten mindestens 21 bis 22 Prozent mehr Lohnsteuer. Drei Jahre keine Erhöhung, und wenn ich dann 20 Prozent Lohnerhöhung annehme, sind das 42 Prozent mehr Lohnsteuer. Das sind statt 61 Milliarden Schilling Lohnsteuer im Jahr 1980 86,6 Milliarden Schilling Lohnsteuer im Jahr 1982.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist die stille, schleichende, beinharte, leistungsfeldliche Steuererhöhung, die wir grundsätzlich ablehnen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun ein paar Worte zur Steuerreformkommission. Es wurde heute schon darüber gesprochen, und der Herr Finanzminister hat es in seiner „vornehmen“ Art und Weise für notwendig befunden, mich besonders ins Gespräch zu bringen. Daher bin ich dem Hohen Haus schuldig, ganz kurz darauf einzugehen.

Die Steuerreformkommission beim Finanzministerium wurde Anfang 1979 vom Finanzminister einberufen. Unter anderem wurde ich über die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern als Experte vorgeschlagen. Der Herr Minister hat mir einen persönlichen Brief geschrieben und mich eingeladen, und ich habe in einem persönlichen Brief den Empfang des Briefes bestätigt und meine Bereitschaft zur Mitarbeit bekanntgegeben.

Ob das in Österreich so etwas Unübliches ist? Bitte, daß die Bundesdienststellen und die Ministerien einem Ansuchenden oder einem Schreibenden nie eine Antwort geben, das sind wir gewöhnt. Aber wir wissen, daß es sich gehört, daß man auf einen Brief zumindest zurückschreibt, daß man ihn bekommen hat. Das habe ich getan und meine Bereitschaft zur Mitarbeit erklärt.

Ich war bei der Unterkommission 2, Körperschaftssteuer, und bei der Unterkommission 4, Bewertungsrecht, angemeldet und habe auch an mehreren Sitzungen teilgenommen.

Ich mußte aber schon frühzeitig erkennen, daß diese ganze Steuerreformkommission eher eine Alibikommission für den Herrn Finanzminister darstellt und daß der Herr Finanzminister sich bei seinen diesbezüglichen Gesetzesvorlagen

um die Beratungen, die in der Unterkommission der Steuerreformkommission geführt werden, überhaupt nicht kümmert. Im Gegenteil: Bei der Strukturverbesserungsgesetz-Novelle ist man von der zweijährigen Verlängerung abgegangen und hat nur ein Jahr verlängert, das Bewertungsgesetz mit der Erhöhung der landwirtschaftlichen Einheitswerte wurde beschlossen. Ich bin dort in der Bewertungsunterkommission, und da wird im Parlament beschlossen.

Meine Damen und Herren! Daß wir uns auf die Dauer für solche Dinge nicht mißbrauchen lassen, das können Sie sich ausrechnen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das war auch der Grund, warum die der Steuerreformkommission angehörigen Abgeordneten aus ihrer eigenen Überzeugung ihre Mitarbeit beendet haben. Nicht, weil wir zur Mitarbeit nicht bereit waren, sondern weil man uns dort eine Mitarbeit praktisch unmöglich gemacht hat und weil man uns mißbrauchte für Aussagen, wir wären sowieso dabeigewesen, und in Wirklichkeit ist die Sache ganz anders.

Daher haben wir dann über unsere entsendenden Interessenvertretungen unsere Teilnahme an dieser Kommission zurückgezogen.

Es war so, daß sich dann der Herr Finanzminister in der „Arbeiter-Zeitung“ genötigt gesehen hat, auf meinen Brief hinzuweisen, daß ich ihm geschrieben hätte, daß ich mich so freue, für das Vertrauen danke und so weiter. Meine Damen und Herren! Ich stelle es Ihnen anheim, wie man normalerweise mit persönlichen Briefen umgeht, ob man die in eine Fernsehsendung oder in die „Arbeiter-Zeitung“ bringt. *(Abg. Kern: Das ist der Stil der Regierung!)*

Das wollte ich gerade sagen: Das ist der Stil dieser Regierung und des Herrn Ministers, daß er einfach, wenn es ihm irgendwie nützt, sich über die Dinge hinwegsetzt, daß er offensichtlich praktisch überhaupt nicht weiß, was man in einem solchen Fall macht, daß er offensichtlich nicht weiß, was in einer solchen Angelegenheit angemessen ist.

Ich persönlich bin grundsätzlich nicht beleidigt, mir ist es nur eine gute Lehre, daß man einem Vizkanzler und Finanzminister keinen Brief schreiben kann, weil man immer rechnen muß, daß er bei passender Gelegenheit dieses Vertrauen mißbraucht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Für den Herrn Landwirtschaftsminister hätte ich auch noch eine ganz schöne Sache; er ist leider nicht da. Aus dem Landwirtschaftsministerium haben wir ja praktisch jeden Tag eine unangenehme Personalentscheidung, das heißt, eine parteimäßige Personalentscheidung. Es ist eine Katastrophe, wie der Herr Landwirtschaftsminister sich in personalpolitischen Angelegenheiten verhält.

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Ich darf dem Hohen Haus einen Fall ganz kurz zur Kenntnis bringen, der sich folgendermaßen abgespielt hat:

Die forstliche Ausbildungsstätte Gmunden-Ort als nachgeordnete Dienststelle des Landwirtschaftsministeriums hat eine Bürokraststelle ausgeschrieben. Auf diese Ausschreibung haben sich 40 Bewerberinnen gemeldet, in erster Linie Handelsschülerinnen. Die Bewerberinnen wurden einem Test unterzogen, und die beste aus diesem Test war das Fräulein Evelyn Heizinger, Handelsschülerin aus Gmunden. Sie wurde von der Schulleitung zum Dienstantritt am Montag, den 5. November, in der Früh aufgefordert. Sie hat ihren Dienst angetreten und hat sich sehr gefreut, daß sie zum Zuge gekommen ist.

Um 11 Uhr wurde ihr von der Schulleitung mitgeteilt, daß sie wieder entlassen sei. (*Rufe bei der ÖVP: Da schau her! - Abg. Kern: Warum?*) Angeordnet vom Landwirtschaftsministerium, das gleichzeitig die Schule aufgefordert hat, die Papiere der Bewerberin Fräulein Christa Lackerbauer nach Wien zu schicken. Das Fräulein Christa Lackerbauer ist die Nichte des sozialistischen Stadtrates Grabensteiner in Gmunden. Hier erfolgte angeblich eine Intervention des Dritten Präsidenten Thalhammer. (*Zwischenrufe und Bewegung bei der ÖVP.*)

Dieses Fräulein Christa Lackerbauer war beim Test in den allgemeinen Leistungen an vierter Stelle und in der Schnelligkeit die letzte. Sie dürfte aber wahrscheinlich auf Grund ihrer sozialistischen Abstammung als erste hier zum Zuge kommen. (*Abg. Dr. Johann Haider: Ein Mißbrauch sondergleichen!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ein Skandal, daß man bereits in den kleinsten Einheiten beginnt, massiv einzugreifen (*Ruf bei der ÖVP: Terror!*), zuerst aufnehmen und dann zu entlassen. Wo sind denn die Gewerkschafter? (*Beifall bei der ÖVP.*) Kann ich eine Angestellte um 11 Uhr wieder entlassen? Das ist doch allerhand!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist doch typischer Terror. Dann darf sich der Herr Minister nicht wundern, wenn solche Zwischenrufe gemacht werden. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*) Was soll sich denn dieses junge Mädchen von der Demokratie denken, wenn sie aufgenommen wird, die beste ist, anfangen kann, von der Schulleitung informiert wird, und um 11 Uhr wird ihr auf Weisung des Landwirtschaftsministeriums mitgeteilt, daß sie wieder heimgehen kann. Wo sind denn die Gewerkschafter? Das ist ja schon ein begründetes Dienstverhältnis! Das ist doch eine Schweinerei sondergleichen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von

der sozialistischen Seite! Wir werden jeden dieser Fälle vorbringen (*Abg. Dr. Schnell: Wir auch!*), denn der Minister Haider setzt jeden Tag eine ähnliche Maßnahme. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP. - Abg. Kittl: Wie beim Maurer! - Anhaltende Zwischenrufe und Gegenrufe bei ÖVP und SPÖ. - Abg. Dr. Johann Haider: Das ist nackter Terror!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Sie dazu eine Antwort wissen, dann kommen Sie heraus, erklären Sie das, und dann soll der Herr Präsident Thalhammer sagen, ob er hier massiv interveniert und ob er dafür gesorgt hat, daß das Landwirtschaftsministerium die bereits beschlossene Anstellung umgestoßen hat. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Zusammenfassend zum Budget 1980 möchte ich noch feststellen: Die Wirtschaftspolitik der sozialistischen Regierung - es wurde heute schon von unseren Rednern dargestellt, besonders hat der Herr Kollege Graf das heute schon alles erwähnt - hat in den abgelaufenen zehn Jahren das Staatsbudget in eine Krise geführt, die eine gewaltsame Sanierung erforderlich macht.

Trotz des heuer eingeschlagenen Restriktionskurses liegen die jährlichen Defizite der kommenden Jahre zwischen 50 und 55 Milliarden Schilling.

Die Sanierung des Budgets erfolgt wiederum durch Belastungen aller Staatsbürger, und hier muß man schon sagen, in Form einer Reallohnsenkung. Es ist eine Tatsache, daß wir jetzt alle mitsammen die Fehler zu zahlen haben, die in den letzten Jahren begangen wurden.

Die Regierung spart nicht, sie wirft die Steuergelder nach wie vor für Propagandazwecke hinaus, sie stellt vier neue Staatssekretärinnen ein. Die Nettoverschuldung steigt auch 1980 um weitere 30 bis 35 Milliarden Schilling an und erreicht einen Staatsschuldenstand einschließlich der Verwaltungsschulden von 330 bis 340 Milliarden Schilling am Ende des Jahres 1980.

Gleichzeitig steigen die Verpflichtungen und Haftungen des Bundes ganz gewaltig: auf über 300 Milliarden Schilling.

Der Schuldendienst erreicht 1980, wie schon erwähnt, bereits 37,6 Milliarden Schilling. Dabei wurden eine Reihe von Schulden, die heuer im Herbst fällig gewesen wären, durch Umschuldung auf die nächsten Jahre verschoben, sonst wären wir nämlich bei 45 Milliarden Schilling Schuldendienst im heurigen Jahr.

Allein das, was von den Schuldentilgungen und von den Zinsen und Spesen, was hier an und

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

für sich im Vergleich zu den Einnahmen entfällt, ist ja schon sehr gefährlich.

Der Anteil an den Steuereinnahmen des Bundes, also an jenem Geld, das dem Bund verbleibt nach Abfuhr an Länder und Gemeinden, die ja ihre eigenen Schulden tragen müssen, erreicht 1980 bereits 26 Prozent der Einnahmen, der Nettosteuerereinnahmen. Das ist ein Viertel der Nettosteuerereinnahmen.

Der Staatszuschuß an die Bundesbahnen beträgt wie gesagt 18,1 Milliarden Schilling, die öffentlichen Investitionen gehen real zurück. Die Land- und Forstwirtschaft wird neuerlich massiv benachteiligt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sind kurz zusammengefaßt die wesentlichen Gesichtspunkte des Budgets, und Sie werden verstehen, daß wir bei der Grundhaltung des Ministers und seiner ganzen Art und Weise, wie er das Budget erstellt und vorbringt und wie er sich verschiedener Methoden bedient, und zweitens vom Inhalt her gesehen, daß wir einem solchen Budget nicht die Zustimmung geben können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Herr Abgeordneter! Es waren einige Äußerungen nahe an der Grenze, aber für den Ausdruck „Schweinerie“ erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

Nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister Lausecker.

Bundesminister für Verkehr **Lausecker:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Zittmayr hat unter seinen vielen Ausführungen auch einen Hinweis auf die Tarife der Postautolinien gemacht. Ich möchte dazu festhalten, denn es hat sich, Herr Abgeordneter, offensichtlich nicht bis zu Ihnen durchgesprochen, daß der zuständige Fachverband der Bundeskammer einen Antrag an die Tarifbehörde gestellt hat für alle Kraftfahrlinien Österreichs, die ihm angeschlossen sind, für die privaten und die öffentlichen.

Da die Post bis zur Stunde über keine eigenen Ölquellen verfügt, gilt die Kostenrechnung des Fachverbandes so wie für jede private Autobuslinie natürlich auch für Post und Bahn. Das heißt also, die Kraftfahrlinienbehörde hat einer der Bundeskammer für notwendig erschienenen Erhöhung der Kraftfahrlinienentartarife die Zustimmung erteilt. Das ist eine Zustimmung, die auch die Post- und die Bahnbusse betrifft, aber die, ich halte noch einmal fest, aus guten Gründen alle Kraftfahrlinienunternehmen, die dem Fachverband angeschlossen sind, in Österreich betrifft.

Herr Abgeordneter Dr. Zittmayr, um bei den wirklich vielen unrichtigen Feststellungen, die

Sie getroffen haben, Sie in diesem Falle und in einem anderen Falle davor zu bewahren, daß Sie sie gutgläubig weiterhin verbreiten, habe ich Ihnen das sagen müssen.

Und zum zweiten: Wenn Sie den „Zuschußbedarf“ der ÖBB nennen und dazu immer wieder 18 Milliarden ins Gespräch bringen, könnten wir uns vielleicht doch darauf einigen, daß der Reinverlust der Österreichischen Bundesbahnen mit etwa 3,8 Milliarden Schilling seit Jahren unverändert geblieben ist, daß die Personalstände im Laufe der Jahre enorm gesenkt wurden und daß Sie doch bei dem, was Sie den „Zuschußbedarf“ nennen, nicht die Arbeiterwochenkarte, die Pendlerermäßigungen, mit einem Wort alle Sozialtarife mit hineinrechnen. Das, Herr Abgeordneter Zittmayr, wollte ich Ihnen zu diesen beiden Feststellungen von meinem Standpunkt gesagt haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Dr. Veselsky. *(Abg. Dr. Johann Haider: Und die Erklärung des Herrn Generalpostdirektors! – Bundesminister Lausecker: Er hat reagiert auf die Zeitungsmeldung! – Abg. Dr. Zittmayr: Was ist zum Haider?)*

Abgeordneter Dr. **Veselsky** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich betone das jetzt, Hohes Haus, weil ich bestrebt sein werde, der Würde des Hauses wieder zum Durchbruch zu verhelfen *(Abg. Dr. Johann Haider: „Wieder“ ist gut!)*, denn wir haben soeben erleben müssen, daß ein Ordnungsruf erteilt werden mußte *(Abg. Dr. Johann Haider: Für etwas, was ein Minister getan hat!)*, der eine Vorgeschichte hat, eine Vorgeschichte im Finanz- und Budgetausschuß dieses Hauses.

Dort ist nämlich der einmalige Fall eingetreten, daß Herr Kollege Dr. Zittmayr schon mit einem Ordnungsruf bedacht werden mußte. Man sieht eines sehr genau, daß man eigentlich Ordnungsrufe auch genauer nehmen und sich dann einbremsen sollte. Herr Kollege Dr. Zittmayr, bitte das nächste Mal wenigstens das zu berücksichtigen und nicht wieder statt durch Argumente hier durch Schimpfkanonaden beeindrucken zu wollen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir sind sechs Stunden mit der ersten Lesung zum Bundesfinanzgesetz 1980 beschäftigt. Sechs Stunden sind ungefähr ein halber Arbeitstag. Wir werden noch länger hier heute arbeiten, die Arbeit fortsetzen, und es ist vielleicht schon berechtigt, eine gewisse Zwischenbilanz zu ziehen.

Ich muß sagen, ich habe mir die Frage schon vor Eingang in die Diskussion gestellt: Wie wird die Opposition, die große Opposition, hier die Diskussion anlegen? Wird die Diskussion wei-

Dr. Veselsky

tergehen auf der Linie, seit 1970 begangen, auf der Linie: schlechtestes Budget, auf der Linie: Hausnummernbudget, auf der Linie: Beitrag zur Ankurbelung der Inflation, auf der Linie: Beitrag zur Verunsicherung auf dem Arbeitsmarkt, auf der Linie: Beitrag zum Staatsbankrott? Oder wird die ÖVP doch auch der Tatsache Rechnung tragen, daß das Ausland ebenso die Situation beurteilt, die günstige Wirtschaftssituation in Österreich, wie das die österreichische Bevölkerung ja auch bei den Wahlen getan hat? Das war die Frage.

Ich glaube, diese Frage hat sich ja auch Ihr Dr. Taus gestellt, wenn er am gestrigen Tag – in der Presse zitiert – für die ÖVP sagt: Wir wissen eben auf manches keine Antwort. Meine Damen und Herren, ich habe das Gefühl, daß sich eine Entwicklung auf Ihrer Seite zum Positiven abgezeichnet hat. Denn ich muß sagen, ich habe nicht – ausgenommen bei Kollegen Zittmayr – so saftige Ausdrücke gefunden, wie das seit Beginn der siebziger Jahre üblich war. Ich habe nicht gehört „Katastrophenbudget“, ich habe nicht gehört „Beitrag zur Verunsicherung“, „Beitrag zum Verlust der Arbeitsplatzsicherheit“, ich habe nicht gehört „Beitrag zur Ankurbelung der Inflation“. Ich muß zugestehen: Das ist meines Erachtens ein Fortschritt, ein Fortschritt in der Richtung, daß mehr Realitätsbezogenheit einge-zogen ist.

Es ist im wesentlichen doch etwas übriggeblieben von der alten Argumentation. Hier nehme ich auf den Kollegen Graf Bezug, denn er hat meines Erachtens den beachtenswertesten Diskussionsbeitrag seitens der ÖVP geleistet. Er hat gesagt – was vom Standpunkt der ÖVP der Vorwurf ist –, daß es sich um eine vierte Phase der sozialistischen Budgetpolitik handelt, und diese vierte Phase wäre mit einer gewaltigen Belastung verbunden.

Das, Herr Kollege Graf, ist allerdings in Widerspruch dazu, daß diese Argumentation nicht erst jetzt von Ihnen verwendet wird, sondern von Ihren Rednern schon bei den Budgetdiskussionen vergangener Jahre verwendet wurde, aber damals wurde nicht „vierte Phase“ gesagt, hier aber verwenden Sie diese Argumentation.

Es wurde auch in Zwischenrufen die Behauptung aufgestellt, daß nun die Steuerbelastung die höchste geworden wäre, die es je gegeben hat. Das ist als einzig harter Kern Ihrer durch viele Jahre überzogenen Vorwürfe und Angriffe geblieben.

Ich habe mir aus diesem Grund die Mühe gemacht und habe mir aus einem Artikel der „Finanznachrichten“, den Professor Horst Knapp geschrieben hat, eine Tafel anfertigen lassen.

(*Abg. Graf: eine Knapp-Tafel!*) Ja, es ist eine Knapp-Tafel. (*Abg. Dr. Blenk: Sie lassen zeichnen, Herr Doktor?*) Ja, ich kann es nicht so schön.

Sehen Sie, und da haben Sie jetzt etwas vor Augen. (*Der Redner zeigt die Tafel vor.*) Hier haben Sie die Entwicklung der Staatseinnahmen, also der Einnahmen des Bundes von 1952 bis 1980 in Prozenten des Brutto-Inlands-Produktes. (*Abg. Graf: Bitte die Tafel auch dem Präsidenten zu zeigen! – Der Redner dreht die Tafel um.* – *Abg. Graf: Sehen Sie, das ist ein Service, Herr Präsident!*) Ich danke für den Hinweis.

Sie sehen dabei, daß sich der Anteil der Staatseinnahmen gegenwärtig bei 25,88 Prozent bewegt (*Abg. Anton Schlager: Das muß man schon in die Höhe heben! Ein bißchen höher!*) – gern, Kollege Schlager, Sie sehen es jetzt hoffentlich –, daß das aber schon einmal 26,36 Prozent waren. Wann denn? Im Jahr 1952, meine Damen und Herren! Im Jahre 1952, was war denn damals? Der Raab-Kamitz-Kurs! (*Abg. Peter: Herr Staatssekretär! Der Tull glaubt es Ihnen nicht!*) Der Raab-Kamitz-Kurs war das damals! (*Abg. Dr. Blenk: Wo lassen Sie rechnen, Herr Dr. Veselsky?*)

Herr Kollege! Dazu sagt Herr Professor Knapp – ich glaube, er ist mit Ihnen recht gut bekannt –:

„Entgegen der landläufigen Ansicht sind die Staatseinnahmen, gemessen am Bruttoinlandsprodukt ... unter Androsch noch immer niedriger als seinerzeit unter Kamitz (1952: 26,36 Prozent, 1979: 25,89 Prozent).“

Das, meine Damen und Herren, muß man hier sagen, hier zeigen, um einer Legendenbildung vorzubeugen und Ihnen vor Augen zu führen, daß Sie auch die letzte, wie Sie glauben, harte Position nicht aufrechterhalten können in Ihrer Kritik an der Budgetpolitik dieser Bundesregierung! (*Abg. Dr. Blenk: Sehr eindrucksvoll!*) Ich glaube schon, daß das sehr eindrucksvoll ist.

Wenn ich zurückgreife auf die frühere Zeit, gab es, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine ganze Reihe von Generalrednern und Wirtschaftssprechern, das war ein Karussell. Es begann 1970 bei Kollegen Graf, dann kam als Generalredner Dr. Koren, dann Dr. Taus, dann als Wirtschaftssprecher Dr. Keimel, dann als Generalredner wieder Dr. Lanner und jetzt wieder Kollege Graf.

Ich wende mich jetzt Ihnen zu, Kollege Graf, und möchte sagen: Ich bin wirklich sehr beeindruckt davon, wie realistischer, wie gemäßigter Sie heute hier gesprochen haben. Denn damals, im Jahre 1970, am 28. Oktober 1970, sagten Sie:

Dr. Veselsky

„Ein halbes Jahr sozialistischer Minderheitsregierung brachte den Österreichern die schon zitierte Teuerungswelle, gekoppelt, leider gekoppelt“ – sagten Sie – „mit inflationistischen Tendenzen und einer, ich fürchte fast, beginnenden Geldentwertung.“

Immer das gleiche: „Leider gekoppelt“. Es ist also immer dasselbe. – Aber es ist, wie wir wissen, ja Österreich heute sogar das preisstabilste Land der westlichen Welt geworden, meine Damen und Herren! Das ist übriggeblieben davon! *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Blenk: Wegen ein paar Positionen werden wir uns doch nicht streiten!)*

Und Sie sagten damals:

„Meine Damen und Herren! In dieser Situation legt die Regierung ein Budget vor, welches aus mehreren Gründen, jetzt schon erkennbar, als das schlechteste“ erscheint. *(Abg. Dr. Schimmer: Da hat er unrecht gehabt: Es ist noch schlechter geworden!)*

Meine Herrschaften! Das war die Einleitung einer Politik, die Österreich weitergebracht hat und zu einem Modellfall gemacht hat in der Welt! *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Blenk: Herr Dr. Veselsky! Ich möchte Sie warnen: Sie haben schon einmal durch Äußerungen den Kopf verloren!)*

Sie sagten damals:

„Von allen Ankündigungen der SPÖ blieb übrig das schriftliche Geständnis der Regierung, unfähig zu sein, eigene Versprechen zu erfüllen.“

Meine Damen und Herren! Das können Sie heute alles nicht mehr sagen. Sie haben es nicht gesagt, Sie haben eine realistische Rede gehalten, und ich möchte Ihnen dafür sagen: Meine Anerkennung ist Ihnen dafür sicher. *(Abg. Dr. Blenk: Sehr viel wert!)* Denn damals sagten Sie noch, das Budget wäre eine Karre ohne Räder.

Aber ich darf anknüpfen bei dem, was Sie damals, 1970, auch sagten. Damals sagten Sie:

„Die SPÖ ist die bessere Partei für schlechtere Zeiten.“ Diese schlechteren Zeiten, Herr Bundeskanzler, liefern Sie der Bevölkerung nun taxfrei ins Haus.“

Bitte nehmen Sie diese Zeiten, wie sie geworden sind. Sie sind zum Modell Österreich geworden. Sie sind zu einem Modell geworden, bei dem wir das größte Wachstum in Europa haben, bei dem wir – nach Japan – seit 1970 das stärkste Wirtschaftswachstum pro Kopf der Bevölkerung in der westlichen Welt haben, indem wir das preisstabilste Land geworden sind und indem wir die Vollbeschäftigung in

einem Maße gewahrt haben, wie das nirgends anders der Fall ist. Die Einkommensverteilung ist, glaube ich, bei uns auch eine viel gleichmäßigere als anderswo.

Sehen Sie, meine Damen und Herren: Das, das sind jetzt die schlechteren Zeiten, die gekommen sind! *(Präsident Thahammer übernimmt den Vorsitz.)*

Und ich darf sagen: Was nachher gekommen ist an Vorwürfen, das war mit dem Namen des Dr. Koren sehr eng verbunden. Er entpuppte sich ja zur Cassandra vom Dienst. Er sagte uns damals auch:

„Seit mehr als einem halben Jahr wird Österreich nicht mit Verantwortungsbewußtsein regiert“ – so früh ist er damals schon draufgekommen –, „sondern mit Beschäftigungstherapie manipuliert. Waren es am Anfang noch – manchmal die Grenze des Lächerlichen streifende – Fragen, mit denen Sie“ – er wandte sich an den Kanzler – „Popularität zu gewinnen oder zu halten suchten, so konnte man dafür vielleicht noch Verständnis aufbringen. In der Folge haben Sie aber einen Prozeß der Verunsicherung eingeleitet und eskaliert. Eine Politik halber Wahrheiten, dunkler Andeutungen, mißverständlicher Begriffe. Kurzum: eine nebulöse Politik. Wobei wir uns keinen Täuschungen hingeben: Sie, Herr Bundeskanzler, wissen ganz genau, welchen Weg Sie gehen wollen. Nur die Österreicher wollen Sie heute noch nicht ganz genau wissen lassen, welches dieser Weg sein wird.“

Meine Damen und Herren! Es war der österreichische Weg, und die Österreicher haben uns dafür am 6. Mai neuerlich das Vertrauen ausgesprochen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie unterstellten damals, daß selbstverständlich auf die Dauer nicht darauf verzichtet werden wird, eigentumsfeindliche Pläne in die Tat umzusetzen, eine zentrale Lenkung der privaten Investitionen einzuführen, leistungshemmende Pläne der totalen Kreditkontrolle in die Tat umzusetzen. – Ein düsteres Bild. Was ist von dem Wirklichkeit geworden? – Nichts.

Sie haben damals gesagt, wir hätten nichts gegen die Inflation getan, wir hätten die Teuerung verstärkt und Belastungen eingeleitet. Und sehen Sie, jetzt bin ich bei diesem Punkt: Herr Kollege Graf, Sie haben von all dem den Vorwurf der Belastung aufrechterhalten. Ich nehme nämlich die Argumente anderer nicht ganz so ernst, weil sie nicht ganz so fundiert waren, Herr Kollege! *(Abg. Graf: Da kränken Sie mich aber jetzt schon wieder!)*

Ich würde sagen, daß damals schon der Vorwurf der Belastung gekommen ist. Das ist

Dr. Veselsky

also heute nichts Neues, was Sie da feststellen, sondern das ist der Vorwurf, der immer besteht, aber der sich ad absurdum führen läßt durch diese Kurve, die nicht von mir errechnet ist, sondern vom Professor Knapp. Ich habe mir erlaubt, sie Ihnen hier vorzuführen.

Ich möchte überhaupt sagen, meine Damen und Herren: Wenn man die Protokolle der „10 Jahre-Budgetdebatte“ noch einmal durchschaut – und das sollte jeder von uns vielleicht einmal tun –, dann stellt man fest, daß es in all den Jahren auf Seite der ÖVP nur drei Redner gegeben hat, die sich mit dem gesamten Zahlenwerk auseinandergesetzt haben: das war Dr. Koren, das war Dr. Taus, und das ist Ihr neuer alter Wirtschaftssprecher, der Kollege Graf. Die anderen, die Generalredner, die Wirtschaftssprecher aber haben niemals – niemals! – den Versuch unternommen, sich überhaupt mit dem Zahlenwerk auseinanderzusetzen. (*Abg. Dr. Blenk: Außer Ihnen gibt es keinen gescheiten Menschen in dem Haus, das wissen wir schon längst!*) Ja, ein bißchen fleissiger sollte die Opposition vielleicht sein, dann würde sie die Realität früher erkennen, und dann müßtet ihr nicht immer mit der Nase vom Wähler auf diese Realität gestossen werden, meine Damen und Herren! Dann würde es Ihnen nicht passieren, daß Sie immer wieder sagen, wie schon im Jahr 1975: Das ist das letzte Budget, daß Sie nicht sagen wie im Jahre 1978: das ist das letzte Budget dieser Regierung, daß Sie nicht sagen, wie das durch Dr. Taus geschehen ist: noch in diesem Jahr werden wir hunderttausend Arbeitslose im Winter zählen, eine Horrorzahl, die Sie niemals für möglich gehalten haben. Das wird Ihnen dann nicht passieren, und dann werden Sie auch nicht von Hausnummernbudgets reden, weil dann würden Sie zum Beispiel jetzt mit mir auch vielleicht kontrolliert haben, wie realistisch die Einnahmenschätzung ist. (*Abg. Dr. Blenk: Zehn Jahre war sie es sicher nicht!*) Ich weiß, daß man sich ein bißchen hinsetzen, muß man rechnen und muß sich auch überlegen, was ist heuer an Steuern gekommen, und dann würden Sie wissen, daß diese Einnahmenschätzung eine sehr realistische ist. Sie würden also daraufkommen, und das würde sich mit dem Urteil der Experten des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung decken.

Und dann würden Sie nicht sagen, wie das noch 1976 geschehen ist, und zwar von Dr. Mock: Die Kennmarken dieser Budgetpolitik, die Kennziffern wären Inflation, Staatsverschuldung und Budgetdefizit. 1976, meine Damen und Herren, als wir um die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung gerade mit dem Instrument der Staatsverschuldung erfolgreich kämpften! Und ich glaube sagen zu dürfen: bewundert auch vom Ausland.

Ich glaube, meine Damen und Herren, wenn wir also Bilanz der zehnjährigen Diskussion ziehen, so kontrastiert sie zu dem in diesen zehn Jahren für Österreich und seine Bevölkerung Erreichten. Bitte, ich will jetzt nicht Regierungsmaterial zu Hilfe nehmen, um vielleicht Ihre Erinnerung aufzufrischen. Ich nehme ausländische Presseberichte, ich nehme die „Neue Zürcher Zeitung“ vom 21. 7. dieses Jahres. Da steht: „Österreich mit Europas geringster Inflationsrate, Schweiz auf Platz zwei verdrängt“. – Das sagt nicht eine österreichische Zeitung, das sagt nicht die Regierung, das sagt nicht ein Sprecher von uns, sondern das schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“, also eine Schweizer Zeitung, eine der angesehensten, die es überhaupt gibt. (*Abg. Dr. Blenk: Das hat sich inzwischen wieder geändert!*) Ja, es ändert sich von Monat zu Monat. Aber wir sind zurzeit die Preisstabilisten, und wir werden hart kämpfen, um diese Position zu halten, und es wird gar nicht leicht sein, Herr Kollege.

Die „Financial Times“ schreibt über Österreich:

„Im Vordergrund steht noch immer das Lob des ‚österreichischen Modells‘, das dem Land wachsenden Wohlstand gebracht“ hat. Meine Damen und Herren, das zur Erinnerung.

Die deutsche „Zeit“ schreibt am 4. Mai 1979: „Wunderwaffe gegen Arbeitslosigkeit“.

Ich zitiere die „Wirtschaftswoche“ vom 21. 5. 1979:

„Österreich: Große Erfolge des kleinen Nachbarn. Die österreichische Konjunkturerholung nimmt immer klarere Formen an. Seit Jahresbeginn mehrten sich die positiven Signale: Die 1978 eingeleiteten Programme zur selektiven Förderung der Investitionen zeigen erste greifbare Erfolge.“

Strukturpolitische Erfolge! – Hier haben wir von einem Ihrer Sprecher gehört, daß wir darauf verzichten hätten sollen, beispielsweise General Motors nach Österreich zu bringen. Das gehört aber alles mit zu diesen Maßnahmen, die da gesetzt wurden. Das Ausland bestätigt, daß unsere selektiven Förderungsmaßnahmen greifen, meine Damen und Herren! Nur zu Ihrer Kenntnis, daß Sie das auch nicht zu lange übersehen.

Sie haben in der „Washington Post“ die Feststellung, Wassily Leontief, immerhin jener große Theoretiker, der die Input-Output Analyse entwickelt hat, hätte vor dem Gemeinsamen Wirtschaftsausschuß des amerikanischen Kongresses die Bundesrepublik Deutschland und Österreich als beispielhaft für ihre Politik gelobt, hohe Beschäftigung bei geringen Preiserhöhungen zu erzielen.

Dr. Veselsky

Meine Damen und Herren! Die „Süddeutsche Zeitung“ vom 30. Juli schreibt: „Österreichs Wachstum hat sich gefestigt.“ „Rekordzuwächse waren im Außenhandel zu verzeichnen.“

Und etwas vielleicht noch Interessanteres, auch aus der „Süddeutschen Zeitung“ vom 20. 10., also vor kurzem festgestellt:

„Dieses wirtschaftspolitische Phänomen harter Wechselkurs des Schilling und Vollbeschäftigung“ wäre durch eine „Entkoppelung von Gütermarkt und Arbeitsmarkt“ herbeigeführt worden.

Ferner: „Der bereits als ‚Austro-Keynesianismus‘ mit einem Schlagwort bedachte wirtschaftspolitische Kurs sei jedoch von anderen Ländern kaum nachzuvollziehen. Das relativ kleine Österreich mit einer überschaubaren Industrie und dem starken Einfluß einer verantwortungsvollen Gewerkschaft sind dafür ebenso typisch wie der höhere Anteil der verstaatlichten Industrie.“

Ein weiterer Grund für die günstige Lage der Wirtschaft unseres Nachbarlandes ist in der Tatsache zu sehen, daß hier früher als in anderen europäischen Ländern Gas gegeben worden ist und erst später als in den anderen Ländern auf die Bremse getreten wurde.“

Meine Damen und Herren von der großen Opposition, lesen Sie die „Süddeutsche Zeitung“ vom 20. 10. 1979 nach, Sie werden das dort finden.

Ich nehme das „Handelsblatt“ vom 21. 9. 1979, dort heißt es: „Wien geht mit Pluspunkten in die kommenden Runden. An erster Stelle, was die stabile Wirtschaftsentwicklung anbelangt (3,4 Prozent Preissteigerungen) und was das Wirtschaftswachstum betrifft (+4,5 Prozent)“ – in Wirklichkeit sind es schon 5 Prozent – „und an zweiter (hinter der Schweiz) in puncto Beschäftigung (1,2 Prozent Arbeitslose) machte Österreich unter den zehn wichtigsten OECD-Mitgliedern im ersten Halbjahr 1979 das Rennen.“

Ich darf Ihnen noch die „Frankfurter Allgemeine“ vom 30. Juli zitieren: „Österreich sonnt sich im Konjunktursommer. ‚Derzeit geht es in Österreich wie in einem schönen Märchen zu‘, sagte kürzlich Professor Hans Seidel, der Leiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung und der amtliche Konjunkturprognostiker Österreichs, als er recht zufrieden die österreichische Wirtschaftslage beurteilte.“

Österreich ist gegenwärtig, was die Preisentwicklung anbetrifft, das stabilste Land unter den europäischen OECD-Mitgliedern. Seit April sind die österreichischen Inflationsraten niedriger als die in der Bundesrepublik und seit Juni sogar niedriger als in der Schweiz.“

Meine Damen und Herren! Ich habe kein Problem gehabt, so viele Zitate zusammenzubringen, sondern ich habe das Problem gehabt, aus noch mehr Zitaten so wenige auszuwählen, weil es möglich wäre, das noch lange, lange fortzusetzen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich darf Ihnen sagen, daß das Ausland auf Grund all dessen behauptet: Österreich hat zu sich gefunden. Österreich hat im Lichte der Meinungsbefragungen zu sich gefunden. Es gab einmal eine Zeit, da waren die Österreicher nicht selbstbewußt, da schauten sie über die Grenzen in die Bundesrepublik und bewunderten alles, was es dort gab. Sie dachten: Wenn es uns auch nur einmal ähnlich gut gehen würde! Heute antworten die Österreicher auf die Frage: Sollen wir uns vom Ausland etwas abschauen?, mit „eher nein“. Soll sich das Ausland anschauen, was bei uns geschieht? Darauf wird geantwortet mit „eher ja“. Da hat sich viel getan. Sehr großes Selbstbewußtsein ist entstanden. Auch das Ausland kommentiert das: Österreich hat zu sich gefunden!

Das ist das Ergebnis des österreichischen Weges, meine Damen und Herren von der ÖVP, und dieser österreichische Weg hat uns für das Jahr 1980 in eine Startposition gebracht, die günstig ist. Und diese Startposition wird durch dieses Budget unseres Vizekanzlers der sozialistischen Bundesregierung gefestigt.

Ich darf sagen: Was vor uns steht, ist nicht ganz leicht. Da bin ich schon wieder mit einigen Ihrer Sprecher einer Meinung, die sagten, es sei nicht ganz so rosig, was da auf uns zukäme, da gebe es Gefahren. Professor Seidel hat davor gewarnt, daß wir vielleicht wieder Probleme mit verschiedenen wichtigen wirtschaftspolitischen Eckmarken und Zielen bekommen könnten. Ich glaube, das ist richtig.

Es ist richtig, zu sagen: In der westlichen Welt gehen die Dinge drunter und drüber. Wir haben eine sehr hohe Inflationsrate, nämlich bei zehn Prozent im Schnitt der westlichen Länder. Wir haben eine hohe Arbeitslosenrate von 5,5 Prozent im Schnitt der westlichen Länder. Wir haben Energieengpässe vor Augen, und all das kann sich auf Österreich gewaltig auswirken.

Wir brauchen ja in Zukunft allein ein Prozent Wachstum pro Jahr, um die zusätzlichen Arbeitskräfte unterzubringen, die aus den Schulen auf den Arbeitsmarkt kommen. Wir müssen daher viele, viele Zigtausende Arbeitsplätze schaffen, und zwar jährlich schaffen, meine Damen und Herren.

Wir müssen wettbewerbsfähig bleiben, und hier richte ich ein Wort an die Adresse der Wirtschaft. Bitte verstehen Sie „Wirtschaft“ unter Anführungszeichen, denn die Wirtschaft

Dr. Veselsky

sind wir alle, nicht nur die Unternehmer und Unternehmervertreter, sondern auch die Arbeitnehmer und Konsumenten. Bei der Stücklohnkostenbelastung der österreichischen Wirtschaft wird von seiten der Unternehmer beklagt, sie wäre so gestiegen. Nun, diese Stücklohnkostenbelastung ist aber in den letzten zwei Jahren im internationalen Vergleich geringer geworden. Was heißt das? – Die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft ist gestiegen. Was heißt das? Wir haben damit eine Erklärung dafür, warum sich die Leistungsbilanz günstiger entwickelt, als wir vermuten bzw. befürchten mußten. Meine Damen und Herren, die Leistungsbilanzproblematik ist heuer geringer, als wir fürchten! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Für die Zukunft haben wir sicher nicht ausgesorgt. Aber – und hier begrüße ich das erste Drittel der Budgetrede des Finanzministers ganz besonders – wenn wir uns weiter zu einer zukunftsorientierten Strukturpolitik bekennen, wenn wir den Mut haben, auch an überkommenen Institutionen und Einrichtungen zu rütteln, um dem Fortschritt eine Gasse zu bahnen, dann werden wir sicher in der Lage sein, noch bessere und noch tragfähigere Strukturen zu schaffen, den Menschen noch mehr Möglichkeiten der Entfaltung zu bieten und noch mehr Sicherheit zu gewähren dafür, daß der Weg der Vollbeschäftigung, den wir eingeschlagen haben, auch fortgesetzt werden kann im Interesse aller österreichischen Menschen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Thalhammer**: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Ofner. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Ofner** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mein Vorredner Veselsky hat ein Prachtgemälde der wirtschaftlichen Situation Österreichs vor unseren Augen abrollen lassen. Er hat nur eines dabei geflissentlich übersehen, nämlich daß ein Gutteil der schönen Dinge, die er dargestellt hat, überhaupt nur dadurch zustande kommen hat können und weiter aufrechterhalten werden kann, daß die Staatsverschuldung ununterbrochen steigt, und zwar nicht wenig steigt, sondern ganz schön saftig: Allein im kommenden Jahr, um das es ja jetzt geht, um nicht weniger als 30 Milliarden Schilling. Er ist mir daher ein bißerl wie jemand vorgekommen, der sich dessen berühmt, wie gut es ihm zu Weihnachten geht, was er sich alles leisten kann, was er seiner Frau für einen schönen Pelzmantel gekauft hat und wie die Weihnachtsgans schön duftet und bruzzelt in der Pfanne, der aber verschweigt, daß er sich das Geld dafür zur Hälfte von seinem Nachbarn ausgeborgt hat.

Wenn er uns daher lange und mühselig zumindest die Überschriften aus einer Reihe von Gazetten vorgelesen hat, so glaube ich, daß er uns damit weniger davon überzeugen hat können, wie gut in Österreich gewirtschaftet werde, sondern daß ihm jedenfalls der Beweis gelungen ist, wie gut die Pressearbeit dieser Bundesregierung funktioniert. Das dürfte geglückt sein.

Meine Damen und Herren! Der Budgetentwurf ist der in Lettern gegossene politische Wille der Regierung für das nächste Jahr. Neben Details, die ganz interessant sind, kommt es daher vor allem wohl auf die Schwerpunkte an, die darin ausgewiesen sind und die wir auf den Seiten 29 und 30 nachlesen können.

Da lesen wir unter anderem, daß es um die Erhaltung der Vollbeschäftigung geht. Das bleibt die vorrangige Aufgabe. Gut, wenn auch die Vollbeschäftigung nicht so tadellos erfüllt und gegeben erscheint; darauf werde ich noch zu sprechen kommen.

Es geht um die Zukunft unserer demokratischen Ordnung, um die Schaffung ausreichender Bildungs- und Berufschancen für die Jugend. Auch gut.

Es geht ferner der Regierung bei diesem Budget darum, den Stabilitätserfolg zu verteidigen. Auch gut.

Es geht darum, die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft zu erhalten, und es geht darum, die Energieversorgung sicherzustellen.

Meine Damen und Herren! Das sind lauter wichtige und vornehme Aufgaben, deren sich die Bundesregierung unterzieht. Aber ein Wort sucht man vergeblich in den 67 Seiten der Budgetrede des Finanzministers, nämlich das Wort „Sparsamkeit“. Es ist doch bemerkenswert, wenn man in diesem umfassenden Bericht unter den Schwerpunkten, die alles Mögliche aufzählen, das Wort „Sparsamkeit“ gar nicht findet, und zwar trotz einer Zunahme der Nettoverschuldung um nicht weniger als 30 Milliarden Schilling. Man kann sich unwillkürlich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Gedanke an das Sparen dieser Regierung und diesem Finanzminister so fern liegt, daß er nicht einmal auf die Idee gekommen ist, ein Lippenbekenntnis zur Sparsamkeit abzugeben, daß er ganz darauf vergessen hat, das Wort „Sparsamkeit“ auch nur zu erwähnen.

Damit komme ich auch wieder zu den Staatssekretärinnen, mit denen wir uns gestern so ausreichend beschäftigt haben. Ich glaube, daß manches am Thema vorbeigeredet worden ist. Es mag egal oder zweitrangig sein, ob es sich bei den Neubestellten Staatssekretären um solche männlichen oder weiblichen Geschlechts

Dr. Ofner

gehandelt hat. Es mag auch gar nicht so von Bedeutung sein, ob jetzt ein paar Staatssekretäre mehr oder ein paar Staatssekretäre weniger beschäftigt werden, wenn sie nur tatsächlich ihrem Zweck entsprechend eingesetzt sind.

Nun, was ist der Zweck der Staatssekretäre? Wenn wir in der Verfassung nachlesen, dann stellen wir fest, daß es zwei Aufgabenbereiche gibt: die Unterstützung des Ministers bei der Amtsführung und die Vertretung des Ministers im Parlament.

Wenn wir uns etwas mit den Quellen beschäftigen, wenn wir der Sache nachgehen, was sich der Verfassungsgesetzgeber gedacht hat, als er die Einrichtung der Staatssekretäre normiert hat, müssen wir erkennen, daß das Hauptgewicht, daß die ursprüngliche Idee in der Vertretung des Ministers im Parlament gelegen ist, und das wird auch heute schön demonstriert, wenn Frau Staatssekretär Karl in Vertretung ihres Ministers hier vor uns sitzt.

Aber werden die Staatssekretäre, ob männlichen oder weiblichen Geschlechts, ob älter oder neu, tatsächlich diesen Intentionen des Verfassungsgesetzgebers gemäß eingesetzt? Ich behaupte: nein. Denn wenn man verfolgt, welche Kommentare aus allen politischen Lagern zu ihrer Bestellung gekommen sind, wenn man hört, wie die einzelnen Minister sie einsetzen möchten, dann erkennt man, daß es eine Palette von Absichten gibt, aber keine deckt sich mit der des Gesetzgebers.

Zunächst einmal soll es ein Zuckerl, wie ich glaube gar kein besonders wohlschmeckendes, für die Frauen sein, die eine Ministerin verloren haben und etwas abgegolten, abgefunden werden sollten. Darüber hinaus soll es wohl eine Art Belohnung für verdiente Parteifunktionärinnen sein, die da an den Tag gelegt wird. Und danach wohl die Möglichkeit, für den Einsatz an der Parteifront einige Damen zur Verfügung zu haben, die sich auf den klingenden Titel „Staatssekretär“ stützen können und die für die Sozialistische Partei vordergründig tätig sind im politischen Alltagskampf; also alles miteinander eigentlich nicht dem Zweck der Staatssekretäre entsprechend.

Und wenn es darum geht, was sie kosten, dann, glaube ich, kann man nicht mit der Milchmädchenrechnung mit den 21 Groschen anfangen, mit der uns der Herr Bundeskanzler hier im Hohen Haus gepflanzt hat. Man kann auch nicht damit beginnen, nur die Gehälter zusammenzuzählen, brutto mit allen Nebenauslagen und multipliziert mit der ganzen Legislaturperiode. Ein Staatssekretär, eine Staatssekretärin kostet ja wesentlich mehr, da hängt ja alles mögliche dran: ein Büro, die Schreibkräfte, ein

Auto, der Chauffeur, der dazugehört, die Reisen, die unternommen werden müssen, die Spesen, die man auszugeben hat. Das alles summiert sich ganz schön.

Und wenn man sich vor Augen hält, daß sie eben nicht zweckgemäß verwendet werden, wenn man sich ausmultipliziert, was sie kosten, dann erkennt man schon, daß ein Zusammenhang darin besteht, daß in diesem Budget das Wort Sparsamkeit praktisch überhaupt nicht vorkommt, schon gar nicht bei den Schwerpunkten, die der Finanzminister aufgezählt hat, daß man aber darüber hinaus in einem Aufwaschen mit der Vorlage des Budgetentwurfes gleich vier Staatssekretärinnen neu bestellt hat.

Gespart, meine Damen und Herren, wird im Zusammenhang mit dem Voranschlag für 1980 schon. Aber wo wird gespart? Wir lesen nach beim Zivilschutz, daß im Jahre 1978 für ganz Österreich die horrenden Summe von sechs Millionen Schilling ausgegeben worden ist. Tendenz fallend. 1979 waren es noch 5,6 Millionen, im kommenden Jahr werden es nur noch 5,5 Millionen Schilling sein. Das sind, wenn wir es ausmultiplizieren, pro Österreicher und Jahr etwas mehr als 70 Groschen, liebe Freunde!

Und das vergleichen wir bitte einmal mit den Leistungen, die die benachbarte Schweiz auf diesem Sektor erbringt. 70 Groschen pro Jahr und pro Österreicher!

Dann ist das Problem der wirtschaftlichen Landesverteidigung: Zuschüsse zur Bevorratung, also zur Vorratshaltung für den Krisenfall: 1 000 S sind vorgesehen für 1980. Entgelte im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Landesverteidigung an Einzelpersonen: für das ganze Jahr 1980 1 000 S. Und für Werkleistungen an Firmen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Landesverteidigung auch 1 000 S.

Man sieht, diese Regierung versteht schon zu sparen.

Wir fragen uns nur, meine Damen und Herren, ob wirklich diese wichtigen Sektoren die richtigen Gebiete sind, sie nur mit Erinnerungsposten im Budget zu versorgen.

Aber sie spart auch noch bei anderen Aufgaben, diese Regierung. Wir suchen vergeblich nach Mitteln für die Fortsetzung des Baues der Süd Autobahn. Wir haben schon der Regierungserklärung entnehmen müssen, daß gar nicht daran gedacht ist, sie dort fortzubauen, wo sie derzeit im Walde endet. Es ist bei der Nord-Süd-Verbindung ausdrücklich von der Mürz-Mur-Furche die Rede und nicht mehr vom Wechsel.

Wir vergönnen den Vorarlbergern die Rhein-

Dr. Ofner

tal Autobahn, wir vergönnen den Tirolern die Brenner Autobahn, wir vergönnen den Salzburgern und den Kärntnern die Tauern Autobahn und den Oberösterreichern und den Steirern die Pyhrn Autobahn.

Aber wir Niederösterreicher mit den Wienern, mit den Steirern und mit den Kärntnern, wir wollen endlich, daß die Süd Autobahn auch fertiggestellt wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sie spart schon, diese Regierung. Sie spart zum Beispiel, wenn es um den Ausbau der heimischen Energiequellen geht, wenn es um die Schaffung, um die Eröffnung von Alternativenergien geht. Es steht zwar in der Budgetrede nachzulesen, es wird vor allem um den Ausbau inländischer Energiequellen gehen, und es wird darum gehen, alternative Energiequellen zu entwickeln. Aber wenn man das Budget, den Entwurf durchleuchtet, muß man feststellen, daß versucht wird, mit völlig unzureichenden Mitteln hier auszukommen.

Und ich frage mich: Wo bleibt endlich die rückhaltlose Nützung der inländischen Kohle? Wo bleibt endlich die Ausnützung der Biomasse, die uns in so ungeheurer Menge zur Verfügung steht, deren Verfeuerung für Energiezwecke durchaus geeignet erscheint, der Landwirtschaft ganz neue Einnahmequellen beträchtlichen Ausmaßes zu sichern? Wo finden alle diese Notwendigkeiten in diesem Budget ihren Niederschlag?

Und wenn zu lesen ist: „Die Bundesregierung bemüht sich in ihrer Familienpolitik besonders um die sozial schwächeren und kinderreichen Familien“, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, meine Damen und Herren, daß es eine dezidierte Familienpolitik dieser Regierung überhaupt nicht gibt. Denn es ist keineswegs Familienpolitik, wenn wir auf Seite 52 der Rede des Finanzministers folgenden Passus lesen müssen: „Erhielt ein Alleinverdiener mit einem durchschnittlichen Einkommen und zwei schulpflichtigen Kindern im Jahr 1970 monatliche Leistungen des Bundes von 883 S, so erhält die gleiche Familie heute 2 342 S oder 165 Prozent mehr. Das ist eine Verbesserung des Jahreseinkommens um netto 28 000 S. An Lohnsteuer zahlt ein Durchschnittsverdiener in diesem Zeitraum rund 26 470 S.“

Meine Damen und Herren! Man nimmt ihn also mit der einen Hand nahezu auf den Schilling genau die Summe aus der Tasche, die man ihm dann mit der anderen Hand und in der Erwartung, daß er danke sagt und gerührt ist ob dieser guten Leistung, die ihm zukommt, wieder hineinsteckt. Das ist nicht Familienpolitik, das ist Bevormundung, das ist die Schaffung von

Abhängigkeitsverhältnissen zum Steuerzahler und zum Familienerhalter, so glauben wir.

Wenn es ferner heißt in der Rede des Finanzministers: „Niemand kann voraussehen, wie die Arbeitswelt unserer Kinder beschaffen sein wird“, so mag schon stimmen, daß man es nicht im Detail voraussehen kann. Aber eines kann man mit Sicherheit sagen: Sie wird miserabel aussehen! Miserabel deshalb, weil die Zahl der Lebendgeborenen in unserem Lande radikal sinkt. Waren es im Jahr 1963 noch 134 000 Lebendgeborene, 1964 133 000, 1965 129 000, 1966 128 000 – also immer steil bergab –, 1967 127 000, 1968 126 000, 1969 121 000, und 1970, wobei ich das gar nicht dem Auftauchen der sozialistischen Alleinregierung zuschreiben möchte, diese Macht haben nicht einmal Sie, kommt ein steiler Abfall gleich um 10 000 auf 112 000. Und so geht es weiter. 1977 waren wir bei 85 000 Lebendgeborenen nur mehr im Jahr im Vergleich zu noch 134 000 14 Jahre vorher. Daraus können wir ablesen, daß die Situation sich katastrophal gestalten wird.

Ich möchte gar nicht wieder einmal die Milchmädchenrechnung aufmachen, wer wird einmal unsere Pensionen zahlen, obwohl auch da viel Wahres und Problematisches drinsteckt; aber ich wehre mich einfach dagegen, einem Volk anzugehören, von dem der objektive Beobachter sagen kann, daß es an Volumen immer mehr schrumpft und sich auf einem Weg ohne Kinder, ohne Jugend und damit ohne Zukunft befindet. Ich glaube, daß wir sagen müssen, daß eine Regierung, die bei einer solchen Entwicklung zuschaut, ohne ernsthafte und vor allem greifende wirksame Maßnahmen zu setzen, sich mitschuldig macht an einer solchen Entwicklung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Es hält sich die Regierung soviel zugute, daß es ihr gelungen sei, die Vollbeschäftigung sicherzustellen. Aber wie schaut es mit der Statistik in dieser Richtung tatsächlich aus? Wie sieht es aus, wenn wir uns vor Augen halten, wer in diese Statistiken nicht Aufnahme finden kann? Das sind einmal alle diejenigen, die noch niemals in den Arbeitsprozeß eingegliedert gewesen sind, das sind die Schulentlassenen, die fallen bei der Statistik einfach durch, die kann man nirgends finden.

Weiters sind es die Mütter, die nach der Geburt von Kindern sich auf Karenzurlaub oder ähnlichen Begebenheiten befunden haben. Auch die, wenn sie dann Arbeit suchen, finden in die Statistik keinen Eingang mehr. Dann ist es so, daß die Zahlen überhaupt nur nach Ländern zu erheben sind und nicht nach den Notstandsgebieten, die es in den einzelnen Ländern bezirksweise gibt, im westlichen Bundesgebiet, etwa im Lungau, genauso wie vor allem im

Dr. Öfner

östlichen, in den Randbezirken des Wald- und Weinviertels.

Und wenn wir uns ferner vor Augen halten, daß es bei den Prozentzahlen der Arbeitslosen immer den Vergleich zur Volkszählung 1971 gibt, also zu einer Zahl der Bevölkerung, die nahezu ein Jahrzehnt zurückliegt, dann sieht man, daß auch da gewollt oder ungewollt gewaltig geschmeichelt wird. Es ist sicher so, daß keine bedrohliche Arbeitslosigkeit gegeben ist, aber die Arbeitslosigkeit in einzelnen Gegenden, in einzelnen Grenzregionen hat durchaus Ausmaße angenommen, die bedenklich erscheinen.

Wenn vor einigen Wochen ein Arzt aus dem Bezirk Gmünd, aus einer Stadt des Bezirkes Gmünd, mit mir gesprochen und mir erklärt hat, daß an einem Nachmittag 15 Mütter mit kleinen Kindern in seiner Ordination gewesen seien und daß von diesen 15 Müttern 14 Gatten arbeitslos seien, also 14 Väter von kleinen Kindern, die in die Ordination eines einzigen Arztes im Grenzbezirk kommen, dann sprechen diese Zahlen wohl eine deutliche Sprache.

Ich frage mich, ob die Entwicklung von Großprojekten, wie General Motors, die optisch sehr eindrucksvoll erscheinen mögen, von denen aber noch niemand weiß, ob sie tatsächlich so einschlagen werden, wie wir es alle erhoffen, ob wirklich die Förderung dieser Projekte mit so viel Geld, mit einer Million Schilling pro Arbeitsplatz, das Richtige und das am besten Zielführende ist, ob es nicht sinnvoller erschiene, dem Umstand Rechnung zu tragen, daß sich am stabilsten, am krisensicheren immer noch die heimische Klein- und Mittelbetriebswirtschaft erwiesen hat, und ob man nicht dem Umstand, daß dieser Klein- und Mittelbetriebswirtschaft mit einem viel geringeren Betrag geholfen gewesen wäre, als in dieses Motorenwerk gesteckt wird, Rechnung tragen hätte sollen. Wenn man die Fachleute dazu hört, daß etwa drei bis viermal so viele Arbeitsplätze hätten geschaffen werden können wie bei General Motors, dann fragt man sich, ob tatsächlich der richtige Weg bei der Förderung dieser Großprojekte gegangen wird.

Was lesen wir noch in der Budgetrede des Finanzministers? – Wir lesen unter anderem, daß als Wertvorstellung – als einzige offenbar – herangezogen wird, daß drei Viertel der österreichischen Bevölkerung ein Sparbuch besitze, fast jeder einen Fernsehapparat, etwa jeder Dritte ein Telefon, und daß es zwei Millionen Pkw in Österreich gebe.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren, ist das wirklich alles? Kommt es wirklich auf nichts anderes an als darauf, wie viele Fernsehappa-

rate und wie viele Autos es in Österreich gibt? Vergessen wir über diese fragwürdigen Parameter nicht, daß es um die Erfüllung des Lebens des einzelnen geht und das Glück auch in den Familien, um das strahlende Lächeln in den Augen der Kinder?

Ich lese beim Herrn Finanzminister nach in seiner Budgetrede, Seite 16: „Die Geschichte lehrt, daß komplexe wechselseitige Beziehungen zwischen Wertvorstellungen, gesellschaftlichen Strukturen und wirtschaftlicher Entwicklung bestehen.“ Das ist sicher richtig, aber gerade im Hinblick auf diese Komplexität stelle ich die Frage – und ich glaube, wir alle sollten darüber nachdenken –, ob wir uns mit unseren Wertvorstellungen oder mit den Wertvorstellungen, die die Regierung normiert oder normieren möchte, nicht doch auf dem vollkommen falschen Weg befinden, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Thalhammer: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Schwimmer. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Schwimmer** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Dem Altstaatssekretär Veselsky ist es glücklich gelungen, fast alle Zuhörer links und rechts – auch auf der linken Seite – aus dem Saal zu vertreiben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Es haben also nicht einmal die sozialistischen Abgeordneten allzu viel Interesse für seine Tabelle mit dem Vergleich von Äpfel und Birnen und den Staatseinnahmen in der Zeit des Wiederaufbaues und den Staatseinnahmen heute gezeigt.

Ein einziges ist vielleicht hängengeblieben aus der ganzen Menge von Zeitungszitaten des Herrn Veselsky, der sich vorher darüber beklagt hat, daß sich andere Redner zuwenig mit den Budgetzahlen beschäftigen würden, und dann mehr als die Hälfte seiner Redezeit dazu verwendet hat, um aus ausländischen Zeitungen vorzulesen. Was das für eine Budgetrede gewesen sein soll, weiß ich nicht. Eines ist hängengeblieben: das Lob des Herrn Veselsky für die Zeit nach seinem Ausscheiden aus dem Amt des Staatssekretärs. Veselsky ist offensichtlich der Meinung, seit er dort weg ist, geht es besser.

Aber ich hätte gerne von Herrn Veselsky als einem der Hauptredner gehört – der zwar nicht am Anfang reden darf, da kommt der Herr Tull –, wo denn Einsparungen in diesem angeblichen Sanierungsbudget vorhanden sind, wo eingespart wird. Er hätte ja etwas dazu sagen können und nicht bloß ausländische Zeitungen zitieren. Er hätte reden können, was ja seinerzeit auch einmal seine Aufgabe gewesen ist, als Staatsse-

Dr. Schwimmer

kretär damals – Altstaatssekretär ist er heute –, von der Eindämmung der Verwaltungsaufblähung und der Durchführung einer echten Verwaltungsreform, um einzusparen. Da gibt es aber anscheinend nichts in dem Budget, wovon er hätte sprechen können.

Ich hätte gerne von Herrn Veselsky zur Verteidigung des Budgets gehört, wo die kostspielige Schulbuchaktion jetzt endlich verbilligt wird. Da hat er nichts dazu sagen können. Da gibt es nichts.

Ich hätte gerne von Herrn Veselsky gehört, wo das horrendes Bundesbahndefizit, der große Zuschuß abgebaut wird. Da gibt es nichts zu sagen, davon hat er nicht gesprochen.

Aber ich muß jetzt leider auf Einsparungen in diesem Budget zu sprechen kommen, von denen die sozialistischen Redner lieber nicht reden. Eingespart wird ohne Zweifel bei Investitionen. Während wir 1970 noch 9,1 Prozent der Staatsausgaben für Investitionen hatten, sind diese Ausgaben jetzt unter 8 Prozent gesunken. Das entlarvt doch zugleich die große Ausrede von der angeblichen Arbeitsplatzsicherung durch das Budget schlicht und einfach als unwahr. Das wird einfach Lügen gestraft. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und das sollte man auch dem Herrn Czettel sagen, der sich hier angemaßt hat, für alle Gewerkschafter zu sprechen und diese schlechte Wirtschaftspolitik namens aller Gewerkschafter zu begrüßen.

Erstens, meine Herren von der linken Seite, Sie wissen ja selber ganz genau, von den Mitgliedern des Österreichischen Gewerkschaftsbundes sind weniger als die Hälfte Mitglied der Fraktion sozialistischer Gewerkschafter. Ich maße mir nicht an, für alle nichtsozialistischen Gewerkschafter im ÖGB zu sprechen, ich maße mir nicht an wie der Herr Czettel, die zu vereinnahmen, aber die haben auch ein Recht darauf, daß nicht der Herr Czettel als sozialistischer Abgeordneter sich plötzlich anmaßen kann, für sämtliche Gewerkschafter zu sprechen und eine schlechte Politik zu begrüßen, es zu begrüßen, wenn es relativ weniger Investitionen gibt, daß das plötzlich die Arbeitsplatzsicherung wäre.

Mehr Geld geben wir doch für Schuldenrückzahlung, für Zinsen, für Tilgung aus.

Mit dem Schuldenmachen kann man unter Umständen in krisenhaften Situationen durchaus Arbeitsplätze sichern, wenn zuwenig Staatseinnahmen da sind, man Geld aufnehmen muß und das dann richtig einsetzt, kann das sicher Arbeitsplatzsicherung sein. Aber mit dem Schuldenrückzahlen, mit dem Zinsenzahlen kann

man garantiert keinen einzigen Arbeitsplatz sichern! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber genau das hat Herr Czettel namens aller Gewerkschafter begrüßt. Herr Czettel hat ja als Gewerkschafter, als den er sich dauernd hier bezeichnet hat, neue Steuererhöhungen angekündigt, indem er davon gesprochen hat, wo man neue Einnahmen finden und flüssigmachen muß. So ein Gewerkschafter wie Herr Czettel, der sich hierherstellt, um als Gewerkschafter neue Steuererhöhungen anzukündigen, möchte ich wirklich nicht sein.

Aber als langjähriger Gewerkschafter möchte ich nicht anstehen, mich bei jenen zu bedanken, wo in den letzten Jahren die Arbeitsplätze wirklich gesichert worden sind, nämlich bei den Unternehmern und Mitarbeitern in den vielen Zehntausenden kleinen und mittleren Betrieben in Österreich, denen es der Staat sehr schwergemacht hat, die Arbeitsplätze zu sichern.

Wo wird außer bei den Investitionen noch eingespart? Sie sparen ein bei der Sparförderung. Davon ist schon einiges gesagt worden. Davon reden Sie ja lieber nicht, wenn Sie da am Pult stehen, da liest man lieber aus der „Neuen Zürcher“, aus der „Financial Times“ und sonst aus irgendwelchen ausländischen Zeitungen vor, möglichst viel vorlesen, daß keiner mehr zuhört, daß auch die eigenen Fraktionskollegen hinausgehen, wie beim Herrn Veselsky, nur um nicht von den erwähnten Einsparungen reden zu müssen.

Und Sie sparen vor allem – das ist der große Brocken der Einsparungen – im Sozialbereich ein.

Ich glaube, daß Einsparungen beim Budget, Einsparungen in der Budgetpolitik der SPÖ-Regierung notwendig sind. Wo aber Sie die Einsparungen vornehmen, wird am falschen Platz gespart! Das sind Einsparungen, die uns allen leider noch sehr teuer kommen werden.

Die wichtigste Sozialausgabe im Budget ist ohne Zweifel jener Beitrag, durch den der Bund die Auszahlung der Pensionen garantieren soll. Der Finanzminister spricht jetzt gerne vom „Solidaritätsbeitrag“, wenn er von diesem Bundeszuschuß zur Pensionsversicherung redet.

Ich greife den Begriff des Solidaritätsbeitrages in diesem Zusammenhang gerne auf. Dieser Bundes- oder Solidaritätsbeitrag zur Pensionsversicherung wird im Budget 1980 15,9 Milliarden Schilling ausmachen. Dazu einige Vergleiche: Es ist auch in absoluten Zahlen – also nicht nur prozentuell, nicht nur relativ, kein Äpfel- und Birnen-Vergleich, wie ihn Herr Veselsky hier mit seinem Plakat vornahm – ausgedrückt der Bundes- oder Solidaritätsbei-

Dr. Schwimmer

trag, wenn Sie der Diktion des Finanzministers folgen, geringer als im Jahre 1975. Der Bund gibt in absoluten Zahlen weniger Geld her als 1975, obwohl die Budgetausgaben um mehr als 100 Milliarden Schilling gegenüber 1975 gestiegen sind. Das heißt: Unter diesen 100 Milliarden Schilling Mehrausgaben haben Sie keinen einzigen Groschen für die Pensionen, haben Sie keinen einzigen Groschen für die Solidarität mit der älteren Generation.

Ein weiterer Vergleich: In der Zeit der ÖVP-Alleinregierung haben Sie dauernd „Sozialstopp“ und ähnliche Worte geschrien. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Rentenklau!*) Rentenklau. Ein ganzes Packel habe ich allein an Zeitungsausschnitten aus dem Wahlkampf 1970. All das zeigt, was Sie da versprochen haben, was alles Sie der ÖVP vorgehalten, vorgeworfen haben.

In der Zeit der ÖVP-Alleinregierung hat der Anteil des Bundeszuschusses zur Pensionsversicherung 8 Prozent der Budgetausgaben ausgemacht. Unter der SPÖ-Regierung macht er nur mehr 5 Prozent aus. Das heißt: Sie haben von Ihren gesamten Staatsausgaben nur mehr 5 Prozent für die Solidarität mit der älteren Generation übrig, während es bei uns eine Selbstverständlichkeit war, die im Pensionsanpassungsgesetz vorgesehenen Finanzierungsmaßnahmen für die Pensionsversicherung durchzuführen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ein dritter Vergleichsmaßstab, den Sie sehr leicht nachrechnen können: Als über die Pensionsdynamik verhandelt wurde, hat die SPÖ, ganz massiv unterstützt – denn wenn es ums Fordern gegangen ist, haben sich die sozialistischen Gewerkschafter ganz anders benommen als heute – vom damaligen sozialpolitischen Referenten des ÖGB – dieser Mann ist heute Sozialminister und heißt Weißenberg – 33⅓ Prozent Bundeszuschuß zur Pensionsversicherung verlangt. Sie verlangten, daß ein Drittel der Ausgaben der Pensionsversicherung vom Staat getragen wird.

Sie können dann in den entsprechenden Unterlagen nachlesen, wieviel Prozent von den ÖVP-Finanzministern zu den Pensionsausgaben in den vier Jahren der ÖVP-Alleinregierung beigetragen worden ist. Das bewegt sich – ein bißchen unterschiedlich – zwischen 32,3 und 33,7 Prozent, also doch mehr, als Weißenberg damals verlangt hat.

Jetzt frage ich Sie: Wie hoch, glauben Sie, ist der Anteil am Pensionsaufwand heute durch den Bundeszuschuß, durch den „Solidaritätsbeitrag“, wie der Herr Finanzminister dauernd sagt? Er wird 1980 17 Prozent ausmachen. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Die Hälfte!*) Das heißt: Sie

haben die Solidarität mit der älteren Generation in Wahrheit halbiert. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich kann es daher nur als Hohn auffassen, wenn der Herr Finanzminister in der Budgetrede gesagt hat: Die Zielsetzung bleibt dabei unverändert: Sichere Pensionen und steigenden Wohlstand für unsere Rentner und Pensionisten.

Mit halbierten Bundeszuschüssen, mit halbierten Solidaritätsleistungen wollen Sie von einer unveränderten Zielsetzung reden?

Wenn es garantierte Pensionen nach wie vor geben wird, dann schlicht und einfach nur deshalb, weil Sie die Versicherten mehr belasten, weil Sie noch einmal neue Sozialsteuern einführen, denn von Versicherungsbeiträgen kann man ja hier überhaupt nicht mehr reden. Der Zusatzbeitrag zur Pensionsversicherung, der ab 1980 allein 3 Prozent von jedem Arbeitnehmer Einkommen ausmachen wird, ist eine glatte Sozialsteuer und nichts anderes! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber bei der Beitragserhöhung um 1 Prozent bleibt es ja leider nicht. Es sind ja hinter diesem Budget noch ganz andere Maßnahmen verborgen, die sich im Sozialbereich abspielen und die man schlicht und einfach nur als „Sozialdemontage“ bezeichnen kann.

Da kommt zum Beispiel, daß ab 1980 die Krankenversicherungsträger alle Mittel für die Gesundenuntersuchungen nicht für die Gesundenuntersuchungen ausgeben dürfen, sondern an den Ausgleichsfonds für die Pensionsversicherung abliefern müssen. Nicht nur das: Sie müssen den Aufwand aus den Rücklagen decken und müssen an Rücklagen auch noch einmal 300 Millionen Schilling abliefern.

Das heißt: Es wird der Fonds, der für die Durchführung der Gesundenuntersuchungen gedacht war, um 300 Millionen Schilling enteignet. Das ist ein glatter Vertrauensbruch.

1972, als wir hier über die 29. ASVG-Novelle verhandelt haben, die sehr kontroversiell war, wo es harte Auseinandersetzungen gegeben hat, haben wir im Interesse einer guten und zukunftsweisenden Sozialpolitik Wert darauf gelegt, daß die Gesundenuntersuchungen in das Programm der Krankenversicherung aufgenommen werden, und haben trotz der harten politischen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der 29. ASVG-Novelle der Beitragserhöhung in der Krankenversicherung für die Zwecke der Gesundenuntersuchung unsere Zustimmung gegeben.

Da ist für jeden Österreicher der Krankenversicherungsbeitrag um 0,2 Prozent erhöht worden. Aber wir haben damals geglaubt – und das dürften auch die Österreicher glauben –, diese

Dr. Schwimmer

Beitragserhöhung diene einer guten Sache, diene einer echten sozialpolitischen Verbesserung, nämlich der Einführung der Gesundenuntersuchung.

Was machen Sie jetzt? Sie funktionieren diesen Beitrag, dem wir 1972 im guten Glauben unsere Zustimmung gegeben haben, auch in eine Sozialsteuer um. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das führt zu so absurden Ergebnissen, daß man zum Beispiel der einzigen Gebietskrankenkasse, wo die Gesundenuntersuchungen wirklich in einem großen Ausmaß in Anspruch genommen werden, weil man dort ein gutes System eingeführt hat, nämlich in Vorarlberg, und wo man die Mittel auch tatsächlich braucht, die man für die Gesundenuntersuchungen einnimmt, das Geld auf der einen Seite jetzt wegnimmt, während man dann auf der anderen Seite aus dem Ausgleichsfonds 30 Millionen Schilling wieder geben muß. Kommt Ihnen die Absurdität dieser Dinge nicht selbst zum Bewußtsein?

Und noch eine ganz gravierende Sozialdemontage findet statt. Sie enteignen auch die bäuerliche Krankenversicherung um 250 Millionen Schilling, und Sie enteignen die bäuerliche Unfallversicherung um 100 Millionen Schilling im nächsten Jahr.

Ganz besonders tragisch ist das im Falle der bäuerlichen Krankenversicherung, denn dort hat man danach getrachtet, in einer guten Selbstverwaltung Vorsorge dafür zu treffen, daß das Mutterschaftsgeld aus der Krankenversicherung eines Tages, möglichst früher als später, eingeführt werden soll.

Die bäuerlichen Mütter werden es nur als Hohn empfinden können, wenn der Herr Finanzminister dauernd von der Eigenvorsorge redet, hier dann eine gute demokratische Selbstverwaltung in Eigenvorsorge die Mittel bereit hält, um eine sozialpolitische Verbesserung einzuführen, und wegen Ihres schlechten Budgets werden diese Mittel jetzt kaltblütig enteignet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wenn man die Zahlen für den Kampf gegen die Armut, der nach wie vor angeblich laut Regierungsprogramm einen Schwerpunkt darstellen soll, im Budget ansieht, kann man nur mehr den Kopf schütteln. Die Ausgaben für die Ausgleichszulagen werden im nächsten Jahr um 2,4 Prozent steigen. Die Ausgaben des Gesamtbudgets steigen um 4,65 Prozent. Der Staatszuschuß zur Bundesbahn steigt um 3,83 Prozent. Das muß ich noch nachholen, das muß man sich auch einmal plakativ vor Augen halten.

Der Staatszuschuß für die Pensionen, der

echte Bundeszuschuß für die Pensionen ohne Ausgleichszulagen, macht 15,9 Milliarden Schilling aus. Die Staatsausgaben für die Bundesbahn machen 18 Milliarden Schilling aus. *(Abg. Prechtl: Das stimmt ja nicht!)*

Natürlich stimmt das. Im Budget sind 18 Milliarden Schilling für die Bundesbahn. Aus verschiedenen Titeln, Herr Prechtl, aber 18 Milliarden Schilling werden für die Bundesbahn ausgegeben. *(Abg. Prechtl: Da sind ja die Investitionen dabei, die dienen der Vollbeschäftigung!)*

Es setzt sich ja auch der Bundeszuschuß für die Pensionsversicherung von 15,9 Milliarden Schilling aus mehreren verschiedenen Posten zusammen, unter anderem sogar aus solchen Posten, wo sich der Finanzminister ein falsches Federl auf den Hut steckt. Denn in den 15,9 Milliarden Schilling Bundeszuschuß zur Pensionsversicherung sind 4 Milliarden Schilling enthalten, die man durchaus als Eigenvorsorge der Versicherten bezeichnen kann, weil nämlich die Gewerbetreibenden im Weg der Gewerbesteuer und die Land- und Forstwirte im Wege der Abgabe vom land- und forstwirtschaftlichen Einkommen 4 Milliarden Schilling aufbringen, sodaß in Wahrheit nur mehr 12 Milliarden Schilling echter Staatszuschuß, echter Solidaritätsbeitrag übrig bleiben. 12 Milliarden Schilling echter Solidaritätsbeitrag für die Pensionsversicherung, aber 18 Milliarden Schilling Staatsausgaben für die Bundesbahn – dieses Verhältnis müssen Sie den Pensionisten erst erklären.

Aber ich war eigentlich bei der Ausgleichszulage. 2,4 Prozent werden Sie mehr ausgeben für die Ausgleichszulagen bei fast 5 Prozent mehr Budgetausgaben, bei 3,83 Prozent mehr Ausgaben für die Bundesbahn. Die Ausgaben für die Ausgleichszulagen, also für die Mindestpensionisten – auch diesen Vergleich muß man sich vor Augen halten –, sind gerade das Fünffache der Ausgaben für das Bundestheaterdefizit.

Ich glaube, daß hier der Kampf gegen die Armut nicht vorzeitig gestoppt werden darf. Wenn man vergleicht, daß ein Mindestpensionist, also ein Ausgleichszulagenbezieher, ganze 33 Prozent eines durchschnittlichen Arbeitereinkommens bezieht, dann kann man sich doch eigentlich nicht vorstellen, daß davon jemand leben soll.

Allerdings glaube ich ganz gern, daß ein Finanzminister, der auf einem Opernball um ein Drittel mehr ausgibt – ohne Beleg! –, als ein Ausgleichszulagenbezieher im ganzen Jahr an Pension bezieht, dafür überhaupt keinen Blick haben kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Mir fehlt im Falle des Kampfes gegen die

Dr. Schwimmer

Armut bei den Ausgleichszulagenbeziehern einfach ein langfristiges Ziel, mit fehlt einfach die Zielvorstellung der Regierung: Wann können wir diese Menschen, und das sind Hunderttausende in Österreich, aus der Armutszone herausbekommen? Was soll im Vergleich zu einem durchschnittlichen Arbeitnehmerinkommen ein Mindestpensionist auf die Hand bekommen, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können? Die 33 Prozent von heute sind meiner Ansicht nach eindeutig zu wenig. Wenn Sie hier nichts mehr vorhaben, wenn Sie hier nichts mehr tun wollen, dann geben Sie doch zu, daß der Kampf der SPÖ-Regierung gegen die Armut gescheitert ist.

Meine Damen und Herren! Es ist heute schon angeklungen: In diesem Budget fehlt überhaupt jede Zukunftsperspektive für die Sozialpolitik und jede Zukunftsperspektive für die Finanzierung der Sozialversicherung. Sie reden ja alle nur von der Vergangenheit. Der Herr Veselsky vergleicht mit 1952, andere greifen bis ins vorige Jahrhundert zurück in ihren Vergleichen. Aber es fehlt jeder Ausblick auf das, was kommen wird.

Es ist bereits angeklungen, daß wir langfristig echte Sorgen um die Finanzierung der Pensionsversicherung haben müssen, wenn die Bevölkerungsentwicklung so weitergeht, wie wir sie derzeit konstatieren.

Eine in die Zukunft blickende Regierung müßte eigentlich jeden Tag überlegen: Was könnten wir für die Familien tun, was könnten wir tun, um diesen unheilvollen Trend abzustoppen? Aber Sie finden nichts im Bereich der Familienpolitik, ja im Gegenteil, eigentlich eine neue Sozialdemontage, indem sich der Bund seine bisherigen Ausgaben für eine Sozialleistung, nämlich für das Wochengeld, in Zukunft von den Familien über den Familienlastenausgleich selbst bezahlen läßt.

Hohes Haus! Für ein derartiges Budget, für ein Budget, das an der falschen Stelle spart, für ein Budget, das den Kampf gegen die Armut, der noch in der Regierungserklärung steht, praktisch ad acta gelegt hat, für ein Budget, in dem die Solidarität mit der älteren Generation auf die Hälfte reduziert wird, für ein Budget, das man als Budget der Sozialdemontage bezeichnen muß, können Sie unsere Zustimmung nicht erwarten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Thalhammer**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kittl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Kittl** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei setzt offenbar ihren Weg der

Widersprüchlichkeit fort. Wir haben heute aus dem Munde meines Vorredners gehört, daß er im bereits bewährten Pessimismus schwelgt. Es gibt offenbar mehrere Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei, die glauben, daß man den Pessimismus als Modeströmung in die politische Arbeit um die Gunst der Wähler einbringen kann.

Erfreulicherweise gibt es einen großen Unterschied zwischen diesem Pessimismus und der politischen Lebenseinstellung. Das hat niemand anderer so deutlich empfunden als die am 6. Mai dieses Jahres in ihrer Funktion wiederbestätigten Oppositionsparteien dieses Hauses.

Ich kann Sie natürlich dazu einladen: Tun Sie in diesem Pessimismus weiter, Sie werden auch weiter Ihren Platz als Oppositionspartei behalten können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Bundesminister für Finanzen umschreibt seine finanzpolitischen Gedankengänge mit dem Hinweis, daß der österreichische Weg der siebziger Jahre als Markenzeichen für eine stabile wirtschaftliche und soziale Entwicklung steht. Dieser österreichische Weg konnte aus einem „policy mix“ aus Hartwährungspolitik, Budgetpolitik, Einkommens- und Strukturpolitik erreicht werden.

In den Kapiteln Bauten und Technik wurden bisher Leistungen erbracht, die den erfolgreichen österreichischen Weg dokumentieren. In meinem Beitrag will ich mich hier mit vier markanten Aufgaben des Kapitels Bauten und Technik beschäftigen, nämlich mit dem Bundesstraßenbau, der Entwicklung des Wohnbaues, Erfordernissen und Zielsetzungen des Wasserwirtschaftsfonds und dem Bundeshochbau.

Meine Damen und Herren! Im Jahre 1971 hat das Parlament das Bundesstraßengesetz beschlossen und gleichzeitig auch eine Untersuchung und Begutachtung über die erforderliche Dringlichkeitsreihung eingeleitet. Es wurde damals mit diesem Gesetz die Streckenlänge der Bundesstraßen B mit 9 224 Kilometer, der Schnellstraßen S mit 1 200 Kilometer und der Bundesautobahnen A mit 1 880 Kilometer Länge festgelegt.

Nach dem letzten Stand mit Ende dieses Jahres, nach den letzten Berichten, die wir bekommen haben, stehen derzeit 875 Kilometer Autobahnen unter Verkehr, bei den Schnellstraßen sind es nur 148 Kilometer und bei den Bundesstraßen 9 111 Kilometer.

Bemerkenswert, Hohes Haus, ist die Tatsache, daß ab 1945 nach dem ersten Einsetzen der Behebung der Kriegsschäden und nach der Beschlußfassung des Ausbaues der Autobahnen

Kittl

im Jahre 1954 bis zum Jahre 1969 nur 408 Kilometer Autobahnen gebaut worden sind.

Von 1970 – und da glauben wir, daß das wirklich eine großartige Ausbauleistung ist – sind bis Ende 1979 immerhin 467 Kilometer Autobahnen gebaut worden. Hier ist zu unterstreichen, daß diese Autobahnen weitgehend auch in Hochgebirgslagen mit enormen Aufwendungen für Tunneln und große Brückenbauwerke verbunden waren. Ich glaube daher, wenn wir heute diese Arbeitsleistung, diese Ausbauleistung sehen, dann können wir den Technikern, dann können wir den Arbeitern und Angestellten für ihre großartigen Bauwerke erst einmal herzlich und aufrichtig danken und ihnen herzlich für diese Arbeitsleistung gratulieren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Wir wissen natürlich, daß die österreichische Bauwirtschaft um ihre Existenz ringt, und wir wissen auch, daß wir in den Jahren 1970 bis etwa 1974 eine ausgesprochene Bauhochkonjunktur hatten. Wer einigermaßen im Baugeschehen war, der weiß noch aus dieser Zeit, daß ganze Arbeiterpartien den Firmen abgeworben worden sind, die Ziegel wurden brennheiß aus dem Ofen herausgerissen und dergleichen mehr. Wir haben damals schon gewarnt, daß mit dieser enormen Konjunktur auch eine sehr starke Preissteigerung verbunden war und daß, sehr geehrte Damen und Herren, das einmal gewisse Schwierigkeiten auslösen würde.

Es ist bemerkenswert – ich möchte nur darauf hinweisen –, daß sicher viele andere Zweige unserer österreichischen Wirtschaft seit 1974 weitgehend in der Lage waren, in den Export auszuweichen und damit auch ihre Kapazität weiter auszubauen, daß es aber der österreichischen Bauwirtschaft weitgehend verwehrt ist, in den Export zu gehen, weil es da ja ganz erhebliche Schwierigkeiten gibt.

Es geht daher heute darum – auch aus den letzten Gesprächen mit Vertretern der Baufirmen weiß ich, daß es darum geht –, den Anteil am Bruttonationalprodukt so zu sichern, wie uns das bisher in den vergangenen Jahren auch tatsächlich gelungen ist.

Ich kann aus dem Budget heraus darlegen, daß für den Bundesstraßenbau A, S und B, einschließlich der Gesellschaftsstrecken, im Budget für 1980 17 300 Millionen Schilling vorgesehen sind. Damit, glaube ich, wird es möglich sein, daß wir Bauunternehmer und Bauarbeiter im Umfange des Jahres 1979 auch wieder beschäftigen können.

Wir haben schon gestern aus dem Munde unseres neuen Bautenministers gehört, daß er für eine Überprüfung der Bauleistungen nach

verschiedensten Kriterien eintritt. Es ist selbstverständlich, daß ihn die sozialistische Bautenfraktion in dieser Tätigkeit maßgeblich wird unterstützen können und unterstützen wird.

Hohes Haus! Eine Nachricht ist im Oktober durch den österreichischen Blätterwald gegangen. Der Kommissionspräsident Ray Jenkins aus der Europäischen Gemeinschaft war in Wien zu Besuch und hat hier anklingen lassen, daß es möglich sein wird, daß die Europäische Gemeinschaft zur Autobahnfinanzierung in Österreich, insbesondere aber zur Finanzierung der Pyhrn Autobahn, beiträgt. Es sind noch die notwendigen Beschlüsse dazu erforderlich.

Ausgehend, sehr geehrte Damen und Herren, von einer Einladung, die unsere sozialistische Fraktion des Hauses von der sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments erhalten hat, hatten wir Tagungen in Konstanz, in Salzburg, in Brüssel und in Bern. Mein Freund Leonhard Treichl und ich haben unsere Fraktion, auch mit den sozialistischen Vertretern des Schweizer Nationalrates, vertreten. Wir haben ausführlich und stundenlang die Transitprobleme Österreichs besprochen. So haben wir immer wieder mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß nicht 7 Millionen Österreicher die Verkehrslasten für 300 Millionen Europäer allein tragen können.

Wir haben schließlich im März 1979 in Brüssel am Sitz der Organisation der sozialistischen Fraktion der Europäischen Gemeinschaft eine Resolution beschlossen, die nunmehr auch von den europäischen Abgeordneten Seefeld, Albers, Cabert, Gatto, Key, Klinkenborg und Loos bei der Kommission zur Diskussion gestellt wurde. Es wurde dort ausdrücklich deswegen diese Sitzung anberaumt, um diese Probleme zu besprechen.

Ich darf nur sagen, daß wir darauf hingewiesen haben, daß Österreich ganz großartige Leistungen für den Transitverkehr erbracht hat – dazu zählen die Innthal- und die Brenner Autobahn, die Tauern Autobahn und die Felbertauern Autobahn – und daß wir ja schon Bauvorhaben haben für die Innkreis- und die Pyhrn Autobahn, die Rheintal Autobahn, die Liechtensteiner Schnellstraße, den Pfändertunnel bis Bregenz, den bereits fertiggestellten Arlbergtunnel, für die Fortsetzung der Tauern Autobahn und den Streckenausbau bis zum Karawankentunnel. Gleichzeitig wird auch – wir haben dem Tiroler Wahlkampf entnommen, daß es da verschiedene Meinungen gibt – schon gebaut an der sogenannten Schnellstraße Ulm-Mailand.

Wir haben aber auch Bilder gesehen, die zeigen, daß eigentlich dort schon wesentliche

Kittl

Maßnahmen gesetzt worden sind. Wir wissen – und das darf ich heute im Hause bestätigen –, daß unser Verkehrsminister nicht nur in der Europäischen Verkehrskonferenz immer wieder diese Forderungen vorgetragen hat, sondern daß er auch uns und darüber hinaus die sozialistische Fraktion mit den Vorarbeiten des Österreichischen Ministerkomitees maßgeblich unterstützt hat. Es ist ja heute eine bekannte Tatsache, daß Österreich für diesen europäischen Transitverkehr noch etwa 65 Milliarden Schilling aufzuwenden hat, und daher hoffen wir, daß es zu einer entsprechenden Lösung kommen wird.

Hohes Haus! Ich habe bereits anlässlich des Familienberichtes des Bundeskanzleramtes zu den Fragen des Wohnbaues, der Familie und des Wohnens gesprochen und habe damals darauf hingewiesen, daß in der Zeitspanne von 1970 bis Ende 1978, während der Zeit der sozialistischen Bundesregierungen unter Bundeskanzler Kreisky, insgesamt 423 310 Wohnungen fertiggestellt wurden. Die Wohnungen wurden größer, familiengerechter, sie wurden moderner, und sie haben auch einen ganz hohen Ausstattungsgrad.

Die letzten statistischen Unterlagen, die ich noch einmal ganz genau durchgesehen habe, zeigen mir, daß wir insgesamt in der jeweiligen Jahresleistung einen sehr hohen, fast 70prozentigen Wohneinheitenanteil mit Eigentumsqualifikation haben. Daher darf ich feststellen, daß es weder in der Ersten noch in der Zweiten Republik jemals einen Zeitabschnitt gegeben hat, in dem so viel Wohnungseigentum geschaffen wurde wie in der Zeit der sozialistischen Bundesregierungen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Aus der Wohnbaustatistik – und auch aus dem Mikrozensus – ist daher einwandfrei festzustellen, daß der Ausstattungsgrad der Wohnungen immer besser geworden ist, das heißt also, daß die Zahl der Substandardwohnungen immer kleiner geworden ist, daß in den älteren Einfamilienhäusern überall Wasser eingebaut wurde, daß überall ordentliche Waschanlagen und Bäder eingerichtet worden sind.

Aber auf eine bemerkenswerte Tatsache möchte ich hinweisen, weil es uns eigentlich einmal interessieren muß, was sich auf dem Gesamtwohnungswesen und -häuserwesen in Österreich abzeichnet.

Im Jahre 1945 zählten wir in Österreich 1 737 209 Wohnungen, und von 1945 bis Ende 1978 wurden in der Zweiten Republik 1 383 519 Wohnungen fertiggestellt. Das würde also einen Stand von 3 120 728 Wohneinheiten ergeben. Tatsächlich werden aber nach der Wohnbaustatistik 1971, darüber hinaus auch

nach den letzten Aussendungen des Statistischen Zentralamtes vom März 1979, nur 2 624 000 Wohnungen ausgewiesen. Das heißt also, daß von 1945 bis 1978 insgesamt 456 728 Wohnungen durch Abbruch, durch Umwandlung in Büros oder Geschäftsräume aus der großen Wohnbaustatistik weggefallen sind.

Ich glaube, verehrte Damen und Herren, daß diese Entwicklung einer eingehenden Untersuchung wert wäre, und ich würde anregen, daß wir uns diese Art des Untergehens der Wohneinheiten, der Erneuerung, aber auch der Umwidmung der Wohnungen in Form einer genauen Untersuchung ansehen sollten.

Und nun, meine Damen und Herren: Wir werden heute keine große Diskussion führen über das kommende Wohn- und Mietrecht. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß es innerhalb der Österreichischen Volkspartei immer sehr erstaunlich unterschiedliche, ganz gravierend unterschiedliche Meinungen gibt. Da hören wir auf der einen Seite, die Österreichische Volkspartei wird dieses neue Wohn- und Mietrecht in Bausch und Bogen ablehnen. Und da steht nunmehr interessanterweise gerade in der heutigen Zeitung: „Mietrecht: VP Wien schlägt überraschende Töne an bezüglich des neuen Wohn- und Mietrechts.“ Während der Kollege Hauser ganz entschieden abgelehnt hat, daß an dieser sogenannten freien Vereinbarung zwischen Mieter und Hausbesitzer gerüttelt wird, stellt sich der Landesobmann der Wiener ÖVP sehr wohl eine gewisse Limitierung der Mieten vor – nun, weil er ganz genau aus der Praxis weiß, was es heißt, wenn man manchmal sogar mehr Miete zahlen muß in einem alten Haus als in einer neu geförderten Wohnung.

Ich glaube daher, sehr geehrte Damen und Herren, daß wir anlässlich der Beratung dieses Gesetzes dann genügend Gelegenheit haben werden, herauszufiltern: Was ist ein Erfordernis unserer Zeit? Denn ich glaube, wir alle sind überzeugt, daß wir alles daransetzen müssen, den Mietern auch tatsächlich die Häuser zu erhalten, und daß das nur mit einer tatsächlichen Erhöhung – auch in gewissen Stufengängen – der Mieten möglich sein wird, ist ja nur selbstverständlich.

Hohes Haus! Die Bundesländer werden Anteile an der Wohnbauförderung in der Höhe von 11 271 Millionen Schilling erhalten. Es ist das wiederum um 1 000 Millionen Schilling oder 1 Milliarde Schilling mehr gegenüber dem Jahr 1979.

Wenn gerade der Vorredner erklärt hat, alles ist schlechter in diesem Budget, dann muß ich dem ausdrücklich widersprechen, denn von 1978 zu 1979 hat es in der Wohnbauförderung

Kittl

um 1 Milliarde Schilling mehr gegeben, und auch in diesem Haushalt gibt es wieder zur Errichtung der Sozialwohnungen und zur Förderung des allgemeinen Wohnbaues um 1 Milliarde Schilling mehr.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es wurde heute schon davon gesprochen, daß die Sparförderung gegenüber dem Jahr 1979 verändert wird, das heißt, daß wir eine Verminderung der Sparförderung von etwa 600 Millionen Schilling insgesamt haben. Ich kann Sie nur ersuchen, daß Sie sich auch die Abbildung 24 zu Gemüte führen (*der Redner zeigt sie vor*) und feststellen, daß in diesem Haushalt 1980 immerhin ein Betrag in der Höhe von 5 100 Millionen Schilling für Bausparförderung, für Prämiensparen und – der größte Brocken – für das Bausparen enthalten ist.

Der Herr Abgeordnete Lanner hat heute in seiner Eingangsrede angemerkt, die sozialistische Bundesregierung schädige die jungen Menschen, weil diese Regierung in diesem Haushalt nun eine Kürzung der Sparförderung vorgenommen habe.

Sehr geehrte Damen und Herren! Im Jahr 1969 hat die Sparförderung im letzten Jahr der ÖVP-Alleinregierung 1 200 Millionen Schilling betragen. Jetzt muß ich Sie also noch einmal fragen: Wieviel haben Sie den jungen Menschen vorenthalten, wenn wir in der größten Summe der Sparförderung auf 5 800 Millionen Schilling hinaufgegangen sind? – Das ist eine echte große Leistung der sozialistischen Bundesregierung! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe auch beim Familienbericht darauf hingewiesen und mit voller Absicht darauf hingewiesen, daß heute die vier österreichischen Bausparkassen jährlich etwa 25 000 Wohneinheiten entweder voll finanzieren oder weitgehend mitfinanzieren mit den Beiträgen, mit den Darlehen aus der Wohnbauförderung 1968 oder aus den Länder-Wohnbaufonds. Ich glaube daher, daß wir gerade diese Entwicklung weiter vorantreiben müssen.

Eines wissen wir alle zusammen: daß natürlich der Wunsch, eine bessere Wohnung zu haben, eine größere Wohnung zu bekommen, ununterbrochen an uns herangetragen wird, daß wir heute weitgehend in den Ballungsräumen noch immer große und erhebliche Schwierigkeiten in der Wohnraumversorgung haben. Wir begrüßen das, wenn unser Bautenminister nunmehr bereit ist und alles einsetzt, schneller, unbürokratischer diese Wohnbauansuchen auch zu erledigen.

Es werden sicherlich dazu Gespräche mit den Bundesländervertretern, aber auch mit den

Vertretern der österreichischen Bausparkassen notwendig sein, und für uns gilt daher nur eines: daß wir ihn auch hier unterstützen werden und daß wir ihn selbstverständlich in dieser Arbeit unterstützen werden.

Hohes Haus! Aus der großen Industrialisierungswelle und Fremdenverkehrswelle der sechziger und der siebziger Jahre hat sich sehr markant herausgestellt, daß es erforderlich ist, mehr zu tun, um sauberes Trinkwasser zu erhalten, daß es notwendig ist, dafür zu sorgen, daß wir die Reinhaltung unserer Gewässer sichern. Das ist nicht nur eine fremdenverkehrspolitische Aufgabe, sondern eine wesentliche Aufgabe zur Erhaltung des Gleichgewichts in der Natur und eine echte Umweltschutzpolitik.

Aus der Abbildung Nummer 34 (*zeigt*) geht eindeutig hervor, daß die sozialistische Bundesregierung seit ihrem Amtsantritt wesentliche Aktionen gesetzt hat zur Reinhaltung des Bodensees, der Salzkammergut- und Voralpenseen, des Neusiedlersees, der Kärntner Seen und sonstiger Seen. Insgesamt wurden nach den uns zugegangenen Erläuternden Bemerkungen des Bundesfinanzministers mehr als 23 Milliarden Schilling für diese Maßnahmen ausgegeben.

Wir wissen aber darüber hinaus, daß wir noch ein wesentliches und ein großes Problem haben, nämlich die Abwässerbeseitigung der österreichischen Papierindustrie. Hier wird es notwendig sein, sehr geehrte Damen und Herren, zu wirklich neuen wirtschaftspolitischen Überlegungen zu kommen, denn die Papierindustrien haben weitgehend alle auch mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, und ich glaube daher, daß wir gerade diese Aufgaben auch im Lichte dieser Entwicklung werden sehen müssen.

Wir haben im Zusammenhang mit der Regierungsneubildung vom Österreichischen Städtebund, vom Österreichischen Gewerkschaftsbund, aber auch von der österreichischen Bauindustrie eine Reihe von Stellungnahmen bekommen und Forderungsprogramme erhalten.

Um nur auf einige hinzuweisen: Der Österreichische Städtebund hat insbesondere um wesentliche finanzielle Leistungen hinsichtlich der Infrastruktur ersucht, und ich kann in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß gerade die sozialistische Bundesregierung in einem wesentlichen Punkt geradezu großartigste Leistungen erbracht hat, und zwar im Bundeshochbau, in den Bundesschulen und in den Universitätsbauten. Ich glaube daher, daß gerade die siebziger Jahre als Jahrzehnt des Schul- und Hochschulbaues in die Geschichte Österreichs eingehen werden, und dafür wollen wir den Bundesministern Dr. Firnberg, Dr. Sinowatz und

Kittl

Dr. Moser herzlich und aufrichtig danken.
(Beifall bei der SPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren! Seit Beginn 1970 wurden insgesamt 206 Bundes-schulen neu errichtet, weitere 108 Bundes-schulen sollen bis 1985 fertiggestellt werden. (Zwischenrufe des Abg. Grabher-Meyer.) Damit rücken die Bundesschulen näher an die Gemeinden heran und damit aber auch näher an die Wohnbevölkerung.

Derzeit sind elf größere Hochschulprojekte im Bau mit einer Gesamtinvestitionssumme von 2,9 Milliarden Schilling. Wir Salzburger erhoffen uns, daß es eine neue Finanzierungsgesellschaft gibt, damit wir nach diesen großen und sehr, sehr unverständlichen Schwierigkeiten Salzburgs – ohne Verschulden des Bundes, das möchte ich hier ausdrücklich feststellen! – endlich auch unsere Hochschulbauten in Salzburg bekommen werden.

Wenn Sie daran denken, daß die Frau Bundesminister Dr. Firnberg darauf hingewiesen hat, daß es möglich war, von 1970 bis 1978 den Raum für die Universitäten von 400 000 Quadratmeter auf 650 000 Quadratmeter zu erweitern, dann ist das wirklich eine großartige Leistung.

Durch die Ansätze im Kapitel Bauten und Technik wird das Baugeschehen in Österreich weiterhin angekurbelt. Wir haben eine Steigerung der Ausgaben von 19,6 Milliarden im Jahr 1979 auf 21,5 Milliarden 1980. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur Beschäftigungspolitik geleistet, und es gibt damit auch einen direkten Übergang von dem erfolgreichen österreichischen Weg der siebziger Jahre weiterhin auf einen erfolgreichen österreichischen Weg der achtziger Jahre. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident **Thalhammer**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Vw. Josseck. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Vw. **Josseck (FPÖ)**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zwei, drei Sätze zu meinen Vorrednern.

Herr Kollege Kittl, es ist sehr freundlich, wenn Sie sich hier in Lobhudeleien ergehen über die Vorgänge im Bautenministerium, Loblieder singen über Schul- und Hochbauten, aber bitte vergessen Sie doch dabei nicht, auch den Ländern und Städten zu danken. Denn wenn diese nicht wären, gäbe es nämlich die vom Bund gebauten Hochbauten auf dem Schulsektor nicht. (Zustimmung bei der FPÖ.)

Das wissen Sie doch aus dem Salzburger Bereich. Heute gäbe es keine Handelsakademie,

keine AHS, keine HTL, wenn nicht Länder und Städte den Grund zur Verfügung stellen und die Erschließungskosten bezahlen würden.

Zum zweiten: Sie haben hier auch ein Loblied auf den Straßenbau gesungen. Dem stimme ich zu, wenn Sie die am Bau Tätigen meinen. Aber was die Planer betrifft, sollte man doch – Sie sind ja hier offensichtlich Experte und involviert in diese Arbeit – besonders den Planern ins Stammbuch schreiben: Bitte keine Fleckerteppiche! – weil Sie diese Straßen so loben –, sondern bitte Planung, die auch in die Zukunft reicht!

Zum dritten – hier muß ich Sie auch ansprechen –: Ich habe schon festgestellt, daß Sie jedes Mal beim Rednerpult wahnsinnig empfindlich sind, wenn von Oppositionsseite Kritik kommt. Ich finde es geradezu kindisch, wenn Sie sich dann hierherstellen und Heckerleck, sagen: Wir von der SPÖ dürfen uns alles erlauben, denn der Wähler gibt uns ja dann immer wieder die Stimme!

Aber ich darf Sie auf folgendes aufmerksam machen:

Erstens sind ja schon einmal Hausherren gestorben, und

zweitens: Was sind schon zehn Jahre SPÖ-Alleinregierung in einer 3 000jährigen Geschichte der Menschheit? – Das sage ich Ihnen auch. (Abg. Kittl: Das müssen Sie den Hausherren sagen!)

Nun zur Budgetrede, die uns der Herr Finanzminister gehalten und vorgelegt hat. Ich möchte es so halten, daß ich mir einige Punkte davon herausnehme und diese einer Kritik unterziehe, auch wenn es vielleicht dem Herrn Kollegen Kittl nicht passen wird.

Es ist sicherlich festzustellen, daß, wie in allen diesen Budgetreden, der Herr Finanzminister sehr viele Selbstverständlichkeiten und Gemeinplätze in schöne Worte verpackt. Das wirkt dann unerhört gut auf den, der sich nicht auskennt. Und das nennt man dann „Budgetrede“.

Vor allem verkauft er es unter dem Titel „Staatstragende Aussagen und Überlegungen“. Meine Damen und Herren! Wenn man das dann so durchblättert, wenn man die letzten Jahre hier miterlebt hat, so erlaubt man sich dazu einige Anmerkungen.

Ich denke dabei vor allem an die Feststellung, die bei mir Schmunzeln auslöst, wo der Herr Finanzminister sagt, daß wir in Österreich „nur“ – wieviel, schreibt er hier? – 6,1 Prozent Inflation haben. Ich erinnere mich sehr gut, als vor wenigen Jahren wir Freiheitlichen warnend den Finger gehoben und gesagt haben: Bitte,

Dipl.-Vw. Josseck

7 Prozent Inflation, das grenzt ja schon bald an Wahnsinn! – Heute sind es ja „nur“ 6,1 Prozent, und da sind wir Österreicher führend auf der Welt, führend in Europa, und das wird lobend dargestellt.

Ich sage das deswegen, weil sich dann immer wieder diese Dauersprüche anhängen. Damals hat es auch geheißt: Lieber 7 Prozent Inflation als 7 Prozent Arbeitslose! – Das sind Schlagworte, mit denen man ernste Kritik der Opposition zu erschlagen versucht.

Auch das sind doch, bitte, Allgemeinplätze, wenn der Herr Finanzminister in seiner Rede ausführt: Drei Viertel aller Österreicher besitzen ein Sparbuch! – Ja bitte, aber er soll auch sagen, wieviel auf dem Sparbuch drauf ist, das ist ja das Entscheidende! Ein Sparbuch kann man sehr schnell haben. Das sind so Allgemeinplätze, aber es wirkt.

Oder wenn er sagt: Fast jeder Österreicher besitzt ein Fernsehgerät! – Weil das heute schon zum billigsten Vergnügen gehört! Um 300 Schilling bekommen Sie einen gebrauchten Schwarzweiß-Fernsehapparat. Das ist sicherlich keine Frage des Lebensstandards, wenn das der Finanzminister anführt. In Rußland, in Sibirien, in der Mongolei, in jeder Bauernkate, in jeder Lehmhütte haben die Leute einen Fernsehapparat, und die sind noch weit weg von unserem Lebensstandard. Das ist sicherlich kein Signal für einen hohen Lebensstandard. Ich sagte schon: Fernsehen gehört doch heute zum billigen Vergnügen.

Wenn Androsch mit stolzgeschwellter Brust sagt: Ein Drittel der Österreicher verfügt über ein Telefon!, dann muß ich antworten: Bitte, meine Damen und Herren, probieren Sie es, heute ein Telefon zu bekommen! Sie warten zum Teil Jahre, vor allem, wenn Sie im ländlichen Raum zu Hause sind. Da kann man nicht sagen, ein Drittel der Österreicher besitzen ein Telefon; vor dem Krieg haben das vielleicht 25 Prozent der Bevölkerung auch schon gehabt. *(Abg. Ing. Hobl: Das ist nicht möglich! Vor zehn Jahren waren es 900 000, jetzt sind es 2 Millionen! Lesen Sie das genau!)* Ich weiß! Ich weiß! Ja, bei Ihnen in Wien sind sie vielleicht ein bißchen hinten gewesen, ich kann mir das schon vorstellen; weil Wien halt größer ist, deswegen.

Ich weiß, daß sehr viel gemacht wurde, aber der wesentliche Punkt ist doch der, Herr Hobl: Probieren Sie, in Oberösterreich oder in Steinkirchen einen Telefonanschluß zu bekommen, vor fünf Jahren bekommen Sie den nicht! Da kann ich mich nicht hinstellen und sagen: Fast jeder hat schon ein Telefon! *(Abg. Ing. Hobl:*

Das ist schon möglich, Kollege Josseck! Sie haben schon eine Zeit besserer Bonität gehabt!)

Wenn Sie ein Telefon brauchen, dann nützt Ihnen das gar nichts, daß schon viele andere eines haben.

Ich möchte also damit sagen, daß sehr viel Augenauswischerei betrieben wird, wenn zum Beispiel der Herr Finanzminister auch davon spricht, daß die Industrie in Österreich expandiere, es gebe gute Auftragsbestände. Bitte, dann muß er auch dazusagen, wie diese Aufträge ausschauen, meine Damen und Herren! Heute werden doch in vielen Betrieben nur um der Arbeitsplatzhaltung willen Aufträge hereingenommen. Da wird schon nicht mehr nach dem Preis gefragt.

Bitte, gehen Sie heute in die VOEST und schauen Sie sich dort das Problem an! Da kommen Aufträge herein, das Auftragsbuch lautet vielleicht noch auf zwei, drei Jahre im Anlagenbau, und dann baut man in Afrika zu Preisen, wo man heute schon weiß, daß das überhaupt nie hereinzubekommen ist. Da denkt man dann an die Folgekosten. Bitte, es ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Aber das genügt mir nicht, denn hier heißt es: Die Auftragsbestände sind hervorragend! Man muß sich auch vor Augen führen, wie diese Aufträge ausschauen. Denn nicht umsonst haben wir gerade bei der VOEST – ich bedauere es, das muß ich ehrlich sagen – doch sehr große Verluste.

Was mir auch fehlt – hier ist es nur mit einem Satz erwähnt –, das ist die Frage der Umwelt. Hier führte Finanzminister Androsch einen Satz an: Durch ungezähmtes Wachstum gefährdete gleichzeitig die Menschheit die Umweltbedingungen. Aus, Punkt, Schluß. Nichts dazu.

Bitte, was ist das für eine Regierung, die sich herstellt, uns Programme, Konzepte, vorlegen sollte, vor allem auch Langzeitkonzepte, die eine Politik nicht nur für heute machen soll, sondern eine Politik zumindest auch für morgen, wenn schon nicht für übermorgen, nämlich auch für unsere Kinder. Da genügt mir dieser Satz in einer so „staatstragenden“ – unter Anführungszeichen! – Erklärung einfach nicht.

Wo bleiben hier die Anregungen, die Vorschläge, die Taten? Das erwartet heute die Bevölkerung von der politischen Führung. Mit Appellen allein ist da sicherlich zuwenig getan.

Die Bevölkerung hat heute sehr viel Verständnis gerade für das Problem des Umweltschutzes. Mir ist es auch klar, daß das etwas kosten wird. Aber sagen Sie jetzt nicht wieder: Die Opposition stellt sich immer nur heraus, die wollen immer nur etwas haben! Ich komme darauf zurück. Wenn die Sozialisten einen Schilling

Dipl.-Vw. Josseck

einsetzen, dann ist das offensichtlich ein gut eingesetzter Schilling, aber wenn die Opposition fordert: Dort sollten Schilling eingesetzt werden!, dann ist das immer ein Fehleinsatz. *(Abg. Hirscher: Wasserwirtschaftsfonds!)* Ich rede jetzt nicht vom Wasser. Ich rede gleich vom Atom.

Dieses Problem brennt doch unter den Fingern! Man braucht sich doch in der Welt nur umzuschauen. Irgendein Redner, ich glaube der Herr Kollege Schüssel, hat gestern von hier aus auch gesagt, daß es in der Bundesrepublik, in Westeuropa zwei Themen gibt: das sind die Beschäftigung, die Frau in der Arbeitswelt, und die zweite Frage ist der Umweltschutz. An dem kann man doch, bitte, nicht vorbeigehen! Das darf doch dieses Parlament hier nicht verschlafen.

Alle miteinander werden wir uns in wenigen Jahren sehr wundern. Wenn wir dieses Problem nicht in Angriff nehmen, wird dieses Spielfeld den „Grünen“ überlassen. Ich glaube, es ist verdammt Pflicht und Schuldigkeit verantwortungsvoller Politiker, auch dieses Problem ernsthaft in Angriff zu nehmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich verstehe in den Ausführungen des Finanzministers auch nicht dieses immer-wieder-Kokettieren und -Zündeln mit der Frage der Atomenergie. Das Problem ist doch vorläufig ausgestanden – und da kann man zu der Atomfrage stehen, wie man will –, muß doch vorläufig ausgestanden sein. Aber dann kommen immer wieder so kleine Hakerl in seinen Ausführungen, so unterschwellige Bemerkungen – wortwörtlich –:

„Wir können mit der Kohle nicht zweierlei tun: Das Öl ersetzen und uns an der Kernenergie vorbeimogeln.“ – Zitat von Androsch.

Und: „Die Entscheidung des österreichischen Volkes über die Nichtinbetriebnahme“ von „Zwentendorf“ bringe die „österreichische Energieversorgung“ in „eine schwierige Situation“.

Natürlich. Ich weiß es schon. Aber man merkt die Absicht und ist verstimmt.

Ich möchte hiemit festhalten: Ich lasse mir auf Dauer den drohenden Zeigefinger von Androsch nicht gefallen! Dazu bin ich nämlich zuviel Demokrat. Hier ist eine Entscheidung gefallen, und die ist zu akzeptieren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Auf Seite 37 ist in einem Satz die Rede von der „Stagnation der Steuerquote“. Ich weiß schon, wo der Finanzminister mit dem Gejammer hinauswill. Er weist nämlich noch darauf hin: Der Großteil der Bundesabgaben ist einheitswertabhängig.

Meine Damen und Herren! Er braucht gar nicht davon zu reden, daß wir in den nächsten Jahren beträchtliche Steuererhöhungen bekommen werden. Er bemängelt nur, daß die Steuerquote eben stagniert, weil sehr stark einheitswertabhängig ist.

Jetzt ist mir völlig klar, was uns droht. Ich sagte schon: Er braucht gar nicht von Steuererhöhungen zu reden. Das wird sich zwangsläufig von selbst ergeben, weil er gewillt ist, laufend die Einheitswerte den Verkehrswerten anzupassen. Wer es noch nicht wissen sollte: Was hängt, bitte, an den Einheitswerten dran? – Die Vermögensteuer wird dadurch höher – Hirscher freut sich schon, weil es in seinem Amt dann noch mehr zu arbeiten gibt –, die Gewerbesteuer, die Erbschaftsteuer und die Schenkungssteuer werden mitgezogen; die Kommunalpolitiker, die Gemeindepolitiker werden sich freuen, denn es hängt davon die Grundsteuer ab; die Bodenwertabgabe wieder kriegt der Hirscher oder der Finanzminister. Und so geht das dahin, meine Damen und Herren. *(Abg. Mag. Minkowitsch: Und die Versicherungen!)* Und die Versicherungen, Herr Präsident.

Das meint der Finanzminister mit seinem Gejammer über die Stagnation der Steuerquote, weil ja zuviel einheitswertabhängig ist.

Am nächsten Tag – oder ein paar Tage später; am Dienstag nach der Ministerratssitzung – sah man im Fernsehen eine Doppelconferéce. Es war diesmal nicht der Qualtinger, sondern es waren Androsch und Staribacher. In den Abendnachrichten wurde in der Doppelconferéce festgestellt, gegenseitig hochgeschaukelt: Was blüht euch, liebe Österreicher, im kommenden Jahr? – Es wurde – einer ein bisserl lächelnd, der andere mit ernstem Gesicht – festgestellt: Es kommt sowieso nicht alles auf einmal! – Aber abwechselnd hat man uns gesagt, was alles kommen wird, nämlich: Erhöhung der Pensionsversicherung, Erhöhung des Benzinpreises, Erhöhung des Heizölpreises; alles 1980. Aber bitte: Ohnehin nicht auf einmal!

Ich bin aber noch nicht am Ende: Gas wird teurer; es werden die Taxis teurer; es wird alles, was mit Verkehrsbetrieben zusammenhängt – ob das Tram oder Bus ist –, teurer. – Nicht alles auf einmal, aber sicher 1980.

Es wird die Milch teurer; es wird nächstes Jahr das Brot teurer; es wird der Zucker teurer. – Nicht alles auf einmal *(Abg. Kern: In Raten!)*, aber 1980. Daß auch 1981 weitere Tarif- und Gebührenerhöhungen in Rede stehen, ist klar.

Dann geht man her und sagt: Wir sind ordentliche Politiker! Wir sagen der Bevölkerung, was auf sie zukommt! Nämlich so gut wie nichts, weil ja nicht alles auf einmal von ihr

Dipl.-Vw. Josseck

verlangt und gefordert werden wird! – Was ist das für eine Politik?, muß man sich immer wieder fragen.

Auf der anderen Seite ist aber diese Bundesregierung nicht bereit und nicht gewillt zu sparen. Es sind keine Ansätze da. Ich habe nirgends feststellen können, wo echt gespart wird.

Ich weiß aber, daß sich der Herr Finanzminister – aus einem Gespräch habe ich das einmal, wenn ich es richtig interpretiere, so entnommen – schon Gedanken darüber macht. Aber ich bin überzeugt: Er ist ein Getriebener und er kommt aus diesem Teufelskreis einfach nicht mehr heraus, daß er sich wohl dagegen wehrt, wenn die Oppositionsparteien kritisieren und sagen: Bitte sparen!, daß er sich aber überhaupt nicht darum schert, wenn seine eigenen Genossen kommen, denn da läßt er sich hineintreiben, und dort wird dann großzügig ausgegeben.

Aber ich hoffe, daß diese Appelle eines Tages doch Früchte tragen.

Ich fragte vorhin schon: Was ist das für eine Politik, die nur für heute – nicht für morgen und schon gar nicht für übermorgen – gemacht wird? – Mir fehlen einfach Lösungsangebote. Mir fehlen Langzeitüberlegungen oder zumindest mittelfristige Überlegungen, die auch in eine solche Erklärung des Finanzministers mit hineingehen würden.

Ich möchte zwei Beispiele anführen zu dieser Langzeitüberlegung.

Es schaut sehr gut aus, wenn man sagt: Wir – wir, der Bund, meine ich jetzt; so stelle ich mir vor, daß da auf der Regierungsbank untereinander geredet wird – beschließen jetzt, wir bauen eine Straße, Herr Minister. – Damit ist eigentlich die Tätigkeit der Regierung erschöpft. Jetzt muß nur noch der Androsch sagen: Und wir werden es einmal zahlen. – Damit ist es aus.

Aber daß sich Folgekosten – beträchtliche Folgekosten! – anhängen, läßt man offensichtlich außer acht. Ich entnehme einer Zeitung, daß allein die Rückzahlungskosten für aufgenommene Darlehen und die Erhaltungskosten bei gleichbleibendem Budgetansatz bereits im Jahre 1981 das gesamte Straßenbaubudget auffressen würden. – Dazu muß man dann, bitte, eben auch etwas sagen.

Oder ein zweites Moment: Schweißperlen wird es sicherlich dem Sozialminister und den dafür Verantwortlichen heute schon auf die Stirn treiben bei dem Gedanken, der gewiß im Augenblick sehr interessant ist und Vorteile bringt, wenn man die hochgelobte Möglichkeit des Pensionsnachkaufes ins Auge faßt. Denn heute lachen natürlich die Herzen in dem Ministerium und auch das des Finanzministers,

wenn der Rubel rollt und sich die Leute mit horrenden Beträgen hohe Pensionen und vor allem viele und zusätzliche Pensionen nachkaufen. Aber bitte: Das ergibt Ansprüche! In wenigen Jahren stehen wir vor diesen Ansprüchen, und die sind dann zu bezahlen. Darum habe ich vorhin gesagt: Schweißperlen muß es den Verantwortlichen heute schon auf die Stirn treiben!

Aber keine mittelfristigen Überlegungen, geschweige denn Langzeitüberlegungen. Denn: Wir sind jetzt gewählt worden am 6. Mai, jetzt wurschteln wir so weiter! Wir werden schon sehen! Das nächste Mal wird uns schon wieder irgendein Schmäh einfallen, und wir werden wieder gewählt werden! (*Zwischenruf der Abg. Maria Metzker.*) Soll ich Ihnen ein paar solche aufzählen, Frau Kollegin? (*Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Soll ich Ihnen ein paar solche aufzählen?

Die Sozialisten haben es eben in der Zeit ihrer neun, zehn Jahre langen Alleinregierung sehr gut verstanden, die Geschenke an die Bevölkerung zu verteilen. Dann darf man sich eben heute nicht wundern, wenn der Österreicher mehr verlangt von diesem Staat, als er bereit ist, diesem Staat zu geben. Dazu wäre es einfach notwendig, daß der Herr Finanzminister – wo jetzt ohnehin keine Wahlen vor der Tür stehen – beginnt, auch radikale Schritte beziehungsweise Schnitte bei der Budgeterstellung durchzuführen. Er muß einfach auch den Mut zur Streichung haben, zur Streichung bitte auch von Subventionen. Darüber muß man einfach einmal auch reden dürfen. (*Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Wo ist aber die Bereitschaft des Staates? – Wenn man vom Sparen spricht, dann versucht der Bundeskanzler einen lächerlich zu machen und fragt: Ja, wo denn? Wo wollen Sie sparen? – Da kann man nur sagen, Herr Bundeskanzler: Überall natürlich. Überall kann man sparen, in jedem Detailbereich.

Wollen Sie ein paar Beispiele hören? (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gradenegger.*) Sie müssen es wissen! Wollen Sie ein paar Beispiele hören, Herr Kollege Gradenegger? (*Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Herr Kollege Gradenegger! Wenn ich vom Sparen spreche, erlauben Sie mir – weil ich weiß, daß Sie unerhört kunstverständlich sind –, daß ich über die Bundestheater ein Wort sage. Ich glaube nicht, daß wir uns auf die Dauer für einen hochverschuldeten Kleinstaat den exorbitanten Luxus leisten können, für die Bundestheater Jahr für Jahr mehr als 1 Milliarde auszugeben.

Herr Kollege Gradenegger als Kunstverständ-

Dipl.-Vw. Josseck

diger, der Sie ja sind – Sie haben ja einen Fernseher zu Hause, da sind Sie also sicherlich künstlerisch gebildet (*Heiterkeit bei FPÖ und ÖVP*) –: Wenn ich von den Bundestheatern spreche, so meine ich, dort sollte man auch zu sparen beginnen. Wenn der Zuschuß, den der Staat diesen vier Theatern leistet, 1 Milliarde beträgt, so bedeutet diese 1 Milliarde doch nichts anderes als 1 000 schöne, mittelgroße Wohnungen in Österreich oder 4 Millionen Schilling pro Vorstellungstag für vier Bundestheater in Wien. Ja da muß man doch einmal darüber reden dürfen, und das gehört zu der Subventionsgeschichte dazu.

Der Herr Finanzminister – wenn ich das noch anführen darf – hat bei der Eröffnung der Betriebswirtschaftlichen Woche – das ist die Schulungswoche der Steuerberater, wo er ja auch dazugehört – in seinem Einführungsreferat Klage geführt. Er sagte wörtlich, eine ausgabenfreudige Bundesregierung werde nicht von einem sparbewußten Parlament eingebremst, sondern umgekehrt, die Regierung müsse die Wünsche des Parlaments nach Ausgabenerhöhungen und Einnahmenminderungen einbremsen.

Das einzige, was in diesem Zitat stimmt, ist, daß es eine ausgabenfreudige Bundesregierung gibt.

Aber bitte, das ist ja doch zum Lachen, wenn er – und das hat er ja dann gemacht – vier Tage später bei der SPÖ-Klausur in Villach an Hand eines Papiers nachweist, wie die Ausgabenpolitik des Bundes – natürlich beeinflußt durch seine SPÖ-Freunde und SPÖ-Genossen – hochgejubelt wurde. Dort begrüßt er die Ausgabenpolitik, die von seinen Freunden gekommen ist, ein paar Tage vorher kritisiert er, daß im Parlament die ausgabenbewußte Regierung von der Opposition nicht eingebremst wird.

Ich sagte es schon am Anfang einmal: Für mich ist diese Herumrederei um den heißen Brei der Beweis dafür, daß von der SPÖ-Regierung offensichtlich jeder ausgegebene Schilling nach ihrer Meinung richtig eingesetzt ist, dagegen jeder Schilling, den die Opposition in irgendeiner Form für eine Ausgabe fordert, fehl am Platz ist.

Aber ich muß am Schluß meiner Ausführungen auch noch auf den Schuldendienst zurückkommen, auf die exorbitante Staatsverschuldung.

Ich weiß zwar, daß es heute tagespolitisch scheinbar nichts bringt. Ich bedaure auch, daß diese Frage der Bevölkerung allgemein nicht unter die Haut geht, weil jeder sagt: Was interessiert mich das, daß jeder Österreicher 10 000, 20 000, 30 000, 50 000 Schilling Schul-

den hat, das muß sowieso einmal der Staat zahlen, mich persönlich wird es schon nicht treffen!

Aber dazu muß man Verständlichmachung dieses Problems eines gesagt werden: Täglich müssen 100 Millionen Schilling an Steuergeldern aufgebracht werden, nur um die Tilgung und um die Zinsen dieser Staatsverschuldung abdecken zu können. Oder was heißt das umgerechnet? – Jede Sekunde – jede Sekunde! –, Tag und Nacht, rund um die Uhr, muß der österreichische Steuerzahler 1 200 Schilling aufbringen, damit wir – alle miteinander, wie wir hier sitzen – für diese Staatsverschuldung aufkommen können!

Ich weiß, das tut sicherlich auch dem Finanzminister weh, aber es wäre gar nicht so schlecht, das auch einmal auszusprechen und nicht so zu tun, als wäre das ein Bagatelldfall: Ist ja lächerlich, darüber brauchen wir nicht mehr zu reden! Es wird ja auch immer mit der Floskel abgetan: Lieber keine Arbeitslosen, aber dafür Schulden noch und noch! – Auf die Dauer wird sich dieser Spruch nicht halten lassen, meine Damen und Herren!

Und weil Sie sich vorher so aufgeregt haben – der Herr Kollege ist jetzt nicht da –: Natürlich haben die Österreichischen Bundesbahnen offensichtlich auch nicht den Willen zu sparen, man braucht ja nur wieder den letzten Rechnungshofbericht heranzuziehen. Hier gibt es doch immer wieder berechtigte Kritik, wie unwirtschaftlich bei den Österreichischen Bundesbahnen – auch bei den Österreichischen Bundesbahnen, nicht nur bei Ihnen im Bund, Herr Minister – gearbeitet wird. Da ist doch etwas faul, wenn Jahr für Jahr die Abgänge bei den Österreichischen Bundesbahnen größer werden und aus dem Steuersäckel wieder nachgefüllt werden müssen!

Von 1970 bis heute ist der Abgang bei den Österreichischen Bundesbahnen viermal so hoch geworden. Ja gibt denn das nicht zu überlegen? Ist es hier nicht berechtigt, wenn man als verantwortungsvoller Politiker sagt: Bitte, denken Sie doch einmal nach, meine Herren Sozialisten: Sparen, sparen und noch einmal sparen!? Verlangen Sie nicht immer alles von der Bevölkerung, gehen Sie doch selbst endlich einmal mit gutem Beispiel voran!

Wenn der Herr Finanzminister in seinen Ausführungen auch von der Eigenvorsorge und von der Eigenverantwortung spricht, ist das vielleicht das erste Zeichen, wo er offen dokumentiert, daß es so nicht weitergehen wird.

Aber über eines müssen wir uns auch im klaren sein: Was heißt das: Eigenvorsorge und Eigenverantwortung? – Daß wir trotz der

Dipl.-Vw. Josseck

bestehenden Steuerbelastung, der Belastung durch alle Abgaben und durch das, was die öffentliche Hand vom Steuerzahler und vom Bürger letztlich verlangt, zusätzlich hergehen und für die soziale Vorsorge, für die soziale Fürsorge und für die Zukunft selber etwas auf die Seite werden tun müssen, weil es einfach dieser Staat nicht mehr zustande bringt.

Ich bedaure das, ich bedaure, daß wirklich Politik nur für heute gemacht wird und nicht für die Zukunft und auch nicht für die Jugend, die in diesem Staat in den nächsten 30 und 50 Jahren die Verantwortung haben wird.

Wundern Sie sich daher, bitte nicht, meine Herren von der sozialistischen Seite, daß wir zu diesem Budget ein Nein sagen werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Ludwig Steiner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Ludwig **Steiner** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Die erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für 1980 gibt Gelegenheit, zum Budget und Dienstpostenplan des Außenministeriums und zur Regierungspolitik auf diesem Gebiet einige Bemerkungen zu machen.

Vorerst möchte ich mit einer besonderen Angelegenheit beginnen. Am 3. November hat sich in Wien ein sehr merkwürdiger Vorfall ereignet: Dr. Ghazi Hussein hat sich an diesem Tag in einer APA-Aussendung gegen Äußerungen des ÖVP-Obmannes Dr. Mock gewendet und gleichzeitig einige handfeste Unterstellungen und Diffamierungen hinzugefügt.

Dr. Ghazi Hussein ist der Vertreter der PLO bei einer internationalen Organisation in Wien und genießt ein gewisses Maß von Immunität – allerdings nur für seine Arbeit im Zusammenhang mit der internationalen Organisation. Mit seiner Presseaussendung hat sich Dr. Ghazi Hussein in eine innerösterreichische Diskussion in einer unglaublichen Art und Weise eingemischt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Seltsamerweise haben dazu der Bundesminister und der Bundeskanzler völlig geschwiegen. Es ist höchste Zeit, daß die Bundesregierung einem Träger von diplomatischen Vorrechten klarmacht, daß er sich gefälligst mit seinen Werturteilen aus der innenpolitischen Diskussion in Österreich herauszuhalten hat. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wer diplomatische Immunität genießt, hat im Gastland weder die Rolle eines Schiedsrichters noch eines Vorgesetzten zu spielen. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)* Er hat auch nicht freigewählten Abgeordneten in

diesem Lande vorzuschreiben, was sie sagen dürfen und was nicht. Und vor allem hat eine solche Person Diffamierungen zu unterlassen, die da etwa lauten, man ermuntere mit einer Äußerung ein Genozid, also einen Völkermord am palästinensischen Volk.

Zu Zeiten von Figl, Raab, Helmer und Schärf haben Bundesregierungen noch das Gespür gehabt, wann ein klares Wort auch gegenüber einem Ausländer notwendig war. Lassen wir erst gar nicht eine Türschnapperhaltung gegenüber Leuten einreißen, die hier ihr Gastrecht und teilweise Immunität genießen, diese aber mißbrauchen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Bundesregierung hat Dr. Ghazi Hussein eine gewisse Immunität zuerkannt, ich fordere daher die Bundesregierung auf, Herrn Hussein sehr rasch klarzumachen, daß er zu wählen hat zwischen der Rolle als Vertreter bei einer internationalen Organisation, ausgestattet mit gewissen diplomatischen Vorrechten, oder mit der Rolle als politischer Agitator. Dem politischen Agitator würden wir natürlich gleich eine Antwort erteilen. Der Bundeskanzler ist hier am Zuge mit einer entsprechenden Klarstellung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, es ist hier auch notwendig, einige Bemerkungen allgemeiner Art zur Nahost-Politik zu sagen. Die Nahost-Politik der österreichischen Regierung war bis vor kurzer Zeit durch gleichmäßig freundschaftliche Beziehungen zu allen Staaten dieser Region ausgezeichnet. Die freundschaftlichen Beziehungen zu den arabischen Staaten dieser Region entsprechen ja einer alten österreichischen Tradition, die bis in das letzte Jahrhundert zurückreicht.

Österreich hat bisher ebenso freundschaftliche Beziehungen mit Israel gepflogen. Anfangs war dies nicht einfach, aber heute sind diese freundschaftlichen Beziehungen fest etabliert und können offensichtlich auch nicht durch gelegentliche Schimpfkanonaden des Bundeskanzlers auf Dauer gestört werden.

Auch in internationalen Organisationen und bei internationalen Konferenzen hat sich bisher die österreichische Außenpolitik um eine ausgewogene Haltung bemüht, ohne dabei den Grundsätzen unserer Politik untreu zu werden.

Gleichmäßige freundschaftliche Beziehungen zu beiden Seiten des Nahost-Konfliktes hat bisher wenigstens geheißt, daß wir keinen Staat und keine Organisation unterstützen, die eine Vernichtung eines anderen Staates zum Ziel hat. *(Beifall bei der ÖVP.)* Diese Linie hat der Bundeskanzler aber verlassen.

Der Nationalkongreß der PLO hat 1964, 1968, 1971 in der Charta der PLO klar ausgedrückt,

Dr. Ludwig Steiner

daß die Lösung des Nahost-Konfliktes nur durch die Auflösung des Staates Israel und dessen Ersetzung durch einen säkularen, demokratischen, palästinensischen Staat erfolgen kann, in dem nur eine geringe Anzahl der jetzt in Israel lebenden Juden, nur die palästinastämmigen Juden, Platz haben werden.

Sollte die PLO die Zerstörung Israels aus ihren Zielsetzungen streichen, so entstünde natürlich eine andere Lage. Kontakte, die diesem Ziel dienen, sind selbstverständlich sehr zu begrüßen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber grundsätzlich können wir niemals eine Politik unterstützen, die die Auslöschung eines Staates zum Ziele hat, noch dazu eines Staates, mit dem wir normale diplomatische und freundschaftliche Beziehungen haben. Das hat nichts mit Schuld komplexen zu tun, sondern ist der Ausdruck einer Grundsatzipolitik und einer selbstverständlichen Anständigkeit. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Freundschaftliche Beziehungen zu Israel heißt für uns nicht Feindschaft gegen die Palästinenser. Diese Menschen haben genauso alle Rechte auf ein menschenwürdiges Dasein wie alle anderen auch. Selbstverständlich müssen auch die Palästinenser die Möglichkeit haben, dem Lagerdasein zu entkommen, ganz gleich, wer letztlich die Verantwortung für dieses Dasein trägt.

Freundschaftliche Beziehungen zu Israel heißt aber auch nicht, alle taktischen Züge der israelischen Regierung mitmachen; es heißt schon gar nicht Unrecht, das allenfalls Israel setzt, schweigend hinzunehmen. UN-Resolutionen haben selbstverständlich auch für Israel zu gelten, ganz gleich, ob es sich um Fragen besetzter Gebiete oder Interventionen im Libanon handelt oder um andere Probleme. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein neutraler Staat soll sich stets zum Nutzen der ganzen Völkergemeinschaft bei Streitfällen für die Leistung guter Dienste oder auch für Vermittlungen bereithalten, allerdings nur, wenn dies von beiden Seiten gewünscht wird und wenn es unseren eigenen nationalen Interessen nicht zuwiderläuft.

Der Bundeskanzler hat sich bei seinen Aktivitäten, die er als Vizepräsident der Sozialistischen Internationale unternimmt, ganz klar auf die Seite einer der Streitparteien gestellt, ohne daß dazu aus österreichischer Sicht eine echte Notwendigkeit bestanden hätte. Dies ist keine Privatsache. Auch als Vizepräsident der Sozialistischen Internationale kann der Bundeskanzler sein österreichisches Amt nicht einfach abbeuteln.

Zurzeit entsteht der Eindruck, daß sich innerhalb der PLO eine Änderung der Politik anbahnt. Ganz gleich, ob nun eine allfällige Änderung der Haltung aus politischer Überzeugung oder aus taktischen Gründen erfolgt; jedes Abgehen der PLO von der bisherigen Kampfführung außerhalb des Nahen Ostens ist ohne Zweifel zu begrüßen, allerdings kann das Verhalten der PLO in der Vergangenheit auch von niemand übersehen werden.

All denjenigen, die Bewegungen, wie es die PLO eine ist, hochloben und weltweit hoffähig machen, wird man in der Zukunft auch nicht ganz die Mitverantwortung für allfällige Gewaltaktionen dieser Organisationen abnehmen können. Was immer der Bundeskanzler – auch als Vizepräsident der Sozialistischen Internationale – unternimmt, es wird Konsequenzen für Österreich haben.

Der Bundeskanzler sprach in seiner Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen über den Nahen Osten von der Notwendigkeit, eine Realpolitik zu betreiben im Zusammenhang mit dem Nahost-Problem. Dies spricht sich natürlich für einen Österreicher relativ leicht aus. Man muß sich sehr wohl die Frage stellen, ob ein österreichischer Regierungschef in der Lage ist, die Ereignisse im Nahen Osten in allen ihren blitzartigen Wendungen so vollständig zu überblicken und so zu beeinflussen, daß er die volle Verantwortung für eine Parteinahme auch wirklich tragen kann. Für diese Verantwortung hat der Bundeskanzler jedenfalls kein Mandat des österreichischen Volkes, sondern nur ein Mandat der Sozialistischen Internationale. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ein Außenstehender kann zwar auch im Nahen Osten mit Worten eine Lawine von Ereignissen lostreten, aber mit guten Worten wird dann der Lauf dieser Lawine wohl nicht mehr beeinflußt werden können.

Wie in allen politischen Konfliktsituationen haben wir uns auch in der Nahost-Frage klar gegen die Anwendung von Gewalt zu stellen. Terror in allen seinen Formen muß von uns immer und überall abgelehnt werden, nicht nur aus moralischen Überlegungen, sondern weil Terror ein politischer Wahnsinn ist und nirgends zu wirklich echten Problemlösungen führen kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich stelle nochmals fest: Wir sollen uns auch im Nahost-Konflikt ganz in der Tradition unserer Neutralitätspolitik bewegen und nicht Partei ergreifen in Angelegenheiten, deren Gang von uns in Wahrheit weder beeinflußt und daher auch gar nicht verantwortet werden kann und muß. Der Bundeskanzler hat sich stets bewußt sein, daß seine Handlungen Österreich mitenga-

Dr. Ludwig Steiner

gieren, und die Ausrede, nur als Pfadfinder für die Sozialistische Internationale zu handeln, ist nicht annehmbar. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Man kann nur hoffen, daß sich der Bundeskanzler in seiner Nahost-Politik nicht irrt, nicht so irrt, wie er es einige Male getan hat, wie er sich geirrt hat in seiner ersten Einschätzung etwa der Sadat-Initiative. Die Folgen für Österreich wären sehr unerfreulich und könnten uns völlig unnötig in eine schwierige Lage bringen und dem österreichischen Bundeskanzler zumindest eine teilweise Mitverantwortung für die Zerstörung eines Staates aufladen. – Soweit zum Nahost-Problem.

Nun möchte ich noch einige Bemerkungen zur Personalsituation im Außenministerium machen. Vorerst sei einmal auf die Tatsache hingewiesen, daß in den letzten Jahren beinahe ein Dutzend neuer Vertretungsbehörden eröffnet wurden, der effektive Personalstand jedoch weitgehend gleichgeblieben ist.

Dazu kommt noch, daß im Laufe der letzten Jahre erhöhte Verpflichtungen der Mitarbeit an neuen internationalen Aufgaben und Organisationen übernommen wurden. Dies alles stellt große, zusätzliche Anforderungen an die Beamten des Außenministeriums.

Der Herr Bundesminister hat im Außenpolitischen Ausschuß auf meine Frage erklärt, daß es zum Beispiel ohne weiteres möglich gewesen sei, alle die personellen Anforderungen, die sich durch diese neuen internationalen Aufgaben, Konferenzen, Organisationen stellen, leicht zu bewältigen.

Dies ist eine Fehleinschätzung, die allerdings nicht mehr ganz neu ist. Im ersten Stock des Ballhausplatzes sieht anscheinend ein Bundesminister einfach nicht, unter welch unglaublichen Schwierigkeiten in der Praxis die internationalen Konferenzen personell beschickt werden. Er sieht nicht, was das Herausreißen von Mitarbeitern aus ihrer Arbeit in der Zentrale bedeutet. Die österreichische Organisationszauberformel: Geh', schaut's, daß es doch geht, ist auf Dauer in Wirklichkeit nur ein Selbstbetrug. Es müssen dann einfach Arbeiten liegen bleiben.

Es wäre nun Aufgabe des Ministers, für einen rationellen Personaleinsatz auf Grund von klaren Prioritäten zu sorgen. Es wäre am Minister gelegen, falls wirklich genügend Dienstposten vorhanden sind, wie immer behauptet wird, den Dienst so attraktiv zu gestalten, daß die vorhandenen Dienstposten auch genügend Bewerber, genügend qualifizierte Bewerber finden.

Dies hängt nicht nur mit materiellen Aspekten

zusammen. Es spielt auch eine Rolle, welches Ansehen ein Dienstzweig genießt und wie interessant die Aufgabenstellung für den einzelnen in der Praxis gestaltet wird. Es muß ja an etwas liegen, daß so mancher ausgezeichnete junge Beamte schon nach kurzer Zeit wieder diesen Dienst verläßt.

Es kostet überhaupt keinen Groschen, wenn sich die Ressortleitung von klaren Prioritäten bei der Beschickung internationaler Konferenzen leiten läßt. Da man nicht auf jedem Kirchtag sein kann, muß eben eine politische Entscheidung bei der Auswahl, wo man eine Konferenz beschickt, getroffen werden.

Persönlich glaube ich, daß wir uns bei manchen Konferenzen mit weniger Einsatz begnügen könnten, um uns bei anderen, die für Österreich wirklich wichtig sind, stärker zu engagieren. Es wäre sicherlich nicht uninteressant, einmal die Vorstellung des Bundesministers von solchen Prioritäten in diesem Hause zu hören, oder, falls er dies nicht öffentlich sagen kann, in einem Ausschuß.

Zur Illustration zwei kleine Beispiele: Ist es wirklich notwendig, daß zwei Botschafter und ein Gesandter in Havanna an einer Konferenz der Blockfreien teilnehmen, ohnehin nur als zuhörende Gäste? Würde zum Zuhören nicht der Botschafter in Havanna allein genügen?

Oder ist es unbedingt notwendig, daß es für eine ganz kurze Sitzung des Weltraumkomitees der UN, nicht wie es sonst in allen Fällen üblich ist, der UN-Botschafter, der an Ort und Stelle ist, entsendet wird, sondern ein Botschafter aus Paris anreisen muß? Ich weiß schon, wer in diesem Komitee den Vorsitz hat, aber ich weiß auch, daß man diesen Vorsitz schon lange dem Botschafter in New York hätte übertragen können.

Andere schwerwiegende Probleme auf dem personellen Sektor ergeben sich daraus, daß trotz gravierender Personalknappheit die Ressortleitung über Monate hinweg nicht imstande ist, hochqualifizierte Kräfte, die aus dem Ausland zurückkehren, auch entsprechend ihrer Dienst Erfahrung einzusetzen.

Freilich ist mir bekannt, wie wenig das Ausschreibungsgesetz den Gegebenheiten des Außenministeriums entspricht. Schon bei der seinerzeitigen parlamentarischen Beratung dieses Gesetzes habe ich es als großes Versäumnis der Ressortleitung empfunden, daß nicht zeitgerecht auf die sich für das Außenministerium ergebenden besonderen Probleme nachdrücklich aufmerksam gemacht wurde. Aber diese Mängel des Gesetzes müßten meiner Meinung nach durch eine besonders verständnisvolle und vor allem überlegte Personalpolitik ausgegli-

Dr. Ludwig Steiner

chen werden. Dies ist nicht etwa nur eine Frage der Gnade und Güte des Dienstherrn, sondern ganz einfach die Pflicht des Ressortleiters zu einem sparsamen und rationellen Personaleinsatz. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wie gehen nun die Dinge in Wirklichkeit vor sich? Ein Bediensteter, der zwei Jahre in Auslandsverwendung ist, bekommt einen Brief, über dessen stark unterkühlten Ton auch noch einmal geredet werden sollte, mit der Mitteilung, er habe in absehbarer Zeit mit seiner Einberufung zu rechnen. Bevor aber der Brief den Empfänger erreicht, kann dieser, aber auch seine Gesprächspartner der fremden Regierung schon von der Abberufung in den Zeitungen lesen. Solche Vorankündigungen gehen auf eine ursprünglich recht menschenfreundliche Überlegung zurück. Jeder soll nämlich möglichst frühzeitig wissen, wann er mit seiner Versetzung zu rechnen habe, wie es beruflich mit ihm weitergeht.

Mit dieser Ankündigung hört aber die Menschenfreundlichkeit auf, denn der Bedienstete im Ausland bekommt keine Perspektive genannt, worin seine zukünftige Arbeit bestehen könnte. Ist es verwunderlich, daß sich der Betroffene dann Sorgen um seine Zukunft macht?

Der Bundesminister, der die letzte personelle Entscheidung trifft und sie zu verantworten hat, beruft nun nicht etwa einen Beamten vom Ausland zu einem ungefähren Zeitpunkt ein, zu dem sich dieser gemäß Ausschreibungsgesetz um einen Posten im Ministerium bewerben kann. Nein, sondern zu einem Zeitpunkt, der ihm, dem Bundesminister, halt aus irgendwelchen Gründen genehm erscheint. Und für den Zurückberufenen beginnt das monatelange entnervende Warten auf eine angemessene Beschäftigung.

Hier ein Beispiel: Ein Botschafter, der schon vor zwölf Jahren Abteilungsleiter im Ministerium war, wird zu einem Zeitpunkt einberufen, zu dem kein entsprechender Posten im Inland ausgeschrieben ist. Über Monate, im konkreten Fall sind es jetzt schon über fünf, macht dieser Botschafter Aushilfsarbeiten in verschiedenen Abteilungen oder muß spazierengehen. Die Botschaft draußen bleibt aber ebenfalls verwaist – ebenfalls fünf Monate verwaist:

Der Zurückberufene bewirbt sich dann um die Leitung einer Abteilung, als endlich eine solche ausgeschrieben wird. Eine Abteilung, für die er bestens nach Wissen und Erfahrung qualifiziert ist. Der Bundesminister wählt aber nicht etwa den ganz besonders qualifizierten Bewerber aus, nein, er wählt einen aus, der schon eine Abteilung hat und nicht annähernd über die

gleichen Qualifikationen, nicht annähernd über die gleichen Erfahrungen auf diesem Gebiet im In- und Ausland verfügt. Der andere wartet ergebenst weiter.

In welchem anderen Unternehmen, frage ich Sie, ist eine solche Vorgangsweise möglich? In welchem Betrieb kann man sich vorstellen, daß ein langjährig bewährter Mitarbeiter, etwa ein hochqualifizierter Montagearbeiter im Ausland, der zurückkommt, dann im Stammhaus vorerst einmal über Monate zum Werkstattreinen abkommandiert wird? Die Gewerkschafter unter uns sind sich bestimmt bewußt, daß man so etwas nicht hinnehmen kann. Ich glaube auch, einen Botschafter darf man nicht so behandeln. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist dies für den Betroffenen immer eine sehr schwere moralische Belastung, ganz abgesehen von den materiellen Einbußen und von der Vergeudung von öffentlichen Mitteln, die solche Zustände hervorrufen.

Der Bundesminister hat uns im Außenpolitischen Ausschuß erklärt, er halte sich strikt an die *Empfehlungen der Begutachtungskommission* bei Bestellungen. Nur: Vor Monaten schon konnte man von sozialistischen Mandataren der Personalvertretung hören, welche Abteilungsleitung wer bekommt, ja wer sich um diese oder jene Abteilungsleitung bewerben soll, damit sie ihm dann zugeschlagen werden kann.

Und ganz, ganz zufällig hat dann der Bundesminister genau diese Entscheidungen getroffen. Ein Schelm, der nun den Bundesminister gar verdächtigt, er träfe parteipolitisch gefärbte Personalentscheidungen. Der Bundesminister sagt, daß eine solche Entscheidung nach rein sachlichen Überlegungen getroffen wird.

Ich frage mich, wo ich die innere Kraft hernehmen soll, das zu glauben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Presse schreibt, der Bundesminister habe bei dem Interview, das am 25. Oktober erschienen ist, emotionell reagiert, als das Gespräch auf die Personalpolitik gekommen ist. Aber wenn es um die Existenz von Menschen geht, sind auch wir emotionell.

Der Bundesminister hat in dem Interview von einem Zirkus im Zusammenhang mit der Kritik an seiner Personalpolitik gesprochen. Für uns sind Fragen der Personalpolitik kein Zirkus, denn es geht hier eben um Menschen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Es geht hier um Menschen und gleichzeitig auch um das Funktionieren des Auswärtigen Dienstes.

Bereits im Frühsommer hat sich der Bundesminister auf die Personalvertretung im Außen-

Dr. Ludwig Steiner

ministerium eingeschossen. Als im Zusammenhang mit den Personalvertretungswahlen ein Informationsblatt der ÖAAB-Fraktion nicht ganz das Wohlwollen des Herrn Bundesministers gefunden hat, rief er die Personalvertreter, um ihnen zu sagen, daß er nunmehr Entgegenkommen bei Maßnahmen, zu denen er laut Gesetz nicht unbedingt verpflichtet ist, das aber allen Bediensteten zugute käme, nicht mehr gewähren werde. Er fühle sich durch dieses Informationsblatt gekränkt, alle könnten sich bei den Urhebern bedanken.

Kollegen der Gewerkschaft hier im Hause, was sagt ihr zu so einem Verhalten eines Dienstherrn? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Weiters sagte der Bundesminister zur Presse: Wenn hier jemand Politik machen wolle, dann möge er das Haus, das heißt das Außenministerium, verlassen. Das war in Richtung auf einen gewählten Personalvertreter gemünzt. Der Dienstherr droht also einem Personalvertreter via Zeitung mit dem Hinauswurf. Ein Dienstherr, der nicht einmal die Ausrede hat, die Gesetze nicht zu kennen. Kollegen der Gewerkschaft hier im Hause, so tut man, wenn man Minister in einer sozialistischen Regierung ist? Ich kann diese Haltung des Bundesministers gegenüber der Personalvertretung überhaupt nicht verstehen *(Beifall bei der ÖVP)*, einer Personalvertretung, deren ÖAAB-Fraktion diesem Bundesminister in der bittersten Stunde in aller Öffentlichkeit loyal zur Seite gestanden ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wie ist das eigentlich, wie ist das überhaupt, muß vielleicht ein ein Stück des Weges Mitgeher eine raue Personalpolitik betreiben, damit er so seine Ernennung in ein sozialistisches Kabinett rechtfertigt? Oder ist hier vielleicht gar der Herr Bundeskanzler schuld, der durch monatelanges Gerede von einer Regierungsumbildung den Arbeitsplatz dieses Ministers im Kabinett verunsichert hat?

Da nun die Regierungsumbildung vollzogen ist und dem Minister keine Winterarbeitslosigkeit mehr droht, ist vielleicht in den nächsten Monaten eine ruhigere Personalpolitik denkbar.

Wenn man nun diese Personalpolitik des Außenministers sieht, versteht man auch seinen Erlaß, mit dem dienstliche Kontakte der Abgeordneten – bitte, hören Sie gut zu: dienstliche Kontakte der Abgeordneten – mit Beamten des Außenministeriums nur mehr über das Kabinett des Bundesministers zugelassen werden.

Die sozialistische Regierung ist einst mit dem Schlagwort der Demokratisierung und der Transparenz eingetreten. Sobald aber die Durchsichtigkeit lästig wird, ist ein Maulkorberlaß parat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Bundesminister möge zur Kenntnis nehmen, daß ich in diesem Lande mit jedem Menschen rede, der bereit ist, mit mir zu reden, daß ich mit jedem Beamten als Staatsbürger, aber auch als Abgeordneter, ohne Genehmigung irgendeines Ministers auch über dienstliche Belange reden werde, soweit diese Belange nicht der gesetzlichen Amtsverschwiegenheit ausdrücklich unterliegen, ob dies nun dem Minister paßt oder nicht. Und wehe, wehe, wenn daraus irgendeinem Menschen in diesem Lande ein Nachteil entstehen sollte! *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Samwald: Das ist eine Drohung!)*

Herr Abgeordneter, auch eine solche Verletzung der Grundfreiheiten werden wir nie in diesem Lande zulassen. Nehmen Sie dies gefälligst zur Kenntnis! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das Verlangen nach Einhaltung von Grundgesetzen ist keine Drohung, Herr Abgeordneter. Oder sind wir heute vielleicht schon so weit, daß, wenn man seine Rechte verlangt, das eine Drohung ist? Das ist eine Demaskierung, was Sie hier betreiben! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Schranz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Schranz** (SPÖ): Meine Damen und Herren! Zu den einleitenden Bemerkungen meines Herrn Vorredners möchte ich sagen: Die Position Österreichs hat Bundeskanzler Dr. Kreisky in sehr eindrucksvoller Weise und unter dem Beifall der ganzen Weltöffentlichkeit kürzlich bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen erklärt, und das Echo, das er gefunden hat, ist der Reputation Österreichs in aller Welt sehr zugute gekommen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Dort hat er die Stellung Österreichs zu weltpolitischen Fragen und im besonderen zum Mittleren Osten eindeutig dargelegt, und Kreiskys Erfolg in New York wurde ja sogar von einzelnen Oppositionsrednern während der Debatten der vergangenen Tage gewürdigt. Jedenfalls steht fest, daß das Ansehen Österreichs dadurch noch stark in aller Welt vermehrt wird, daß Kreisky eine so große Wertschätzung als Staatsmann in aller Welt genießt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Zu den zentralen Fragen dieser Debatte über die erste Lesung zum Bundesfinanzgesetz 1980 gehören Probleme der Sozialpolitik. Und ich möchte gleich zu einem der aktuellen Diskussionsthemen, nämlich zu der Frage der Hinterbliebenenversorgung, Stellung nehmen.

Im Zug der Familienrechtsreform und von zu erwartenden Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes muß sich jeder, der die Sozialpoli-

Dr. Schranz

tik und besonders die Pensionsversicherungspolitik ernst nimmt, mit den Problemen der Zukunft beschäftigen. Wir werden uns überlegen müssen, wie wir das System der sozialen Sicherheit an die geänderten gesellschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse anpassen.

In diesem Zusammenhang haben selbst ÖVP-Fachleute und -politiker seinerzeit ein Mitdenken angeboten. Die Arbeit an der Entwicklung des Pensionsversicherungsrechtes geht ja weiter.

Wir müssen nur mit allem Nachdruck parteiegoistische Unterstellungen zurückweisen, die in diese Sachdiskussion eingeflossen sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Die Sozialisten haben, und das ist in der Öffentlichkeit eindeutig bekannt, das Hauptverdienst daran, daß wir ein so hohes Maß an sozialer Sicherheit in Österreich besitzen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Und die Sozialisten garantieren, ich sage das namens der gesamten sozialistischen Fraktion dieses Hauses, daß in keine bestehenden Pensionsansprüche eingegriffen wird, daß keine Witwenpension gekürzt wird, daß die bestehenden Ansprüche nicht nur voll gewahrt, sondern selbstverständlich im Zug der Pensionsdynamik weiter erhöht werden. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Blenk: Wen desavouieren Sie jetzt in Ihrer Partei!)* Ich desavouiere niemanden. Denn die Unwahrheiten, die etwa über die sehr sachkundigen Äußerungen meines Kollegen Dallinger gesagt wurden, weise ich mit aller Entschiedenheit zurück *(Beifall bei der SPÖ.)*; er hat niemals auch nur ein Wort davon gesagt, daß bestehende Pensionsansprüche verändert werden sollten. Keine Rede davon.

Ich sage nochmals: Für uns Sozialisten ist das kein Diskussionsthema, es werden bestehende Pensionsansprüche um keinen Groschen gekürzt werden.

Die Ansicht des momentanen ÖVP-Obmannes zu diesen Problemen hängt ja offenbar von der Frage ab, mit welchen Anfangsbuchstaben der Name von Personen beginnt, die zu dieser Frage Stellung nehmen, ob sie „Sallinger“ oder „Dallinger“ heißen.

Für uns Sozialisten, meine Damen und Herren, sind die Probleme der Sozialpolitik, weil sie die Menschen betreffen, keine Fragen von Erstkonsonanten von Familiennamen, dafür sind sie uns viel zu ernst. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich sage nochmals, die Sozialisten werden sich als Mehrheitsfraktion dieses Hauses und als Regierungspartei natürlich mit der zukünftigen Entwicklung unserer Pensionsversicherung zu befassen haben. Sie garantieren aber, daß in

bestehende Pensionsansprüche nicht nur nicht eingegriffen wird, sondern daß diese Ansprüche – auch der Witwen selbstverständlich – so wie bisher im Zug der Pensionsdynamik weiter verbessert werden.

Wir weisen alle gegenteiligen Unterstellungen der ÖVP entschieden zurück. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Wie unsachlich die ÖVP informiert und nicht bereit ist, drastische Fehler zuzugeben, zeigt ja etwa ihr Parteiorgan „Volksblatt“. Da heißt es in einem Leitartikel am 31. Oktober:

Dazu gehört eben auch, daß die von der Volkspartei regierten Länder der Bevölkerung vorexerzieren, wie unser Land insgesamt ausschauen würde, wäre die Volkspartei an der Regierung. Man nehme nur das Beispiel Oberösterreich. Wäre nicht das, was hier Ratzenböck macht, für ganz Österreich, also auch für das rote Wien, beispielgebend? Ich denke nur an die Übernahme der Kosten für Alten- und Pflegeheime, soweit sie nicht durch die Pension gedeckt sind, durch das Land – eine glänzende Idee, die so richtig beweist, daß die ÖVP zwar keine sozialistische, wohl aber die sozialere Partei ist.

Was ist die Wahrheit, meine Herren? In Wien, das hier angesprochen wird, gibt es diese Regelung, daß keine Regreßverpflichtung mehr für Verwandte besteht, wenn ihre Angehörigen sich in Altersheimen und Pensionistenheimen befinden, schon seit fünf Jahren! Von dort haben sie vielleicht die Oberösterreicher übernommen. Und in Wien ist auch heute diese Regelung wesentlich besser als die neue oberösterreichische Regelung. *(Abg. Dr. Blenk: In Wien ist alles besser, Herr Dr. Schranz!)*

Herr Dr. Blenk, wann kandidieren Sie wieder für die Funktion des ÖVP-Landesparteiobmannes in Vorarlberg und bekommen dann drei Prozent der Stimmen, um damit Ihr politisches Einschätzungsvermögen zu beweisen? *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Blenk: Sie graben hoffnungsvoll wie immer in der Vergangenheit!)* Wann machen Sie das wieder? Ich weiß genau, wie ich Ihre Meinung zu werten habe, seit Sie damals auf sie Opposition von 97 Prozent Ihrer eigenen Parteifreunde gestoßen sind. Das ist ein so vernichtendes politisches Urteil Ihrer eigenen Partei über Sie, daß ich dem nichts mehr hinzuzufügen habe, Herr Dr. Blenk! *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Blenk: Etwas Primitiveres als Sie, Herr Dr. Schranz, gibt es nicht! Sie haben die letzten zehn Jahre, wie alles andere, verschlafen!)*

Also in Wien, bitte sehr, besteht nicht nur keine Regreßpflicht der Angehörigen, wenn

Dr. Schranz

jemand seine Altersheimkosten nicht von der eigenen Pension decken kann, sondern darüber hinaus bleiben der 13. und 14. Monatsbezug in voller Höhe dem Altersheimbewohner zur freien Verfügung und außerdem selbstverständlich 20 Prozent der Monatspension als ständiges Taschengeld.

Also: Es hat sich erwiesen, daß Wien nicht nur die sozialere Verwaltung hat, sondern daß die Sozialistische Partei selbstverständlich die sozialere Politik erfolgreich betreibt (*Beifall bei der SPÖ*), und es wäre an der Zeit, meine Damen und Herren, daß die ÖVP und das „Volksblatt“ ihren Irrtum und ihre Blamage zugeben.

1980, meine Damen und Herren, wird es wieder erhebliche Verbesserungen für die Pensionisten geben. 5,6 Prozent Pensionserhöhung am 1. Jänner des nächsten Jahres bedeutet, daß es wieder zu einer deutlichen realen Erhöhung der Pensionsbezüge kommt.

Und erstmals – auch das gehört in den Rahmen des so erfolgreich geführten Kampfes gegen die Armut – sind auch die bäuerlichen Übergangspensionen, die früheren Zuschußrenten, in die Pensionsdynamik einbezogen. Es ist besonders erfreulich, daß nun diese ehemaligen landwirtschaftlichen Zuschußrenten in jeder Weise volle Bauernpensionen sind und daß durch die Beschlüsse, die von der sozialistischen Bundesregierung und der sozialistischen Mehrheit hier herbeigeführt wurden, eine so gewaltige Verbesserung der sozialen Lage der alten Bauern erreicht werden konnte. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Von 1970 bis 1980 sind die Pensionen in Österreich um 132,1 Prozent gestiegen. Der Verbraucherpreisindex ist gleichzeitig um 80,5 Prozent gestiegen. Es zeigt sich also, daß die reale Erhöhung der Pensionen 51,6 Prozentpunkte beträgt. Eine so starke Erhöhung der Pensionen in einem vergleichbaren Zeitraum hat es noch niemals vorher in Österreich gegeben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Kampf gegen die Armut: Die Richtsätze für die Ausgleichszulagen für Alleinstehende sind um 167 Prozent, auch dank mehrmaligen außertourlichen Erhöhungen, hinaufgesetzt worden. Der Pensionistenindex ist in der gleichen Zeit um 81,5 Prozent gestiegen. Es zeigt sich also, meine Damen und Herren, daß es hier wieder eine reale Erhöhung der kleinsten Pensionen gibt wie niemals zuvor, sowohl der Ausgleichszulagen für alleinstehende Pensionisten als noch stärker für Ehepaare.

Erfreulicherweise geht die Zahl der Ausgleichszulagen zurück. Es steigen nämlich in allen Bereichen, vor allem aber im Bereich der

Pensionsversicherung der Arbeitnehmer, die durchschnittlichen Pensionen erheblich an, sodaß Ausgleichszulagen in weniger Fällen als bisher gewährt werden müssen.

Wir sehen also, daß sowohl bei den Pensionen selbst als auch bei den Ausgleichszulagen ungemein große Verbesserungen zugunsten der älteren Generation eingetreten sind, wie es sie niemals zuvor in Österreich gegeben hat.

Der Bundesbeitrag für die Pensionsversicherung wird im nächsten Jahr rund 16 Milliarden Schilling betragen. Dazu kommen 5,6 Milliarden Schilling, die der Bund für Ausgleichszulagen leistet.

Man muß aber differenzieren. Man muß in der Pensionsversicherung die unterschiedlichen Entwicklungen in den Versicherungen der Arbeitnehmer, der Gewerbetreibenden und der Bauern sehen.

Die Belastungsquote, die uns sagt, welche Zahl von Pensionen auf je 1 000 pflichtversicherte Erwerbstätige kommt, ist sehr unterschiedlich: Im ASVG-Bereich sind es 479 Pensionen auf 1 000 Erwerbstätige, im Bereich der gewerblichen Sozialversicherung 783 und im Bereich der bäuerlichen Sozialversicherung 951 Pensionen auf je 1 000 Aktive.

Selbstverständlich ist es nicht die Schuld der selbständig Erwerbstätigen, daß eine ungünstige Strukturentwicklung eingetreten ist. Diese Gruppen der Versicherten sind natürlich schuldlos an dieser Entwicklung. Aber man sollte anerkennen, daß es die Vollbeschäftigungspolitik der sozialistischen Bundesregierung gewesen ist, die jenen, die aus Selbständigen-Berufen ausgeschieden sind, die Möglichkeit gebracht hat, als Unselbständige weiterhin erwerbstätig zu sein. Auch das ist eine ganz wichtige sozialpolitische Maßnahme.

Aber, meine Damen und Herren, die schlechte finanzielle Entwicklung bei den Pensionsversicherungen der Selbständigen geht nicht nur auf die ungünstige Strukturentwicklung zurück, sondern auch auf die gewaltigen Leistungsverbesserungen, die es in diesen Bereichen im besonderen gegeben hat. Die Überführung der landwirtschaftlichen Zuschußrenten in vollwertige Bauernpensionen etwa ist ein wichtiges Beispiel dafür.

1980 jedenfalls, meine Damen und Herren, wird der Bundesbeitrag für die Pensionsversicherungen der Selbständigen bereits höher sein als der Bundesbeitrag für die Pensionsversicherung der Arbeiter und Angestellten. Der Bundesbeitrag für die ASVG-Pensionsversicherung wird 7,1 Milliarden Schilling betragen, der Bundesbeitrag für die Versicherungen der

Dr. Schranz

Selbständigen aber 8,8 Milliarden Schilling. Das heißt also, 55,5 Prozent des gesamten Bundesbeitrages entfallen auf die Selbständigenversicherung und nur noch 44,5 Prozent auf die Versicherung der Arbeitnehmer. Es ist also der Bundesbeitrag für die Pensionsversicherungen der Selbständigen wesentlich höher, obwohl aus der Pensionsversicherung der Selbständigen, nämlich der Gewerbetreibenden und der Bauern, nur 300 000 Pensionen gezahlt werden, aus der Pensionsversicherung der Arbeiter und Angestellten aber 1,2 Millionen Pensionen.

Es zeigt sich demnach, daß je Pension nach dem ASVG der Bundesbeitrag 6 126 S im Jahr beträgt, je Pension aus der Gewerblichen Selbständigenversicherung aber 36 753 S und je Pension Bauernsozialversicherung 26 604 S.

Es erweist sich aus diesen Zahlen der enorme Ausbau der Leistungen der Pensionsversicherung der Selbständigen. Während des Jahrzehnts von 1970 bis 1980 ist die Gebahrung der Pensionsversicherung der Arbeitnehmer auf das Dreifache gestiegen, das Gebahrungsvolumen der Pensionsversicherung der gewerblichen Selbständigen auf das Viereinhalbfache, aber das Gebahrungsvolumen der Bauernsozialversicherung auf das Siebenfache.

Sie sehen also, meine Damen und Herren, wie stark diese Leistungen der Pensionsversicherung der Selbständigen verbessert worden sind. *(Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Daß wir uns nicht mißverstehen: Das ist ein großer Erfolg der sozialistischen Regierung, vor allem auch, daß für die Bauern so große soziale Verbesserungen zustande gekommen sind. Warum haben Sie es denn vorher nicht zustande gebracht, meine Damen und Herren? *(Beifall bei der SPÖ.)*

In der Zeit der sozialistischen Bundesregierung ist dieser Ausbau der Sozialversicherung der Selbständigen erfolgt. Das ist die eindeutige Wahrheit, und das kann niemand, der auch nur einigermaßen die Verhältnisse kennt, bestreiten. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Die Entwicklung der gesamten Pensionsversicherung, die Erfolge, die für die ältere Generation zustande gekommen sind, das alles geht aus den eindeutigen Zahlen hervor. Die Ausgaben der Pensionsversicherung haben im Jahr 1970 noch 7,53 Prozent des Brutto-Inlandsproduktes betragen und werden heuer 9,56 Prozent erreichen. Das ist eine Erhöhung des Anteils um mehr als ein Viertel.

Ich sage nochmals, meine Damen und Herren: Es hat sich noch niemals der Leistungsausbau der gesamten Pensionsversicherung, aber im

besonderen der Pensionsversicherung der Selbständigen in Gewerbe und Landwirtschaft, so rasch und so erfolgreich entwickelt wie in den Jahren der sozialistischen Bundesregierung.

Natürlich ist es nicht möglich, daß die gesamte Vorsorge für alle Wechselfälle des Lebens der Staat übernimmt. Natürlich ist für einen, wenn auch sehr kleinen, Teil der Bevölkerung eine gewisse Eigenvorsorge zu empfehlen, und in der Pensionsversicherung gibt es ja Maßnahmen und Instrumentarien, die dafür geschaffen sind. Wir haben ja die Einrichtung der Höchstbeitragsgrundlage; nur bis zu dem durch die Höchstbeitragsgrundlage gedeckten Einkommen zahlt man seine Sozialversicherungsbeiträge. Gehalts- und Verdienbestandteile, die davon nicht erfaßt sind, eignen sich für zusätzliche Vorsorgen, und ein besonderes Instrument dafür ist ja etwa die freiwillige Höhrversicherung, die es in allen Zweigen der Pensionsversicherung gibt. Sie ist eine wesentlich günstigere Form jeder zusätzlichen Vorsorge, als es andere Arten etwa der Privatversicherung oder sonstige Möglichkeiten und Sparformen darstellen. Man kann also jenen, die sich mit Eigenvorsorgegedanken beschäftigen und sich das auch leisten können, besonders die Höhrversicherung in der Pensionsversicherung empfehlen.

Meine Damen und Herren! Was wir aber auch brauchen, ist eine Erziehung zu besonderem sozialem Engagement. In der Gesellschaft sollte den sozialen Werten ein höherer Rang eingeräumt werden, und eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung auch im Rahmen des Kampfes gegen die Armut ist eine wichtige Zielvorstellung der Sozialisten. Es müssen zu krasse soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten abgebaut werden. Es gibt Aktionen, die dabei helfen, denn vielfach kommt zur Armut, die sicherlich noch nicht völlig besiegt ist, auch die Uniformiertheit. So hat etwa die SPÖ-Bezirksorganisation Wien-Leopoldstadt eine Aktion eingerichtet, „Rat und Auskunft“, in der in den letzten zwei Jahren 3 200 Menschen beraten wurden – das ist eine wichtige bürgernahe Serviceeinrichtung –, und dabei hat ein Viertel derer, die um Rat gefragt haben, soziale Probleme behandelt. Besser zu informieren, den Menschen zuzuhören, den vom Leben Benachteiligten zu helfen, ist eine sehr dankbare Aufgabe und für uns, weil es eine so wichtige menschliche Aufgabe ist, auch eine zutiefst sozialistische Aufgabe.

Meine Damen und Herren! Es hat noch nie in allen Bereichen des sozialen Rechtes und der Sozialversicherung so viele Fortschritte gegeben wie seit 1970. Das zeigt jede auch nur flüchtige Aufzählung der wichtigsten Etappen. Denken

Dr. Schranz

Sie an die mehrmaligen Verbesserungen des Systems der Pensionsdynamik, an die Erhöhung der Witwen- und Waisenpensionen um ein Fünftel, an die mehrmalige stärkere außertourliche Erhöhung der Ausgleichszulagenrichtsätze, an die Lockerung der Ruhensbestimmungen, an die Einführung der Unfallversicherung für Schüler und Studenten, an die finanzielle Sicherung der Krankenversicherung, an die Neuregelung der Bauernsozialversicherung mit der Lösung des Problems der landwirtschaftlichen Zuschußrenten, an die Schaffung der Sozialversicherung der freien Berufe, an den Ausbau der zwischenstaatlichen Sozialversicherung.

Denken Sie an die vielen erfolgreichen Maßnahmen im Bereich der Arbeitsmarktverwaltung, an den Ausbau der Arbeitsmarktförderung mit der Verzehnfachung der dafür eingesetzten Mittel, an die Schaffung des Frühwarnsystems, an die Ausdehnung der Sonderunterstützungen, an die Regelung der Ausländerbeschäftigung, an die Einführung der Konkursversicherung und an alle Maßnahmen zur Sicherung der Vollbeschäftigung.

Vergegenwärtigen Sie sich die vielen Schritte zu einem besseren Arbeitsrecht, die Ausdehnung des Angestelltengesetzes, die Verbesserung und Vereinheitlichung des Urlaubsrechtes, die Verkürzung der Arbeitszeit, die Neuregelung der Arbeitsverfassung, die Verbesserung der Mutterschutzvorschriften, die Entgeltfortzahlung für Arbeiter, die Pflegefreistellung, die Bestimmungen über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der Entgeltzahlung, an die Einführung der Arbeiterabfertigung, an die Verbesserung der Abfertigungsbestimmungen für die Angestellten.

Denken Sie in anderen sozialrechtlichen Bereichen an das Arbeitnehmerschutzgesetz, an den Ausbau der Arbeitsinspektion, an das Verbrechenopfergesetz, an die vielen Leistungsverbesserungen in der Kriegsopferversorgung und in der Opferfürsorge, denken Sie etwa auch an die Verbesserungen des Invalideneinstellungsgesetzes.

Das sind die eindeutigen Beweise dafür, welche großen sozialpolitischen Erfolge es in dem Jahrzehnt der siebziger Jahre für die große Mehrheit der Österreicher gegeben hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte nun im letzten Teil meiner Ausführungen noch gern in eine Diskussion mit den Herren – Damen gibt es ja hier nicht – der freiheitlichen Fraktion eintreten. Gestern hat der Herr Abgeordnete Dr. Steger die Sozialisten eine „Super-Parkinson-Bewegung“ genannt, weil sich die Zahl der Bundesbediensteten etwas

erhöht hat. Ich möchte gerne in ein Gespräch mit Ihnen, meine Herren, über die Frage kommen, an welchen Handlungen in Ihren eigenen Bereichen Sie diese Vorwürfe gegen die Sozialisten messen. Leider können wir heute nicht mit Ihrem Parteiobmann, Herrn Dr. Götz, diskutieren; er ist ja an der Teilnahme der Debatte verhindert. Aber bitte, den Rekord an Parkinson-Ereignissen hat die Stadt Graz erreicht. Da hat es bitte im Jahr 1973 noch 22 Senatsräte gegeben, und jetzt sind es 69. Es hat sich also die Zahl der Senatsräte mehr als verdreifacht, meine Damen und Herren! *(Abg. Dipl.-Vw. Josseck: In der Personalvertretung, Herr Dr. Schranz!)* Das ist einsame Spitze. Ist das Ihr Vorbild?

Und, bitte, der Herr Dr. Steger hat gestern auch gemeint: Wenn wir dazu in die Lage versetzt werden – nach Wahlen –, werden wir dafür sorgen, daß diese Unzahl an neuen Positionen schleunigst wieder abgeschafft wird. Schaffen Sie das in Graz ab, meine Herren, und zeigen Sie so, daß Sie es damit ernst meinen. *(Abg. Grabher-Meyer: Sagen Sie es doch der Gewerkschaft in Graz!)*

Aber ich bin noch lange nicht fertig. Es hat der Herr Dr. Götz, Ihr Parteiobmann, auch mehrmals gegen die angebliche Parteibuchwirtschaft Österreichs Stellung genommen. Ich habe hier das Wortprotokoll einer Fernsehdiskussion vom 17. April 1979, und da, bitteschön, hat Herr Dr. Götz wörtlich gesagt: „Es ist einfach auf die Dauer – ich würde das harte Wort menschenunwürdig gebrauchen – menschenunwürdig, daß diese Grunderfordernisse des einzelnen Staatsbürgers eingeordnet werden sollen in Parteibuchberechtigte auf der einen Seite und Nicht-Parteibuch-Verpflichtete.“

Die zwei Kategorien Staatsbürger auf Dauer zur Kenntnis zu nehmen, sind wir nicht bereit und können wir nicht bereit sein.“ Recht hat er!, sagen die Herren von der Freiheitlichen Partei wahrscheinlich in Anlehnung an einen Werbespruch. Aber bitte sehr, meine Damen und Herren, wie schaut es denn in Graz aus? Schauen wir uns das dort an, wo Herr Dr. Götz selbst in der Lage ist, auf die Verhältnisse Einfluß zu nehmen. Wieso, bitte, sind in Graz so viele Mandatare der Freiheitlichen Partei Bedienstete der Stadt geworden? Ist dort die Spitze der „Menschenunwürdigkeit“ vorhanden? – Ich kann mit genauen Angaben dienen, meine Damen und Herren. Schauen wir uns das an! *(Abg. Dr. Frischenschlager: Weil Sie dort vorher gearbeitet haben! Schauen Sie sich die Ergebnisse an, vergleichen Sie sie!)*

Der steirische FPÖ-Obmann Turek ist Abteilungsleiter der Grazer Stadtwerke AG geworden.

Dr. Schranz

Gemeinderat Tremmel von der Freiheitlichen Partei hat einen eigenen Dienstposten in der Magistratsdirektion erhalten.

Der FPÖ-Bezirksobmann von Leibnitz, Herr Tengg, hat einen leitenden Posten bei den Grazer Stadtwerken.

Der Herr FPÖ-Gemeinderat Spielberger ist Amtsrat im Personalamt von Graz.

Die Frau Obermagistratsrat Turek, die Ehegattin des steirischen Parteiobmannes der Freiheitlichen Partei, ist im Grazer Sozialamt beschäftigt.

Die Frau FPÖ-Gemeinderat Frick ist in der Magistratsdirektion beschäftigt.

Der Herr FPÖ-Gemeinderat Weinmeister ist im Wiederaufbauamt der Gemeinde beschäftigt.

Der Herr FPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreter Ruckhofer ist im Bürgermeisteramt beschäftigt.

Der Herr FPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreter Jaksche ist ebenfalls im Bürgermeisteramt beschäftigt.

Der Herr FPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreter Wiener ist ebenfalls in der Magistratsdirektion angestellt.

Der Herr FPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreter Moser ist Amtsrat im Grazer Schlichtungsamt.

Der Herr FPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreter Pirker ist im Grazer Wirtschaftshof beschäftigt.

Der Herr FPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreter Pamlatá wurde noch rechtzeitig vor seiner Pensionierung Gemeindebediensteter der Stadt Graz. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Stix: Nur kein Neid!)*

Meine Herren, das ist beinharte Parteibuchpolitik für Mandatare! Ich glaube, das gibt es sonst nirgends für Mandatare in ganz Österreich. Schauen Sie sich das an! Wenn Herr Dr. Götz von „menschenunwürdigen Verhältnissen“ redet, so hat er in Graz Gelegenheit, diese menschenunwürdigen Zustände schleunigst zu ändern. Wir warten darauf, wir werden uns das anschauen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! So schaut es also aus, wenn man Wasser predigt und so viel Wein trinkt. Ich wollte nur einmal die Unterschiede zwischen Worten und Taten aufzeigen. Diese Gelegenheit wurde ja von Ihnen provoziert, meine Damen und Herren, weil Sie so viel von der Parteibuchwirtschaft gesprochen haben. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren, nun zum Schluß. Die sozialistische Bundesregierung und ihre Parlamentsmehrheit, die die Politik dieser Bundesregierung unterstützt, werden weiter den

erfolgreichen österreichischen Weg beschreiten. Zum Nutzen der Österreicher, und zwar besonders in der Sozialpolitik. Es wird auch in den wirtschaftlich schwierigen Zeiten, in denen wir stehen und die vor uns liegen, keinen Stillstand in der Sozialpolitik geben, denn gerade sozialpolitischer Stillstand wäre gesellschaftlicher Rückschritt. Wir werden weiter dafür eintreten, daß unsere Ziele: mehr Gleichheit, mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität in der Gesellschaft!, Schritt für Schritt in unserem Land verwirklicht werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Frischenschlager zu Wort gemeldet. Ich mache ihn auf die 5-Minuten-Begrenzung aufmerksam.

Abgeordneter Dr. **Frischenschlager** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Abgeordnete Schranz hat mit seinen Auslegungen den Eindruck erweckt, als ob unter freiheitlicher Führung in der Gemeinde Graz parteipolitische Personalpolitik betrieben würde, als ob Freiheitliche dort auf Grund ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit eine besondere Bevorrechtung erhielten.

Der Kollege Schranz übersieht nur eines, darin liegt sein Irrtum, und das ist zu berichtigen: Herr Kollege Schranz, vergleichen Sie bitte – und das ist das Maßgebliche – die Personalvertretungswahlergebnisse in der Gemeinde Graz mit den allgemeinen Wahlergebnissen in Graz! Dann werden Sie klipp und klar erkennen, daß noch immer – noch immer! – ein wesentlich geringerer Prozentsatz von freiheitlichen Beamten im Magistrat beschäftigt ist. Die letzten Ergebnisse lagen bei 5 bis 6 Prozent. *(Ruf bei der SPÖ: Gemeinderäte!)*

Gemeinderäte: Es ist das freie Recht von freiheitlichen Beamten, sich um Mandate zu bemühen. Wenn Sie das in Frage stellen, dann schauen wir uns doch heute Ihren Nationalratsfraktionsklub an, dann schauen wir Ihre Gemeindebediensteten bei der Gemeinde Wien an. Da steht völlig klar fest, wo die Bevorrechtung liegt. Aber darum geht es jetzt nicht, sondern es geht darum, den Vorwurf, daß Sie behaupten . . . *(Ruf bei der SPÖ: Berichtigen Sie! – Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Nein, ich rede davon, daß freiheitliche Gemeinderatsbedienstete selbstverständlich ihre politischen Rechte in Anspruch nehmen können und daß das nichts mit parteipolitischer Personaleinstellung zu tun hat!

Es erfolgt keine Einstellung nach Parteipolitik in Graz zum Unterschied von vielen, vielen anderen Städten. Darin wollte ich Herrn Schranz berichtigen. Er soll sich die Personalvertretungs-

Dr. Frischenschlager

ergebnisse ansehen (*Zustimmung bei der FPÖ*), und zwar in der Gemeinde Wien, in den Bundesministerien, in den sozialistischen Gemeinden, wo es oft der Fall ist, daß 90 oder 95 Prozent natürlich ein sozialistisches Parteibuch haben müssen.

Ich war in der Personalkommission in der Stadt Salzburg. Ich weiß, was gespielt wird. Ich weiß, daß das Parteibuch eine Rolle spielt. (*Abg. Braun: Sie müssen tatsächlich berichtigen! – Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ich rede von der parteipolitischen Praxis in Österreich, und wenn Sie heute hier das Gegenteil behaupten, dann heucheln Sie. (*Ruf bei der SPÖ: Wo ist die tatsächliche Berichtigung!*) Sie wissen ganz genau, daß es so ist. Deshalb wollte ich Herrn Schranz dahin gehend berichtigen, daß unter freiheitlicher Führung eine Einstellungspolitik nach dem Parteibuch nicht erfolgt. Der Beweis ist aus Graz nicht zu erbringen. Dies zur tatsächlichen Berichtigung. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Murer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ing. **Murer** (FPÖ): Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident! Nach dem Ausflug nach Graz, Herr Dr. Schranz, und nach Ihren Ausführungen, in denen Sie besonders über die erfolgreiche Entwicklung für die Bauernschaft in den letzten Jahren gesprochen haben – darüber kann man auch reden, und das kommt ja sicher in den Spezialdebatten zum Kapitel Landwirtschaft durch die freiheitlichen Redner sehr gründlich zum Ausdruck –, erlauben Sie mir bitte, daß ich, ehe ich auf das eigentliche Thema eingehe, doch einige Bemerkungen zur Debatte über den Grünen Bericht 1978 mache, die in diesem Haus am 24. Oktober stattgefunden hat.

Der Herr Bundesminister hat uns damals vorgerechnet, daß der Einkommensabstand der Landwirtschaft im Bundesmittel zum Einkommen der Arbeitnehmer im Jahre 1978 rund 5 500 Schilling monatlich betragen hat. Es handelt sich also um das sicherlich heikle, aber für uns Freiheitliche wichtige Thema des Paritätslohnes, von dem Sie, Herr Minister, und anscheinend die gesamte Sozialistische Partei nicht sehr viel wissen wollen.

Ich verstehe diese Haltung sehr wohl bis zu einem gewissen Grad, denn das Ergebnis ist ja alles andere als schmeichelhaft.

In Ihrer Wortmeldung, Herr Bundesminister, meinten Sie, Einkommensvergleiche seien immer etwas problematisch. Da haben Sie sicherlich bis zu einem gewissen Grad recht. Nur: Die Kritik, die Sie damals an unseren

Berechnungen angebracht haben, stört mich doch sehr, weil Sie sich damals so verteidigt haben, indem Sie meinten, man könnte Nettoeinkommen mit Bruttoeinkommen vergleichen.

Herr Bundesminister! Wir wissen schon, daß man das nicht machen kann, aber wir taten es ja auch nicht. Wir haben das ja nicht getan. Wir hielten uns sehr streng an die Begriffsbestimmungen des Grünen Berichtes, und zwar verwendeten wir damals das sogenannte landwirtschaftliche Einkommen je Familienarbeitskraft.

Dieser Begriff, Herr Bundesminister, ist nun einmal eine Bruttogröße. Darüber können Sie nicht hinwegtäuschen, daß es eine Bruttogröße ist. Es gibt sicherlich so manche unter uns, die sich mit diesen Begriffsbestimmungen bis heute nicht auseinandergesetzt haben. Wir haben es sehr wohl getan. Schließlich muß der Landwirt von dieser Bruttogröße auch noch seine Einkommensteuer und die Sozialversicherungsbeiträge für die bäuerliche Familie bezahlen.

Dieses landwirtschaftliche Einkommen betrug im Jahre 1978 laut den offiziellen Unterlagen Ihres Hauses, Herr Minister, 77 100 Schilling, das heißt 6 400 Schilling monatlich.

Wenn man die Einkommensstatistik des Österreichischen Statistischen Zentralamtes ansieht, so ist darin das Pro-Kopf-Einkommen je Arbeitnehmer ausgewiesen. Dieses Einkommen belief sich 1978 auf rund 11 900 Schilling. Die Einkommensdifferenz sind und bleiben somit die erwähnten 5 500 Schilling. Daran, Herr Bundesminister, gibt es nichts zu rütteln, so unangenehm Ihnen das sein mag, so schwer es die Bauern trifft und so klar und deutlich es wird, daß hier getrennte Entwicklungstendenzen in der Regierung vorliegen und die Regierung auf getrennte Entwicklungstendenzen ausgeht, nämlich zwischen den Bauern auf der einen Seite und den Arbeitnehmern andererseits.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Den Bauern draußen und uns Freiheitlichen wäre es natürlich viel lieber, wenn diese Differenz, diese Disparität viel kleiner wäre. Aber über die Realität kann man sich einfach nicht hinwegturnen.

Herr Bundesminister! Sie legten am 24. Oktober anläßlich der Debatte über den Grünen Bericht eine „großartige“ Gegenrechnung vor, in der Sie einige einschneidende Korrekturen vorgenommen haben. Ich habe mich damals bewußt nicht zu Wort gemeldet, weil ich mir dachte, warum soll man die Debatte jetzt verlängern, ich komme ja heute sowieso dran.

Ing. Murer

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nehmen wir den Punkt 1 her. Das landwirtschaftliche Einkommen, sagten Sie, Herr Bundesminister, sei in Wirklichkeit höher, weil man den Bauern nicht Erzeugerpreise, sondern Verbraucherpreise für die aus dem Betrieb entnommenen Lebensmittel berechnen müßte.

Zweitens sagten Sie, das landwirtschaftliche Einkommen sei viel höher, weil der Mietwert der bäuerlichen Besitzerwohnung in Wirklichkeit höher sei, als im Grünen Bericht zugrunde gelegt ist.

Zum dritten, Herr Bundesminister, meinten Sie, daß das landwirtschaftliche Einkommen ein ungeeigneter Wert sei, weil immer mehr Bauern nicht-landwirtschaftliche Einkommensquellen haben, was sich im Gesamteinkommen niederschlägt.

Herr Bundesminister! Es war für mich als Bauer sehr interessant zu hören, wie Sie uns vorgerechnet haben, daß die Einkommensdisparität nicht 5 500 Schilling, wie wir sagten, sondern, wie Sie meinten, nur 1 200 Schilling monatlich wäre. Ich muß sagen, da muß man schon rechnen können, daß man so etwas zusammenbringt. Nur: uns verdrehen Sie damit nicht so leicht den Kopf, denn wir können auch die Daten lesen, Herr Bundesminister. Sie meinten nämlich: das Gesamterwerbseinkommen, das ist das landwirtschaftliche Einkommen zuzüglich außerlandwirtschaftlicher Nebeneinkünfte, netto gerechnet, zu Industriearbeitereinkommen, ebenfalls netto gerechnet.

Bei so vielen Korrekturen, Herr Bundesminister, bleibt einem schon der Mund vor Staunen offen, wenn man bedenkt, daß diese Disparität tatsächlich 5 500 Schilling beträgt. Mag man hinsichtlich der Korrekturen bezüglich gleiches Lebensmittelpreisniveau und Mietwert der Wohnung mit vielen Wenn und Aber meinerseits noch einer Meinung sein – darüber kann man reden –, so kann ich Ihnen aber ganz besonders im Punkt 3 nicht mehr folgen, und das aus ganz bestimmten Gründen, Herr Bundesminister.

Erstens: Die Zusammenfassung sämtlicher Einkommensarten im landwirtschaftlichen Bereich bei gleichzeitiger Begrenzung der Arbeitnehmer auf eine einzige Einkommensquelle halte ich ganz einfach für so unfair, daß man darüber reden muß. Letztlich verhält es sich doch so, daß auch die Industriearbeiter, insbesondere die Facharbeiter – Maurer, Installateure, Elektriker und so weiter – nebenbei bedeutende Einkünfte aus dem Wochenendpfusch beziehen. Es ist nur leider ein Pech, daß darüber keine Aufzeichnungen vorliegen. Diese Nebeneinkünfte aber total unter den Tisch fallen

zu lassen, halte ich nicht für richtig, weil dadurch die Einkommensberechnung des Herrn Bundesministers eine merkliche Schlagseite bekommt.

Zweitens: Herr Bundesminister, das Festkralen an den Daten der Einkommenshöhen pro Monat oder Jahr ist ebenfalls meines Erachtens ein Schwachpunkt, denn die Spatzen pfeifen es doch von den Dächern, daß die Bauern ihr Einkommen in einer viel längeren Arbeitszeit erwirtschaften als die Arbeitnehmer. Geben Sie das doch zu und sagen Sie es doch wieder einmal: Eine 40-Stunden-Woche bei uns Bauern ist eine Utopie, das wissen wir doch alle.

Wenn nun die Arbeitszeit um, sagen wir, 50 Prozent länger ist, so ist die von uns aufgezeigte Einkommensdisparität zu Lasten der Bauern eben kein Hirngespinnst, sondern unangenehme Realität.

Soweit, meine Damen und Herren, der Nachtrag zur Debatte über den Grünen Bericht 1978, der quasi von der Regierungspartei als Jubiläumsbericht von Regierungsseite besonders hervorgestrichen worden ist. Er stand aus der Sicht der Sozialistischen Partei Österreichs anscheinend unter dem Motto „Wo wir sind, dort ist vorn. Und wenn wir hinten sind, dann sind wir halt hinten vorn.“ Meine Damen und Herren! Das ist eine Argumentation, die wir überall, wo wir nur können, aufzeigen werden.

Meine Herren von der Regierungspartei! So leicht können Sie sich das nicht machen, und Sie können uns mit diesen differenzierten Ziffern nicht den Kopf verdrehen. Wir glauben Ihnen das nicht, denn wir haben Schreiben gelernt, wir haben auch Rechnen gelernt, wir sind alle in den Landwirtschaftsschulen gewesen und können das heute sehr gut. Daher: Mit der Regierungspropaganda würde ich etwas vorsichtiger sein, ich würde den Bauern wirklich die Wahrheit sagen. Es spielt ja keine Rolle, sagen Sie es doch!

Und nun ist schon das Stichwort Regierungspropaganda gefallen. Mit dem Stichwort Regierungspropaganda möchte ich überleiten zu der heutigen Budgetdebatte über das Kapitel Land- und Forstwirtschaft.

Der Herr Finanzminister hat uns vor rund zwei Wochen mit sehr gesalbten Worten verkündet, welchen Geldregen er 1980 auf uns Bauern niederlassen wird. Die Bauern, so habe ich damals gesagt, müssen sich ja vorkommen wie die Goldmarie im Märchen Frau Holle, meine Damen und Herren! Über die speziellen Ansätze in diesem Budget werden wir ja in diesem Haus im Dezember noch eingehend diskutieren können.

Ing. Murer

Doch auch ein genereller Überblick läßt sehr deutlich werden, daß in diesem Agrarbudget der Hase in die falsche Richtung läuft. Fangen wir bloß bei den Bergbauern an. Ich bin froh, daß ich selber einer bin, ich spüre das jeden Tag, wenn ich daheim bin, meine Damen und Herren.

300 Millionen Schilling an Zuschüssen, das ist sicherlich eine sehr imposante Zahl. Auch wir Freiheitlichen sprechen uns für eine sehr gezielte Bergbauernförderung aus.

Nach immerhin acht Jahren Bergbauern-Sonderprogramm müßte doch die Regierungsseite einmal nachschauen, welchen Effekt eben diese Förderungen gebracht haben. Aus den amtlichen Zahlen wissen wir, daß die Abwanderung vom Lande, daß die Abwanderung von den Höfen deshalb nicht nachgelassen hat.

Ich darf Ihnen hier einige Zahlen über diese Abwanderung bringen. Im Jahre 1971 waren es 5,9 Prozent, 1973 4,4 Prozent, 1974 2,3 Prozent, 1975 3,2 Prozent, 1976 2,7 Prozent, 1977 3,3 Prozent, 1978 waren es noch immer 3,7 Prozent Bauern, die abgewandert sind, trotz des Grünen Berichtes, trotz dieser guten Bauernjahre, wie die SPÖ immer sagt. Mich wundert wirklich, daß so viele Bauern davonlaufen, wenn Sie es doch so gut meinen mit ihnen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die gehen nicht, weil sie nicht arbeiten wollen, sondern weil sie kein Geld mehr haben, um mit ihren Familien leben zu können. Das ist eine Tatsache. *(Lebhafte Zustimmung bei der FPÖ.)*

Natürlich weiß ich auch, daß die Abwanderung in der Landwirtschaft von den gesamtwirtschaftlichen Situationen abhängt. Doch die regionalen Zahlen und auch die persönlichen Eindrücke über verlassene Bauernhöfe weisen doch in vielen Fällen darauf hin, daß die Bergbauernhilfe bis heute nicht richtig gegriffen hat.

Hier möchte ich wieder in das Grundsätzliche der Agrarpolitik eindringen. Damit sollen wir uns doch hier im Hohen Haus auseinandersetzen, wir sollen nicht argumentieren, Dinge bringen, die letztendlich draußen den Menschen überhaupt nichts geben, sondern das Grundsätzliche der Agrarpolitik ist doch das, was die Regierung, was der Finanzminister einfach wissen muß, und ich will hier einige Punkte aufzählen.

Man macht eine sehr notdürftige Agrarpolitik, eine Landwirtschaftspolitik, die die Agrarpreise niedrig hält und sachlich ungerechtfertigt die Einheitswerte, wie wir es in diesem Haus erlebt haben, in die Höhe setzt. Man nimmt den Bergbauern im besonderen und den Bauern im allgemeinen die Möglichkeit, das Primäreinkommen zu schöpfen, also durch den Verkauf

ihrer Produkte angemessen zu leben, angemessen zu verdienen. Diese Möglichkeit nimmt man ihnen, hat man ihnen bis heute verwehrt.

Aber wie es halt immer ist: Husch, man findet gleich einen sehr angenehmen Ausweg, man zahlt an die Ärmsten unter ihnen 6 000 Schilling pro Jahr, also 500 Schilling im Monat, und glaubt: Das Problem haben wir schon gelöst!

In Wirklichkeit ist dieses ständige Hinaufsubventionieren jeglichen Einkommens auf lange Sicht meines Erachtens überhaupt keine Lösung, wenn wir die Bauern halten wollen, wenn wir die Vielzahl der Bauern haben wollen. Wenn wir Konzentration wollen, wenn wir nur mehr „Fabriken“ wollen, kann man darüber reden – da bin ich Ihrer Meinung –, dann tun wir so weiter. Es dauert nicht lange, es kommt von selbst.

Dieses ständige Hinaufsubventionieren jeglichen Einkommens, meine Damen und Herren, ist für uns Freiheitliche keine Lösung. Wir lehnen diese Sache ab.

Man gibt eigentlich damit zu, daß der Bauer wirtschaftlich krank ist – sonst würden wir ja nicht so viel subventionieren – und der Bergbauer eigentlich zu einem Sozialfall in unserer Gesellschaft geworden ist.

Der Bergbauer, der für Umweltschutz, für Heimat, für Gesundheit, für alle Menschen in diesem Staat doch so viel leistet, wird zu einem Sozialfall der österreichischen Gesellschaftspolitik unter einer SPÖ-Regierung! Er wird ein Siecher, der sich ohne Krücken, meine sehr verehrten Damen und Herren, kaum mehr fortbewegen kann. Wir werden beim Kapitel Umwelt und Gesundheit noch darüber reden.

Herr Bundesminister! Daß wir einander nicht mißverstehen: Wir sind für eine vernünftige, zielführende Förderung der Land- und Forstwirtschaft in Österreich. Darüber gibt es doch überhaupt gar keinen Zweifel, und das haben wir auch immer wieder gesagt und auch immer wieder damit begründet, daß wir den Goldzahn des Landwirtschaftsgesetzes, den Paritätspreis endlich den Bauern zu geben, wieder drinnen haben wollen, den Schwarz und Rot seinerzeit gezogen haben.

Gegen eines aber wehren wir uns Freiheitliche mit aller Entschiedenheit: daß der Bauer zu einem Almosenempfänger abgestempelt wird, der ständig nur die Hand aufhalten muß. *(Lebhafte Zustimmung bei der FPÖ.)*

Sehr verehrter Herr Bundesminister! Wenn Sie auch dagegen sind, so billigen Sie den Bauern doch einen Rechtsanspruch auf diese Förderungen zu! Das ist bis heute nicht erfolgt. Legen Sie doch fest, Herr Bundesminister, daß

Ing. Murer

der Bauer nicht mehr Bittgänger sein muß, daß er zum Beispiel die Bergbauernförderung richtlinienmäßig genauso sicher erhält wie jeder Österreicher seine Kinderbeihilfe, daß also der Bauer der Willkür und dem Ermessen verschiedener Regierungen, wie sie eben jeweils sind, nicht ausgesetzt ist!

Legen Sie bitte, Herr Bundesminister, weiter fest, daß der Bergbauer die Zuschüsse auf Grund einer Leistung erhält, die der gesamten Gesellschaft eben von großem Nutzen ist: die Erhaltung der Kulturlandschaft. Stempeln Sie bitte den Bauern doch nicht zu einem Landschaftspfleger ab! Werten Sie doch diese Menschen, die durch ihre Ordnungstaten Tag für Tag dafür sorgen, daß unsere Alpenrepublik so schön ist, daß so viele Fremde zu uns kommen, nicht mit dem Wort: Sie sind halt Landschaftspfleger! ab! Das sollte man nicht machen. Das ist ja der Bauer nicht, er ist Bauer in der Gesellschaft!

Legen Sie, Herr Bundesminister, weiters fest, daß das Landwirtschaftsgesetz, dessen Inhalt, wie ich bereits gesagt habe, bruchstückhaft ist, nach modernen Gesichtspunkten novelliert wird, damit es dem Bauern neue Impulse gibt und ihm Kraft verleiht, sich aus eigenem wieder zu befreien und aus eigenem zu schöpfen und zu verdienen.

Herr Bundesminister! Wir anerkennen die Milliarden, die Sie für die Land- und Forstwirtschaft für das Jahr 1980 reserviert haben. Sie sind nun einmal Realität.

Realität, Herr Bundesminister, ist aber auch, daß die Landwirtschaft durch Ihre Agrarpolitik, aber auch durch die Agrarpolitik der seinerzeitigen ÖVP-Regierung in eine bedenkliche Lage hineinmanövriert worden ist. Diese Lage der Bauern, meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrter Herr Bundesminister, sieht folgendermaßen aus: Die Anzahl der Bauern wird immer geringer, weil sie in der Landwirtschaft zu wenig verdienen. Die Verbleibenden rackern sich ab und das trotz sündteurer Maschinen. Greisen- und Kinderarbeit sind nach wie vor an der Tagesordnung.

Man tröstet die Bauern damit, daß durch die Abwanderung die in der Landwirtschaft Verbleibenden immer mehr verdienen.

Man sprach ihnen auch zu, ständig mehr zu erzeugen, um die sogenannten Stückkosten zu senken.

Als die Märkte aber durch das Angebot förmlich aus den Nähten platzten und Anfang der siebziger Jahre die Umweltschutzbewegung begann, rief man in Richtung Landwirtschaft: „Haltet den Dieb!“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bauer war auf einmal an seinem Schicksal plötzlich selber schuld. Erstens, so sagen viele, erzeugt er zu viel. Zweitens ist das, was er erzeugt, wie man so oft hört, giftig. Handelsdünger, chemische Spritzmittel und so weiter – das kann man heute überall lesen – ruinieren die Umwelt. Schuld sei der Bauer, sagen sehr viele. Wir sind anderer Meinung. Man hat viele Bauern dahin getrieben.

Helfen Sie den Bauern, aus dieser Schicksalsfrage wieder herauszukommen! Wir Freiheitlichen werden es tun. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Auch diese grundsätzlichen Fragen der Agrarpolitik müssen in diesem Haus eben sehr deutlich ausgesprochen werden. Es nützt nämlich den Bauern draußen kaum, wenn wir uns herinnen um Zehntelprozente herumstreiten. Wir Freiheitlichen wollen ein Klima schaffen, das agrarfreundlich ist, das bauernfreundlich ist. Wir Freiheitlichen wollen in diesem Hause ein neues Landwirtschaftsverständnis schaffen, das den Bauern nicht als Bluteigel der Nation sieht, sondern als hart arbeitenden, tüchtigen Unternehmer, der für die Gesellschaft ernährungspolitisch und umweltmäßig Hervorragendes leistet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden einmal über diese Schwelle drüberkommen. Es wird noch ein bißchen dauern, aber ich bin überzeugt: Wir werden schon so weit kommen, ich hoffe es zumindest. Es spricht dann sicherlich für alle und es wird sich dann auch leichter reden lassen. Dann wird sicherlich auch die Agrarpolitik anders ausfallen.

Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bundesminister! In der Budgetrede hieß es oftmals, wieviel seit 10 Jahren an Mitteln in die Landwirtschaft geflossen sind. Sehen Sie, Herr Minister, da beginnt schon das Mißverständnis. Warum rechnet man den Bauern vor, wie viele Förderungsmittel sie innerhalb eines Jahrzehnts bekommen haben? Das macht man ja auch andernorts nicht.

Ein anderes Beispiel, das beweist, daß die Verantwortlichen von einem Landwirtschaftsverständnis, wie wir Freiheitlichen es eben aufweisen, weit entfernt sind.

Per 1. Dezember dieses Jahres soll der Rest der Milchpreisstützung, der heute schon so oft erwähnt wurde, in der Höhe von 570 Millionen Schilling fallen.

Dazu heißt es in der Budgetrede des Herrn Finanzministers: „Die Beibehaltung dieser Subvention ist angesichts der geänderten Bedingungen nicht mehr gerechtfertigt.“

Wenn Sie, Herr Finanzminister, meinen, daß die Höhe der Agrarpreise bezogen auf das Einkommen der Arbeitnehmer nicht mehr eine so

Ing. Murer

große Rolle spielt wie seinerzeit, dann, Herr Finanzminister, kann ich Ihnen in diesem Punkt sehr beipflichten. Schließlich betrug in den frühen fünfziger Jahren der Anteil der Ernährungsausgaben an den gesamten Haushaltsausgaben noch über 40 Prozent. Heute sind es nur mehr 25 Prozent.

Das müßte also heißen, Herr Finanzminister, daß die Höhe der Agrarpreise überhaupt an politischer Brisanz verloren haben dürfte und müßte. Aber was ist die Realität?

Wir haben es vorige Woche bei den Preisverhandlungen erlebt. Die Realität ist, daß sich der Herr Handelsminister gegenüber den Preisanträgen für Agrarprodukte mit Händen und Füßen wehrt. Ja, Herr Finanzminister, mit Händen und Füßen wehrt sich der Herr Handelsminister! Es heißt dann eben, aus volkswirtschaftlichen Gründen sei halt kein höherer Agrarpreis zu verwirklichen. Aus volkswirtschaftlichen Gründen können wir ganz einfach die Preise nicht erhöhen!

Wenn allerdings der Herr Finanzminister hergeht und die Konsumentenpreise erhöht, spielen die armen Mutterln und die kinderreichen Familien in diesem Lande auf einmal keine Rolle mehr.

Das verstehe ich einfach nicht! Und das, Herr Finanzminister, verstehen viele Bauern nicht, daß auf der einen Seite die Agrarpreise nach volkswirtschaftlich gerechtfertigten Überlegungen zusammengebastelt werden und auf der anderen Seite die Erhöhungen des Finanzministers überhaupt keine Rolle spielen.

Herr Bundesminister! Ich darf nun zusammenfassend folgendes sagen: Wir Freiheitlichen anerkennen zwar die Milliardenbeträge, die 1980 in die Landwirtschaft fließen werden, wir anerkennen aber in wichtigen Punkten nicht die Art der Agrarförderung. Wir vermissen von seiten der Regierungspartei ein Landwirtschaftsverständnis, das für die Bauern eine große psychologische Hilfe wäre. An dessen Stelle bringen wir die Bauern in eine permanente Landwirtschaftsbedrängnis, aus der sie durch öffentliche Mittel wieder befreit werden müssen. Sie müßten aus diesen Mitteln, die eingesetzt werden, echt befreit werden.

Ich als Bauer kann hier nur eines sagen, Herr Finanzminister: Wir werden so lange reden, bis in diesem Lande die getrennte Entwicklung zwischen Arbeitnehmern auf der einen Seite und Bauern auf der anderen Seite ein Ende finden wird.

Wir werden noch in diesem Jahr ein Landwirtschaftsgesetz einbringen, das den Paritätslohn einfach verlangt. Wir werden hier im Sinne von Karl Hartleb weiterarbeiten. Erst

dann, wenn Realität geworden ist, was in anderen Bereichen dieser Wirtschaftspolitik in unserem Lande schon lange Realität ist, erst dann werden wir ein Landwirtschaftsverständnis akzeptieren. Vorher, Herr Finanzminister, wird es sicher immer wieder zu Auseinandersetzungen kommen.

Aus diesem Grunde, weil auch in diesem Budget die Ansätze nicht vorhanden sind, lehnen wir Freiheitlichen dieses Budget ab. Ich kann nur sagen: Auch wir Bauern sind nicht zufrieden mit diesem Budget, weil es nicht richtungsweisend ist, wie wir uns in der Zukunft entwickeln können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Staudinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Staudinger** (ÖVP): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn auch Herr Staatssekretär a. D. Dr. Eugen Veselsky der ÖVP einen Stilwandel in Ansätzen attestiert hat, so ist doch der Tenor dessen, was die SPÖ-Mehrheit zur ÖVP zu sagen hat, bestimmt durch die Aussage des Dr. Fischer gestern und des Dr. Tull heute, die in tatsächlicher oder auch gespielter Enttäuschung gesagt haben, sie wunderten sich, daß die ÖVP aus der Villacher Klausur nicht geläutert zurückgekommen sei, daß die Argumente, die hier gegen die Bestellung von vier neuen Staatssekretären, gegen dieses Budget vorgebracht werden, unverändert seien.

Die ÖVP hat tatsächlich gegen die vier neuen Staatssekretäre gestimmt, obwohl sie nur 21 Groschen kosten, und die ÖVP hat auch signalisiert, daß sie gegen dieses Budget, das von Ihnen als ein Sparbudget bezeichnet wird und das wir als ein Belastungsbudget bezeichnen, stimmen wird.

Ich kann den Vorwurf, der von der sozialistischen Mehrheit ausgesprochen wurde: unterbliebener Stilwandel, nicht entkräften. Ich kann freilich dazu nur sagen: Offenbar hat es doch auch in der sozialistischen Mehrheitsfraktion zur Bestellung neuer Staatssekretäre nicht einen einstimmigen Hymnus gegeben, sondern da hat man auch so etwas festgestellt wie den Chor gemischter Gefühle. Denn in den Zeitungen war ja zu lesen, daß immerhin vier Mandatäre des sozialistischen Parteivorstandes, also vier Mandatäre des engsten Kreises, gegen die Bestellung von vier neuen Staatssekretären gestimmt haben; möglicherweise aus der Einsicht, daß es eben nicht 21 Groschen sind, sondern daß ein Staatssekretär 1,3 Millionen Schilling pro Jahr kostet. Das sind für die vier neuen Staatssekretäre immerhin 5,2 Millionen Schilling, das sind

Staudinger

20 Millionen Schilling etwa für eine Legislaturperiode gerechnet, und da sind noch gar nicht die Folgekosten gerechnet. Selbstverständlich auch nicht die Kosten ... (*Zwischenruf des Abg. Mühlbacher.*) Herr Kollege Mühlbacher, stimmt es, oder habe ich mich verrechnet? (*Abg. Mühlbacher: Sie können auch sagen: für hundert Jahre, für tausend Jahre!*) 1,3 Millionen Schilling pro Jahr, bitte schön. Das ist eine etwas fairere Rechnung als die 21 Groschen, die der Herr Bundeskanzler aufgestellt hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Bei den 20 Millionen Schilling für eine Legislaturperiode sind natürlich noch nicht gerechnet die Folgekosten und natürlich auch nicht die Kosten für die technische und – wenn Sie wollen – für die intellektuelle Infrastruktur, die die Staatssekretäre brauchen. Im Parteivorstand der Sozialistischen Partei gibt es offenbar Leute, die infiziert sind von den bösen Neinsagern in der Österreichischen Volkspartei. Oder aber haben diese vier Neinsager vielleicht auch gemeint, daß es Zeit für die sozialistische Mehrheit wäre, ein Signal, ein Sparsignal zu setzen, statt ein Signal für zusätzliche Geldverschwendung.

Die Österreichische Volkspartei - ich muß es zugeben – ist insofern ungeläutert aus Villach zurückgekommen, als sie wirklich nach wie vor glaubt, daß wir andere Sorgen haben als etwa die Bestellung von neuen Staatssekretären, Sorgen, wie sie sich in diesem Budget für 1980 ausdrücken.

Etwa zum Beispiel, daß dieses Budget deutlich macht, daß die Einschränkung der Sparförderung erforderlich ist, daß Preisstützungen abgebaut werden müssen, was sich natürlich in Preiserhöhungen auswirken wird, daß die Sozialversicherungsträger ausgehöhlt werden und daß die Versicherten mit zusätzlichen Beiträgen belastet werden müssen.

Herr Dr. Schranz hat hier großartige Garantieerklärungen abgegeben, und er hat gesagt, daß der Abgeordnete Dallinger niemals etwa die Frage gestellt hat, wie es mit den Witwenpensionen sei, wenn die Witwen eigene Pensionen haben. Niemals hat er eine solche Aussage gemacht. Was die Zeitungen darüber geschrieben haben, das ist alles nicht wahr. Dallinger hat das nie gesagt, und auch das offenbar höchstens zwei- bis dreimal.

Hier wird natürlich auch deutlich, warum die sozialistische Mehrheitspartei sich geweigert hat, eine Pensionsgarantie im Sinne des Vorschlages der Österreichischen Volkspartei abzugeben.

Sorgen werden deutlich in diesem Budget durch die Abzweigung von Familiengeldern

oder die Abzweigung von Geldern, die für den Telefonausbau bestimmt gewesen wären.

Wir sind aus Villach in der Meinung zurückgekommen, die Regierung sollte selber sparen. Aus dieser Haltung, die offenbar für die sozialistische Mehrheit völlig unbegreiflich ist, haben wir die Bestellung neuer Staatssekretäre abgelehnt und uns die Kritik des Herrn Dr. Fischer und auch des Abgeordneten Dr. Tull und einiger anderer Redner der Sozialisten eingeheimst.

Offenbar hat man, als wir in Villach waren, sich eine Vision gebaut, die Fischer-Tull-Vision, daß die sozialistische Mehrheit vor der unverschämten Selbstsicherheit der jeweiligen Regierungsbotschaft auf den Knien liegt, daß die Opposition eine Nationalratssitzung nicht mehr als eine Nationalratssitzung auffaßt, sondern als einen Gottesdienst mit Fernsehen, daß wir zu dem Beifall, den die Mehrheitsfraktion gibt, jeweils demütig an die Brust klopfen – und über allen Parteipfeln ist Ruh'.

Wenn Sie sich das so vorgestellt haben, was wir in Villach besprochen haben, dann muß ich sagen, wir „mißverstehen uns nicht richtig“. So geht es ganz bestimmt nicht. Wir lehnen die Bestellung neuer Staatssekretäre aus dem gleichen Grund ab, aus dem wir das Budget ablehnen: Kein Zeichen einer Einsparung.

Sie sagen, es sei ein Sparbudget, weil erstmals, übrigens einer Intention folgend, die im Budgetkonzept der Österreichischen Volkspartei auch enthalten ist, die Einnahmen stärker steigen als die Ausgaben. Dennoch, es ist, wie ich bereits in der kurzen Aufzählung dargelegt habe, ein Belastungsbudget, und wir bitten um Verzeihung dafür, daß unser Stilwandel sich noch nicht so weit durchgesetzt hat, daß wir zu diesem Budget, das uns wieder ein Defizit von 49 Milliarden Schilling beschert, ja sagen.

Freilich müssen wir zugeben, daß wir einer gewissen Argumentation der sozialistischen Mehrheitsfraktion wirklich nichts entgegenzusetzen haben. Von der SPÖ-Mehrheit wird immer wieder gesagt: Wir haben die Wahlen gewonnen, und daher ist alles in Ordnung. (*Abg. Kern: Und alles erlaubt!*) Und alles erlaubt. Wir haben die Wahlen gewonnen, warum stimmt dann die Österreichische Volkspartei nicht in den Hymnus der Mehrheitspartei ein? Warum macht sie es nicht so, wie die Rocksäumküsser der sozialistischen Fraktion, die das Budget in den Himmel hinein loben? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Sozialistische Partei hat erwiesenermaßen, daran gibt es nichts zu deuteln, die Wahlen gewonnen, und daher ist offenbar nicht wahr, was sich in der zehnjährigen Geschichte der sozialistische Regierungszeit zugetragen hat.

Staudinger

Daher ist die Belastungswelle niemals Wirklichkeit gewesen. Wir haben die Erhöhung der Umsatzsteuer von 16 auf 18 Prozent nicht erlebt und wir haben die Einführung des Luxussteuersatzes nicht erlebt. Es hat keine Erhöhung der Mineralölsteuer gegeben und keine Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer. Die Vermögensteuer ist nicht erhöht worden, und die Rechts- und Stempelgebühren sind nicht erhöht worden, um 400 Prozent und mehr in Einzelfällen. Es hat keine Erhöhung der Zigarettenpreise gegeben, auch keine Erhöhung der Postgebühren und der Bahntarife, die Telephontarife sind nicht erhöht worden, und die Versicherungsbeiträge sind nicht erhöht worden. Die Sparförderung ist nicht abgebaut worden, die Lkw-Steuer ist nicht eingeführt worden, und Preisstützungen sind auch nicht abgebaut worden. Sie haben die Wahl gewonnen, daher stimmt das alles nicht beziehungsweise daher ist das alles in Ordnung. Oder nicht? Das ist ein Argument von einer unsagbar großartigen wirtschaftspolitischen Tiefe.

Die Sozialistische Partei hat die Wahl gewonnen, und daher ist es unverständlich, daß die ÖVP zu diesem Ach-wie-Himmlich-Budget nicht sagt, daß es ach wie himmlisch ist. Die Sozialistische Partei hat die Wahl gewonnen, und daher ist es auch nicht wahr, daß die Budgetsituation, vor der wir stehen, entstanden ist durch eine falsche Budgetpolitik (*Beifall bei der ÖVP*) und daher durch eine schlechte Budgetpolitik schon in der Zeit der Hochkonjunktur.

Der Finanzminister erwähnt in seiner Budgetrede, daß in den Jahren der Hochkonjunktur 1971, 1972 und 1973 Staatsschulden vorzeitig zurückgezahlt wurden. Mag sein. Aber diese Aussage verschleiert die Tatsache, daß wir in den Jahren der Hochkonjunktur Budgetdefizite gehabt haben: 1971 7,7 Milliarden Schilling, ein Nettodefizit von 1,7 Milliarden Schilling; 1972 wieder 7,7 Milliarden Schilling, ein Nettodefizit von 1,4 Milliarden Schilling und 1973, auf der Spitze der Hochkonjunktur, ein Budgetdefizit von 12,8 Milliarden Schilling, ein Nettodefizit von 7,1 Milliarden Schilling. 8 Milliarden Schilling Bruttodefizit waren es damals im Jahre 1968: 8 Milliarden Schilling sind doch ein Wahnsinn! 1973 ein Nettodefizit von 7,1 und ein Bruttodefizit von 12,8 Milliarden Schilling.

Im Oktober 1974 hat es den Ölpreisschock gegeben. Im Jahre 1974, obwohl sich der Ölpreisschock budgetär noch kaum auswirken konnte, hatten wir ein Budgetdefizit von 18,5 Milliarden Schilling beziehungsweise 11,7 Milliarden Schilling netto.

Sie haben die Wahl gewonnen, das ist richtig. Die Frage stellt sich allerdings, ob die Zahlen,

die ich hier genannt habe, nicht trotzdem wahr sind.

Die Sozialistische Partei hat die Wahl gewonnen, und daher war sie für die Krise des Jahres 1975, so wird uns Glauben gemacht, gut gerüstet. Die Tatsachen sind anders. Ich zitiere wieder einmal den Herrn Finanzminister, der am 22. Oktober 1974 gesagt hat: „Die Staatsfinanzen sind in Ordnung.“ Und jener Professor Horst Knapp, den der Herr Staatssekretär Veselsky heute zitiert hat, hat damals in den „Finanznachrichten“ geschrieben: „So wenig in Ordnung waren die Staatsfinanzen seit Menschengedenken nicht. Androsch ist nicht Treibender, sondern Getriebener einer Budgetpolitik, die diesen Namen von Jahr zu Jahr weniger verdient.“ Und Knapp hat damals von einem Offenbarungseid gesprochen, der sich daraus ableitet, daß am Ende der längsten Konjunkturphase, die Österreich zwischen 1968 und 1974 gehabt hatte, in einer Phase, in der die Staatseinnahmen um 106 Prozent gestiegen waren, die Kassenreserven auf einem Mindeststand und die Schulden auf einem Rekordstand gewesen waren.

Sie haben die Wahlen gewonnen, wir müssen das zugeben. Die Frage ist aber, ob das nicht doch die Wahrheit ist.

Herr Professor Horst Knapp – Veselsky hat ihn heute zitiert, ich darf ihn daher auch zitieren – hat am 8. Oktober 1976 geschrieben: Hätte man nicht 1970 bis 1974 die Finanzschulden um 16,3 Milliarden Schilling aufgebaut, sondern in diesen Konjunkturjahren wenigstens ein ausgeglichenes Budget erstellt, so wäre die expansive Wirkung der Superdefizits von 37 Milliarden per 1975 und die der Defizite in den folgenden Jahren viel größer gewesen beziehungsweise hätte man mit viel geringeren Defiziten die gleiche Wirkung erzielt. Die „gezielte Ausgabenpolitik“ 1970 bis 1974 hat nur die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß 1975 bis 1977 die Finanzschulden um zirka 100 Millionen Schilling anwachsen werden, während man bei vorsichtiger Budgetpolitik in den Jahren 1970 bis 1974 vielleicht mit etwa 30 Milliarden per anno und mit einem Schuldenaufbau von etwa 90 Milliarden die gleiche Wirkung erzielt hätte.

Zugegeben noch einmal: Die Sozialistische Partei hat die Wahlen gewonnen. Die Frage aber stellt sich, ob das nicht doch alles wahr ist, ob sich das nicht doch so verhalten hat. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Trotz gewonnener Wahlen ist wahr, daß die Budgetdefizite in den Konjunkturjahren seit 1976 nicht abbaubar waren und daß wir per 1980 – geb's Gott, daß es nicht mehr wird – mit einem

Staudinger

Defizit von rund 49 Milliarden Schilling zu rechnen haben. – 8 Milliarden Schilling Defizit – so Bundeskanzler Dr. Kreisky, ich zitiere – sind doch ein Wahnsinn!

Wahr ist, daß die Finanzschulden in den Jahren der sozialistischen Alleinregierung von etwa 46 Milliarden bis zum Ende des Jahres 1980 auf rund 266 Milliarden Schilling aufgebaut werden.

Wahr ist, daß wir einen Schuldendienst von rund 36 Milliarden Schilling zu leisten haben.

Und wahr ist, bitte, daß wir im Jahre 1980 eine Premiere insofern feiern, als 1980 erstmals die Zinsen höher zu Buche schlagen als die Rückzahlungsrate.

Sie haben die Wahlen gewonnen. Trotzdem ist wahr, daß wegen der Situation, in der sich die Staatsfinanzen befinden, weitere Belastungen für die Staatsbürger notwendig sind, daß keine Steuersenkung erfolgen kann, und der Abgeordnete Czettel singt dazu ein Halleluja!

Der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky hat am 19. Feber 1970 gesagt: Es ist unvorstellbar, ein Steuersystem nicht zu reformieren, daß nicht wie jetzt – damals hat es noch eine ÖVP-Regierung gegeben – jede Lohn- und Gehaltserhöhung vom Finanzamt konfisziert wird. – Das aber geschieht, wenn Wirklichkeit wird, was der Herr Bundesminister für Finanzen Vizekanzler Dr. Hannes Androsch uns angekündigt hat, daß es in den nächsten drei Jahren keine Steuersenkung geben wird.

Sie haben die Wahlen gewonnen, sehr geehrte Damen und Herren von der Mehrheit, und das ist für uns ganz gewiß ein Grund, nachzudenken. Aber wir sind überfordert, wenn Sie von uns verlangen, daß wir deswegen die Augen zumachen und mit Ihnen die Flucht ins Potemkinsche Dorf antreten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Staatssekretär a. D. Dr. Veselsky rühmte unsere Stabilitätserfolge. Mir ist die Stabilitätspolitik der sozialistischen Regierung für die Budgetpolitik ein Beispiel.

Mag sein – derzeit halten wir den Rekord in Stabilität. 1972 hatten wir eine Inflationsrate von 6,3 Prozent. In der ÖVP-Alleinregierungszeit war eine Inflationsrate von 3 Prozent Grund genug, die Einberufung einer Sondersitzung des Nationalrates in den Ferien anzudrohen. 1972 hatten wir also eine Inflationsrate von 6,3 Prozent. 1973 waren es 7,6 Prozent, in dem Jahr, in dem die Inflationsrate in der Bundesrepublik Deutschland 4,5 Prozent betrug – nicht 7,6, sondern 4,5 Prozent betrug – und die in der Schweiz nicht 7,6, sondern 1,7 Prozent betrug. Und das alles, bitte, ohne Ölpreisschock! Im

Jahre 1974 – der Ölpreisschock konnte sich erst ab Oktober auswirken – hatten wir eine durchschnittliche Inflationsrate von 9,5 Prozent.

Ich sage das deswegen, weil sich bei der Stabilitätspolitik genau das gleiche zugetragen hat wie offenbar nun bei der Budgetpolitik.

Die sozialistische Regierung und die sozialistische Parlamentsmehrheit haben die Mißerfolge in der Stabilitätspolitik einfach nicht zur Kenntnis genommen. Die sind nicht heruntergestiegen von dem hohen Roß, daß eine sozialistische Mehrheit selbstverständlich keine Fehler machen könne.

Professor Horst Knapp hat damals geschrieben, die 7,6 Prozent im Jahre 1973 wären vermeidbar gewesen, bei einer Politik, die zugegeben hätte, daß Maßnahmen erforderlich sind, und die nicht in den Wind geschlagen hätte, was von der Opposition gesagt wurde. Ich erinnere mich noch, bitte, daß hier auf dieser Regierungsbank der Herr Vizekanzler Ing. Häuser gestanden ist, als wir die erste dringliche Anfrage wegen der Stabilität hatten unter Hinweis darauf, daß erstmals die 5prozentige Inflationsrate überschritten wurde. Häuser hat damals stellvertretend für den Herrn Bundeskanzler, der sich im Krankenhaus befunden hat, gesagt: Es gibt keine Inflation!

Und in der gleichen Situation befinden wir uns heute. Sie sagen: Wir haben die Wahlen gewonnen, es gibt keine Budgetsituation, die höchst reparaturbedürftig ist! Die Staatsschulden sind nicht besorgniserregend!, wird uns immer wieder gesagt.

Wir appellieren an Sie: Nehmen Sie, bitte, ernst, was die Opposition zu der Situation der Staatsfinanzen sagt!

Wir appellieren an Sie: Steigen Sie herunter vom hohen Roß, legen Sie Ihre Arroganz beiseite! Angeblich hat der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky gesagt, das ÖVP-Budgetkonzept ist das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben steht. Ich nehme an, der Herr Bundeskanzler hat das Budgetkonzept der Österreichischen Volkspartei nicht gelesen. Es ist von ihm gewiß auch nicht zu verlangen. Der Herr Bundeskanzler ist ein Mann der Superlative und in diesen Superlativen verschwindet er wie in seiner eigenen Staubwolke, man verliert ihn aus den Augen.

Aber die Wirklichkeit dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, und die Wirklichkeit heißt, daß trotz der von der sozialistischen Mehrheit gewonnenen Wahlen im Budget tiefgreifende Maßnahmen erforderlich sind, um auf eine gesunde Basis zu kommen.

Der Herr Staatssekretär Dr. Veselsky hat in

Staudinger

der Zeit der ÖVP-Alleinregierung einmal in einem Aufsatz, der überschrieben war mit dem Titel „Medizin gegen längerfristiges Siechtum“, geschrieben: Vor uns tun sich Abgründe struktureller Budgetdefizite auf. (*Abg. Dr. Mock: In den Abgrund ist er hineingefallen!*) – 1967, 1968 etwa 7 Milliarden Budgetdefizit oder 8 Milliarden. – Vor unseren Augen tun sich Abgründe struktureller Budgetdefizite auf. Eine Verschiebung der Staatsausgaben von Sozialleistungen und Investitionen zu Zinsenzahlungen und Tilgungen wäre die katastrophale Folge.

Genau das konstatieren wir, bitte schön, beim Budget 1980! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Statt daß – so damals Veselsky – das Budget Motor des Wirtschaftswachstums sein könne, würde es zur Bremse des Wirtschaftswachstums. – Wie wahr!

Die Österreichische Volkspartei hat damals die Konsequenzen gezogen und der österreichischen Bevölkerung Belastungen in der Höhe von 3,6 Milliarden Schilling auferlegt und gleichzeitig Einsparungen in der Höhe von ebenfalls 3,6 Milliarden Schilling durchgesetzt. Und wir meinen, dieses Beispiel wäre durchaus wert, nachgeahmt zu werden, denn der nächste Konjunkturwinter kommt ganz bestimmt.

Es geht uns um Einsparungen, um die Senkung des Personalaufwandes. Und Sie sollen, bitte, das nicht so machen wie seinerzeit bei der Inflationsrate!

Wenn wir von der Senkung des Verwaltungsaufwandes reden, dann hören wir von Ihnen, daß das alles Unsinn sei, daß in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung die Dienstposten nur deswegen eingespart werden konnten, weil wir keine Leute dafür gekriegt haben. Es stimmt nicht, wird uns gesagt, daß die Personalvermehrung insbesondere in den Zentralstellen zutreffe. Der Herr Bundesminister für Finanzen liest uns die Prozentsätze vor, wo die einzelnen Gruppen beschäftigt sind. Man schiebt die Anregungen genauso zur Seite wie seinerzeit in der Zeit der Hochkonjunktur unsere warnenden Hinweise auf die Entwicklung der Inflationsrate.

Wir glauben, daß der Personalaufwand gesenkt werden kann, wenn man das nur einigermaßen systematisch und konsequent angeht; wir glauben, daß wir mit einer Senkung von 1 Prozent des Personalstandes einfach dadurch zu Rande kommen könnten, daß entstehende Abgänge nicht mehr aufgefüllt werden.

Wir glauben, daß wir sparen müssen, indem wir keine kostspieligen Experimente im Bildungsbereich machen und die zurückstellen.

Wir glauben, daß die Bevölkerung längst

begriffen hat, welche unerhörte Verschwendung die Schulbuchaktion ist. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Ich war mit dem Abgeordneten Dr. Stix voriges Jahr in Amerika und habe ihm mein English-Dictionary gegeben. Als er es mir zurückgeben wollte, habe ich ihm gesagt: Das kannst du dir auf den Hut stecken, meine Kinder gehen ins Gymnasium, ich habe noch vier solcher prachtvollen Dictionaries zu Hause. Ich brauche es nicht.

Die Bevölkerung hat es längst begriffen, aber es ist einfach nicht zu machen, daß die Sozialistische Partei einsieht, daß es richtig gewesen wäre, den ÖVP-Vorschlag hinsichtlich der Schulbuchaktion, der auch allen ein Gratis-schulbuch zugesichert hätte, aber in anderer Weise, aufzugreifen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie haben uns in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung wegen des Bundestheaterdefizits gepeitscht, möchte ich sagen. Es hat keine Gelegenheit gegeben, bei der wir uns nicht die 300 Millionen Schilling – ein hoher Betrag – vorenthalten haben lassen müssen. Nach neun Jahren sozialistischer Alleinregierung beträgt das Bundestheaterdefizit längst nicht mehr 300 Millionen Schilling, sondern ist um mehr als das Dreifache angewachsen. (*Präsident Benya übernimmt den Vorsitz.*)

Aber wenn wir vom Sparen reden, dann wird immer gesagt: Das sind die Neinsager, das sind die Schwarzmaler, das sind die Kassandras, das sind diejenigen, denen man ja schließlich und endlich das Ohr nicht zu leihen braucht.

Und, bitte schön, auch um persönliche Beispiele geht es, um die Haltung der Regierungsmitglieder in Fragen der Sparsamkeit.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben heute noch keine Spezialdebatte. Es geht um Allgemeines, und es geht um Grundsätzliches bei dieser Debatte. Unsere Budgetdebatte wird noch mehrere Tage dauern, und natürlich, bitte, ist es unvermeidbar, daß das teilweise auch wieder die Symphonie des Aneinander-Vorbeiredens sein wird. Dennoch meine ich, bitte: Einiges von dem, was von diesem Pult aus von den verschiedenen Rednern der Opposition gesagt wird, sollten Sie beherzigen, über einiges sollten Sie nachdenken. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Mir hat ein Kollege aus der Mehrheitsfraktion vor der Mai-Wahl des Jahres 1979 gesagt: Weißt du, vielleicht schadet es uns gar nichts, wenn wir bei der Wahl einen Dämpfer kriegen, denn manches in der Entwicklung bei uns ist so, daß man sagen muß: Es wäre besser anders gelaufen. Und nach der Wahl hat er zu mir gesagt: Du siehst, wir können tun, was wir wollen, wir gewinnen trotzdem die Wahl.

Staudinger

Das ist für Sie gut. Ob es für Österreich gut ist, ist eine andere Frage. Es ist dann ganz bestimmt nicht gut, wenn jene Hybris Wirklichkeit wird, die man mehr und mehr bei den Wortmeldungen erkennt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir appellieren an Sie, Arroganz und Hochmut abzulegen, damit Sie den Boden unter den Füßen nicht verlieren, denn es ist unser gemeinsamer Boden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dobesberger.

Abgeordnete Edith **Dobesberger** (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Herren und Damen! Wenn ich dem Herrn Abgeordneten Staudinger jetzt zugehört habe und gehört habe, daß wir also Rocksauküsser sind, weil wir das Budget verteidigen, und wenn er uns immer wieder erklärt hat, aber die Wahlen haben Sie trotzdem gewonnen, dann sind also nicht nur wir Sozialisten Rocksauküsser, sondern auch die Wähler. Denn so dürfen wir doch im Jahr 1979 nicht mehr argumentieren, daß wir sagen, die Wähler haben es nicht besser verstanden. Die haben es sehr wohl verstanden, worum es geht! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Gestern hat uns der Herr Abgeordnete Kohlmaier vorgeworfen, daß wir die siebziger Jahre immer wieder mit den sechziger Jahren vergleichen und zuwenig nach vorne schauen.

Da muß ich sagen: Wie mir der Auftrag, wie ich mir den Auftrag gegeben habe, ich möchte in dieser Debatte auch sprechen *(Abg. Bergmann: Hopperla!)*, da habe ich mir überlegt: Und wozu sprechen? Als Lehrerin bin ich natürlich sofort wieder auf das Schulkapitel gekommen und habe mir gedacht: Die ÖVP hat bei und nach der Klubtagung in Villach die Schulpolitik als Schwerpunkt in den Vordergrund gestellt, also wird es bei dieser Diskussion sehr viel um diese Probleme gehen.

Aber mit Ausnahme der Verschwendungspolitik in Beziehung auf das Schulbuch habe ich heute nichts gehört. *(Abg. Deutschmann: Das wird beim Kapitel „Unterricht“ kommen!)* Es würde aber zu einer Spezialdebatte dazugehören, wenn es ein Schwerpunkt ist. *(Abg. Staudinger: Das ist keine Spezialdebatte!)* Entschuldigung: Zu einer Generaldebatte dazugehören, wenn es ein wichtiger Schwerpunkt ist, denn Sinn der Generaldebatte ist, daß man die wesentlichsten Punkte herausgreift. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Lassen Sie mich das Budgetkapitel „Unterricht“ anschauen im Vergleich auf zehn Jahre zurück. Ich kann es nicht anders machen. Denn wenn ich die Zahl 28,4 Milliarden Schilling

nehme und sage, das ist der Betrag für das Unterrichtskapitel, der ausgegeben werden kann im kommenden Jahr, dann sagt das niemandem etwas. Ist es etwas oder ist es nichts? Aber wenn ich es mit 9,8 Milliarden Schilling vergleiche, dann kann sich jeder vorstellen, daß im Zeitraum von 1970 bis 1980 eben eine dreifache Steigerung erfolgt ist, und dann wird jeder wissen, daß das ein Schwerpunkt der sozialistischen Regierung war. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und, Herr Abgeordneter Staudinger, Sie haben die Schulbücher angesprochen. Da kann ich heute ohneweiters sagen: Sie passen mir noch immer nicht ganz. Sie sind mir noch immer zuwenig lebensnah. Ich finde noch eine Menge pädagogischer Dinge, die ich geändert haben möchte. Aber im Vergleich zum vorhergehenden Jahrzehnt muß ich halt doch sagen: In unseren Schulen gibt es heute dreimal so viele Bücher wie vorher. Und wenn unsere Schüler so viele Bücher bekommen – und wenn auch der Abgeordnete Stix ein Lexikon kriegt –, dann ist das doch einfach ein Fortschritt. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Zittmayr: Nur Ihrer Meinung nach!)* Ja, unserer Meinung nach. Bitte, es ist natürlich Ihnen überlassen, eine andere Meinung zu haben. *(Abg. Dr. Zittmayr: Das kostet nicht nur Geld, sondern ist auch Energieverschwendung!)*

Der Herr Abgeordnete Lanner hat dann auch noch gemeint, in Ihrer Zeit sind die Lehrerposten aufgestockt worden, es gab also von 1966 bis 1970 mehr Lehrer.

Damals, muß ich sagen, bin ich noch in der Schultube gestanden, und da habe ich nicht sehr viel bemerkt davon, daß es mehr Lehrer gibt, denn die einzige Alternative, die es damals gab, war, daß die wenigen Lehrer, die man gehabt hat, immer noch Überstunden und noch Überstunden gemacht haben, wo ich einfach dann dazu sagen mußte: Es ist nicht mehr tragbar, denn es kann die 35. Lehrerstunde einfach nicht mehr das sein, was die 20. ist. – Und das ist eben auch ein Qualitätsunterschied in unserer Schule.

Nun ein anderes Beispiel, wo ich wieder vergleichen muß: Die Schülerzahlen von 1970 mit denen von heute. Die Schülerzahlen sind um 10 Prozent gestiegen, um 10 Prozent sind mehr Schüler an unseren Schulen. Im selben Zeitraum ist aber die Zahl der Lehrer – von denen Herr Abgeordneter Lanner gesagt hat, daß es früher mehr gegeben hat – um 36 Prozent gestiegen. Dann frage ich eben wirklich: Ja wer hat etwas für die Schüler getan, indem er ihnen mehr Lehrer zur Verfügung gestellt hat? Das war halt wieder die sozialistische Regierung! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Edith Dobesberger

Sie fordern so vehement eine Verringerung der Klassenschülerzahl. Darf ich noch einmal in Erinnerung rufen, daß wir in den Volksschulen im Jahr 1970 32 Schüler hatten, und heute sitzen im Durchschnitt in einer Volksschulkasse 24 Kinder. In den Hauptschulen ist die Relation von 31 auf 26 zurückgegangen.

Und nun muß ich einfach sagen, wenn ich mir die letzten zehn Jahre anschau und die Arbeit der Sozialisten nehme, dann bin ich einfach überzeugt, daß die nächsten zehn Jahre in dieser Richtung weitergeführt und wir weitere Verbesserungen erreichen werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Abgeordneter Zittmayr, ich kann Ihnen nicht helfen, ich habe noch eine Zahl, die wunderschön für uns ist. Im Jahr 1979 gibt es 9,8 Prozent der Schüler, die nach der Pflichtschule keine Schule mehr besuchen, 9,8 Prozent. Das sagt uns wieder nichts Besonderes. Aber wenn wir diese Zahl mit der Zahl vom Jahr 1969 vergleichen, dann zeigt das, wieviel in diesen zehn Jahren geschehen ist. Im Jahr 1968 haben nämlich 28 Prozent der Schüler nach der Pflichtschule keine Gelegenheit mehr gehabt, eine weitere Bildung zu erleben. Ich muß sagen, 9,8 ist eine gewaltige Leistung, daß man das erreicht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Was bedeutet nun, daß Kinder länger in die Schule gehen? Da gibt es in Wien eine Untersuchung über die geistige und seelische Entwicklung von vierzehn- bis siebzehnjährigen Jugendlichen. Da hat man festgestellt, daß Schüler, die nach der Pflichtschule sofort in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden, ihren Intelligenzquotienten nicht mehr erhöhen können, er stagniert. Für diese jungen Menschen bedeutet es, daß sie auf dem Status, auf dem sie mit 14 Jahren stehen, einfach ein Leben lang weiter bleiben müssen.

Wenn wir nun aber jetzt das so stark reduziert haben, dann haben wir das nächste Ergebnis: Schüler, die nach der Hauptschule in eine berufsbildende Schule oder in ein Oberstufengymnasium eintreten, sind die Gruppe von Menschen, die in diesem Lebenszeitraum die höchste Steigerung ihres Intelligenzquotienten erreichen. Das, glaube ich, zeigt, wie wesentlich es ist, da sich das Leben des einzelnen Menschen die ganzen Lebensjahre hindurch ändert, wenn wir wissen, daß von der Ausbildung her das kulturelle Verhalten, die Einstellung des Menschen zum Leben in dieser Zeit geformt werden. Alle diese Dinge haben wir in diesen zehn Jahren erreicht, ich kann es nur immer wieder sagen, und wir werden es in den nächsten zehn Jahren weiter ausbauen.

Jetzt zum Schluß nur noch ein paar Sätze zu

unserer neuen Mittelschule. Der Herr Abgeordnete Steinbauer hat gestern gesagt, daß in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland, in den Gesamtschulen schlechtere Leistungen erbracht werden als in den normalen Schulen. Da muß ich jetzt im Namen der Lehrer, die in unseren Schulversuchen drinnenstehen, schon fragen: Die Lehrer – und es sind in der Überzahl Lehrer des christlichen Lehrervereins, also die Ihrer Seite angehören, ich habe jetzt die Prozentzahl nicht genau im Kopf, aber weit über zwei Drittel sind im christlichen Lehrerverein organisiert –, stehen in den Schulversuchen der integrierten Gesamtschule drinnen, arbeiten mit und müssen sich von einem Herrn Abgeordneten Steinbauer sagen lassen, daß das alles nichts ist, daß die Leistungen schlechter sind. *(Abg. Wolf: Das ist ja das Schulsystem und nicht die Lehrer!)* Ja, aber sie stehen im Schulversuch drinnen, und das Ergebnis dieses Schulversuches ist gewesen, daß wir in der Schulreformkommission im vergangenen Jahr über diesen Schulversuch diskutiert haben, und da hat keiner der Experten dagegen ... *(Abg. Wolf: Sagen Sie nicht „neue Mittelschule“, sagen Sie das alte Wort „Einheitsschule“, dann tun wir uns alle leichter!)*

Wie Sie das nennen wollen, ist mir ganz egal, Nennen Sie es, wie Sie wollen. Aber wir wollen unser Modell der neuen Mittelschule, die unter dem Schulversuch integrierte Gesamtschule gelaufen ist. Das wollen wir. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Zittmayr: ... Begriffe erfinden!)*

Herr Abgeordneter Zittmayr, jetzt möchte ich Ihnen einmal recht geben, wirklich recht geben, weil ich nämlich mit dem Namen integrierte Gesamtschule nie ganz einverstanden war. Aber mir ist der Name nicht wichtig, auf den Inhalt kommt es an. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Wolf: Nicht die Lehrer, das System!)*

In der Schulreformkommission wurde widerspruchlos zur Kenntnis genommen, daß bei den drei Leistungsgruppen dem System entsprechend die erste Leistungsgruppe der Unterstufe der AHS entspricht, die zweite Leistungsgruppe dem ersten Klassenzug und die dritte Leistungsgruppe dem zweiten Klassenzug. *(Abg. Wolf: Wo probieren Sie denn das aus? – Abg. Dr. Fischer: Bei Ihnen, Herr Kollege!)*

Herr Kollege, in der Steiermark gibt es einen Ort, der Hartberg heißt. Da habe ich in der „Kleinen Zeitung“ vom ehemaligen Herrn Abgeordneten Moser ein Interview gelesen, in dem er über die integrierte Gesamtschule gefragt worden ist, und er hat diese völlig schlechtgemacht. Dann hat der Journalist gesagt, ja, aber es gibt doch in Hartberg einen Schulversuch und was sagen Sie zu dem? Da hat der Herr Abgeordnete Moser darauf geantwor-

Edith Dobesberger

tet: Ja in Hartberg ist das ganz etwas anderes, dort gehen ja alle Kinder hin, dafür wären ja auch wir. Da muß ich sagen, ich bin mit ihm einer Meinung. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Wolf: Das ist wieder nicht wahr!)* Bitteschön, das hat der Herr Abgeordnete Moser gesagt. Ich kann das nicht überprüfen, ich weiß es nicht. Ich sage das nach, was der Herr Abgeordnete Moser dort gesprochen hat.

Ich möchte jetzt wirklich nicht mehr darüber reden. Die Verhandlungen werden ergeben, was wir zu diesen Schulen sagen und welche Erneuerungen wir auf dem Gebiet der Schule bekommen. Aber eines, glaube ich, ist sicher: Es hat keine Periode in der österreichischen Republik gegeben, wo so viel im Schulwesen geschehen ist wie in den vergangenen zehn Jahren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Gassner.

Abgeordneter Ing. **Gassner** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kenne mich jetzt nicht mehr ganz aus. *(Abg. Dr. Fischer: Das kommt öfters vor!)*

Die Frau Abgeordnete Dobesberger hat am Anfang und auch im letzten Satz gesagt, so viel wurde noch nie für die Schulen getan wie in den letzten zehn Jahren. Der Herr Abgeordnete Blecha hat als Zentralsekretär der SPÖ gesagt: kein Zurück zu den reaktionären Schultypen. Jetzt kenne ich mich nicht aus. Also entweder ist in den letzten zehn Jahren so viel geschehen oder kein Zurück laut Blecha. Frau Abgeordnete Dobesberger, ich bitte um Aufklärung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Oder, Frau Abgeordnete Dobesberger, wenn Sie am Anfang gemeint haben, die SPÖ sei sich ihrer Wähler so sicher, dann frage ich mich weiter: Warum hat der Herr Finanzminister nicht vor dem 6. Mai erklärt, es wird in den nächsten vier Jahren keine Steueranpassung geben? Dann frage ich mich: Warum hat der Herr Sozialminister nicht vor dem 6. Mai erklärt, er wird, obwohl er es aus sozialpolitischen Überlegungen nicht für notwendig hält, einer einprozentigen Erhöhung des Pensionsbeitrages zustimmen? Und dann frage ich mich: Warum hat der Herr Bundeskanzler nicht vor dem 6. Mai erklärt, er wird die Zahl seiner Regierungsmannschaft erhöhen, wenn Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, sich eines Erfolges bei den Wählern so sicher sind? Sie waren sich wahrscheinlich doch nicht so sicher, weil diese Erklärungen erst nachher gekommen sind. *(Zustimmung bei der ÖVP. – Zwischenruf des Abg. Samwald.)*

Meine Damen und Herren! Der Herr Finanz-

minister hat in seiner Budgetrede erklärt, das Budget sei eine in Zahlen gegossene Regierungserklärung für ein Jahr. Das heißt: Mit dem Budget selbst sagt die Regierung durch den Finanzminister, welchen Weg sie im nächsten Jahr gehen möchte. Wir haben heute bereits festgestellt, daß auch Ihr Weg – oder der Weg des Finanzministers – nicht ein neuer Weg geworden ist. Er hat einen Schrittwechsel vorgenommen aus meiner Meinung nach strategisch-optischen Überlegungen. Einen Schrittwechsel, indem er ganz einfach versucht, sich erstens statt mehr Steuern im direkten Weg andere Leistungen vom Bürger zu nehmen, um sich damit Leistungen aus dem Budget zu ersparen, und zweitens erklärt hat: In den nächsten vier Jahren keine Steueranpassung. Das heißt, er kassiert permanent aus der wachsenden Steuerprogression mehr Gelder für den Staatshaushalt, das heißt, mehr für sich selbst.

Meine Damen und Herren! Das kann man auch öffentlich, das heißt in den Medien, nachlesen. So schreibt etwa im „Kurier“ von morgen Peter Rabl:

„Die Steuerzahler, so offenbar sein Konzept“ – er meint damit den Finanzminister –, „sollen nicht wahrnehmen, wie sehr sie zusätzlich geschoren werden.“

Ähnliches wurde bereits im „Kurier“ geschrieben, und zwar von Dieter Peter Friedl am 24. Oktober bei der Budgetrede des Finanzministers, wo er gemeint hat:

„Was aber fehlt, völlig fehlt, ist eine Neuorientierung für die achtziger Jahre. ... Langsam müßte selbst Androsch merken“, daß diese Politik nicht fortgesetzt werden kann.

Sogar die „Kronen-Zeitung“ hat am 24. Oktober gemeint: Die Hauptlast trägt der Bürger.

Das, meine Damen und Herren von der SPÖ, ist die Meinung der Öffentlichkeit. Diese Meinung haben auch wir heute vertreten: Die Hauptlast bei diesem Budget, die Hauptlast bei dieser Entwicklung, die Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, hier akzeptieren, bekommt leider der Bürger, der Staatsbürger zu tragen. *(Zustimmung bei der ÖVP. – Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt das natürlich anders. Mir ist das völlig klar. Da kann man zum Beispiel am 24. Oktober lesen: Auch 1980 keine Steuer- und Tarifierhöhungen.

Ich frage mich jetzt – wir haben heute kurz darüber diskutiert, und es hat auch der Herr Verkehrsminister Lausecker dazu Stellung bezogen –: Wie war das eigentlich mit der Erklärung

Ing. Gassner

des Generaldirektors Übleis Anfang November? – Er hatte erklärt, es würden die Tarife für die Personenbeförderung, das heißt für die Autobusse, erhöht werden. Der Herr Finanzminister hatte einige Tage vorher erklärt, es werde keine Steuer- und Tariferhöhungen geben, wie es auch in der „Arbeiter-Zeitung“ nachzulesen ist. *(Zwischenruf des Abg. Haas.)* Ich habe mich zwischendurch erkundigt, Herr Kollege. *(Abg. Haas: Bei der Bundeskammer!)* Nein, nicht bei der Bundeskammer Herr Kollege! Es dürfte auch den Sozialisten zwischendurch bekannt sein, daß ich auch Mitglied der Paritätischen Kommission geworden bin und damit Zugang zu den Unterlagen habe.

Bereits Anfang Juli dieses Jahres wurde ein Antrag auf Erhöhung der Tarife für die Autobusunternehmen eingebracht. *(Bundesminister Lausecker: Von wem?)* Natürlich von der zuständigen Fachgruppe Autobusunternehmer. Dieser Fachgruppe gehören auch die Vertreter des Postdienstes, der öffentlichen Betriebe an, Herr Minister. Ich glaube, das wissen Sie selbst genausogut wie ich. Das wurde dort einstimmig beschlossen, also auch mit den Stimmen der Vertreter der öffentlichen Betriebe. Auch das, Herr Minister, dürftest du wissen. *(Zwischenruf des Abg. Haas.)*

Meine Damen und Herren! Ich habe als junger Funktionär, als Stadtrat und Fraktionsobmann in meiner Gemeinde gehört, daß das Budget immer wahr und klar sein soll. Man hat immer von der Budgetwahrheit und -klarheit gesprochen.

Jetzt stellt sich für mich eine Frage: Wenn der Herr Finanzminister ein Budget erstellt, dann hat er die Ausgaben zu schätzen – das heißt, er bekommt ja die Unterlagen von den Ministerien –, aber er hat auch die Einnahmen zu schätzen. Das heißt: Das Budget, das wir beraten und beschließen sollen, soll doch auf Grund von tatsächlichen Berechnungen erstellt sein, von tatsächlichen Berechnungen der Einnahmen und der Ausgaben.

Jetzt frage ich mich: Hat der Finanzminister nicht gewußt – oder wurde er davon nicht informiert –, daß bereits Anfang Juli ein Antrag auf Erhöhung der Tarife per 1. Jänner 1980 eingebracht wurde? Wenn er es gewußt hat, dann, meine Damen und Herren, hat er hier nicht die Wahrheit gesagt, als er Ende Oktober erklärt hat, es gibt keine Erhöhung der Tarife und Steuern. Wenn er es nicht gewußt hat, dann meine Damen und Herren, hat er nicht sorgsam budgetiert, weil er die zusätzlichen Einnahmen aus diesem Ressort auf Grund der geplanten Erhöhung der Tarife ab 1. Jänner 1980 nicht in das Budget aufgenommen hat. Er hat also entweder nicht die Wahrheit gesagt oder er hat nicht ordnungsgemäß budgetiert, meine Damen

und Herren! Und das ist meiner Meinung nach ein schlechter Finanzminister! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Meine Parteifreunde haben heute bereits wiederholt an diesem Rednerpult gesagt: Uns fehlt bei dieser Regierung die Spargesinnung und die Sparbereitschaft. – Es geht also um die Spargesinnung und die Sparbereitschaft, die man von den anderen erwartet. Oder umgekehrt: man versucht, den anderen sozusagen zu erklären, der Herr Finanzminister hat das gesagt, wenngleich teilweise mit Widerspruch – ich sage das – im Lager der sozialistischen Gewerkschafter aufgenommen, auch mit teilweise Widerspruch deswegen, weil es in den nächsten vier Jahren – so hat es der Finanzminister gesagt – keine Lohnsteueranpassung gibt.

Meine Damen und Herren! Glauben Sie wirklich, daß das einer positiven Entwicklung Rechnung trägt? Glauben Sie wirklich, daß man den österreichischen Betrieben, der österreichischen Wirtschaft, dem österreichischen Arbeitnehmer zumuten kann, vier Jahre lang keine Lohnsteueranpassung durchzuführen? – Ich bin der Meinung, daß man dies weder den Arbeitnehmern noch den Betrieben und Unternehmen zumuten kann! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Im Jahr 1970 haben die Einnahmen für die Lohnsteuer 13,7 Milliarden Schilling betragen. Im Voranschlag 1980 sind 61 Milliarden Schilling enthalten. Das heißt: In zehn Jahren sind die Lohnsteuereinnahmen – geschätzt für 1980 laut Voranschlag; ich gebe das zu – auf das Viereinhalbfache gestiegen.

Meine Damen und Herren – vor allem jene, die auch Arbeitnehmerinteressen hier in diesem Haus vertreten –: Die Löhne und Gehälter sind in diesen zehn Jahren auf das Zweieinhalbfache gestiegen! Können wir so etwas unwidersprochen hinnehmen? Ich bin der Ansicht: Wenn wir hier nicht nur die Interessen der Arbeitnehmer, sondern auch die der Bürger vertreten, können wir das nicht unwidersprochen lassen. Wir haben für diese Menschen einzutreten! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wir haben bereits vor einiger Zeit aus dem Wirtschaftsforschungsinstitut die Unterlagen für das Jahr 1979 erhalten, ferner auch eine Gegenüberstellung zu den letzten Jahren, die ja in den Monatsberichten und in den Jahresberichten nachzulesen sind. Wir mußten feststellen, daß im ersten Halbjahr des Jahres 1979 jeder Arbeitnehmer in Österreich – jeder Arbeitnehmer in Österreich! – gegenüber den ersten sechs Monaten des Jahres 1978 trotz Lohnsteueranpassung am 1. Jänner

Ing. Gassner

1979 im Durchschnitt um 100 Schilling mehr an Lohnsteuer bezahlt hat. Das heißt: Trotz Lohnsteueranpassung hat der Finanzminister im Durchschnitt dem österreichischen Arbeitnehmer um 7,2 Prozent mehr Steuer aus der Geldbörse genommen. *(Zwischenruf des Abg. Babanitz.)*

Das halten wir für einen schlechten Weg. Wir glauben ganz einfach, Herr Abgeordneter Babanitz, daß die Lohnsteuer in regelmäßigen Abständen der tatsächlichen Entwicklung der Inflation und auch der des Einkommens anzupassen ist. Wir glauben ganz einfach, daß man eine explosive Entwicklung der Lohnsteuer nicht unwidersprochen hinnehmen kann.

Es hat heute im „Morgenjournal“ Professor Seidel gemeint, daß in nächster Zeit mit einer Einkommenssteigerung von nur rund 2 Prozent zu rechnen ist. Meine Damen und Herren! Wir wissen aus Prognosen, aus Unterlagen, die wir erhalten haben – auch aus Zahlen des Finanzministers –, daß wir mit einer Inflationsrate um 4 Prozent rechnen müssen.

Was bedeutet eine Inflationsrate von 4 Prozent: mehr Pensionsbeitrag von einem halben Prozent und natürlich auch entsprechende Steuern von dem Mehreinkommen zu bezahlen. Das heißt, daß in verschiedenen Bereichen ein Weniger an Einkommen zu erwarten ist.

Das schreibt auch Peter Rabl im morgigen „Kurier“, der hier ganz klar zum Ausdruck bringt:

„Die Österreicher, so der Wirtschaftsforscher“ – er zitiert Professor Seidel – „könnten in den nächsten Jahren mit durchschnittlich bloß zwei Prozent Reallohnzuwachs rechnen. Tatsächlich aber würden große Gruppen immer wieder mit Einbußen bei ihrem Realeinkommen rechnen müssen, was laut Seidel zu schärferen Verteilungskämpfen führen müsse.“

Ich weiß schon, daß der Abgeordnete Schmidt nach mir sagen wird: Es ist ohnehin alles in Ordnung, wir haben ja gar nicht eine so hohe Inflationsrate, in anderen Ländern ist sie viel höher. Er wird sagen, daß wir auch die Arbeitslosenzahlen in Österreich in den Griff bekommen haben, sie sind gar nicht so arg wie in anderen Ländern.

Meine Damen und Herren, das stimmt. Aber zu wessen Lasten? Durch eine Politik, die permanent zu Lasten der Bürger geht, durch eine Politik, die permanent zu Lasten des Einkommens der Arbeitnehmer, permanent zu Lasten der Betriebe und Unternehmungen geht. Das ist eine Politik, die wir, meine Damen und Herren von der SPÖ, ablehnen, die wir als falsche Politik bezeichnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben gerade im Gewerkschaftsbereich in den letzten Jahren versucht, gemeinsam – ich sage das bewußt: gemeinsam die sozialistischen Gewerkschafter und wir von der christlichen Fraktion – einen verantwortungsbewußten Weg zu gehen, weil wir wissen, wenn wir überhöhte Lohnforderungen stellen, daß die Löhne ja letztlich auf die Preise durchschlagen oder von der Investitionsmöglichkeit des Betriebes, des Unternehmen abgehen. Wir haben diesen gemeinsamen Weg gemeinsam beschritten. Ich glaube, daß er sehr verantwortungsbewußt war.

Was wir vermissen, meine Damen und Herren, ist, daß auch der Finanzminister bereit ist, einen solchen Weg verantwortungsbewußt zu gehen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Auch der Finanzminister müßte wissen, daß die Betriebe, die Unternehmen, aber auch nicht der Arbeitnehmer von irgendwoher diese vermehrten Steuern bekommen kann, sondern daß diese letztlich von seinem Einkommen oder von dem, was im Betrieb verdient wird, abgehen. Ich glaube, daß wir über diese Dinge sehr, sehr ernst zu sprechen haben.

Meine Damen und Herren! Wir alle wünschen uns in Österreich gesunde Unternehmen, gesunde Betriebe und eine gesunde Wirtschaft, denn nur dann, wenn wir gesunde Betriebe, gesunde Unternehmen und eine gesunde Wirtschaft haben, können wir alle miteinander mehr verdienen, mehr einnehmen und auch unsere österreichischen Produkte auf dem Weltmarkt entsprechend verkaufen. Diesen Weg müssen wir gemeinsam gehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, daß es einmal notwendig ist, auch prinzipiell über die Grenzen der Einkommensbelastung, ich gebe zu, auch über die Grenzen des Staates zu diskutieren. Ich sehe auch in der Entwicklung des Budgets 1980, daß Sie einen Schritt weiter auf dem Weg gehen, dem Staat mehr Aufgaben zuzuweisen. Wenn der Staat mehr Aufgaben übernimmt, dann muß er diese Aufgaben finanzieren. Und wenn er diese Aufgaben finanzieren will, dann muß er ganz einfach den Steuerdruck, die Belastung der Bürger erhöhen.

Deshalb glauben wir, daß vom Grundsätzlichen her erkennbar ist, warum Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, diesen Weg gehen. Es ist notwendig, eine Diskussion über die Grenzen des Staates zu führen.

Wir sind der Ansicht, daß der Staat Hilfeleistungen für den Bedürftigen zu geben hat. Wir sind der Ansicht, daß der Staat – sei es im Schulbereich, im Sozialbereich oder auch im wirtschaftlichen Bereich – Hilfe zu leisten hat. Wir sind aber nicht der Ansicht, daß der Staat die Aufgaben für die anderen zu übernehmen hat,

Ing. Gassner

sozusagen die Aufgaben für den Menschen, die Aufgaben für den Betrieb, die Aufgaben für die Unternehmen. Das ist der falsche Weg, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben im „Salzburger Programm“ unseren Weg klar definiert. Wir haben zu dieser Problematik im Punkt 3.6.5 unseres Salzburger Programms folgendes ganz klar ausgeführt:

„Die ÖVP vertritt den Standpunkt, daß der einzelne von der Gemeinschaft nur das fordern soll, was er aus eigener Kraft nicht leisten kann.“

Ich glaube, meine Damen und Herren von der SPÖ, hier liegt ein großer Unterschied zu Ihrer Politik. Wir sind dafür, den Leistungsanreiz nicht nur zu wecken, sondern auch zu fördern. Wir sind der Ansicht, daß Arbeitnehmer im Betrieb und Unternehmer, Betriebsinhaber miteinander Leistungen zu erbringen haben und auch bereit sind, diese Leistungen zu erbringen, wenn sie dafür auch das entsprechende Einkommen erhalten, wenn die Arbeitnehmer für ihre Leistung im Betrieb, die sie durch ihrer Hände Arbeit oder durch ihr Wissen erbringen, den entsprechenden Lohn auch netto auf die Hand bekommen, und wenn durch diese Leistung auch der Betrieb selbst so viel erwirtschaftet, daß er das entsprechende Einkommen hat, um Investitionen durchführen zu können, daß auch der Eigentümer entsprechende Entnahmen durchführen kann und daß die Arbeitnehmer in diesem Betrieb entsprechende Löhne und auch Sozialleistungen erhalten.

Aber, Herr Finanzminister, meine Damen und Herren von der SPÖ, Sie machen eine Politik, die genau das ruiniert, was wir alle miteinander brauchen. Wenn Sie immer mehr Steuern den Unternehmern auferlegen, wenn Sie den Griff in die Tasche der Arbeitnehmer immer verstärken, dann entziehen Sie ja diesen Unternehmen, diesen Betrieben die wirtschaftliche Substanz, Sie entziehen ihnen das notwendige Kapital, um investieren zu können. Und das ist ganz einfach langfristig der falsche Weg! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es gibt eine andere Überlegung, daß Sie ganz einfach meinen: Na ja, wir werden dieses Geld wieder den Unternehmern zurückfließen lassen, wir werden dann partiell dort vergeben, wo wir meinen, daß es gut wäre. Das heißt, Sie entziehen zuerst den einzelnen Betrieben und Unternehmen durch Steuern die Mittel, und bringen diese Unternehmen in immer größere Schwierigkeiten.

Gerade wir in Niederösterreich sehen das ja in den alten Industriezonen, wo wir vermehrte Schwierigkeiten bekommen, vermehrt ganz einfach deshalb, weil diese Unternehmen zu kapitalschwach sind, ganz einfach deshalb, weil

zu viele Mittel aus diesen Betrieben entfernt werden müssen durch eine Steuerpolitik, die auf diese Situation keine Rücksicht nimmt.

Ich glaube also ganz einfach, daß, weil wir eben auch als Arbeitnehmer gesunde Unternehmen, gesunde Betriebe haben wollen, hier eine Änderung dieser Politik zu erfolgen hat. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wir wollen ein Unternehmen, wir wollen einen Betrieb, der gesund, der leistungsorientiert ist. Wir wollen den Menschen, der selbständig und ebenfalls leistungsorientiert ist, der natürlich sein entsprechendes Gehalt und Einkommen netto auf die Hand bekommt und in einer sozialen Sicherheit lebt, in einer sozialen Sicherheit, daß er für den Fall, daß ihm heute oder morgen etwas passiert, genau weiß, daß es eine staatliche Vorsorge gibt. Dazu haben wir eine sogenannte Sozialversicherung aufgebaut, die umfassend vorhanden ist.

Aber, meine Damen und Herren, wir wollen nebenbei – auch das ist heute bereits angeklungen –, daß auch die Rechte des Menschen nicht angetastet werden.

Gerade heute bei dieser Grundsatzdiskussion, bei der ersten Lesung zum Budget, gilt es auch zu sagen: Nicht nur soziale Rechte, nicht nur wirtschaftliche Rechte, sondern auch die persönlichen Rechte des Menschen müssen in Österreich weiterhin gewährleistet sein.

Hier habe ich doch auch Bedenken, daß manches nicht so ist, wie es sein soll. Ich habe erst heute erfahren, daß im Bundessportzentrum Südstadt der Spitzenkandidat der Wählergruppe ÖAAB-FCG für die Personalvertretungswahlen Ende November deshalb, weil er es gewagt hat, seinem Verwalter gegenüberzutreten und berechnete Forderungen für die Dienstnehmer zu vertreten, jetzt rasch noch versetzt werden soll, sodaß er bei dieser Personalvertretungswahl nicht kandidieren kann.

Meine Damen und Herren! Ein solcher Weg ist äußerst gefährlich, nämlich einen Arbeitnehmer, der vielleicht nicht mit allzu geschickten Worten als Personalvertreter sich für seine Kolleginnen und Kollegen einsetzt, als unliebsam zu entfernen und zu sagen: Wir wollen dich dort nicht haben, denn vielleicht vertrittst du zu massiv die Interessen der Arbeitnehmer.

Auch das gehört mit zu einem Rechtsstaat, nämlich daß wir in sozialer Sicherheit leben, aber auch in Sicherheit, daß wir davor geschützt sind, daß Maßnahmen getroffen werden, die in die persönliche Sphäre, aber auch in die Sphäre der Arbeitnehmer reichen, die betroffen sind beziehungsweise gewählt wurden, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten. Sie werden

Ing. Gassner

ganz einfach aus irgendwelchen Gründen, weil sie unliebsam geworden sind, entfernt. Ich glaube, da haben wir ein starkes Nein zu sagen und uns dagegen zu wehren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Aber diese Entwicklung, die sich hier abzeichnet, die die österreichischen Betriebe und Unternehmer immer kapitalschwächer macht und ihre Einkommenssituation immer mehr verringert, eine Entwicklung, die auch den Arbeitnehmern netto immer weniger auf die Hand bekommen läßt, real weniger auf die Hand bekommen läßt, ist für uns als Arbeitnehmervertreter, aber nicht nur als Arbeitnehmervertreter, sondern als gesamte ÖVP auch aus einem anderen Grund betrüblich, nämlich weil wir keine Chance sehen, in dieser Situation einen Programmpunkt gemeinsam zu verwirklichen, einen Programmpunkt, den wir auch im Jahr 1975 am ÖVP-Kongreß gemeinsam, sozialistische Gewerkschaft und christliche Gewerkschafter, als gut erkannt haben, nämlich Vermögensbildung für die Arbeitnehmer auch am sogenannten Produktivvermögen. Das heißt nach unserer Meinung – und ich möchte mich gegenüber Präsident Czettel unterscheiden als Vorsitzender der christlichen Gewerkschafter – nicht zentraler Fonds, wir meinen Beteiligung am Unternehmen, am Betrieb. Herr Abgeordneter Schmidt wird bestimmt dazu noch Stellung beziehen.

Ich habe gesagt, daß wir gemeinsam das prinzipiell verlangen und daß die ÖVP als Ganzes zu diesem Programmpunkt steht, wie es im Salzburger Programm nachzulesen ist.

Unter Punkt 4.5.2 heißt es:

„Die vorhandene Streuung von Eigentum stellt ein ausbaufähiges Fundament für die Verbesserung der Eigentumsstruktur durch neue Formen des Sparens und der Vermögensbildung, insbesondere auch in Arbeitnehmerhand, dar. Eine intensivere Förderung der Vermögensbildung kann nicht zuletzt dazu beitragen, das Problem der Einkommensverteilung zu entschärfen.“ Ferner:

„4.5.3

In einer modernen Eigentumsordnung ist das Eigentum sowohl eine Garantie der persönlichen Freiheit als auch eine Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist Voraussetzung unternehmerischer Initiative und schöpferischer Neuerungen.“

Meine Damen und Herren! In einer Situation, wo immer weniger Mittel zur Verfügung stehen, um persönliche Bedürfnisse zu befriedigen, wo es auf Grund der schwierigen Kapitalausstat-

tung immer schwieriger wird, diesen Weg zu gehen und den Arbeitnehmer zum gleichwertigen und gleichberechtigten Partner in der Gesellschaft zu machen, verhindern Sie eine solche Politik mit einer solchen Steuer- und Budgetpolitik. Wir glauben ganz einfach, daß es notwendig ist, diesen Weg weiter zu gehen, und der ist nur dann möglich, wenn die Wirtschaft expandiert, wenn nämlich genügend Mittel in den Betrieben, in den Unternehmen, aber auch letztlich beim Arbeitnehmer selbst vorhanden sind.

Ich glaube, meine Damen und Herren von der SPÖ, Sie sollten doch auch aus diesem Grund überlegen, welcher Budgetpolitik Sie Ihre Zustimmung geben, ob nicht hier mit dieser Budgetpolitik – ich habe es bereits gesagt – einer solchen Entwicklung ganz einfach ein Riegel vorgeschoben wird, und wir ganz einfach trachten sollten, in einer modernen Entwicklung der Gesellschaft auch diesen Weg zu öffnen, daß der Arbeitnehmer auch am Produktivvermögen beteiligt sein kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich glaube ganz einfach, daß dieses Budget 1980 sowie auch die Budgets 1979, 1978 und vorhergehende des Finanzminister Androsch Ausdruck waren Ihrer generellen Politik, einer generellen Politik, die ganz einfach dazu führt, daß Sie immer stärker in die Kompetenzen der Betriebe eingreifen wollen, daß Sie immer stärker in die Taschen der Arbeitnehmer, der Bürger, der Menschen dieses Staates greifen wollen, daß Sie ganz einfach immer mehr Aufgaben an den Staat ziehen wollen und damit dem einzelnen Bürger, den einzelnen Betrieb, das einzelne Unternehmen mehr abhängiger machen und daß sozusagen eine Umverteilung zugunsten des Staates mit dieser Entwicklung vor sich geht.

Und auch deshalb, meine Damen und Herren, nicht nur deshalb, weil wir aus finanz- und budgetpolitischen Überlegungen nein zu diesem Budget sagen, sondern weil wir ganz einfach glauben, daß dieses Budget dazu beiträgt, eine gesellschaftspolitische Veränderung durchzuführen, der wir als ÖVP und auch wir speziell als christliche Gewerkschafter, aber umfassend wir alle, die im Lager der ÖVP stehen, nicht bereit sein können, die Zustimmung zu geben. Sagen wir, aus diesen beiden Überlegungen, aus grundsätzlichen Überlegungen und aus budgetpolitischen Überlegungen nein zu diesem Budget. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Lausecker.

Bundesminister für Verkehr **Lausecker:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Gassner hat jetzt noch einmal zu

Bundesminister Lausecker

den Bustarifen Stellung genommen und ist so flugs zur Hand mit Behauptungen, daß es im Juli bereits beantragt war, und daß daher der Herr Finanzminister, wenn ich das richtig behalten habe, eine unwahre Aussage gemacht hat.

Zur Stützung seiner Aussage hat der Abgeordnete Gassner gesagt, er wüßte aus seiner gewerkschaftlichen Funktion, daß sich die Paritätische Kommission damit beschäftigt hat, und auf meinen Zwischenruf, wer denn den Antrag gestellt hat, wurde mir bestätigt, daß er weiß, daß es der Fachverband der Bundeskammer gewesen ist.

Ich wiederhole daher, was ich vorher schon dem Herrn Abgeordneten Zittmayr gesagt habe. Im Sommer hat der zuständige Fachverband der Bundeskammer einen Antrag auf Erhöhung aller ihm angeschlossenen KraftfahrLinientarife gestellt.

Und ich wiederhole, was ich vorhin gesagt habe: gewiß aus guten Gründen, weil die Kostendeckung nicht mehr gegeben sei, und daher dieser Antrag gestellt wurde und, Herr Abgeordneter Gassner, aus der Kenntnis, der Sie sich gerühmt haben, um das Wechselspiel der Sozialpartnerschaft Bescheid zu wissen, werden Sie auch wissen, daß, wenn so ein Antrag gestellt wird, darüber mit den Interessenvertretungen, mit der Arbeiterkammer, mit der Bundeskammer, mit allen verhandelt werden muß.

Herr Abgeordneter Gassner! Aus Ihrer Funktion heraus – und Sie sprechen ja gewiß, wenn Sie davon Kenntnis haben, die Tatsachen aus – müssen oder müßten Sie wissen, daß erst in den letzten Oktobertagen das Ergebnis vorgelegen ist und damit eine Erhöhung der KraftfahrLinientarife für alle KraftfahrLinien Österreichs, die dem Fachverband angeschlossenen sind, also auch für Post- und Bahn-Busse festgelegt wurde. Nichts also von unwahrer oder unrichtiger Aussage, denn ich hätte mich gefagt, was Sie gesagt hätten, wenn im Juli, ohne Einhaltung dieser Spielregeln der Sozialpartnerschaft, einseitige Tarife erhöht worden wären (*Abg. Dr. Zittmayr: Um das geht es doch nicht! Es geht um den Finanzminister!*), dann wären Sie hierher gekommen und hätten gesagt, wie halten wir es denn mit der Zusammenarbeit. Gerade also weil Sie aus Ihrer gewerkschaftlichen Funktion Bescheid wissen und wissen müßten, müssen Sie auch wissen, daß erst in den letzten Oktobertagen das Ergebnis der Verhandlungen vorgelegen ist und daß dieses Ergebnis von der KraftfahrLinienbehörde dann in Kraft gesetzt wurde. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Zittmayr: Der Finanzminister gibt bewußt falsche Auskünfte!* – *Abg. A. Schlager: Herr Minister, das hätten Sie ruhiger auch sagen*

können! – *Bundesminister Lausecker: Ich kann ja nicht reden, wenn immer dazwischen geschrien wird!* – *Abg. A. Schlager: Sie hätten auch ruhiger reden können!* – *Bundesminister Lausecker: Das habe ich vorhin gemacht beim Abgeordneten Zittmayr, aber das hat der Abgeordnete Gassner nicht gehört!* – *Abg. Dr. Zittmayr: Bewußte Irreführung durch den Finanzminister!* – *Abg. Dr. Gradenegger: Stimmt ja nicht! Ist ja unerhört! Sie gehören ja wieder gemäßregelt!*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Vetter.

Abgeordneter **Vetter** (ÖVP): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Wenn hier sich die Diskussion in eine Lautstärke entwickelt hat, die sicherlich auch nach vielen, vielen Stunden nicht notwendig ist, Herr Minister, so möchte ich nochmals zu Ihrer Äußerung feststellen und hoffe, das ins rechte Licht rücken zu können: Es geht darum, daß der Herr Finanzminister zu einem Zeitpunkt eine Äußerung getan hat, es wird keine Erhöhung geben, wo er bereits wissen mußte, daß eine Erhöhung beantragt worden ist. Und daher war seine Äußerung wider besseres Wissen unrichtig. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich habe die heutige Debatte mit großem Interesse verfolgt, und besonders beeindruckt und verwundert war ich über die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Veselsky. Er hat nämlich eigenartigerweise plötzlich das Budget 1980 über alle Maßen gelobt, eine wahre Lobeshymne hier gestartet, die selbst von objektiven Beobachtern als etwas zu dick aufgetragen bezeichnet wurde, denn ich kann mich noch erinnern, vielleicht vor 12, 13 oder 14 Monaten hat dieser Herr – damals noch Staatssekretär – Dr. Veselsky gesagt, auch zu einem Budget: Aus nichts wird nichts, aus nichts kann nichts werden, das Budget ist schlecht. Dieser Dr. Veselsky hat damals zwar die Konsequenzen ziehen müssen und den Regierungssitz von hier rechts mit Sitznummer 62 tauschen müssen (*Beifall bei der ÖVP*), aber nachdem Sie jedes Budget so loben, nehme ich an, daß alle Budgets gleich sind und unter Umständen der Ausspruch Veselskys vom Vorjahr auch für heuer noch gelten könnte.

Sein Lob kommt auch zu spät. Sollte er auch die Gunst des Herrn Bundeskanzlers wieder finden – auf dieser Regierungsbank ist ja bei Gott kein Platz mehr, auch nicht für Herrn Dr. Veselsky. Also ich glaube, diese Lobeshymne ist zu spät gekommen.

Eine Erwiderung auch zu den Ausführungen

Vetter

von Frau Abgeordneter Dobesberger. Frau Abgeordnete, Sie haben uns, nämlich der Österreichischen Volkspartei, wieder unterstellt, daß wir gegen das freie Schulbuch wären. Frau Abgeordnete, das stimmt nicht, das ist hier bewußt falsch dargestellt worden. Wenn Sie sagen, Sie sind froh, daß es jetzt mehr Schulbücher gibt, so sind wir auch dieser Meinung, nur mit einer Einschränkung: Es soll jedes Kind jedes Buch haben, das notwendig ist. *(Beifall bei der ÖVP.)* Aber jedes Buch, das darüber hinausgeht, bitte, ist eine Verschwendung und kostet Steuergeld. Und da unterscheiden sich die Meinungen zwischen Österreichischer Volkspartei und Sozialistischer Partei. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Auch ich habe, Frau Abgeordnete, drei österreichische Wörterbücher zu Hause. Ich brauche nur eines, bitte. Auch ich habe drei Atlanten zu Hause; ich brauche nur einen. Auf jeden Fall ist ein Aspekt der Verschwendung vorhanden, Frau Abgeordnete. Und was wir von Ihnen wollen ist, doch wenigstens bereit zu sein, darüber nachzudenken, darüber zu reden, ob es nicht hier zu Änderungen kommen könnte, damit wir etwas mehr einsparen könnten *(Beifall bei der ÖVP)*, – ohne daß man den Kindern gegenüber qualitätsmäßige Abstriche macht. Sie sind einfach zu überheblich: Was Sie einmal eingeführt haben, muß hundertprozentig stimmen, da darf niemand mehr etwas ändern. Das ist ja nicht wahr, bitte, das ist ein falscher Grundsatz, der kostet ja auch Steuergeld, nicht nur mein Geld, nicht nur Ihr Geld, sondern das Geld aller österreichischen Steuerzahler. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es wurde heute schon sehr viel über Budgetsanierung gesprochen. Auch ich weiß, daß der Spielraum des Herrn Finanzministers für gewisse Änderungen kaum 10 Prozent beträgt, aber selbst in diesem Bereich ist es dem Herrn Finanzminister nicht gelungen, die notwendigen Änderungsmaßnahmen zu finden und eine Neuorientierung für die achtziger Jahre vorzubereiten oder zumindest in die Wege zu leiten. Denn seine Phase, dritte oder vierte, wie immer er es bezeichnen mag, besteht ja letztlich nur darin, daß die Sparförderung verschlechtert wurde, daß Pensionsversicherungsbeiträge erhöht werden, daß die Milchpreisstützung wegfällt, daß Umschichtungen im Budget vorgenommen werden, daß angekündigt wird, die Lohnsteuerprogression bis 1983 unverändert zu lassen.

Ich halte das für keinen tauglichen Versuch, das Budget zu sanieren. Das ist eine Fortsetzung – vor allem nach den gewonnenen Wahlen –, in voller Härte eine ungenierte Fortsetzung der Belastungspolitik auf dem Rücken der Bevölkerung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn ich mir nur die Sparförderung hernehme. – Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Hier geht es ja vor allem um Zigtausende, vielleicht Hunderttausende junge Menschen, denen es erschwert wird, aus eigenen Mitteln, mit eigener Initiative für die eigene Zukunft Vorsorge zu treffen. Und gerade ein Finanzminister und Vizekanzler, der die Worte Eigenvorsorge, Eigenverantwortung, Eigeninitiative immer häufiger in den Mund nimmt, wahrscheinlich in der Meinung, daß man eben mit eigener Kraft für die eigene Zukunft vorsorgen soll, aber der dann genau das Gegenteil tut, es der Bevölkerung immer schwieriger macht, diese Begriffe auch in die Tat umzusetzen, der wird persönlich und mit seiner gesamten Politik immer unglaubwürdiger.

Diese Diskrepanz zwischen den Worten des Herrn Finanzministers und den Taten, zwischen den Äußerungen und der realen Politik, kann nicht oft genug aufgezeigt werden, und dagegen kann nicht oft genug gesprochen werden.

Ich denke nur an die Lohnsteuer; sie wurde heute schon zitiert. Ich erinnere nochmals: 1975: Aufkommen rund 26 Milliarden, 1979: Aufkommen rund 53 Milliarden, in diesem Budget: Aufkommen 61 Milliarden. – Eine explosionsartige Entwicklung. Und dann noch die Erklärung des Herrn Finanzministers, unterstützt vom Herrn Bundeskanzler, bis 1983 wird sich nichts ändern. Da würde dann die Lohnsteuer rund 80, 85 Milliarden Schilling ausmachen.

Meine Damen und Herren! Das ist eine unzumutbare Politik, das ist ein untauglicher Versuch, das Budget auf dem Rücken der Steuerzahler, und vor allem auf dem Rücken des Arbeitnehmers in Österreich zu sanieren. Wenig originell, unsozial, ungerecht und familienfeindlich! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Österreichische Volkspartei hat schon vor längerer Zeit ein Budgetkonzept vorgelegt mit einigen sachlichen Vorschlägen, mit echten Alternativen, mit Ansätzen, die eine längerfristige Sanierung möglich erscheinen lassen. Von all unseren Vorschlägen, über die man sicherlich debattieren kann und diskutieren kann, ist aber in Ihrem Budget nichts enthalten, etwa eine Eindämmung der Verwaltungsaufblähung, eine Verwaltungsreform – oft angekündigt, bis heute wenig geschehen –, ein Abbau des Bundesbahn-defizits – ich komme dann noch später darauf zurück –, eine Kosten-Nutzen-Rechnung vielleicht bei den Gesetzesvorlagen, vor allem, was die Folgekosten betrifft, oder eine Modernisierung des veralteten Haushaltsrechtes, das ja wirklich schon graue Haare hat.

Vielleicht noch zu einigen Details. Ich habe bei der Debatte über den Familienbericht

Vetter

versucht, aufzuzeigen, daß – entgegen den Meinungen der sozialistischen Redner – gewisse Kreise von Familien, nämlich jene mit mehr Kindern, jene mit älteren Kindern, Alleinverdiener vor allem, heute entweder in Armut leben oder knapp an der Armuts Grenze leben.

Auch hier im Budget, in der Budgetrede und in den Anlagen wird wieder die angeblich großartige Familienpolitik dokumentiert.

Meine Damen und Herren! In der Abbildung 32 wird festgestellt, daß eine Familie mit zwei schulpflichtigen Kindern – ein Alleinverdiener – im Jahre 1970 2 209 Schilling vom Staat erhalten hat – da sind auch die Schulkosten drinnen – und im Jahre 1980 6 231 Schilling. Wenn man da genauer hinschaut, merkt man, daß der Finanzminister die Kosten eines Schulplatzes für Mittelschüler im Jahre 1970 mit 980 S beziffert hat, aber heute mit 2 537 Schilling.

Meine Damen und Herren! Diese Familien haben diese Verteuerung um das Vierfache, um das Dreifache bei der Volksschule, nicht zu verantworten! Man kann doch den Familien nicht den Schilling vorrechnen, daß sie um so viele Tausende Schilling heute mehr kriegen vom Staat, weil die Kosten des Schulplatzes um das Dreifache oder um das Vierfache gestiegen sind.

Das ist unrichtig, das ist falsch, das ist ein untauglicher Versuch, die Familienpolitik dieser sozialistischen Regierung zu qualifizieren und eben das Optimum herauszuholen.

Und wenn man das Kapitel 56 betrachtet, fällt etwas ganz Sonderbares auf: Es werden für das kommende Jahr bei den Familienbeihilfen um rund 700 Millionen Schilling weniger veranschlagt, bei den Geburtenbeihilfen 20 Millionen Schilling, bei den Schulfahrtbeihilfen 30 Millionen Schilling und beim Aufwand für den Mutter-Kind-Paß 110 Millionen Schilling. Ich weiß, es ist schon traurig genug, wenn der Herr Finanzminister den anhaltenden Geburtenrückgang für gegeben annimmt und auch für die Zukunft bereits voraussetzt und also quasi eine reduzierte Familienpolitik Platz greift. Oder gibt es eine andere Erklärung? – Dann möchte ich sie gerne wissen!

Was aber noch unerträglicher ist, Herr Finanzminister: Denken Sie überhaupt nicht daran, im Jahre 1980 die Familienbeihilfen zu erhöhen? Wollen Sie die auch bis zum Jahre 1983 einfrieren wie die Lohnsteuerprogression?

Ich erinnere Sie an eine Situation vor rund einem Jahr. Damals hat Sie die Österreichische Volkspartei mit einem Antrag mehr oder minder gezwungen, die Familienbeihilfe zu erhöhen;

Sie haben das begründet mit den bevorstehenden Milchpreiserhöhungen.

Und jetzt möchte ich Sie in aller Bescheidenheit daran erinnern, daß auch für das kommende Jahr eine beträchtliche, im Vergleich zum Vorjahr wesentlich größere Milchpreiserhöhung Platz greifen wird, und Sie sparen 700 Millionen Schilling beim Ansatz für Familienbeihilfen ein. Da kann etwas nicht stimmen! Entweder sind die Budgetziffern bewußt falsch angesetzt, oder Sie weigern sich tatsächlich, für das nächste Jahr eine Beihilfenerhöhung in Erwägung zu ziehen. Dann stimmen zwar die Budgetansätze, aber ich glaube, dann kann man mit Recht sagen, daß diese Familienpolitik falsch, unrichtig, echt unsozial und vor allem unglaublich ist. Doppelt unglaublich, weil der Herr Bundeskanzler in der Regierungserklärung vom 19. Juni 1979 eine Verbesserung für die Familien mit älteren Kindern angekündigt hat.

Frau Staatssekretär! Sie werden demnächst Kompetenzen für das Finanzressort bekommen. Es wäre wirklich interessant, bald zu hören, was Sie in dieser Richtung zu unternehmen gedenken, was Sie glauben, als zuständige Staatssekretärin für die Familien beantragen oder vornehmen zu wollen.

Diese Ausgabenersparnis – so wird sie ja bezeichnet – ist einfach unglaublich, ein Gipfelpunkt der Unglaublichkeit dieses Budgets.

Sie wissen, daß die Österreichische Volkspartei der Öffentlichkeit ein Familienkonzept vorgelegt hat, daß wir seit langem eine Staffelung der Beihilfen nach Alter und nach Anzahl der Kinder verlangen, daß wir ferner ein familiengerechtes Steuersystem verlangen, eine schrittweise Verwirklichung von Maßnahmen, die es allen Müttern ermöglichen, wenigstens während der ersten drei Jahre bei den Kindern zu Hause zu bleiben.

Das sind Vorschläge, konkrete Versuche, um auch dem Geburtenrückgang entgegenzuwirken. Mit Ihrer Politik, die erstmalig den Niederschlag in den Budgetansätzen findet, nämlich um Hunderte Millionen Schilling weniger für Familienbeihilfen, kann das auf keinen Fall erreicht werden.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Vizekanzler und Finanzminister hat in seiner Budgetrede zumindest auch einige Sätze über Grenzlandförderung gebracht. Ich streite nicht ab, daß einiges an Förderungen in diesem Budget enthalten ist. Ich glaube aber, die Frage, ob diese Maßnahmen ausreichen werden, die Situation in den Grenzregionen zu ändern, zu bessern, mit nein beantworten zu müssen, weil die Situation sich überhaupt nicht geändert hat.

Vetter

In den Grenzregionen Niederösterreichs, also Waldviertel, Weinviertel hält weiterhin die überdurchschnittliche Abwanderung an. Die Einkommensverhältnisse sind weiterhin in allen Bereichen, auch in den Selbständigenbereichen, unterdurchschnittlich. Ich habe hier ein paar Lohnzettel. Glaubt jemand, daß Familienerhalter mit 5 200 S, 5 500 S oder 6 700 S mit zwei Kindern wirklich das Auslangen finden können, daß diese Gehälter wirklich dem Standart, dem Durchschnittsstandart Österreichs entsprechen? Sie sind weit unter dem Durchschnitt, 20 bis 30 Prozent darunter.

Die Arbeitsplatzsituation ist weiterhin beängstigend. Die Ertragslage der Industrie, des Handels und Gewerbes ist zum Teil sogar katastrophal.

Ich möchte auch nicht verabsäumen zu erwähnen, daß das Gemeindesteueraufkommen und überhaupt die Gemeindefinanzen vor allem durch den meiner Meinung nach ungerechten Finanzausgleich sich weiterhin besorgniserregend negativ entwickeln und daß die Leidtragenden aller dieser Punkte, die ich aufgezählt habe, die Menschen dieser Regionen sind. Es gibt dort weder Chancengleichheit noch Chancengerechtigkeit.

Ich weiß, daß sich hier Bundes- und Landeskompetenzen überschneiden. Mir ist auch bekannt, und Sie wissen es auch, daß das Land Niederösterreich nicht nur jetzt im Budget 1980 wiederum mehr Mittel für die Verbesserung der Situation in den Grenzgebieten veranschlagt hat und in wenigen Wochen im Landesbudget beschließen wird. Das Land hat schon seit 1968 versucht, durch Raumordnungskonzepte die negativen Entwicklungen zu bremsen, zu ändern, sie ins richtige Lot zu bringen. Aber was nützt das alles, wenn Maßnahmen allumfassender Art fehlen, die diese schlechte Entwicklung aufhalten können!

Es gibt zwar ein Raumordnungskonzept für den Straßenbau, wir müssen aber feststellen, daß der Bundesstraßenbau, sei es die Verbindung von der Donau hinauf nach dem Norden oder sei es die Verbindung vom Waldviertel nach Linz zum Beispiel, nahezu stagniert. Was nützt es, wenn Mittel aus der Arbeitsmarktförderung in großem Ausmaß gegeben werden, wenn ERP-Mittel zu begünstigten Konditionen gegeben werden, wenn aber widrige Umstände Industrie und Gewerbe daran hindern, sich tatsächlich positiv zu entwickeln?

Was nützt es, wenn gleichzeitig immer wieder darüber diskutiert wird, öffentliche Einrichtungen zu schließen, zu konzentrieren, Einrichtungen, an denen nicht nur die Bevölkerung hängt, sondern die einfach zur Lebensqualität in diesen

benachteiligten Regionen gehören, seien es Postämter, Bezirksgerichte, Zollwacheabteilungen oder zum Beispiel Nebenbahnen.

Das Thema der Nebenbahnen wird seit vielen, vielen Jahren diskutiert, schon seit über zehn Jahren, eine Lösung wurde immer wieder hinausgeschoben. Jetzt soll aber eine ÖROK-Studie, eine Studie der Raumordnungskonferenz in wenigen Wochen vorliegen, und dann soll, so hat mir der Herr Minister auf eine Anfrage geantwortet, eine Entscheidung fallen.

Ich hoffe nur, daß nicht nur wirtschaftliche Gründe diese Entscheidung beeinflussen werden. Denn ich habe in einer Wochenzeitschrift über eine angeblich vertrauliche Studie der Österreichischen Bundesbahndirektionen gelesen. Da wird ein Vergleich mit den Schweizer Bundesbahnen in allen Teilbereichen der Bundesbahnen angestellt, was die Zugkilometer betrifft, den Bahnerhaltungsdienst, den Bahnhofsdienst, den Zugförderungsdienst, der Zugbegleitung. (*Abg. Roppert: Das ist alles falsch ...!*) Wenn das stimmt, bitte, ich kann es ja nicht ... (*Weitere Zwischenrufe des Abg. Roppert.*)

Herr Kollege, ich könnte Ihnen das vorlesen. (*Abg. Roppert: Ich habe es gelesen!*) Der Einwand, den Sie jetzt gebracht haben, steht sowieso drinnen, aber er wird hier widerlegt. Wenn Sie wollen, ich lese es Ihnen vor, ich habe Zeit. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber als Schlußfolgerung und Konsequenz dieses Berichtes – angeblich eines vertraulichen Berichtes, einer Studie der eigenen Österreichischen Bundesbahnen – heißt es hier: „Zusammenfassend stellt die ÖBB-Studie fest, daß im Gesamtbereich der ÖBB durch zweckentsprechende Rationalisierungsmaßnahmen eine Ersparnis von 2,4 Milliarden Schilling möglich wäre. Das ordentliche Defizit würde dadurch um nahezu zwei Drittel gesenkt werden können.“

Meine Damen und Herren! Das war vor wenigen Wochen. Ich habe bisher noch keine Erwiderung des Herrn Verkehrsminister, auch keines hohen Beamten der ÖBB vernommen, ich muß daher annehmen, diese Studie stimmt. Ich meine, daß man bei Nebenbahnen nicht wegen zwei bis drei Millionen Schilling streiten und öffentliche Einrichtungen auflösen sollte, wenn man nach dieser Studie 2,4 Milliarden Schilling durch ein längerfristiges Konzept einsparen könnte.

Es ist meine Bitte, daß man sehr wohl abwägt, was auf der einen Seite diese Nebenbahnen für die Bevölkerung, für die Wirtschaft, für die Struktur tatsächlich bedeuten und nicht wegen zwei bis drei Millionen Schilling Einrichtungen zerstört, die man dann nie mehr ersetzen kann.

Vetter

Das wäre meine Bitte. Und wenn die Studie stimmt, müßte man verlangen können, daß die Regierung von der Betriebsführung endlich die Vorlage eines längerfristigen Rationalisierungskonzeptes verlangt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Bundeskanzler hat die traurige und triste Situation in den Grenzgebieten schon sehr bald erkannt. Es gibt diesbezüglich Erklärungen aus den Jahren 1972, 1973, 1974, und es gibt auch eine Äußerung, daß er einen breiten Wohlstandsgürtel entlang der geschlossenen Grenze schaffen möchte.

Meine Damen und Herren, was ist daraus geworden? Nichts, aber schon gar nichts. Leider hat sich die Situation nicht geändert. Ich zitiere nur Schlagzeilen. Da heißt es in den Zeitungen: Das Waldviertel soll und muß gerettet werden; Gesundheitsgebiet als Armenhaus; Enge Kreise des Pleitegeiers; Niederösterreich, Burgenland und vor allem das Waldviertel führen.

Aber es gibt auch sozialistische Forderungen der Gewerkschaft und von Parteikonferenzen, wo eine Reihe von Maßnahmen vom Land, aber vor allem auch vom Bund verlangt werden, die bis heute noch nicht gesetzt worden sind.

Dazu gibt es auch ein paar Äußerungen, zum Beispiel vom Herrn Sozialminister. Er hat mir auf eine Anfrage hin mitgeteilt, daß in den beiden Bezirken Gmünd und Waidhofen – ich habe mich für den Stand der Beschäftigten interessiert, weil das bei uns das Problem Nummer 1 ist, da viele Betriebe zugesperrt haben oder in Konkurs gegangen sind, und zwar Großbetriebe, Betriebe die einmal tausend Leute beschäftigt haben – im Jahre 1970 rund 116 000 Leute beschäftigt und bei der Gebietskrankenkasse gemeldet waren. Im Jahre 1979 waren es 19 000. In derselben Anfrage gibt er zu, daß die Zahl der Industriebeschäftigten in Gmünd von 6 900 auf 5 300 gefallen ist, in Waidhofen von 2 200 auf 1 600. Und er gibt auch zu, daß die Anzahl der Arbeiterkammerwahlberechtigten um rund acht Prozent in den letzten fünf Jahren gesunken ist. Also hier muß ein Geheimnis vorliegen! Denn wenn die Zahl der Industriearbeiter sowie der Arbeiterkammerwahlberechtigten um Tausende sinkt, dann kann nicht jene der Versicherten um soviel gestiegen sein.

Der Herr Sozialminister schreibt nämlich dann dazu, es könne als besonderer Erfolg angesehen werden, daß es der Regierung trotz der rezessionsbedingten Einbrüche gelungen ist, die Gesamtbeschäftigung nicht nur zu halten, sondern sogar zu steigern. Das ist unrichtig! Das ist einfach falsch, denn er verschweigt – er weiß es natürlich –, daß im Jahre 1970 alle Landarbeiter eine eigene Krankenversicherung hatten und daher nicht in

der Gebietskrankenkasse versichert waren und daß vor allem die mitversicherten Ehegattinnen damals auch noch nicht in der Krankenkasse als Versicherte aufgeschienen sind. Daher ist der Vergleich zwischen den 16 000 und 19 000 Versicherten völlig danebengegangen.

Oder: Der Herr Bundeskanzler gibt mir auch in einer schriftlichen Anfrage, ob er diese Probleme kenne und was er gedenke, daß zu tun sei, unter anderem in einem Absatz die Antwort, daß eine Glasfabrik der Firma Stölzle – Oberglas AG in Pöchlarn geplant ist, die dann in weiterer Folge sicherlich auch positive Auswirkungen auf den Bereich Gmünd haben wird.

Meine Damen und Herren! Wenn das ein Tiroler liest, so muß ich zugeben, daß er gar nicht wissen kann, wie falsch diese Äußerung ist, denn zwischen Gmünd und Pöchlarn liegen immerhin 100 km Luftlinie, und eine Fabrik in Pöchlarn an der Donau kann für Gmünd wirklich keine Auswirkungen mehr haben, es sei denn, man hat die Kenntnisse des Geographieunterrichtes verschitzt und traut Pendlern tatsächlich zu, täglich 100 km zu fahren. Ansonsten ist die Überlegung ja gar nicht möglich, daß eine Industriegründung im Raume Pöchlarn an der Donau für das nördlichste Waldviertel eine Auswirkung haben könnte.

Es gibt aber auch konkrete Versprechungen und Vorstellungen. Ich meine das am 16. Feber 1979, also noch vor der Landtagswahl, verkündete koordinierte Entwicklungsprogramm zwischen Bund und Land, eine Anlehnung an das Modell Aichfeld-Murboden. Der Herr Bundeskanzler hat damals versprochen, es noch vor dem 6. Mai fertigzustellen und zu veröffentlichen. Das ist natürlich nicht geschehen. Anfangs Juni schrieb die Arbeiterkammer, daß dieses Konzept am 9. Mai fertiggestellt, abgeschlossen worden sei.

Meine Damen und Herren! Es ist bis bis heute nicht fertig, es liegt nicht vor. Ich möchte an den Herrn Bundeskanzler die Aufforderung richten, dieses Konzept endlich mit der niederösterreichischen Landesregierung abzuverhandeln und der Öffentlichkeit hier im Budget vorzulegen. Das soll ja etwas bringen, das soll auch etwas kosten. Natürlich gibt es auf jeden Fall keinen Niederschlag. Ich hoffe nur, daß die Bundesregierung bereit ist, auch für dieses Konzept finanzielle Mittel freizugeben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun komme ich zu einer Veranstaltung, die auch zu diesem Thema abgehalten worden ist, und zwar am 23. Juni in Edelfhof. Das ist eine Schule im Bezirk Zwettl. Der Herr Staatssekretär bzw. das Bundeskanzleramt hat eingeladen. Als Referenten waren der Herr Bundeskanzler und

Vetter

der Herr Staatssekretär Nussbaumer sowie auch Staatssekretär Schober gemeldet, ebenso noch einige andere Herren.

Dort hat man eine Sonderaktion der Bundesregierung zur Stärkung entwicklungsschwacher ländlicher Räume im Berggebiet vorgelegt. Ich frage nur, was daraus konkret geworden ist. Wo sind die Ausführungsbestimmungen? Man hat die Methode oder die Vorstellungen der Longo-Mai-Kommune als Lösungsmittel für die Probleme des Waldviertels vorgeschlagen. Den dort anwesenden Bürgermeistern und Gemeinderäten aller Fraktionen, den Abgeordneten vom Landtag und vom Nationalrat hat man versucht, die Vorstellungen von Longo-Mai als eine der großen Möglichkeiten für das Waldviertel darzulegen. *(Abg. Haas: Eine!)* Das habe ich betont, Herr Abgeordneter Haas: als eine der Möglichkeiten!

Als aber dann dort großer Unmut und große Unruhe entstand, hat sich der Herr Staatssekretär zu einer Äußerung hinreißen lassen, die folgendermaßen in einer Zeitung widergegeben wird: Wenn ihr frech lacht, dann kriegt ihr überhaupt nichts, denn dann braucht ihr ja offensichtlich nichts! Ich zitiere weiter eine Wochenzeitung, die da schrieb: Die Entgleisung Dr. Nussbaumers hat auch eine deutliche Distanzierung mehrerer SPÖ-Mandatare zur Folge gehabt. – Ich kann das nur bestätigen. Ein Spitzenpolitiker ist sogar während der Versammlung weggegangen. Und es steht auch: Dr. Nussbaumer ist ja kein SPÖ-Mitglied. Dann hat die Zeitung noch geschrieben: Aber der Vorfall wird parteiinterne Konsequenzen haben. Auch die Sozialisten waren vom Inhalt der Enquete schwer enttäuscht und über die Art und Weise des Verlaufs erbost.

Meine Damen und Herren! Ich möchte dem Herrn Staatssekretär nur eines ins Stammbuch schreiben: er ist ein bestimmtes, ein bestelltes Regierungsmitglied und wird aus Steuermitteln bezahlt. Sein Verhalten, sein Benehmen gewählten Mandataren gegenüber ist nicht nur ein Beweis seiner politischen Unfähigkeit, sondern auch ein Beweis für sein Unverständnis, sich mit den Sorgen und Problemen der Menschen draußen zu beschäftigen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Für einen solchen Staatssekretär, der glaubt, mit Longo-Mai die Probleme einer unterentwickelten Region lösen zu können, meine Damen und Herren, sind selbst 21 Groschen zu teuer. Das steht, glaube ich, auf jeden Fall fest. Zumindest wissen es die Menschen bzw. die Mandatare, die diese Versammlung verfolgt haben.

Ich möchte noch eines dazu sagen, weil er dort

versucht hat, sich wie ein Ölschleich vor zehn Jahren zu benehmen oder die Art eines Potentaten an den Tag zu legen: Das macht manchmal der Herr Bundeskanzler, aber wesentlich gekonnter. Nachahmen und nicht können ist auch schlecht! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Man soll als Regierungsmitglied auch nach einer gewonnenen Wahl der Bevölkerung mit dem entsprechenden Respekt gegenüberreten. Ich hoffe, daß wenigstens die anderen Maßnahmen, die dort erwähnt wurden, dem Herrn Staatssekretär im Gedächtnis geblieben sind, denn er ist ja vor allem für die Raumkonferenz und für die Maßnahmen, die aus der ÖROK aus- und in alle Bereiche hineinfließen sollen, zuständig.

Was wir brauchen und was wir für diese Grenzgegenden verlangen, verehrte Damen und Herren, ist eine möglichst gleichwertige Versorgung der Bevölkerung – so, wie anderswo! – mit Gütern und Dienstleistungen und auch mit öffentlichen Einrichtungen. Wir wollen sichere Arbeitsplätze mit annähernd gleichem Einkommensniveau wie anderswo und finanzstarke Gemeinden mit gleicher Leistungskraft wie anderswo. Denn nur das sind die Mindestvoraussetzungen, daß in diesen Gebieten Menschen dort bleiben und arbeiten und so ihren Beitrag für die Allgemeinheit leisten.

Ich möchte zum Abschluß eines feststellen, weil über Grenzland- und Regionalpolitik viel debattiert wird und man oft den Eindruck hat, nicht überall auch das nötige Verständnis zu finden. Diese Menschen, die Bevölkerung in diesen Regionen und die Mandatare, die sich als Sprecher dieser Menschen öffentlich ausgeben und das formulieren, kommen nicht als Bittsteller und schon gar nicht als Bettler, sondern ich glaube, sie können mit Recht von einer Bundesregierung verlangen, daß eine Politik betrieben wird, daß Maßnahmen gesetzt werden, sodaß in unserem Staat alle Staatsbürger unter halbwegs gleichen Bedingungen leben und arbeiten können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daß Ungerechtigkeiten, Ungleichheiten, die sicherlich von Natur aus schon gegeben sind, nach Möglichkeit, auch wenn es nur längerfristig geht, beseitigt werden, daß Chancengleichheit, Chancengerechtigkeit vor allem kein Schlagwort bleibt, sondern ein tagtäglich praktizierter Bestandteil der allgemeinen Politik in Wirtschafts- und Sozialfragen wird. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Dieses Budget, dieses Regierungsprogramm, wie der Herr Finanzminister ja wörtlich formuliert hat, für das Jahr 1980 entspricht diesen fundamentalen Grundsätzen in keiner Weise. Daher lehnen wir das Budget ab. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Erich Schmidt.

Abgeordneter Dr. **Schmidt** (SPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir heute in einer umfassenden Debatte auch die wirtschaftspolitische Situation beleuchtet haben, so glaube ich, daß ein wesentlicher Beitrag fehlt, nämlich jener, der die internationale Situation für das Jahr 1980 beleuchtet.

Es haben am Montag und Dienstag in Paris im Rahmen des Wirtschaftspolitischen Komitees der OECD Sitzungen stattgefunden, und dabei wurden die Prognosen für das Jahr 1980 für die westliche Industriewelt bekanntgegeben. Diese Prognosen zeigen vor allem, daß die Gefahren einer Rezession in den westeuropäischen Industrieländern, besonders in einzelnen Industrieländern, wie den Vereinigten Staaten, Tatsache werden könnte.

Diese Prognosen beinhalten einen Rückgang des Wachstums von 1,2 Prozent für die Vereinigten Staaten und ein durchschnittliches Wachstum von weniger als 2 Prozent für Europa. Daher ist die Prognose für Österreich mit 3 Prozent Wachstum des Bruttonationalprodukts für 1980 eine sehr, sehr gute. Es zeigt sich hier, daß der wirtschaftspolitische Kurs der Bundesregierung ein sehr erfolgreicher ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn in den Debattenreden vorgeworfen wurde, daß die Inflationsrate in Österreich im Vergleich zu den sechziger Jahren so hoch ist, so lassen Sie mich wiederholen, was schon so oft gesagt wurde: Man kann das wirklich nur im internationalen Vergleich sehen. Und in den sechziger Jahren sind wir eben über dem Durchschnitt der internationalen Preisentwicklung gelegen, in den siebziger Jahren dagegen bedeutend unter dem Durchschnitt der internationalen Preisentwicklung. *(Abg. Staudinger: Herr Dr. Schmidt! Das wird nicht stimmen!)*

Und im Jahr 1980, Herr Kollege Staudinger, wird in Europa die durchschnittliche Inflationsrate 9,8 Prozent sein. Die Prognosen des Instituts für Wirtschaftsforschung dagegen lauten auf etwa 4,5 Prozent für 1980. Das heißt, wir liegen in der unteren Hälfte, und wir liegen nach der Schweiz am zweiten Platz in der Rangliste. Das muß man halt feststellen, und das ist ein Erfolg der Stabilitätspolitik, den kann man doch wirklich nicht abstreiten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Besonders problematisch aber scheint die Prognose zu sein, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die Arbeitslosigkeit in den westeuropäischen Industriestaaten und in den westlichen Industrieländern überhaupt tendenziell steigend ist. Für das Jahr 1980, und vor allem für die zweite Jahreshälfte des Jahres

1980, wird eine Steigerung um einen dreiviertel Prozentpunkt im Vergleich zur zweiten Jahreshälfte des Jahres 1979 vorausgesagt. Das heißt, es werden Hunderttausende mehr an Arbeitslosen zu verzeichnen sein. Die Prognose für Österreich dagegen, meine Damen und Herren, lautet auf rund 2 bis 2,1 Prozent, das heißt: Vollbeschäftigung auch im Jahr 1980.

Das ist aber nur zu verdanken – und das wissen Sie ganz genau – einer Budgetpolitik, die eben Möglichkeiten eröffnet hat, die eben Rahmen gesetzt hat, um eine Strukturpolitik in Österreich zu prägen, um eine Strukturpolitik in Österreich neu zu entwickeln. Damit konnte die Vollbeschäftigung gesichert werden. In den anderen Industrieländern haben wir steigende Arbeitslosenraten.

Ein Schwerpunkt ist die Strukturpolitik im Rahmen der Budgetpolitik. Welchen bedeutenden Beitrag die öffentlichen Investitionen des Bundes zur Vollbeschäftigung geleistet haben, kann man vor allem ersehen, wenn man die Bundesinvestitionen etwas genauer analysiert. Die Bundesinvestitionen haben in den Jahren 1969 bis 1980 eine Steigerung um 191 Prozent nominell und um 57 Prozent real erfahren. Das heißt, sie sind entscheidend und bedeutend höher als im letzten Jahr der ÖVP-Alleinregierung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir hatten ein sprunghaftes Ansteigen der öffentlichen Investitionen des Bundes im Jahre 1975, im Jahr der stärksten Rezession der Nachkriegszeit. Sie stiegen damals real um 12 Prozent, wogegen die gesamten Bruttoanlageinvestitionen um 4,7 Prozent sanken.

Wenn man sich darüber hinaus die Investitionen und die Investitionsförderung aus den Bundesmitteln gemäß der Übersicht 25 zur Budgetrede ansieht, so zeigen die eine reale Erhöhung von 1979 auf 1980 um 6,7 Prozent. Meine Damen und Herren! Das ist ein ganz wesentlicher Beitrag zur Vollbeschäftigungspolitik, denn wenn man sich aus dieser Zusammenfassung der Übersicht 25 zur Budgetrede eine Gegenüberstellung mit dem Jahr 1969 ansieht, dann kann man feststellen, daß die Mittel für Investitionen und Investitionsförderung nominell um 249 Prozent und real um 88 Prozent gestiegen sind.

Die Bundesregierung hat im Zeitraum 1971 bis 1979 einen Betrag von 241 Milliarden Schilling für Investitionen zur Verfügung gestellt. Sie wissen, daß diese Investitionen zu ganz wesentlichen und entscheidenden Verbesserungen im öffentlichen Bereich geführt haben. Sie kennen die Daten, Sie wissen, daß die Autobahnen in den Jahren 1970 bis 1980 um

Dr. Schmidt

annähernd 500 Kilometer verlängert wurden, daß fast 1,1 Millionen neue Telefonanschlüsse hergestellt wurden, daß 1 300 Omnibusse seit 1970 angeschafft wurden, daß im Bereich der ÖBB und im Bereich der Investitionen der ÖBB wesentliche Verbesserungen und entscheidende Erweiterungen durchgeführt wurden. Heute wurde schon gesagt, daß weit mehr als 400 000 Wohnungen fertiggestellt wurden. Und so könnte ich das in einer langen Liste fortsetzen.

Im Herbst 1979 hat nun die Bundesregierung dem Parlament eine neue, bis 1988 reichende Darstellung des langfristigen Investitionsprogrammes vorgelegt. Es zerfällt genau so wie das Budget in drei Teile: in ein Basisinvestitionsprogramm, in ein Konjunkturstabilisierungsprogramm und in ein Konjunkturbelebungsprogramm, wobei die Entscheidung über den Einsatz der Mittel für den Mehrbedarf und das Konjunkturausgleichsprogramm unter der besonderen Bedachtnahme der wirtschaftspolitischen Situation und der jeweiligen wirtschaftlichen Situation erfolgt.

Meine Damen und Herren! Die Berechnungen zeigen, daß durch die Bundesinvestitionen mit steigendem Trend unmittelbar rund 130 000 Arbeitsplätze jährlich auf Dauer gesichert werden. Wenn wir diese Mittel nicht zur Verfügung gestellt hätten, wenn aus Bundesmitteln diese Möglichkeit nicht gegeben gewesen wäre, hätten wir keine Arbeitslosenrate von 2, sondern eine Arbeitslosenrate von fast 7 Prozent.

Nun, wenn heute in der Diskussion so viel von der Frage der Verschwendung, der Sparsamkeit und der Sparsamkeit bei der Verwendung von Steuermitteln gesprochen wurde, dann sollte man sich einmal in einem bestimmten Bereich, dort, wo die Effizienz wirklich in Frage gestellt werden muß auf Grund der derzeitigen Situation, die Wirksamkeit des Einsatzes von Steuermitteln ansehen, nämlich im Bereich der steuerlichen Förderung und im Bereich der indirekten Investitionsförderung. Wir haben nämlich einen enormen Aufwand im Bereich der indirekten steuerlichen Förderung. Von 1970 bis 1979 wurde hier ein Betrag von 122 Milliarden Schilling zur Verfügung gestellt. Allein im Jahre 1979 wurde in Rahmen der indirekten steuerlichen Förderung ein Betrag von 17 Milliarden Schilling zur Verfügung gestellt.

Meine Damen und Herren! Von Effizienz, von Wirksamkeit in diesem Bereich zu sprechen, wäre wohl angebracht, und es wäre unseres Erachtens höchste Zeit, daß man über das System der steuerlichen Förderung sehr intensiv diskutiert, um eine maximale Wirksamkeit dieser Mittel aus dem Budget zu erreichen.

Demgegenüber haben wir im Bereich der direkten Investitionsförderung in den letzten Jahren wesentliche Ausweitungen sowohl im gewerblichen Bereich als auch im Rahmen der Industrie in einzelnen Sparten und in einzelnen Branchen zum Beispiel in der Papierindustrie und in der Textilindustrie erfahren. Die Zinsstützungsaktion der Bundesregierung hat bis September 1979 ein Investitionsvolumen von mehr als 19 Milliarden Schilling gefördert.

Wenn wir über das Problem der indirekten Investitionsförderung sprechen, dann ist zu sagen, daß besonders der Bereich der vorzeitigen Abschreibung der kostenintensivste und unseres Erachtens der wirkungsloseste ist, der aber derzeit sehr teuer ist und wesentliche Steuermittel in Anspruch nimmt.

Wir haben das System der vorzeitigen Abschreibung in Österreich sehr stark ausgebaut. Sie wissen ganz genau, meine Damen und Herren, daß wir hier Fehlentwicklungen haben, die korrigiert werden müssen, Fehlentwicklungen insofern, als wir eine prozyklische Wirkung sehen. Nämlich: In der Hochkonjunktur besteht kein Investitionszwang, und in der Rezession besteht überhaupt kein Investitionsanreiz.

Prozyklische Inanspruchnahme der vorzeitigen Abschreibung läßt sich in allen Untersuchungen statistisch nachweisen. In diesem Zusammenhang ist auch interessant, daß 10 Prozent der industriellen Investitionen Jahresinvestitionen sind. Da möchte ich nicht verhehlen, daß man feststellen kann, daß es eben diese fakturenmäßige Bewegung über den 30. Dezember gibt, wobei die physische Realisierung teilweise erst im folgenden Jahr durchgeführt wird. Diese Tatsache ist aber natürlich auch aus strukturpolitischer Hinsicht bemerkenswert.

Darüber hinaus wissen Sie auch ganz genau, daß es eine reine Gießkannenwirkung hat. Es ist nicht eine Frage, wie weit das Selektionskriterium der Gewinne ist, sondern es sich zeigt, daß Marktlage, Marktmacht der einzelnen Unternehmen und daraus resultierende Preissetzungsstrategien entscheidende Determinanten für das Betriebsergebnis sind.

Es ist daher sehr wahrscheinlich, daß besonders Unternehmen im „geschützten Sektor“ mit entsprechenden Preisgestaltungsmöglichkeiten, also somit eher jene Unternehmen, die strukturkonservierend wirken, am stärksten gefördert werden, während die exportintensiven oder die innovatorischen Unternehmen aus dieser steuerlichen Förderung wenig Nutzen ziehen können. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.)*

Das ist überhaupt nicht die Alternative. Aber, Herr Kollege Zittmayr, Sie wissen, wir sind ja für

Dr. Schmidt

eine Lockerung dieses zentralverwalteten Systems im Bereich der Milchwirtschaft. Sie sind bis jetzt immer dagegen gewesen, Herr Kollege Zittmayr. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Abgeordneter Zittmayr! Es sagen ja alle Wissenschaftler, egal auf welcher Seite, daß dieses System der vorzeitigen Abschreibungen prozyklisch wirkt, daß es strukturkonservierend wirkt, daß es einfach zu teuer ist, daß es in bestimmten Phasen durchaus eine wesentliche Funktion gehabt hat, daß es aber in der jetzigen Phase diese Funktion einfach nicht erfüllen kann. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Ich werde Sie bei der nächsten Sitzung im Rahmen des Milchwirtschaftsfonds erinnern, daß wir verstärkten Wettbewerb, daß wir eine Lockerung der Investitionspolitik auf der einen Seite und eine Lockerung der Produktpolitik auf der anderen Seite dort endlich erreichen können. *(Beifall bei der SPÖ. - Neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter! Wir werden Gelegenheit haben, bei der Novellierung der Marktordnungsgesetze darüber sehr intensiv zu diskutieren, was zum Vorteil der Bauern, was zum Vorteil der Konsumenten wäre. Ich glaube, daß auch Sie mit dem übereinstimmen werden, was immer am Sonntag von Ihren Herren gesagt wird, nämlich mehr Wettbewerb ist gut für Qualität und für Preis. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Mag. Minkowitsch: Generell, für alle Sparten! Sofort! Auch für die Bauern in Österreich!)*

Nun lassen Sie mich noch einige Worte zum Problem der Steuerreform, die heute sehr oft hier erwähnt wurde, sagen.

Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Graf hat davon gesprochen, daß Disproportionalität nicht entstehen und bestehen darf. Ich stimme dem völlig zu. Es soll tatsächlich nicht so sein. Allerdings, meine Damen und Herren, wenn man sich die Entwicklung des Steueraufkommens von 1970 bis 1980 und den Anteil der Gewinnsteuern an den Steuern insgesamt ansieht, so findet man, daß die Gewinnsteuern von 22,5 Prozent auf 17,5 Prozent absinken, während der Anteil der Lohnsteuer an den Steuern insgesamt von 16 auf 25 Prozent gestiegen ist. *(Abg. Dr. Wiesinger: Wie haben sich die Gewinne entwickelt?)*

Wir wissen natürlich ganz genau, daß hier die Frage der Verwendung via Budget über Transferleistungen besteht. Aber wenn man über Disproportionalität spricht, so kann man nur sagen, diese Disproportionalität ist tatsächlich eine Gefahr, und es geht um eine soziale Symmetrie des österreichischen Steueraufkommens. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Allerdings wenn man sich diese Entwicklung ansieht... *(Abg. Dr. Hauser: Hängen die Gewinnsteuern nicht von den Gewinnen ab?)* Ja, weil wir so viel indirekte Investitionsförderung haben, daß die Steuerbemessungsgrundlage in dieser Phase um mehr als 200 Milliarden Schilling gesunken ist. Richtig. *(Beifall bei der SPÖ.)*

In dieser Situation allerdings von einer Rücknahme von gesetzlichen Regelungen wie Lkw-Steuer und Abgabenänderungsgesetz zu sprechen und den Forderungskatalog der Bundeswirtschaftskammer zum Einkommensteuergesetz, den wir ja kennen, hier wirklich ernst diskutieren zu müssen, ist doch mehr als problematisch.

Aber, meine Damen und Herren, es geht eben um eine Steuerreform, die eine soziale Symmetrie aufrecht erhält, die das bestehende System durchsichtiger und übersichtlich macht, die die Leistungsfähigkeit des Budgets, um die Vollbeschäftigungspolitik durchführen zu können, aufrecht erhält, die den sozial- und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen entspricht, aber im Sinne einer Gleichheit der Belastung der einzelnen Bevölkerungsgruppen wirkt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Heinzinger.

Abgeordneter **Heinzinger** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Finanzminister hat in seiner ersten Rede zum Budget im Jahre 1971 gemeint - ich zitiere -:

Will eine Bundesregierung jedoch heute dem politischen Auftrag gerecht werden, so verlangen die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, zumindest im Jahrzehnt zu denken.

Und in seiner Budgetrede heuer hat der Herr Finanzminister wieder ein Jahrzehnt und ein Jahrhundert angesprochen. Wir dürfen uns daher heute fragen: Wieviel von seinen Versprechungen können wir dem Finanzminister glauben? Wieviel hat der Herr Finanzminister von dem gehalten, was er vor einem Jahrzehnt versprochen hat? Wie hat der Herr Finanzminister die übernommene Wirtschafts- und Steuerkraft weiterentwickelt?

Das reale Bruttonationalprodukt nahm im ersten Halbjahr 1970 - wir wissen schon, daß damals Konjunktur war - um mehr als 7 Prozent zu. Für das ganze Jahr wurden damals Wachstumsraten von 6,5 Prozent erwartet. 1978 betrug die Steigerung 1,5 Prozent, 1979 werden 5 Prozent erwartet.

Heinzinger

Der Finanzminister meinte weiter 1970:

„Neben der Stärke des Konjunkturaufschwunges verdienen zwei Merkmale besonders hervorgehoben zu werden:

die führende Rolle der Industrie im Wachstum und

die Ausgewogenheit der Zahlungsbilanz.“

Der Herr Finanzminister versprach eine zweite Industrialisierungswelle. Die Betonung der führenden Rolle der Industrie und das Versprechen einer zweiten Industrialisierungswelle haben wir.

Die Produktion der Industrie stieg damals auch um 10 Prozent, und die Investitionen lagen damals sogar um 20 Prozent höher.

Wie schaut das nach neun Jahren „modernes Österreich“, nach vergessenen 1 400 Fachleuten aus?

Im ersten Halbjahr des Jahres 1978 stieg die Industrieproduktion lediglich um ein halbes Prozent, für 1979 sind 4,9 Prozent prognostiziert.

Die Industrieinvestitionen, die letzten Endes die Basis der Weiterentwicklung und der dynamische Motor der Wirtschaft sind, stagnieren aber. In der Sprache der Regierung würde das heißen: Das Wachstum der Industrieinvestitionen hat sich kräftig bei Null eingependelt.

Meine Damen und Herren! Wir haben heute eine ganz große Menge von Erfolgsberichten, tatsächlichen und vermeintlichen, gehört. Es bleibt die Realität bestehen: Der Herr Finanzminister hat vor zehn Jahren erkannt, daß der Motor des Fortschrittes die Industriepolitik und die Industrieinvestitionen sind. Wir haben in diesem Punkt heute ein Nullwachstum an Industrieinvestitionen zu verzeichnen.

Am „Tag der Industrie“ des heurigen Jahres hatte der Herr Bundeskanzler bei seiner Grußadresse an die österreichische Industrie lediglich blanken Hohn übrig, indem er dort den Herrschaften der Industrie erklärte, er bringe deshalb ausländische Unternehmer nach Österreich, damit man hierorts einmal erfolgreiche Kapitalisten betrachten könne.

Der Herr Finanzminister hat aber auch bereits 1970 zur Verwaltungsreform Einsichtiges festgestellt. Diese Verwaltungsreform ist nicht abhängig von internationalen Konjunkturzyklen. Diese Verwaltungsreform könnte im eigenen Haus verwirklicht werden.

Was meinte damals, im Jahre 1970, der Herr Finanzminister? Androsch: Diese neuerliche beträchtliche Erhöhung des Personalaufwandes zwingt zur Ausschöpfung aller noch vorhandenen Reserven in der öffentlichen Verwaltung

und in den Bundesbetrieben und legt die beschleunigte Durchführung von Modernisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen nahe.

Meine Damen und Herren! Sie werden das Zitat nicht für echt halten, nämlich daß der Herr Finanzminister schon vor neun Jahren erkannt hat, daß die beschleunigte Durchführung von Modernisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen in der Verwaltung notwendig wird.

Neun Jahre hatte der Herr Minister jetzt Zeit zum Modernisieren und zu Beschleunigen. Herausgekommen ist, daß der Herr Bundeskanzler ihm diese Aufgabe – offensichtlich, weil zu wichtig – abgenommen hat und sich selbst als Oberreformer erkor. Der einzige Sinn dieser Reform bestand offensichtlich darin, daß er durch mindestens vier Jahre an keiner Sitzung teilgenommen hat. Bei der letzten Anfrage der Kollegin Eypeltauer war es dem Herrn Bundeskanzler sogar zu mühsam, ihre Anfrage nach dem Stand der Verwaltungsreform zu beantworten, und er bat um Erlaubnis, daß das sein Staatssekretär dürfe.

Ich möchte aus dieser eher peinlichen Beantwortung nur einen Teil als symptomatisch herausgreifen, nach neun Jahren dynamischer dringlicher Verwaltungsreform:

„... Verwaltungsreform nicht global, sondern nur punktuell durchführen, wenn man einen Erfolg erwartet.“ Hier heißt es weiter:

„Wir werden daher in Erkenntnis dieses Umstandes“ – nach neun Jahren also – „in der nächsten Zeit die Überprüfung des Formularwesens, die wir vor kurzem eingeleitet haben, fortsetzen...“

Meine Damen und Herren! Neun Jahre Verwaltungsreform, und die Sozialistische Partei beginnt mit der Überprüfung des Formularwesens!

Der Herr Finanzminister hat am Ausgangspunkt seiner Karriere als Finanzminister noch einen weiteren guten Vorsatz mitgebracht. Ich zitiere aus seiner ersten Budgetrede:

„... daß im kommenden Jahr das Problem der Finanzierung der Pensionsversicherung mit größter Verantwortung überdacht und ein Finanzierungsplan erarbeitet wird, der die Leistungen unserer Pensions- und Krankenversicherung auch für die Zukunft sicherstellt.“

Hohes Haus! Bereits im Jahre 1970 versprach der Herr Finanzminister, für 1971 einen Finanzierungsplan zur Sicherung der Pensionen vorzulegen. Der Herr Finanzminister meinte damals:

„Die wachsenden sozialen Lasten müssen für jene Mitbürger, die aus dem Arbeitsprozeß

Heinzinger

bereits ausgeschieden sind, von der Gesellschaft getragen werden."

Androsch weiters:

"Ich möchte betonen, daß diese Verpflichtung unseren älteren Mitmenschen gegenüber zutiefst moralisch ist..."

Heute, meine Damen und Herren, ist der Herr Finanzminister nicht mehr in der Lage, diese Verpflichtungen aus dem Budget zu erfüllen. Eine Welle der Erhöhung der Beiträge für die Pensionsversicherung jagt die andere. Kollege Schwimmer hat darauf hingewiesen.

Wenn der Herr Finanzminister im Jahre 1970 meinte, daß da eine moralische Verpflichtung vorliegt, und wir heute feststellen müssen, daß er dieser Verpflichtung in keinem Falle nachgekommen ist, so ist das Verhalten des Herrn Finanzministers in dieser Frage den Pensionisten gegenüber zutiefst unmoralisch! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zu den vier Bereichen der Versprechungen des Herrn Finanzministers: Industriewachstum, Sicherung der Pensionen, Verwaltungsreform, Bruttonationalprodukt, muß man sagen: Gebrochene Versprechen! Der Herr Finanzminister hat seine Zeile nicht erreicht. Er pflegt so etwas, wie viele seiner Kollegen, nicht einzugestehen, sondern zu kompensieren.

Der Herr Finanzminister hat in der Technik des Kompensierens eine eigene Form entwickelt, wie sich überhaupt in diesem Bereich ein neuer sozialistischer Kult, eine neue Art sozialistische Technik entwickelt. Der Herr Finanzminister, der Klubobmann der SPÖ Fischer gekonnter, Kollege Tull übt sich da etwa in dem Darstellungsvermögen eines Straßentheaters auf diesem Gebiet.

Es geht darum, dann, wenn man in der Sache Schwächen entdeckt, das durch sein Verhalten zu kompensieren. Ich habe mitunter den Eindruck, daß sich das beim Herrn Finanzminister wörtlich und nonverbal so auswirkt, als hätte er sich als erster beim Heben des Steines der Weisen keinen Bruch gehoben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Der Herr Finanzminister behauptet, er habe ein sparsames Budget vorgelegt und einen Freiraum gefunden, um, falls notwendig, die Wirtschaft erneut anzukurbeln.

Wir haben seit 1971 diese Versprechungen gehört. Der Konsolidierungsprozeß der Bundesfinanzen wurde im vorliegenden Budget zunächst mit einer Politik äußerster Sparsamkeit eingeleitet.

1972: Daher muß der Weg zur Gesundung der Staatsfinanzen unbeirrt fortgesetzt werden.

1973: Der mit dem Bundesvollzugsgesetz eingeleitete Konsolidierungsprozeß der Staatsfinanzen wird konsequent fortgesetzt.

1975: Bei der Konzipierung der Staatsausgaben ist es gelungen, einen beachtlichen Teil der Mindereinnahmen durch außerordentliche Sparsamkeit zu kompensieren.

1976: Der Grundsatz der größtmöglichen Sparsamkeit ist im Gesamtinteresse beizubehalten.

1977: Für die Verwirklichung dieser Zielsetzung war eben größte Sparsamkeit notwendig.

1978: Restriktiv.

Meine Damen und Herren! Neun Jahre sozialistische Regierung, neun Jahre Finanzminister, viermal Sparsamkeit, einmal restriktiv, einmal Konsolidierung, Endergebnis: 300 Milliarden Staatsverschuldung; Endergebnis: Ein mögliches Defizit von 60 Milliarden.

Endergebnis: Dafür kommen nicht Sie von der sozialistischen Regierung auf, sondern dafür müssen die österreichischen Arbeitnehmer mehr arbeiten und mehr abliefern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dabei, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, hätten Sie es einfacher haben können. Die Redner der Volkspartei haben immer wieder Vorschläge gemacht, sie haben immer wieder Verbesserungen angeboten. Bei Ihnen stieß das auf Hochmut, auf Überheblichkeit, auf Ablehnung. Der Herr Finanzminister sagte: Der Zug ist abgefahren. Der Herr Bundeskanzler meinte, er brauche die Opposition nicht.

Als neuer Höhepunkt vorläufiger sozialistischer Überheblichkeit stellte der Herr Minister Lanc fest, er brauche mit der Opposition nicht so lange zu verhandeln, es fehlten der Sozialistischen Partei nur mehr 16 Prozent auf eine Zweidrittelmehrheit.

Meine Damen und Herren! Sie haben beim letzten Wahlgang von 50,4 auf 51,04 Prozent – das sei einbekannt – zugenommen, ein gutes halbes Prozent. Das führt beim Herrn Minister Lanc zum Größenwahn: Er braucht 16 Prozent nicht mehr zu beachten.

Wir von der Volkspartei haben in all diesen wesentlichen Fragen Alternativpläne entwickelt, von der Lebensqualität bis zu den 16 Alternativplänen.

Einen besonderen Beitrag leistet der Herr Finanzminister in einem Punkt, wo er nahe an die Grundsatzvorstellungen der Volkspartei

Heinzinger

herankommt. Mir ist nicht klar, ob dahinter ein sich liberal gebender oder ein liberal seiender Finanzminister steht. Es wäre auch die Möglichkeit gegeben, daß er aus der Not eine Tugend macht oder einfach ein wenig Dialektik übt.

Auch hier spannen sich die Erklärungen des Ministers von 1970 bis 1979: 1970 meinte der Herr Minister, sie, die Sozialistische Partei, wolle die Wahlpolitik der Menschen im Sinne einer Vielfalt der Entwicklungsmöglichkeiten des einzelnen vergrößern.

In seiner heurigen Budgetrede meinte der Herr Finanzminister, durch die Freiheit von Angst und Not entstünden erst Freiheitsräume, die neue Möglichkeiten der Eigeninitiative, der Eigenverantwortung und auch der Eigenvorsorge eröffnen.

Auch in den Grundsatzprogrammen der beiden Großparteien befinden sich ähnliche Feststellungen. Bei den Sozialisten: Für uns Sozialisten ist die freie Entwicklung des einzelnen durch die Sicherheit seiner Lebensgrundlagen die Voraussetzung für die Freiheit aller in der Gesellschaft.

Und im „Salzburger Grundsatzprogramm“ heißt es: Für die ÖVP ist der bestimmende Höchstwert ihrer Politik die menschliche Person, die durch ihr schöpferisches Denken, kritisches Bewußtsein und verantwortliches Handeln den unveräußerlichen Anspruch auf Freiheit und Selbstbestimmung besitzt.

Entscheidend, meine Damen und Herren, ist freilich, wieviel dieser grundsatzpolitischen Wirklichkeit sich in der praktischen Politik wiederfindet.

Der Herr Finanzminister hat Freiheit, Eigeninitiative, Eigenverantwortung und Eigenvorsorge versprochen. Derselbe Finanzminister, der mit Ihrer Unterstützung und unter dem Jubelgesang der Arbeiterkammer, alles tut, damit diese Möglichkeit zur Eigenvorsorge vermindert wird: Verweigerung einer Steueranpassung, Zusammenstreichen der Sparförderung, Erhöhung der Pensionsbeiträge.

Aber was viel gravierender ist als diese materiellen Beschränkungen, meine Damen und Herren, ist die Zerstörung des Investitionsklimas in diesem Land. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Durch Ihre Politik der Ankündigung, der nicht eingehaltenen Versprechungen machen Sie es jedem Unternehmer unmöglich, planend und verantwortlich vorzugehen.

Die neueste Variante. Ich rede gar nicht von den Höchststeuersätzen des letzten Vorsitzenden der Steuerkommission Dallinger, sondern von einem gespaltenen Steuersatz, der, wie

Präsident Graf richtig gemeint hat, auf der einen Seite sehr wohl etwas Vorteilhaftes hat, wenn man ihn aber im Zusammenhang mit seinen Erfindern betrachtet, einen unterschiedlichen Tarif im Einkommen von Unternehmern und Arbeitnehmern sieht. Das ist eine Spätauflage von Klassenkampf. *(Ruf bei der ÖVP: Fischer-Latein!)* Das ist Fischer-Latein. Gestern haben Sie einen hervorragenden Vortrag in Fischer-Latein gehört, und dieser Vortrag von Fischer-Latein wurde auch bekräftigt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Im übrigen werden Sie, wenn Sie hier Ihre Bildungspolitik so weiter machen, bald kein Fischer-Latein mehr hören. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Aber neben diesen Angriffen, meine Damen und Herren, glauben Sie, daß, weil Sie bei der letzten Wahl mehr Stimmen erhalten haben, Sie diese Zustimmung für Ihre reale Politik erhalten hätten. Sie haben diese Zustimmung für Versprechen erhalten. Sie haben diese Zustimmung für Hoffnungen erhalten, die Sie in der österreichischen Bevölkerung geweckt haben.

Aber, meine Damen und Herren, der Krug der Versprechungen und der Krug der Hoffnungen wird einmal an der Wirklichkeit, die Sie geschaffen haben, zerschellen. Das wird ganz besonders deutlich, wie Sie auf Kosten des Morgens borgen. Es ist ein typisches Beispiel, wenn wir uns im Rechnungshofbericht anschauen, wie diese Bundesregierung Vorsorge trifft für die Erhaltung der Bundesbauten. Als Beispiel für diese Gesamtgesinnung des Borgens: Der Rechnungshof meinte, daß man für die Sanierung als ordentlicher Kaufmann, als sorgfältiger Hausvater rund 62 Schilling pro Kubikmeter auf die Seite legen, in Reserve geben müßte. Tatsächlich wendet diese Bundesregierung dafür 17,44 Schilling auf.

Meine Damen und Herren! Man könnte das gesamte Budget und die Politik dieser Regierung tatsächlich mit einem Hausbau vergleichen. Einzelne Zimmer dieses Hauses – das will ich gerne zugeben – sind eingerichtet. Wir haben ein soziales Klima, wir haben sichere Arbeitsplätze, wir haben relativ niedrige Inflationsraten.

Aber, meine Damen und Herren, in diesem Haus ist das Mauerwerk feucht, das Dach gehört neu überdeckt, die Gasnetze – das Haus steht in Wien – sind undicht. Im Dachboden sieht man auch dort oder da bereits den Schwamm: Defizit, geringe Industrieinvestitionen, Verschwendungssucht.

Meine Damen und Herren! Der Höhepunkt ist nicht nur die Länge der sozialistischen Regierung, sondern wird auch begleitet von der Höchstziffer der Insolvenzen. Im Jahre 1978 war

Heinzinger

ein wesentlich höherer Stand als in der Rezession 1975. Es sind bei 1 297 Insolvenzfällen angelangt, und es besteht die große Wahrscheinlichkeit, daß Sie diesen Erfolg durch Ihre Politik noch übertreffen werden.

Lassen Sie mir noch eine zweite Ziffer nennen, weil sie auch als Kennziffer für die Strukturpolitik so bezeichnend ist in diesem Haus. Ein Meßstab für die Industriepolitik ist die Elektrowirtschaft, die Elektronik, die Mikroelektronik. Der Importanteil am Inlandsmarkt in Österreich war generell 1971 51 Prozent und ist 1976 auf 64 Prozent gestiegen.

Bei der höchstentwickelten Technik auf diesem Gebiet, bei der Meß- und Zähltechnik als Seismograph, derzeit, wie es gelungen ist, mit der modernen Technik standzuhalten – wie schaut denn da die sozialistische Bilanz aus? Wie hoch ist der Importanteil am Inlandsmarkt? Meine Damen und Herren! Das ist beinahe eine Gruselziffer.

Hier trifft zu Ihr Beispiel von dem Bilderbuchbudget. Denn gerade in den Bilderbüchern kommen bekanntlich immer wieder Gruselgestalten vor.

Im Bereiche der Meß- und Zähltechnik war der Importanteil auf dem österreichischen Markt im Jahre 1970 75 Prozent, und in diesem so entscheidenden Wachstumsbereich ist er 1976 bereits auf 99 Prozent gestiegen. Das heißt, bei

einem der entscheidendsten Wirtschaftsprozesse der Zukunft fehlt uns nur mehr 1 Prozent auf die totale Abhängigkeit vom Ausland.

Meine Damen und Herren! Mit diesem politischen Stil, daß Sie alle diese Dinge, die Ihnen ins Konzept passen, als großartig darstellen, daß Sie auf die Argumente der Oppositionspartei mit Hohn, mit Überheblichkeit reagieren, werden Sie nicht weiterkommen. Sie sollten immer daran denken, daß erstens auch sozialistische Bäume nicht in den Himmel wachsen und daß es zweitens auch für diese Regierung später ist, als sie denkt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Gemäß § 69 Abs. 6 der Geschäftsordnung weise ich die Regierungsvorlage 80 und Zu 80 der Beilagen dem Finanz- und Budgetausschuß zu.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 185/J bis 200/J eingelangt sind.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Dienstag, den 4. Dezember, um 11 Uhr in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 21 Uhr 5 Minuten